

Beteiligungsbericht

Stand 31.12.2019

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Michelstädter Straße 12
64711 Erbach
Telefon: 06062 / 70-0
Telefax: 06062 / 70-390
Email: info@odenwaldkreis.de
Homepage: www.odenwaldkreis.de

Kontakte: Alexander Schäfer Tel: 06062 / 70-210
Jürgen Bartmann Tel: 06062 / 70-278

Stand: 31.12.2019

© Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2019 geben wir Ihnen einen umfassenden Einblick in das vielseitige Engagement des Odenwaldkreises. Die Aufgaben im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllt der Odenwaldkreis neben eigenem, direktem Engagement auch mit Hilfe eines Eigenbetriebes, Vereinen, Verbänden und Unternehmen, an denen er beteiligt ist. Das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger steht bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten des Odenwaldkreises an erster Stelle, um dauerhaft eine Steigerung der Lebensqualität für jeden Einzelnen in der Gemeinschaft zu erzielen.

Die Beteiligungen decken ein breites Aufgabenspektrum in den Bereichen, Gesundheit, Verkehr, Bildung, Soziales sowie erneuerbare Energien und dem Ausbau des schnellen Internets ab. Im medialen Zeitalter kann eine zukunftsfähige Infrastruktur, die einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen besitzt, nur durch ein flächendeckendes Breitbandnetz erzielt werden. Aktuell sind für unser vorhandenes Breitbandnetz Investitionen für den Schritt ins „Gigabitnetz“ zu stemmen. Auch die Vorhaltung und der Ausbau einer bezahlbaren öffentlichen Mobilitätsgrundversorgung, die allen Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht, kann nur durch die Unterstützung von Beteiligungsunternehmen geschultert werden.

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2019 zeigt den Stand der Beteiligungen des Odenwaldkreises auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31.12.2019. Der Bericht enthält – entsprechend der gesetzlichen Vorgaben – neben allgemeinen Informationen über die Unternehmen auch Angaben über den Gesellschaftszweck, finanzielle Rahmendaten und aktuelle Informationen und Kennzahlen zur Lage der Unternehmen.

Zum Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger ist der Odenwaldkreis verpflichtet, bei seinen Beteiligungsgesellschaften eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten, die das Spannungsfeld zwischen gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge und betriebswirtschaftlichem Erfolg berücksichtigt. Zur Verbesserung der Unternehmenssteuerung und Herstellung von Transparenz in seinen Beteiligungen hat der Odenwaldkreis die Grundlage durch eine Richtlinie in Form eines Beteiligungskodex als Public Corporate Governance am 14.12.2015 durch den Kreistag beschlossen. Mit dem Ziel der positiven Beeinflussung der Unternehmensführung will dieser Kodex Transparenz, Risikobewusstsein und Kontrolle komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge und Abhängigkeiten fördern, sowie das Vertrauen der Öffentlichkeit in Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Beteiligungsunternehmen steigern. Eine Übersicht zur Kodex-Umsetzung ist Bestandteil dieses Beteiligungsberichtes.

Wir wissen nicht, welchen Einfluss Corona auf die kommenden Kreishaushalte haben wird. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltsslage ist es unser Ziel, öffentliche Aufgaben zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger möglichst wirtschaftlich zu erfüllen. Im Hinblick auf eine nachhaltige Daseinsvorsorge stehen wir in der Verantwortung, auch in Zukunft die kommunalen Unternehmen unter Ausschöpfung von jeglichen Optimierungsspielräumen zu führen.

Mit dem Beteiligungsbericht 2019 bieten wir nicht nur den politisch Verantwortlichen einen umfassenden Überblick über die Beteiligungen des Odenwaldkreises. Er soll zugleich auch den Bürgerinnen und Bürgern des Odenwaldkreises die Möglichkeit geben, sich umfassend und transparent über das Handeln der politisch Verantwortlichen zu informieren.

Ihr Frank Matiaske, Landrat

Inhaltsverzeichnis

1	Abkürzungsverzeichnis	5
2	Grundlageninformationen	7
2.1	Der Beteiligungsbegriff	9
2.2	Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	10
2.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen	11
2.4	Kennzahlen	15
2.5	Erläuterung der Fachbegriffe	16
2.6	Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung	17
3.	Beteiligungen	19
	Beteiligungen des Odenwaldkreises.....	21
3.1	Eigenbetriebe	25
	Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis.....	27
3.2	Öffentlich – rechtliche Körperschaften	35
	Hallenbad Zweckverband im Odenwaldkreis.....	37
	ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gießen.....	45
	Landeswohlfahrtsverband Hessen - Der Kommunalverband der hessischen Kreise und kreisfreien Städte.....	51
	Wasserverband Gersprenzgebiet.....	53
	Wasserverband Mümling.....	59
	Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd.....	67
	Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis.....	71
3.3	Öffentlich-rechtliche Anstalten	77
	Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwaldkreis.....	79
	Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis.....	83
3.4	Aktiengesellschaften	87
	HEAG Südhessische Energie AG (HSE) / Entega.....	89
3.5	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	97
	InA gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit.....	94
	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH Konzernbilanz.....	103
	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH.....	107
	MedInvest GmbH.....	117
	Medizinisches Versorgungszentrum am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH....	121
	PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH.....	127
	Kurgesellschaft Bad König GmbH.....	131
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) Konzernbilanz.....	137
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG).....	143
	Brenergo Gesellschaft für Breitband sowie regenerativer Energien mbH.....	153
	Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH.....	159
	Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH.....	165
	Windpark Hainhaus GmbH Co. KG.....	169
	Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH.....	173
	OWAS Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH.....	177
	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH.....	183
	FrankfurtRheinMain GmbH.....	191
3.6	Vereine	297
	Hessischer Landkreistag.....	199
	Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.	203
	TouristikService Odenwald Bergstraße e.V.	209
4.	Beteiligungs-codex / Entsprechenserklärungen	213

1. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibung)
AG	Aktiengesellschaft
AGG	Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
Bergstr.	Bergstraße
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
DATEV eG	Ist ein Softwarehaus und IT-Dienstleister für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte
DRG	Deutsche Röntgengesellschaft
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
e.V.	eingetragener Verein
eG	eingetragene Genossenschaft
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
€	Euro
EU-WRRL	Europäische Wasserrahmenrichtlinie
FFH	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKHG	Hessisches Krankenhausgesetz
HKO	Hessische Landkreisordnung
HRB	Handelsregister Abteilung B
HWG	Hessisches Wassergesetz
IVO	Industrievereinigung Odenwald
KiTa	Kinder Tagesstätte
KGG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
Mio €	Millionen Euro

MittelstG	Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen
PKMS	Pflegekomplexmaßnahme-Score
OBIT	Odenwälder Berufsinformationstage
ÖPNV-G	Öffentlicher Personennahverkehrs Gesetz
OloV	Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule - Beruf
QM	Qualitätsmanagement
SGB	Sozialgesetzbuch
T€	Tausend Euro
Vj.	Vorjahr
WVG	Wasserverbandsgesetz
VO (EG)	Verordnung nach Europarecht
VZÄ	Vollzeitäquivalent

2. Grundlageninformationen

2.1 Der Beteiligungsbe­griff

2.2 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

2.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

2.4 Kennzahlen

2.5 Erläuterung der Fachbegriffe

2.6 Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung

2.1 Der Beteiligungsbegriff

Bevor im weiteren Verlauf des Beteiligungsberichts auf die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung und die Beteiligungen des Odenwaldkreises eingegangen wird, soll zunächst erläutert werden, was unter einer Beteiligung zu verstehen ist.

Eine Voraussetzung dafür, dass sich ein Landkreis an einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft beteiligen darf, ist unter anderem, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht der Beteiligung entsprechend den Vorschriften des HGB aufgestellt und geprüft werden müssen. Es ist deshalb zweckmäßig den handelsrechtlichen Beteiligungsbegriff einer kurzen Betrachtung zu unterziehen und die damit verbundenen gesetzlichen Vorschriften aufzuzeigen.

Im HGB werden Beteiligungen im Rahmen der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften definiert als:

„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, die insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten“ (§ 271 Absatz 1 HGB).

Eine Ausnahme stellt die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Genossenschaft ist keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsgesetzbücher.

Den Vorschriften des Gemeindefirtschaftsrechts liegt ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. Beteiligungen im Sinne der HGO liegen immer dann vor, wenn sich ein Landkreis unter Einhaltung der Vorgaben des § 122 HGO an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist, beteiligt oder diese gründet. Entgegen des handelsrechtlichen Beteiligungsbegriffs ist jedoch auch die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Kreditgenossenschaft eine Beteiligung im Sinne der HGO.

§ 126 HGO dehnt den Beteiligungsbegriff noch weiter aus. Demnach sind die Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften in § 122 HGO mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 4 auch für „andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts“ anzuwenden. Eine Beteiligung im Sinne der HGO setzt nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen handelt. So ist beispielsweise auch die Mitgliedschaft in Vereinen als Beteiligung im Sinne der HGO anzusehen.

Auch im vorliegenden Beteiligungsbericht des Odenwaldkreises soll der Beteiligungsbegriff weit gefasst werden. Als Beteiligungen werden alle Anteile an organisatorisch nicht zur Kreisverwaltung des Odenwaldkreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaften in Vereinen angesehen.

Als Beteiligungsobjekte kommen demnach in Frage:

Eigenbetriebe

öffentlich-rechtliche Körperschaften

öffentlich-rechtliche Anstalten

privatrechtliche Gesellschaften

Stiftungen des öffentlichen oder bürgerlichen Rechts

Vereine

2.2 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Durch Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) wird den Gemeinden und den Gemeindeverbänden das Recht zugesichert, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, d.h. durch Selbstverwaltung zu regeln (sog. Territorialprinzip). Durch diese verfassungsmäßig normierte Garantie zur Selbstverwaltung wird den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit eingeräumt, d.h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 52 Abs. 1 HKO ermöglicht es in Verbindung mit § 121 HGO und § 122 HGO, dass hessische Landkreise wirtschaftliche Unternehmen gründen, sich an ihnen beteiligen oder ein wirtschaftliches Unternehmen übernehmen.

Gemäß § 122 Abs. 1 HGO können Landkreise wirtschaftliche Gesellschaften nur gründen oder sich an diesen beteiligen, wenn

die wirtschaftliche Betätigung nach § 121 HGO zulässig ist,

die Haftung und die Einzahlungsverpflichtungen des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,

der Landkreis sich einen angemessenen Einfluss auf das Handeln der Gesellschaft erhält, und gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft entsprechend den Vorschriften des HGB über den Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden. Es sei denn, dass andere gesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises ist gemäß § 121 Abs. 1 HGO nur dann zulässig, wenn

- der öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- und der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder werden kann (Subsidiaritätsklausel).

Abweichend dürfen sich Gemeinden ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung im regionalen Umfeld unter Beteiligung privater Dritter erfolgt.

Weiterhin soll die Beteiligung einer Gemeinde 50 % nicht überschreiten; die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden.

Sollte trotz einer durchgeführten Markterkundung die geforderte Beteiligung Dritter bzw. Einwohner nicht erreicht werden können, kann die Gemeinde ihren Anteil an der neuen Gesellschaft entsprechend steigern.

Ein Landkreis darf sich jedoch nur dann an einer Aktiengesellschaft beteiligen bzw. eine Aktiengesellschaft gründen, wesentlich erweitern oder übernehmen, wenn dem öffentlichen

Zweck nicht ebenso gut durch eine andere Rechtsform Rechnung getragen werden kann (vgl. § 122 Abs. 3 HGO).

Möchte sich eine Gesellschaft, an der ein Landkreis mit insgesamt mehr als 50 % beteiligt ist, an einer anderen Gesellschaft beteiligen, dann gelten auch hierfür die Voraussetzungen des § 122 Abs. 1-3 HGO entsprechend (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

2.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen der Kommunen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes). Bezüglich Organisation und Wirtschaftsführung sind sie von der übrigen Kreisverwaltung getrennt, d.h. sie verfügen über eine eigene Planung, Buchführung, Rechnungslegung und Personalwirtschaft.

Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen und gelten als Sondervermögen des Kreises. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll und beschließt insbesondere über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses.

Die Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung, die Betriebskommission, der Kreistag und der Kreisausschuss. Die Betriebsleitung ist für die laufende Betriebsführung des Eigenbetriebs zuständig und führt diesen selbständig, solange in den Rechtsvorschriften oder in der Satzung des Eigenbetriebs nichts anderes bestimmt ist. Sie ist auch für den Vollzug von Beschlüssen der Betriebskommission verantwortlich und vertritt die Kommune nach außen hin.

Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Es handelt sich um Zusammenschlüsse mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung die Gebietskörperschaften berechtigt oder verpflichtet sind.

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung. Die Verbandssatzung kann darüber hinaus weitere Organe vorsehen.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) nimmt bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften eine Sonderstellung ein. In § 3 MittelstG ist festgelegt, dass die kreisfreien Städte und die Landkreise des Landes zum Landeswohlfahrtsverband Hessen zusammengeschlossen werden. Es handelt sich im Fall des Landeswohlfahrtsverbandes demnach nicht um einen freiwilligen Zusammenschluss.

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

Organe sind die Verbandversammlung und der Vorstandsvorsitz.

Öffentlich-rechtliche Anstalten

Bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts handelt es sich um einen verselbständigten Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, der zur dauerhaften Erfüllung bestimmter Aufgaben in der Hand eines Trägers öffentlicher Verwaltung dient. Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gegründet werden. Anstalten des öffentlichen Rechts haben keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies ist auch der Hauptunterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkassen haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten.

Aktiengesellschaften (AG)

Aktiengesellschaften sind Kapitalgesellschaften. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie neben ihren Gesellschaftern, die sowohl natürliche als auch juristische Personen sein können, als eigene Rechtsperson (juristische Person) existieren.

Geschäftsführendes Organ ist der Vorstand. Weitere Organe sind die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eine juristische Person ist Träger von Rechten und Pflichten, kann Eigentum erwerben und veräußern, Rechtsgeschäfte abschließen und auch rechtswirksam vor Gericht klagen bzw. selbst verklagt werden. Da ihr jedoch die natürliche Handlungsfähigkeit fehlt, muss sie bei ihren Handlungen durch natürliche Personen, wie z.B. den Geschäftsführer oder den Vorstand, vertreten werden.

Besonderes Merkmal der Aktiengesellschaft ist die Zerlegung des Grundkapitals in Aktien. Das Grundkapital einer Aktiengesellschaft muss nach dem AktG mindestens 50.000 € betragen. Gesellschafter einer Aktiengesellschaft sind ihre Aktionäre. Die Aktionäre sind mit ihrem Anteil am Grundkapital beteiligt, ohne „persönlich“, d.h. mit ihrem Privatvermögen, für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist wie die AG eine juristische Person und zählt ebenfalls zu den Kapitalgesellschaften. Es handelt sich um eine Rechtsform, die vor allem bei kleineren und mittelständischen Unternehmen Anwendung findet.

Die Organe der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung, wobei die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich von den Geschäftsführern vertreten wird. Die Gesellschaft wird durch die in ihrem Namen von den Geschäftsführern vorgenommenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung gefasst. Die Bildung eines Aufsichtsrats ist zulässig, jedoch gesetzlich nicht erforderlich.

Die Haftung der Gesellschafter einer GmbH ist auf deren Kapitaleinlage, d.h. auf deren Anteil am Stammkapital der GmbH, beschränkt. Sie haften somit im Gegensatz zu den Gesellschaftern von Personengesellschaften nicht mit dem Privatvermögen. Das Stammkapital muss laut GmbHG mindestens 25.000 € betragen.

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Verwendung des Zusatzes „g“ vor der Bezeichnung ist eine firmenrechtliche Besonderheit, die auf die gemeinnützige Tätigkeit der Gesellschaft hinweisen soll.

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften gibt es keine Unterschiede zur herkömmlichen GmbH, allerdings sind die Gewinne der gGmbH weitgehend gebunden und dürfen nur unter besonderen Umständen an die Gesellschafter ausgeschüttet werden. Entsprechen die Satzung und die tatsächliche Geschäftsführung den Anforderungen der Gemeinnützigkeit, dann besteht die Möglichkeit, dass die gGmbH ganz oder teilweise von bestimmten Steuern, z.B. Körperschafts- und Gewerbesteuer, befreit wird. Die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft ist ein steuerrechtlicher Tatbestand und ergibt sich aus der Abgabenordnung.

Da für die gGmbH grundsätzlich die Vorschriften des GmbH-Gesetzes gelten, verfügt auch sie über die Organe Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung.

Stiftungen des öffentlichen Rechts oder bürgerlichen Rechts

Stiftungen können in verschiedenen Rechtsformen und zu jedem legalen Zweck errichtet werden. Auch wenn mit Stiftungen keine einheitliche Rechtsform verbunden ist, weisen sie jedoch einheitliche, charakteristische Merkmale auf. Eine Stiftung ist eine Einrichtung, die auf Dauer mit Hilfe eines gestifteten Vermögens einen vom Stifter festgelegten Zweck verfolgt. Welchen Zweck die Stiftung verfolgt wird vom Stifter in der Satzung festgelegt.

Das Hessische Stiftungsgesetz definiert öffentliche Stiftungen wie folgt:

„Stiftungen des öffentlichen Rechts sind Stiftungen, die ausschließlich oder überwiegend öffentliche Zwecke verfolgen und mit dem Land, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts in einem organisatorischen Zusammenhang stehen“
(§ 2 Abs. 1 Hessisches Stiftungsgesetz)

Die meisten Stiftungen werden in privatrechtlicher Form, meist als rechtsfähige Stiftung im Sinne des BGB, errichtet und dienen in der Regel gemeinnützigen Zwecken. Denkbar sind jedoch auch Gründungen in anderen Rechtsformen, wie z.B. Stiftungsvereine und Stiftungs-GmbHs. Sie können sowohl als juristische Personen (rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts), als auch in Trägerschaft eines Treuhänders (treuhänderische Stiftung) errichtet werden. Hierbei handelt es sich um vom Treuhänder verwaltete unselbständige Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Stiftungen können, müssen aber nicht, gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit wird einer Stiftung nach den Regeln der Abgabenordnung durch das Finanzamt zuteil. Gemeinnützige Stiftungen sind von den meisten Steuern befreit.

Das Stiftungsvermögen muss auf Dauer erhalten werden und darf nur dem Stiftungszweck entsprechend verwendet werden. Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens werden im Sinne des Stiftungszwecks die laufenden Ausgaben bestritten. Auch Zuwendungen sind ausschließlich für den vorbestimmten Zweck zu verwenden.

Organe der Stiftung sind in der Regel der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand.

Die Haftung der Stiftung gegenüber Verbindlichkeiten ist abhängig von der jeweils verwendeten Rechtsform.

Vereine

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist.

Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht (e.V.) erlangen. Vereine deren Zweck wirtschaftlicher Natur ist, erlangen ihre Rechtsfähigkeit ausschließlich durch staatliche Verleihung, wenn der wirtschaftliche Verein laut Bundesgesetzen zugelassen ist. Zuständig für die Verleihung ist die jeweilige Landesbehörde.

2.4 Kennzahlen

Eine betriebswirtschaftliche Kennzahl wird innerhalb der Betriebswirtschaft zur Beurteilung von Unternehmen eingesetzt. Sie dient als Basis für Entscheidungen (Problemerkennung, Ermittlung von betrieblichen Stark- und Schwachstellen, Informationsgewinnung), zur Kontrolle (Soll-Ist-Vergleich), zur Dokumentation und/oder zur Koordination (Verhaltenssteuerung) wichtiger Sachverhalte und Zusammenhänge im Unternehmen. Sie ist kein absoluter Wert und obliegt zumeist der Definitionshoheit der Beteiligten. Die Kennzahlen in diesem Bericht sollen den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben eine grobe Beurteilung der Entwicklung des Unternehmens im Verlauf der letzten drei Jahre vorzunehmen. Mit diesen Kennzahlen sollen jedoch nicht betriebsübergreifende Vergleiche angestellt werden, es soll lediglich ein Verlauf der letzten Jahre dargestellt werden.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern.

$$\text{Berechnung: Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100 \%$$

Eigenkapitalrentabilität

Die Kennzahl Eigenkapitalrentabilität wird auch als Unternehmerrentabilität oder Eigenkapitalrendite bezeichnet. Sie bringt die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck.

$$\text{Berechnung: Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} * 100 \%$$

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur.

$$\text{Berechnung: Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} * 100 \%$$

Personalintensität

$$\text{Berechnung: Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen}}{\text{Betriebsleistung}} * 100 \%$$

2.5 Erläuterung der Fachbegriffe

- **Abschreibung (AfA)**

Wertminderung der Betriebsmittel (Anlagen, Maschinen...) die jedes Jahr ermittelt werden.

- **Aktiva (Mittelverwendung)**

Summe der Vermögensgegenstände und bzw. Vermögenswerte.

- **Aufwand**

Aufwand sind die Ausgaben oder auch Unkosten eines Unternehmens für Güter, Dienstleistungen und öffentliche Abgaben in einem Jahr. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Erträge dem Aufwand gegenübergestellt.

- **Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt wenn man die Aktiva oder Passiva addiert.

- **Eigenkapital**

Das Eigenkapital ist der Vermögensteil, der nach Abzug sämtlicher Schulden übrigbleibt. Es sind die Mittel, mit denen sich ein Unternehmen selbständig finanziert.

- **Eigenkapitalquote**

Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens.

Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto größer ist die wirtschaftliche Sicherheit und finanzielle Stabilität des Unternehmens sowie Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern.

- **Eigenkapitalrentabilität**

Die Eigenkapitalrentabilität bezeichnet das Verhältnis zwischen Jahresüberschuss und Eigenkapital. Mit dieser Kennzahl wird errechnet, wie hoch die Verzinsung des Eigenkapitals in einem Jahr war. Je höher die Eigenkapitalrentabilität, desto positiver ist die Beurteilung des Unternehmens.

- **Gezeichnetes Kapital**

Beschränkung der Haftung der Gesellschafter gegenüber den Gläubigern.

- **Jahresüberschuss**

Positive Differenz zwischen den Erträgen und den Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahrs.

- **Passiva (Mittelherkunft)**

Summe aus Eigenkapital und Fremdkapital.

- **Umsatzerlös**

Die Umsatzerlöse sind alle Erträge, die ein Unternehmen in einer Periode mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat.

2.6 Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung

Nachfolgend werden die Grundzüge des Rechnungslegungssystems erläutert.

Im Rahmen der doppelten Buchführung werden die Wertzuwächse und Ressourcenverbräuche in Form von Erträgen und Aufwendungen periodengerecht abgebildet.

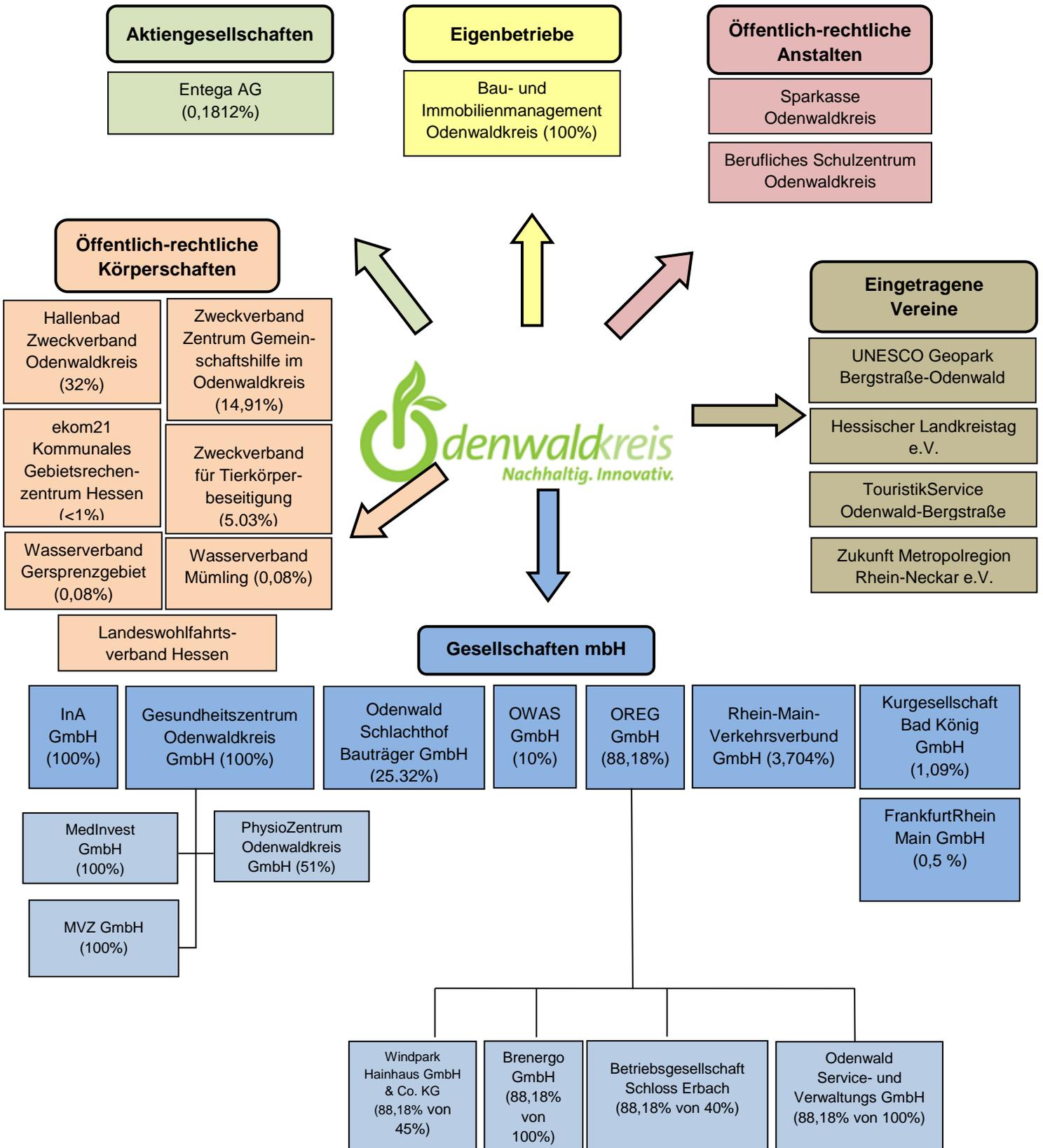
Die Bilanz (Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital) und die Gewinn- und Verlustrechnung (Kategorisierung von Erträgen und Aufwendungen und Ausweis des unternehmerischen Erfolgs als Unterschiedsbetrag) sind Instrumente der Buchführung, werden am Ende eines Wirtschaftsjahres erstellt und bilden den Jahresabschluss.

Aussagen der beiden Seiten der Bilanz	
Aktiva	Passiva
Formen des Vermögens	Herkunft, Quellen der Finanzierung
Worin investiert?	Wie wurde finanziert?
Wie wurden die Mittel eingesetzt?	Woher stammen die Mittel?

3. Beteiligungen

Beteiligungen des Odenwaldkreises

Stand 31.12.2019



Eigenbetriebe	öffentlich-rechtliche Körperschaften	öffentlich-rechtliche Anstalten	Aktiengesellschaft (AG)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Eingetragener Verein (e.V.)
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis (BIMO) S. 27	Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis S. 37	Sparkasse Odenwaldkreis S. 79	Entega AG Beteiligung: 0,1812 % S. 89	InA gGmbH Beteiligung: 100,00 % S. 94	Hessischer Landkreistag e.V. S. 199
	ekom21 Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen S. 45	Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis S. 83		Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH KONZERN S. 103 GmbH Beteiligung: 100,00 % S. 107	UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald e.V. S. 203
	Landeswohlfahrtsverband Hessen S. 51			MedInvest GmbH* Beteiligung: 100,00 % S. 117	TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V. S. 209
	Wasserverband Gersprenzgebiet S. 53			MVZ Odenwaldkreis GmbH* Beteiligung: 100,00 % S. 121	
	Wasserverband Mümling S. 59			PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH Beteiligung: 51,00 % S. 127	
	Zweckverband f. Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd S. 67			Kurgesellschaft Bad König GmbH Beteiligung: 1,09 % S. 131	
	Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis S. 71			Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) KONZERN S. 137 GmbH Beteiligung: 88,18 % S. 143	
				Brenergo GmbH* Beteiligung: 88,18 % von 100,00 % S. 153	
				Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH* Beteiligung: 88,18 % von 40,00 % S. 159	
				Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH Beteiligung 88,18 % von 100,00 % S.165	
				Windpark Hainhaus GmbH & Co KG Beteiligung 88,18 % von 45,00 % S. 169	
				Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH Beteiligung: 25,23 % S. 173	
				Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH (OWAS) Beteiligung: 10,00 % S. 177	
				Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH Beteiligung: 3,704 % S. 183	
				Frankfurt Rhein Main GmbH Beteiligung 0,5 S. 191	

3.1 Eigenbetriebe

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis

**Bau- und Immobilienmanagement
Odenwaldkreis**

Helmholtzstr. 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/70-0, Telefax: 06062/70-390
E-Mail: info@odenwaldkreis.de



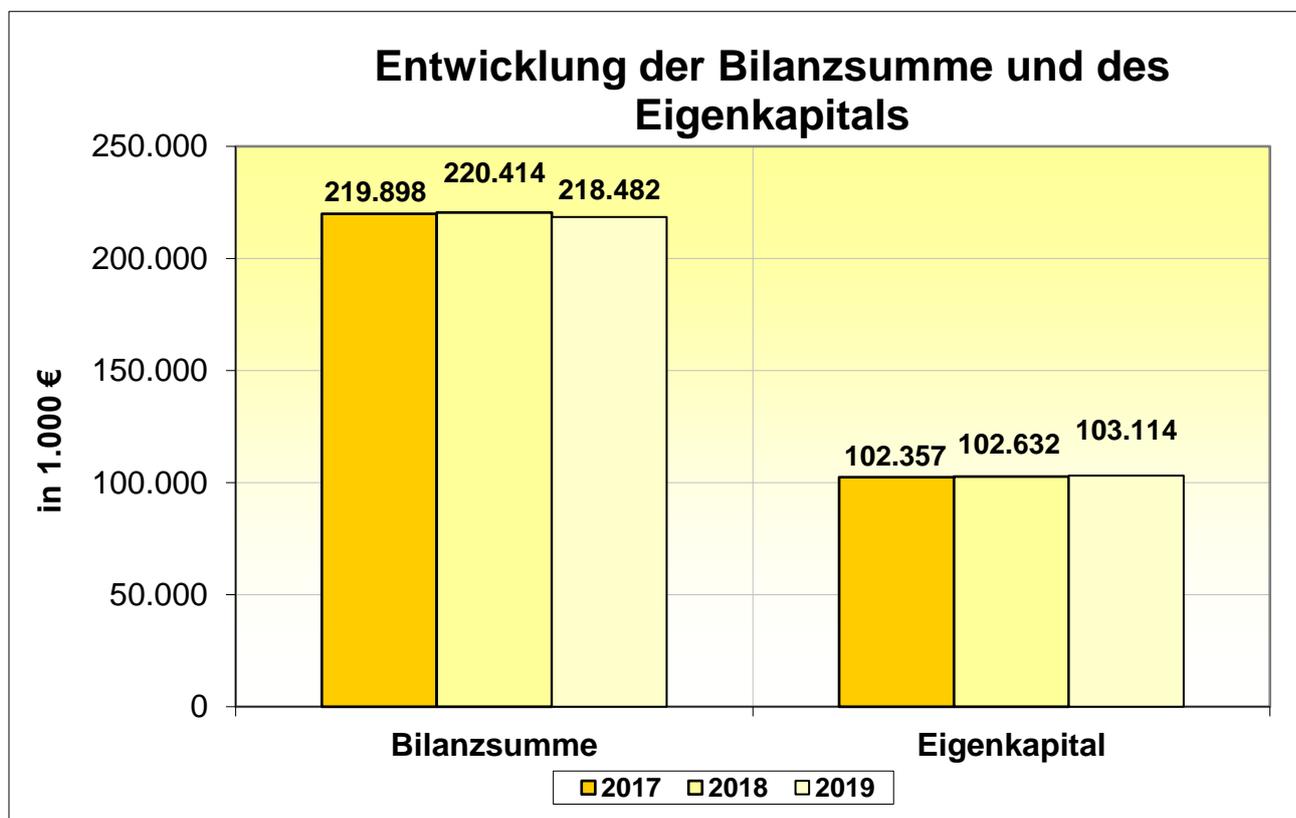
Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist insbesondere die Durchführung von Baumaßnahmen, das Betreiben (Verwaltung) und die Bewirtschaftung, einschließlich des Energiemanagements, die Bauunterhaltung und Planung von Gebäuden und Liegenschaften einschließlich der Kreisstraßen und ihrer Straßenausstattung des Odenwaldkreises. Weiterer Unternehmensinhalt ist das zentrale Beschaffungsmanagement sowohl für den Eigenbetrieb als auch für die gesamte Kreisverwaltung.

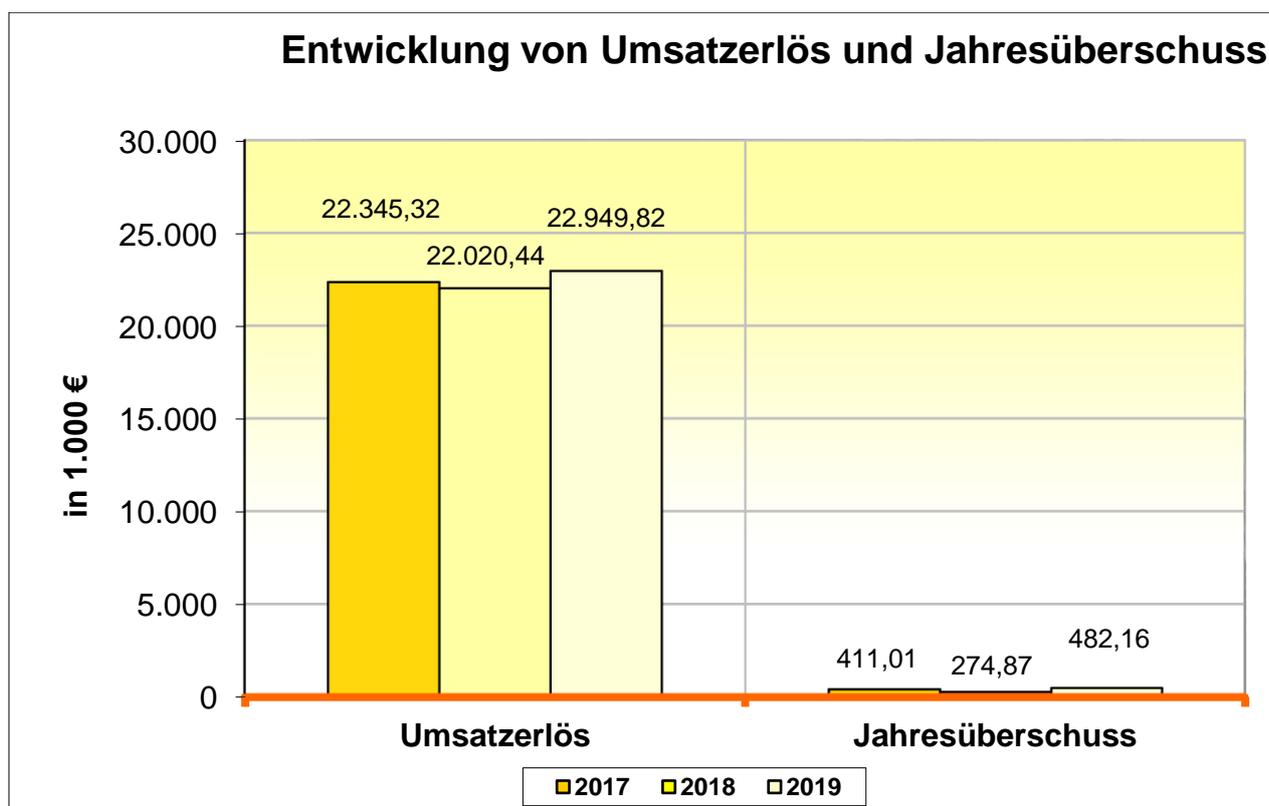
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	2007
Stammkapital:	1.000.000,00 €
Betriebsleitung:	Rainer Zelta
Betriebskommission:	Oliver Grobeis Elisabeth Bühler-Kowarsch Harald Buschmann Sandra Funken Michael Gänsle Raoul Giebenhain Rüdiger Holschuh Ralf Kott Michael Krämer Karl-Ludwig Kunstein Dr. Michael Reuter Franz Röchner Hans-Georg Stosiek Günter Verst Britta Ziefle
Beteiligungen:	-/-
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	127.587,78	125.591,14	127.083,94
II. Sachanlagen	214.299.304,33	213.692.374,33	213.247.083,76
III. Finanzanlagen	37.500,00	37.500,00	37.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	116.103,52	118.133,11	139.015,26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	183.558,77	287.045,65	140.864,51
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	1.228.145,26	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.134.079,00	4.924.730,00	4.791.182,00
Gesamt	219.898.133,40	220.413.519,49	218.482.729,47
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Rücklagen	100.945.704,22	102.761.799,61	102.761.799,61
III. Bilanzgewinn	411.012,55	-1.130.212,95	-648.053,49
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	50.116.036,17	48.383.039,11	46.592.816,08
C. Rückstellungen	2.901.141,00	3.224.754,42	3.553.401,00
D. Verbindlichkeiten	64.524.239,46	66.174.139,30	65.222.766,27
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	219.898.133,40	220.413.519,49	218.482.729,47



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	22.345.321,57	22.020.435,03	22.949.823,79
2. Eigenleistungen	191.346,75	220.363,13	251.469,91
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.315.173,03	2.437.539,74	2.439.262,50
4. Materialaufwand	-11.642.347,68	-11.800.765,78	-12.473.175,30
5. Personalaufwand	-3.084.571,30	-3.404.351,93	-3.638.825,48
6. Abschreibungen	-6.331.589,11	-6.550.498,80	-6.655.822,47
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.141.326,39	-562.574,31	-438.851,29
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.500,00	1,24	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.253.211,90	-2.075.007,31	-1.942.785,75
10. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. sonstige Steuern	-10.282,42	-10.271,12	-8.936,45
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	411.012,55	274.869,89	482.159,46
13. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
14. Ausschüttung an den Odenwaldkreis	0,00	0,00	0,00
15. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.816.095,39	-1.405.082,84	-1.130.212,95
16. Bilanzverlust/Bilanzgewinn	-1.405.082,84	-1.130.212,95	-648.053,49



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuschuss	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	73	70	76
Personalkosten in €	3.084.571,30	3.404.351,93	3.638.825,48

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	46,55	46,56	47,20
Eigenkapitalrentabilität	1,81	0,27	0,47
Verschuldungsgrad	65,87	67,62	66,70
Personalintensität	13,11	15,46	15,86
Anlagenintensität	97,45	96,95	97,60

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Der Eigenbetrieb hat seine satzungsgemäßen Aufgaben im Berichtsjahr wahrgenommen. Hierzu gehören die bedarfsgerechte Versorgung der Kreisverwaltung und der kreiseigenen Schulen mit Gebäuden, Räumen und den dazugehörigen Grundstücken einschließlich der mit ihrem Betrieb in engem Zusammenhang stehenden Anlagen, Ausstattungen und Dienstleistungen sowie die Versorgung des Odenwaldkreises mit Kreisstraßen und deren Ausstattung mit sämtlichen damit in Zusammenhang stehenden Managementleistungen. Zu diesem Zweck sind insbesondere die Durchführung von Baumaßnahmen, das Betreiben, die Bewirtschaftung (einschließlich des Energiemanagements), die Bauunterhaltung und die Planung von Gebäuden und Liegenschaften einschließlich der Kreisstraßen und Ihrer Straßenausstattung erforderlich.

Ebenfalls zu den Aufgaben des Eigenbetriebs zählen die zentrale Beschaffungs- und Submissionsstelle sowie das Fuhrparkmanagement als Dienstleister für die gesamte Kreisverwaltung. Gerade bei der Beschaffung entstehen Synergien durch die Bündelung der Vorgänge und der weiteren Ausprägung von Standards.

Außer den laufenden Aufgaben wurden im Rahmen des Investitionsprogramms 2019 im Schulbereich unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Sanierung/Ersatzneubau Gebäude E, Grundschule Bad König (Maßnahmenende)
- Sanierung Oberzentschule Beerfelden (Fortsetzungsmaßnahme)
- Sanierung der Heizungsanlage Oberzentschule Beerfelden
- Ersatzneubau des Schulschwimmbades der Ernst-Göbel-Schule (Fortsetzungsmaßnahme) teilweise mit Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsprogramm I
- Sanierung Sporthalle Stadtschule Michelstadt (Fortsetzungsmaßnahme)
- Sanierung Toilettenanlage Gymnasium Michelstadt
- Fassaden- und Dachsanierung Theodor-Litt-Schule Michelstadt (Fortsetzungsmaßnahme) teilweise mit Mitteln aus den Kommunalinvestitionsprogrammen I und II
- Umgestaltung des Außengeländes im Hauptzugangsbereich der Beruflichen Schulen

Der Wiederaufbau des bei einem Großbrand stark beschädigten Verwaltungsgebäudes der Schule am Treppenweg konnte 2019 noch nicht begonnen werden, da durch den geplanten Mensaneubau in unmittelbarer Nähe verschiedene Ausführungsvarianten geprüft werden mussten. Der Schulbetrieb konnte durch provisorisch geschaffene Ersatzräume ohne Probleme durchgeführt werden.

Bei den Kreisstraßen wurden in 2019 insgesamt 799.932,52 € investiert; dies ist deutlich weniger als im Vorjahr. Schwerpunkte des Jahres waren der Beginn der Brückensanierungen an der K 37, Unterführung Falkengesäßer Bach, und an der K 77, Unterführung Mergbach. Da es sich um eine anerkannte Maßnahme im Rahmen der Verkehrsinfrastrukturförderung handelt, stehen zur Finanzierung rund 2/3 aus Landesmitteln zur Verfügung. In der Regel wird jährlich nur ein Antrag auf Landesförderung positiv beschieden, in seltenen Ausnahmefällen werden zwei positiv beschieden.

Aufgrund der derzeit immer noch gültigen Gesetzeslage ist für den Eigenbetrieb die Anwendung der Verdingungsordnungen ohne Nachverhandlungen nur dann erforderlich, wenn Maßnahmen durch Fördermittel bezuschusst oder die EU-Schwellenwerte überschritten werden. Dies lässt in Vergabeverfahren von niedrigem Umfang Nachverhandlungen zu, die letztendlich zur Einsparung von Anschaffungs- und Herstellungskosten führen. Wird seitens des Landes diese Gesetzeslücke geschlossen, gehen diese Potenziale verloren.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Mieterlöse für Schulen, Verwaltungs- und sonstige Liegenschaften - Haupteinnahmequelle für den Eigenbetrieb – stiegen in 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 837.465,65 € auf insgesamt 13.705.157,59 €. Darin enthalten war eine überplanmäßige Mietzahlung von 513.023,29 €, die zur finanziellen Abdeckung von zusätzlich durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen diente.

Die Erlöse aus Mietnebenkosten betrugen im Berichtsjahr 6.233.917,13 €. Diesen Einnahmen stehen entsprechende Aufwendungen insbesondere für Energie und Fremdreinigung gegenüber. Die Mietnebenkosten werden an den Odenwaldkreis liegenschaftsbezogen weiterbelastet, sodass sich Veränderungen letztlich nicht beim Eigenbetrieb, sondern in der Rechnungslegung des Kreises wirtschaftlich niederschlagen. Da die Energie- und Reinigungskosten gestiegen sind, fallen die korrespondierenden Erlöse auch höher aus (+ 247.924,74 €).

Die Personalkosten liegen um rd. 230.000 € über dem Vorjahresergebnis. Grund dafür sind neben Tarifierhöhungen und Entgeltstufensteigerungen in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Zuführungen an die Pensionsrückstellungen. Für die Berechnung der Zuführungs- und Auflösungsbeträge bedient sich der Eigenbetreiber der Versorgungskasse und eines Finanzmathematikers.

Die Abschreibungen liegen insgesamt um 105.323,67 € höher als im Vorjahr. Der Gesamtbetrag in Höhe von rd. 6,66 Mio. € ergibt sich aus den Abschreibungen des bereits vorhandenen Anlagevermögens und der Neuaktivierungen im Laufe des Geschäftsjahres.

Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresgewinn von 482.159,46 €. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 ergibt sich ein Verlustvortrag aus Vorjahren von insgesamt 1.130.212,95 €. Mit dem Jahresgewinn in Höhe von 482.159,49 € reduziert sich dieser Betrag auf 648.053,49 €.

Die Bilanzsumme als Summe sämtlicher Vermögenswerte hat sich in 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1.930.790,02 € auf 218.482.729,47 € vermindert. Im gleichen Zeitraum hat sich das Anlagevermögen um 443.797,77 € auf 213.411.667,70 € reduziert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 98,0 Prozent.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Der Eigenbetrieb wird unverändert fortgeführt werden. Neue Geschäftsfelder sind mittelfristig nicht erkennbar. Durch die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen im Vergabewesen, insbesondere durch die Verpflichtung zur elektronischen Vergabe (E-Vergabe) wurde die Kooperation mit fast allen kreisangehörigen Kommunen die zentrale „Vergabestelle Odenwaldkreis“ errichtet. Es ist bereits jetzt erkennbar, dass die Vergabestelle sehr gut angenommen wird und die Kommunen bei allen Vergabevorgängen hervorragend unterstützt.

Das Kreditportfoliomanagement erfolgt federführend durch die Finanzabteilung. Der Betriebsleiter vertritt als stimmberechtigtes Mitglied des Kreditportfoliobeirates die Interessen des Eigenbetriebes. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau gehen die finanziellen Belastungen stetig zurück, eine Trendwende am Kapitalmarkt ist derzeit nicht zu erwarten. Durch die bereits durchgeführten Optimierungen mit meist langfristigen Zinsfestschreibungen sind finanzielle Risiken im aktuellen Kreditportfolio nicht erkennbar. Die Inanspruchnahme neuer Derivate ist mittelfristig unter den derzeitigen Marktgegebenheiten nicht geplant. Es ist geplant, den Kreditportfoliobeirat bis auf weiteres ruhen zu lassen.

Für das Jahr 2020 sind laut Wirtschaftsplan Investitionsmaßnahmen von rd. 10,688 Mio. € vorgesehen. Der Großteil entfällt mit rd. 8,638 Mio. € auf Schulbaumaßnahmen. Schwerpunkte bilden der Abschluss der Arbeiten für den Ersatzneubau des Gebäudes E an der Grundschule Bad König, die Fortsetzung des Ersatzneubaus des Schulschwimmbades der Ernst-Göbel-Schule Höchst und die Dach- und Fassadensanierung der Theodor-Litt-Schule Michelstadt. Das 2. Kommunalinvestitionsprogramm „KIP macht Schule“ stellt insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 10,033 Mio. € zur Verfügung. Der Schwerpunkt dieses Programms wird die grundhafte Sanierung der bestehenden Großsporthalle an der Georg-August-Zinn-Schule Reichelsheim sein. Daneben werden richtlinienkonform an verschiedenen Schulen Sanierungsmaßnahmen in „kleinerem“ Umfang durchgeführt werden.

Für Investitionen in die Kreisstraßen sind rd. 0,830 Mio. € eingeplant. Die aus dem Jahr 2019 zu übertragenden Mittel ergänzen die Mittelbereitstellung für das Wirtschaftsjahr 2020.

Der Fokus der Investitionsanstrengungen wird natürlich auf Substanzerhaltung und Sanierung des Gebäudebestandes liegen. Nach Wegfall des Zuweisungsanteils der Schulbaupauschale im Rahmen der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs akzeptiert die Aufsichtsbehörde eine veranschlagte Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,6 Mio. €. Unter Berücksichtigung der sich aus dem Schutzschirmvertrag ergebenden Einschränkungen verbliebe im Saldo ein vergleichsweise geringer Investitionsspielraum. Die Aufrechterhaltung des derzeit vorhandenen Standards über eine reine Instandhaltung hinaus wird mit zunehmendem Alter der Bausubstanz aber immer schwieriger. Über die beiden Kommunalinvestitionsprogramme I und II des Bundes und des Landes Hessen können weitere Sanierungen finanziert werden, für die die jährlich begrenzt zur Verfügung stehenden Eigenmittel nicht ausgereicht hätten. Große Sanierungen werden aufgrund der zu erwartenden Kosten kaum noch in Angriff genommen. Dazu reichen die seit Eigenbetriebsgründung mit Ausnahme der Sonderinvestitionsprogramme zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr aus.

Der im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms laufende Ersatzneubau des Schulschwimmbades an der Ernst-Göbel-Schule geht in seine finale Phase. Nachdem der Förderzeitraum 2020 corona-bedingt um ein Jahr verlängert wurde, können die durch unvorhersehbare Schwierigkeiten bei der Gründung entstandenen zeitlichen Verzögerungen aufgefangen werden.

Bei der Umsetzung der letzten Förderprogramme ist eine zunehmende Tendenz zur Bürokratisierung festzustellen, die es sowohl bei Antragstellung, Maßnahmenumsetzung und Erstellung der Verwendungsnachweise immer aufwendiger und schwieriger macht, die umfangreichen und komplexen Förderbedingungen vollumfänglich zu erfüllen. Es besteht unter Umständen für den Empfänger einer Förderung ein kaum kalkulierbares Risiko, dass selbst bei relativ geringen Abweichungen bewilligte Förderungen teilweise oder sogar vollständig widerrufen werden können. Dies hätte erhebliche Konsequenzen auf die Finanzierung einer Investitionsmaßnahme.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Durch eine regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen der Betriebskommission werden Tendenzen und Entwicklungen zeitnah berichtet und ggf. Gegenmaßnahmen ergriffen. Bei der Risikobewertung fließt ein, dass bei den Gebäuden grundsätzlich unvorhergesehene Schäden auftreten können, die unverzüglich behoben werden müssen (z.B. Heizungsanlagen, Dächer/Witterungseinflüsse, Schadstoffemissionen usw.). Durch präventive Prüfung und Wartung der Gebäude und Anlagen im täglichen Geschäftsbetrieb können zum Teil Schäden bereits in einem frühen Stadium erkannt und oftmals noch mit verhältnismäßig wenig Aufwand beseitigt werden. Die finanziellen Risiken von unvorhersehbaren Schadensereignissen werden weitgehend durch den vom Eigenbetrieb gewählten Versicherungsschutz abgedeckt.

Kaum planbar sind die Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung auf die Kosten. Die bereits im Vorjahr erkennbare Überhitzung des Marktes und die zusätzliche Nachfrage durch die Investitionsprogramme haben die Baupreise weiter anziehen lassen. Durch höhere gesetzliche Anforderungen an den baulichen Brand- und Wärmeschutz, Sicherheit, Arbeitsschutz und Hygiene wird die Kostensituation zusätzlich verschärft, sodass die Maßnahmenliste bei begrenzter Mittelbereitstellung stetig angepasst werden muss.

Durch die Einhaltung von Arbeitsschutzmaßnahmen, der regelmäßigen Baumkontrolle mit Führung eines Baumkatasters, der turnusmäßigen Legionellen-Prüfung bei der Trinkwasserversorgung, Beachtung von Maßnahmen im vorbeugenden Brandschutz, regelmäßige Überprüfung von Spiel- und Sportgärten, arbeitsmedizinische Untersuchungen usw. werden die Risiken von Sach- und Personenschäden minimiert. Außerdem wird im Rahmen von Fortbildungen und Schulungen die Qualifikation der Mitarbeiter und insbesondere der Hausmeister ständig verbessert und auf den aktuellen Stand gebracht.

Ausweislich der Wirtschaftspläne 2020 und 2021 wird für den Eigenbetrieb für die nächsten zwei Jahre von ausgeglichenen Ergebnissen ausgegangen. Inwieweit allerdings die weltweite Corona-Pandemie regionale Auswirkungen auf die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebes haben wird, ist für die Zukunft immer noch nicht abzuschätzen. Mit Flexibilität und Kreativität ist die Betriebsleitung und das gesamte Personal des Bau- und Immobilienmanagements gefordert, dies Herausforderungen anzunehmen. Kurz- und mittelfristig wird es immer schwieriger für den Eigenbetrieb, die ihm gestellten Aufgaben im Sinne des Odenwaldkreises und seiner Bürger in bewährter Weise zu erfüllen.

3.2 Öffentlich – rechtliche Körperschaften

Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis

ekom21

Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV)

Landeswohlfahrtsverband Hessen

Wasserverband Gersprenzgebiet

Wasserverband Mümling

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis

Hallenbad Zweckverband im Odenwaldkreis



Michelstädter Str. 12
64711 Erbach
Telefon: 06061/74-163
E-Mail: maul@michelstadt.de

Gegenstand des Unternehmens

Dem Verband obliegen folgende Aufgaben:

Die Errichtung und Unterhaltung eines Hallenbades einschließlich Vornahme eventuell notwendig werdender Umbauten und Erweiterungsbauten sowie der Betrieb der Anlage.

Die Anlage soll folgenden Zwecken dienen:

Den Schulen als Ausbildungsstätte für den Schwimm- und Sportunterricht, den Sportvereinen und -verbänden als Übungs- und Wettkampfstätte und der Bevölkerung zur sportlichen Betätigung und zur Gesunderhaltung. Die Anlage wird ohne Gewinnstreben betrieben (vgl. § 5 Satzung, Stand 03.04.2003).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1968
Mitglieder:	Odenwaldkreis (32,00 %) Stadt Erbach (28,00 %) Stadt Michelstadt (40,00 %)
Verbandsversammlung:	<u>Verbandsmitglied Odenwaldkreis:</u> Sandra Funken Michael Gänsle Eva Heldmann Rekha Krings Stephan Krieger <u>Verbandsmitglied Stadt Michelstadt:</u> Carola Ehlers Andreas Klar Tim Koch PD Dr. Andreas Untergasser Georg Walther <u>Verbandsmitglied Stadt Erbach:</u> Otto Ihrig Inge Mertinkat Bernd Pfau Jürgen Reiter

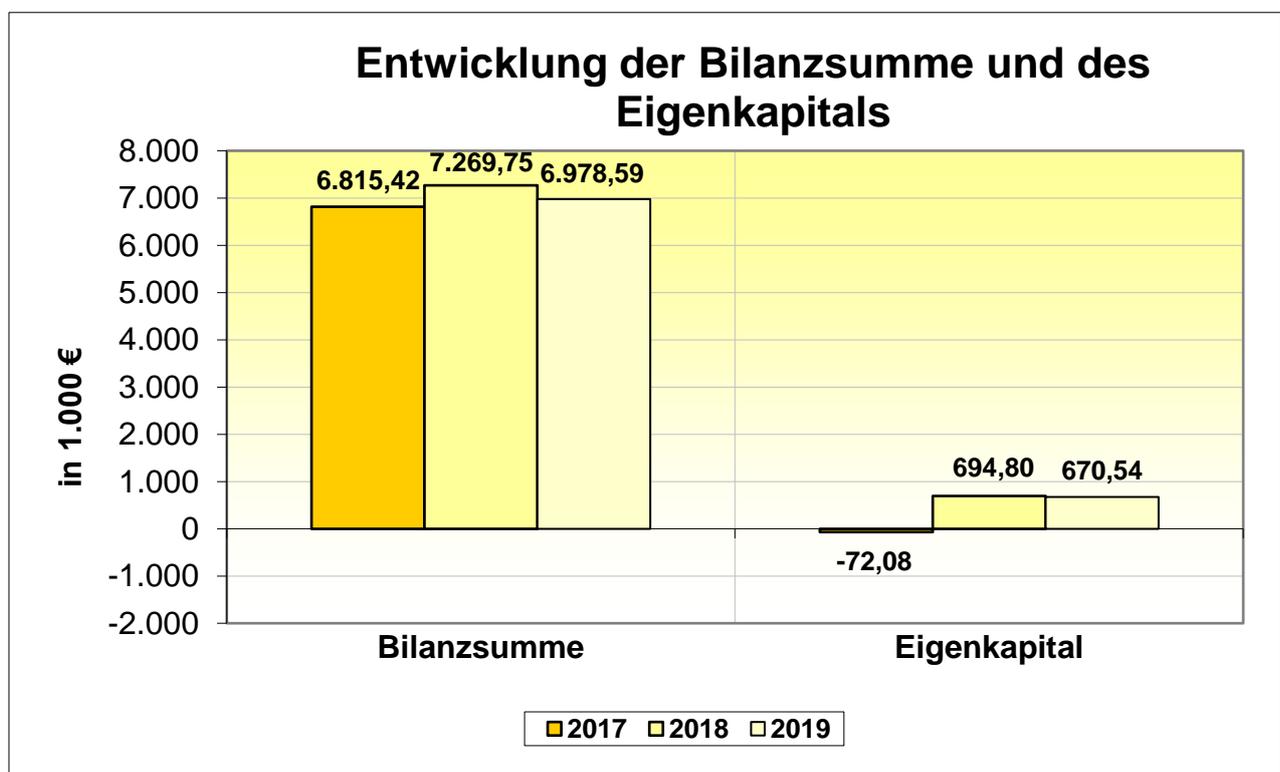
Verbandsvorstand: Stefan Kelbert (Stadt Michelstadt) Verbandsvorsitzender
Oliver Grobeis (Odenwaldkreis) stv. Verbandsvorsitzender
Dr. Peter Traub (Stadt Erbach)

Geschäftsführung: Rolf Maul (kaufm. Geschäftsführer)
Gunnar Krannich (techn. Geschäftsführer)

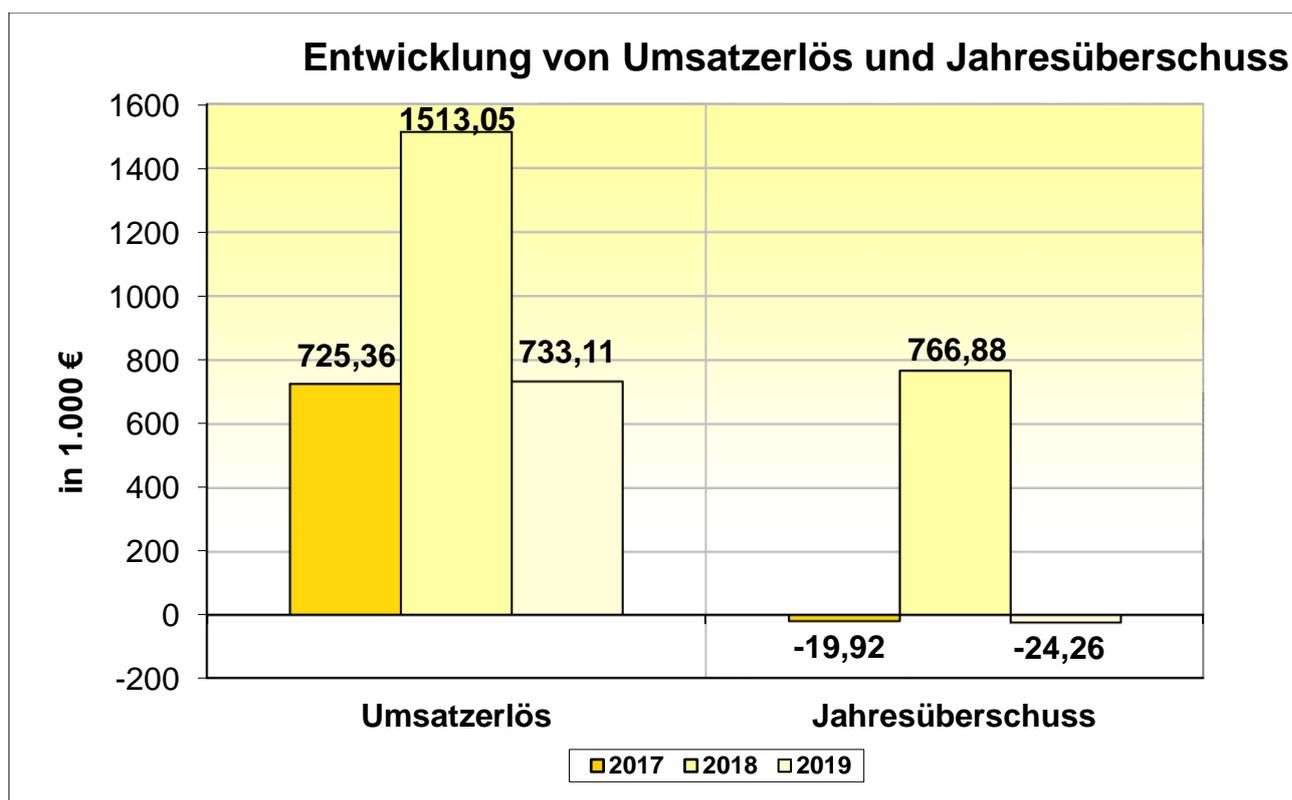
Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017	2018	2019
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	6.704.969,58	6.474.963,00	6.221.879,56
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.488,54	791.176,99	749.033,87
II. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.014,14	3.607,64	7.673,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.871,91	0,00	0,00
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	72.075,04	0,00	0,00
Gesamt	6.815.419,21	7.269.747,63	6.978.586,91
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	845.838,42	845.838,42	845.838,42
II. Bilanzgewinn/-verlust	-917.913,46	-151.038,02	-175.302,81
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	72.075,04	0,00	0,00
B. Sonderposten z. Finanzierung des Anlagevermögens	768.316,94	720.502,94	737.548,94
C. Rückstellungen	159.550,00	49.957,42	49.957,42
D. Verbindlichkeiten	5.887.552,27	5.804.486,87	5.520.544,94
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	6.815.419,21	7.269.747,63	6.978.586,91



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	725.361,24	1.513.051,63	733.108,09
2. Sonstige betriebliche Erträge	47.814,00	47.814,00	47.954,00
3. Materialaufwand	-325.052,22	-313.699,72	-320.476,63
4. Personalaufwand	-6.845,85	-7.468,20	-6.223,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-313.598,38	-347.363,00	-345.679,08
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-65.696,57	-45.535,15	-58.055,04
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-81.900,99	-79.924,12	-74.892,63
9. Ergebnis gewöhnliche Geschäftstätigkeit	-19.918,77	766.875,44	-24.264,79
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/-verlust nach Verbandsumlage	-19.918,77	766.875,44	-24.264,79
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-897.994,69	-917.913,46	-151.038,02
13. Bilanzgewinn/-verlust	-917.913,46	-151.038,02	-175.302,81



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Umlage zum Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis	195.360,00	195.360,00	195.360,00
Sonderumlage	0,00	12.480,00	12.480,00
zusammen	195.360,00	207.840,00	207.840,00

Anteil des Kreises an den Schulden	2017	2018	2019
	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.723.337,68	5.673.788,73	5.388.199,59
– davon Anteil des Kreises 32 %	1.831.468,05	1.815.612,39	1.724.223,87

Personal	zum 31.12.2017	zum 31.12.2018	zum 31.12.2019
Anzahl der Mitarbeiter	1 geringfügig Beschäftigte	1 geringfügig Beschäftigte	1 geringfügig Beschäftigte
Personalkosten in €	6.845,85	7.468,20	6.223,50

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	1,06	9,56	9,61
Eigenkapitalrentabilität	-38,19	1.064,00	-3,49
Verschuldungsgrad	8.390,01	842,61	830,75
Personalintensität	0,94	0,49	0,85

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Das Odenwald-Hallenbad stand nach einer über 4-jährigen Schließung mit einer erneuten Sanierung ab dem 03.03.2017 wieder für den regulären Badebetrieb, den Schulsport sowie für die Aktiven der zahlreichen Sportvereine zu den Öffnungszeiten zur Verfügung.

Das Betreibermodell mit dem eigenen Fachpersonal der Städte Michelstadt und Erbach hat sich gut bewährt und wird von den Besuchern des Hallenbades, den Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Schulsports sowie von den Vereinen positiv angenommen. Für das Jahr 2019 kann im Vergleich zum Vorjahr (Rumpfsaison) ein positives Fazit für den Besuch gezogen werden.

Die neuen technischen Anlagen der Badewassertechnik sorgen zuverlässig für einen reibungslosen Badebetrieb.

Umsatzentwicklung:

Mehr als 70 % der erwirtschafteten Erträge sind durch Verträge fixiert und unterliegen keinen Schwankungen. Hierzu gehören die Verbandsumlage und die vom Odenwaldkreis als Schulträger zu zahlende Jahrespauschale. Wesentliche Erträge, welche von Jahr zu Jahr variieren, sind Benutzungsgebühren, die Erlöse von Gruppen und Vereinen und die Einspeisevergütung aus der Photovoltaikanlage.

Die Besucherzahlen entwickelten sich wie folgt:

Im Berichtsjahr wurden für die vorgenannten Zeiträume insgesamt 50.119 Besucher (Vorjahr Saison 2018 47.443 Besucher) gezählt. Diese Zahl teilt sich auf die verschiedenen Besuchergruppen wie folgt auf: Erwachsene 43,31 % (Vorjahr 42,74 %), Jugendliche 12,82 % (Vorjahr 12,77 %), Schulen 28,78 % (Vorjahr 29,37 %) und Vereine 15,09 % (Vorjahr 15,12 %).

Finanzlage:

Im Jahr 2017 wurden bereits mehr als 20 Gewerke fertig gestellt, schlussgerechnet und das Bad in Betrieb genommen. Insgesamt wurden im Jahr 2018 bzw. im Jahr 2019 mit der Übergabe der Schlussrechnungen alle weiteren Gewerke ausbezahlt. Die Gesamtinvestitionssumme der erneuten Hallenbadsanierung beläuft sich damit auf 4.384.360,01 €.

Somit sind alle Gewerke schlussgerechnet. Bei den Baunebenkosten sind die Leistungsphasen 1 – 8 ausgezahlt. Für die Leistungsphase 9 sind für die Jahre 2017 bis 2021 jeweils noch jährlich 2.410,34 € an Honoraren ausbezahlt. Die Honorare für die Jahre 2017 bis 2019 sind bereits abgerechnet worden.

Alle Maßnahmen werden sich innerhalb des Wirtschaftsplanes aus dem Vorjahr 2018 mit den insgesamt bewilligten Investitionsmitteln von 4,4 Mio. € bewegen.

Über das Jahr 2019 war die Liquidität gewährleistet. Im Wirtschaftsplan 2019 war keine Kreditaufnahme (Vorjahr 400.000,- €) vorgesehen.

Die Sonderumlage verteilt sich entsprechend § 13 der Verbandssatzung. Die Verbandsumlage wurde im Jahr 2019, wie im Vorjahr festgesetzt.

		insgesamt	davon Sonderumlage
Odenwaldkreis	32 % =	207.840,00 €	12.480,00 €
Kreisstadt Erbach	28 % =	181.860,00 €	10.920,00 €
Stadt Michelstadt	40 % =	259.800,00 €	15.600,00 €
insgesamt		649.500,00 €	39.000,00 €

Risikobericht:

Anhängige Verfahren beim Landgericht Darmstadt betreffen mit einem Streitwert von 1.279.062,00 € sowie 91.800,00 € Mängel aus der Sanierung. Mit Blick auf den zurückliegenden Verhandlungsverlauf bleibt es derzeit schwer einschätzbar, ob in 2021 ein Abschluss der Klageverfahren zu erwarten ist. Weiter bleibt der Ausgang der Verfahren offen.

Beide Streitverfahren sind beim Landgericht Darmstadt noch anhängig. Die durch die Gutachter geschätzten Kosten für die Mängelbeseitigung und Betonsanierung sowie für die Lüftungstechnischen Anlagen/Heizung betragen insgesamt voraussichtlich ca. 1,371 Mio €.

Selbst bei juristischem Erfolg müssen die hieraus folgenden Forderungen sowohl vom Haftpflichtversicherer als auch vom Beklagten beglichen werden. Planerhaftpflicht-

versicherungen decken üblicherweise nur Haftpflichtschäden von insgesamt ca. 500.000,00 € ab.

Schlussbetrachtung:

Die erneute Hallenbadsanierung ist baulich abgeschlossen, trotz einiger besonderer Umstände beim Bauen im Bestand im kontrollierten Prozess. Mit den Wirtschaftsplänen 2015 bis 2018 wurden bisher für die Sanierung des Hallenbades insgesamt 4,4 Mio. € bereitgestellt.

Das Hallenbad wurde nachhaltig für die nächsten Jahrzehnte ertüchtigt und es wurde so wieder den Schulen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht und dies wird auch eine positive Wirkung in der Region mit sich bringen.

Nach Wiederinbetriebnahme des Hallenbades im März 2017 hat sich das neue Betreibermodell in der Rumpfsaison 2017 sowie in den Jahren 2018 und 2019 mit dem Fachpersonal der Städte Michelstadt und Erbach erfolgreich bewährt und wird von den Besuchern des Hallenbades positiv angenommen. Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche wurden von unserem Fachpersonal ab Herbst 2019 durchgeführt und haben somit die Attraktivität des Bades weiter gesteigert.

In 2019 wurden die restlichen Bereiche der Cafeteria im Hallenbad (Küche und Lagerraum) baulich und technisch fertig gestellt. Als Betreiber haben wir investiert und die technische Ausstattung der Küche sowie die Ausstattung der Cafeteria anfangs des Jahres 2020 angeschafft.

Die Cafeteria wurde an einen Pächter ab dem 01.02.2020 verpachtet. Durch die Verpachtung der Cafeteria an einen Pächter wurde die Qualität des Bades weiter gesteigert.

ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gießen

Standort Gießen
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
Telefon: 0641/9830-0
Telefax: 0641/9830-2020
Mail: ekom21@ekom21.de



Gegenstand des Unternehmens

Die ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21 – KGRZ Hessen) ist eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts, die mit Wirkung zum 1. Januar 2008 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Kommunalen Gebietsrechenzentren Kassel und KIV in Hessen hervorgegangen ist. Der Sitz der Körperschaft ist Gießen. Sie unterhält weitere Standorte in Kassel und Darmstadt.

Die ekom 21 – KGRZ Hessen bietet für öffentliche Veranstaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandte Einrichtungen, folgende Leistungen an:

- Bereitstellung von informationstechnischen Anlagen und Lösungen,
- Entwicklung, Wartung und Vertrieb von Informationstechnologien,
- Betriebliche Abwicklung von Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie
- Beratung, Schulung und Dienstleistungen aller Art auf dem IuK-Sektor.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Gießen
Handelsregister:	Amtsgericht Gießen HRB 3116
Gründungsjahr:	1996
Stammkapital:	11.600.000,00 €

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter eines jeden Mitgliedes (499 Mitglieder) der ekom21 – KGRZ Hessen. Sie werden von den Vertretungskörperschaften der Mitglieder gewählt bzw. von den zuständigen Gremien benannt.

Bürgermeister a.D. Harald Plünnecke, Waldeck-Frankenberg (Vorsitzender),
Stadtrat Jan Schneider, Frankfurt am Main (Stellvertreter)
Bürgermeister Werner Schuchmann, Ober-Ramstadt (Stellvertreter)

Verbandsvorstand:

Dem Verbandsvorstand gehörten im Jahr 2019 an:

Bürgermeister Gerhard Schultheiß, Nidderau (Vorsitzender)
Bürgermeister Hartmut Linnekugel, Volkmarsen (stellv. Vorsitzender)

Dr. Joachim Benedix, Amtsleiter, Kassel
Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf

Gertrud Gerlach, ekom21 – KGRZ Hessen
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Bürgermeister Christian Klein, Battenberg
Bürgermeister Ulrich Künz, Kirtorf
Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke, RP Kassel (bis 02.06.2019)
Landrat Manfred Michel, LK Limburg-Weilburg
Karl-Heinz Müller, ekom21 KGRZ Hessen
Bürgermeister Rafael Reißer, Darmstadt
Bürgermeister Andreas Siebert, Niestetal
Kreisbeigeordneter Oswin Veith, MdB, Wetteraukreis
Friedrich Wagner, ekom21 – KGRZ Hessen

Finanzausschuss:

Die Verbandsversammlung hat einen Finanzausschuss gebildet, dem folgende Mitglieder angehören:

Geschäftsführender Direktor Karl-Christian Schelzke, Hess. Städte- und
Gemeindebund (Vorsitzender),
Geschäftsführender Direktor Matthias Drexelius, Hessischer Landkreistag (stellv.
Vorsitzender),
Geschäftsführender Direktor Stephan Gieseler, Hessischer Städtetag (stellv.
Vorsitzender)

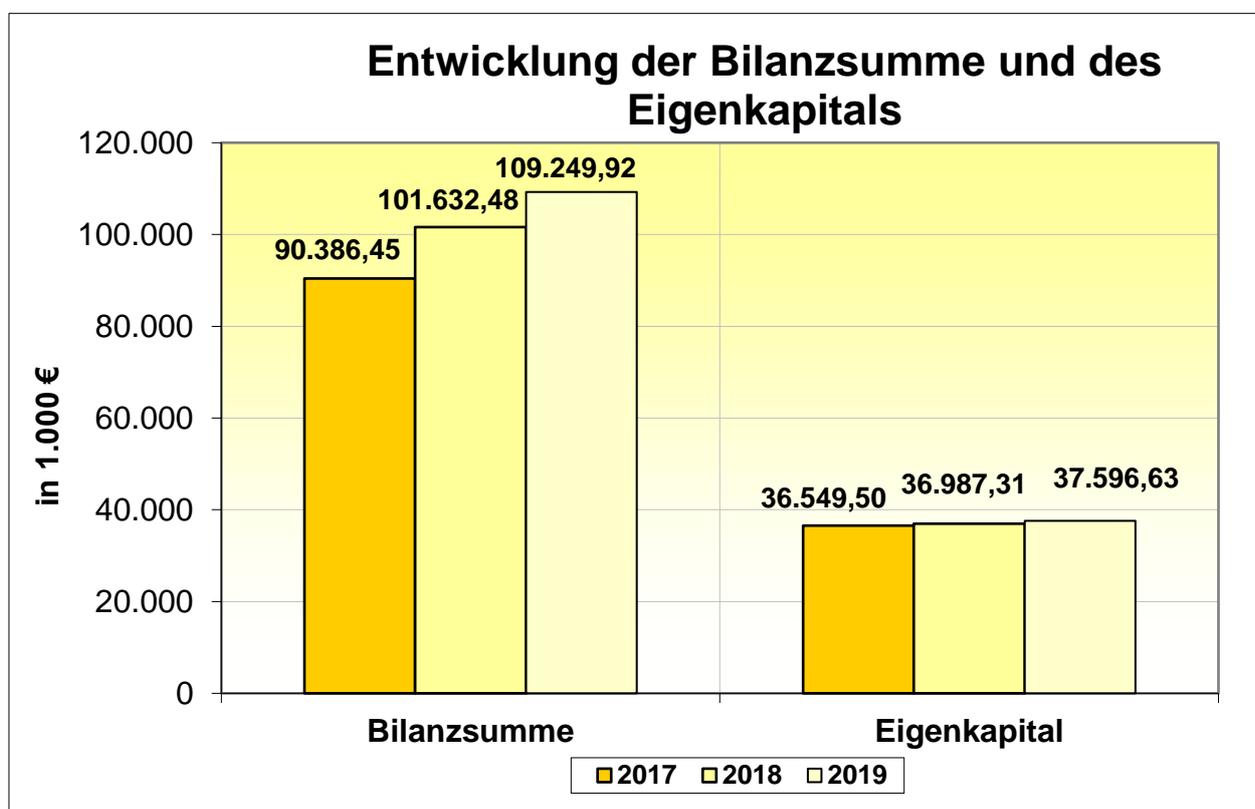
Bürgermeister Michael Aufenanger, Ahnatal
Bürgermeister Wolfgang Gottlieb, Birstein
Bürgermeister Lars Burkhard Steinz, Heuchelheim
Hauptamtsleiter Karl-Helmut Tepel, Korbach
Kreisbeigeordneter Roland Seel, Hochtaunuskreis
Landrat Christian Engelhardt, Bergstraße
Verwaltungsdirektor Udo Umbach, Kassel
Kreisbeigeordnete Ingrid Friedrich, Limburg-Weilburg
Kreisbeigeordneter Dr. Philipp Rottwilm, Schwalm-Eder-Kreis
Kreisbeigeordneter Harald Plünnecke, Waldeck-Frankenberg
Bürgermeister Eric Engels, Fränkisch Crumbach
Bürgermeister Roland Esch, Aßlar
Fachbereichsleiter IT Joachim Fröhlich, Darmstadt
Bürgermeister Björn Brede, Frankenau
Bürgermeister Frank Börner, Gudensberg
Erster Stadtrat Uwe Hajdu, Heusenstamm
Magistratsdirektor Thomas Krüger, Mörfelden Walldorf
Bürgermeister Werner Schuchmann, Ober-Ramstadt
Bürgermeister Jürgen Hoffmann, Rodgau
Bürgermeister Steffen Wernard, Usingen
Bürgermeister Manfred Ludewig, Vellmar

Geschäftsführung: Bertram Huke / Ulrich Künkel

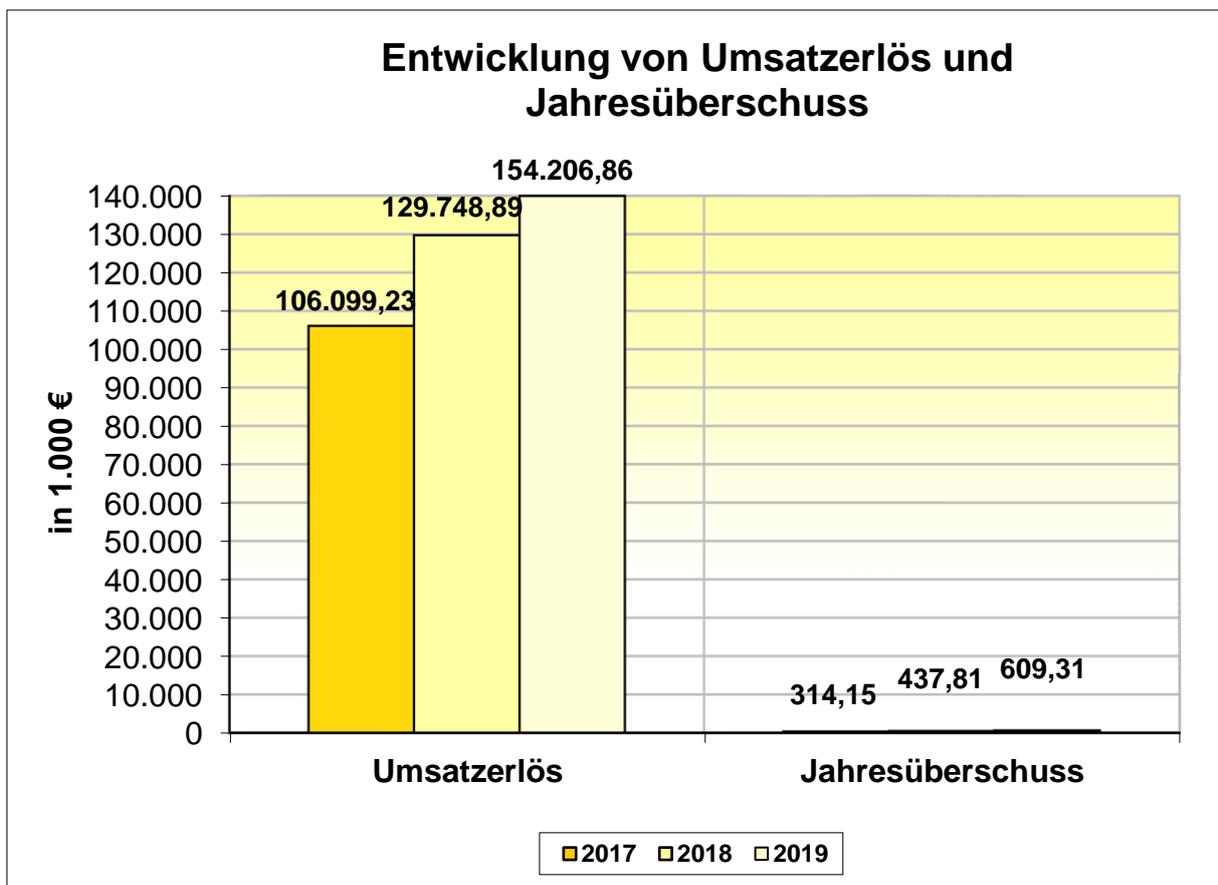
Beteiligungen: ekom21 GmbH (100,00 %)
KIV Thüringen (48,84 %)
KOPIT eG (20,00%)
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft e.G. (10 Anteile)

Abschlussprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.093.862,77	7.357.029,00	8.808.223,26
II. Sachanlagen	10.570.955,82	10.983.450,09	10.297.546,64
III. Finanzanlagen	2.977.458,59	3.078.005,84	5.045.312,16
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.720.862,14	6.207.580,24	4.051.830,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.806.167,88	16.724.071,79	19.389.855,55
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinst.	54.576.585,66	55.589.207,56	59.805.879,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.640.552,95	1.802.140,01	1.851.269,92
gesamt	90.386.445,81	101.632.484,53	109.249.918,13
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.600.000,00	11.600.000,00	11.600.000,00
II. Rücklagen	24.790.403,53	24.790.403,53	24.790.403,53
III. Gewinn-/Verlustvortrag	155.053,23	159.098,85	596.908,85
IV. Jahresgewinn	314.152,08	437.810,00	609.313,17
B. Rückstellungen	38.784.943,70	43.794.129,44	48.963.192,50
C. Verbindlichkeiten	15.046.625,79	20.849.474,01	22.676.855,60
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.373,94	1.568,70	13.244,48
gesamt	90.386.445,81	101.632.484,53	109.249.918,13



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	106.099.227,25	129.748.894,26	154.206.862,93
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.110.624,76	5.032.114,66	5.730.321,62
3. Materialaufwand	-58.904.530,62	-78.705.336,35	-99.451.598,40
4. Personalaufwand	-39.222.558,29	-43.037.710,40	-45.484.517,86
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-3.623.962,44	-3.801.533,08	-4.662.273,66
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.857.026,47	-8.388.123,96	-9.351.065,82
7. Erträge aus Beteiligungen	40.423,76	25.886,79	46.092,42
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen d. Finanzanlagevermögens	827,76	830,51	29.353,42
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	749.135,50	640.901,84	597.918,27
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.061.547,47	-1.051.260,46	-1.037.226,58
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	330.381,53	464.663,81	635.281,66
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00		
13. Steuern vom Einkommen und v. Ertrag	-1.510,74	-7.718,10	-5.707,66
14. Sonstige Steuern	-14.718,71	-19.135,71	-20.260,83
15. Jahresüberschuss	314.152,08	437.810,00	609.313,17



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Anteil des Odenwaldkreises an der Verbandsumlage	0,00	0,00	0,00

Mit der Verbandsumlage für das Jahr 2009 ist die versicherungstechnische Lösung der Beamtenversorgung der ekom21/KGRZ in Hessen ausfinanziert.

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	434,51	470,66	498,45
Personalkosten in €	39.222.558,29	43.037.710,40	45.484.517,86

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	40,44	35,80	33,87
Eigenkapitalrentabilität	0,87	1,19	1,67

Auf eine Zusammenfassung des Lageberichtes wird an dieser Stelle verzichtet, da die Beteiligung des Odenwaldkreises an der ekom 21 deutlich unter 1 % liegt.

**Landeswohlfahrtsverband Hessen
- Der Kommunalverband der hessischen
Kreise und kreisfreien Städte**

Ständeplatz 6-10
34117 Kassel
Telefax: 0561/1004-0, Telefax: 0561/1004-2595
E-Mail: info@lwv-hessen.de



Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes:

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) ist als Kommunalverband höherer Ordnung Träger sozialer Aufgaben von überörtlicher Bedeutung, die ihm durch Gesetz übertragen sind oder die er durch Beschluss der Verbandsversammlung übernommen hat. Er wirkt auf einen sozialen Ausgleich und auf eine gleichmäßige Versorgung aller hessischen Einwohner mit sozialen Einrichtungen und Diensten hin (vgl. § 1 der Hauptsatzung, Stand 29.03.2017).

Für kranke und behinderte Menschen plant und finanziert der Landeswohlfahrtsverband Maßnahmen, sozialpolitische Projekte und Programme (z.B. betreutes Wohnen). Der LWV ist der größte Krankenhausträger in Hessen. Hierzu gehören insbesondere eine Vielzahl von Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie, Tageskliniken und Institutsambulanzen im Bereich der Gemeindepsychiatrie für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Er hat damit maßgeblich Anteil an der Gestaltung der sozialen Infrastruktur Hessens.

Die Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sind ihm durch Gesetz zugewiesen. Er ist heute überörtlicher Sozialhilfeträger, Aufgabenträger der Schwerbehindertenhilfe (Fachbereich Behinderte Menschen im Beruf / Integrationsamt), überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle) sowie Alleingesellschafter der Vitos GmbH als Träger der psychiatrischen Kliniken, Sonderschulen für sinnesgeschädigte Kinder, Heimen und weiteren Einrichtungen.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Kassel	
Gründungsjahr:	1953	
Mitglieder:	die Kreise und kreisfreien Städte in Hessen	
Verbandsversammlung:	Präsident:	Friedel Kopp
	Vizepräsident:	Jürgen Banzer
	Vizepräsident:	Bardo Bayer
	Vizepräsident:	Heinrich Eckert
	Vizepräsident:	Stefan Reuß
	Vizepräsident:	Heinz Schmidt
	Vizepräsidentin:	Bettina Schreiber
	Vizepräsident:	Henry Thiele

68 weitere Mitglieder der Verbandsversammlung

Verwaltungsausschuss:

Hauptamtliche Mitglieder:

Vorsitz: Susanne Selbert, Landesdirektorin
 Erster Beigeordneter Dr. Andreas Jürgens
 Hauptamtlicher Beigeordneter Dieter Schütz
 sowie 14 ehrenamtliche Mitglieder

Beteiligungen:

die meisten seiner Einrichtungen führt der LWV als
 Alleingesellschafter der Vitos GmbH als gemeinnützige
 GmbHs

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten	2017	2018 (vorl. Ergebnis)	2019 (lt. Haushaltsplan)
	€	€	€
Bilanzsumme	928.728.643,47	981.368.887,59	
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	6.748.166,79	35.765.408,99	- 25.277.691,00
Gesamterträge	1.975.325.264,29	2.056.639.097,55	2.060.624.253,00
Gesamtaufwendungen	1.969.193.080,14	2.024.324.039,76	2.085.901.944,00
Finanzzuweisung des Landes Hessen	135.000.000,00	140.000.000,00	145.000.000,00
Verbandsumlage	1.317.773.419,00	1.376.605.486,00	1.411.361.576,00

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
Umlage des Kreises in €	16.176.636,00	17.548.948,00	17.898.592,00
Hebesatz	11,053 %	10,946 %	10,967 %

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen Zentralverwaltung	965	1.021	1.068
Personalkosten Zentralverwaltung in Mio. €	73,3	78,6	82,3

Wasserverband Gersprenzgebiet

Landratsamt Odenwaldkreis
Michelstädter Str. 12
64711 Erbach

Geschäftsstelle:
Haus der Energie
Helmholtzstraße 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/70-288
E-Mail: m.sottong@wv-muemling-gersprenz.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat folgende Aufgaben:

- Der Verband hat insbesondere die Aufgabe, den Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung der Verbandsgewässer zu betreiben
- sowie geeignete Hochwasserschutzanlagen zu bauen und zu betreiben.

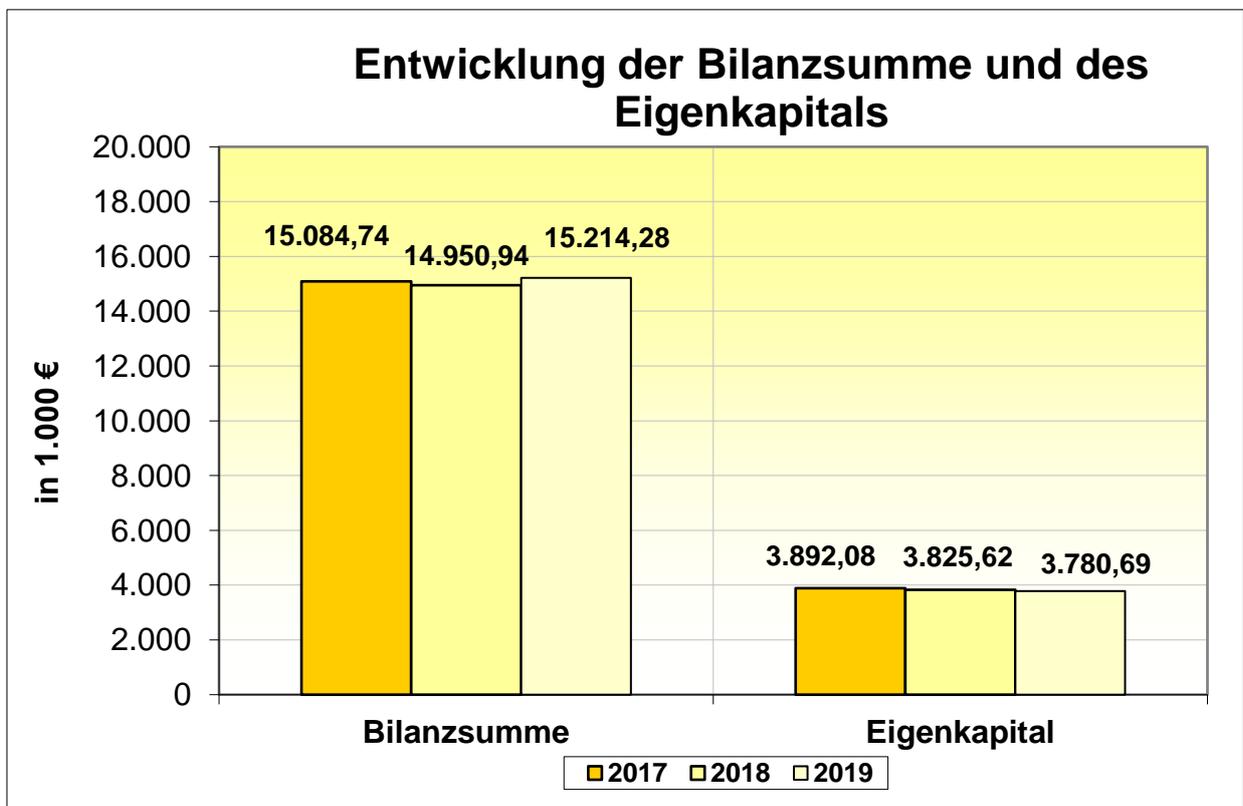
Der Verband kann darüber hinaus auch weitere wasserwirtschaftliche Maßnahmen übernehmen, soweit sie Aufgaben nach dem WVG sein können (vgl. § 3 Satzung, Stand 04.02.1997).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

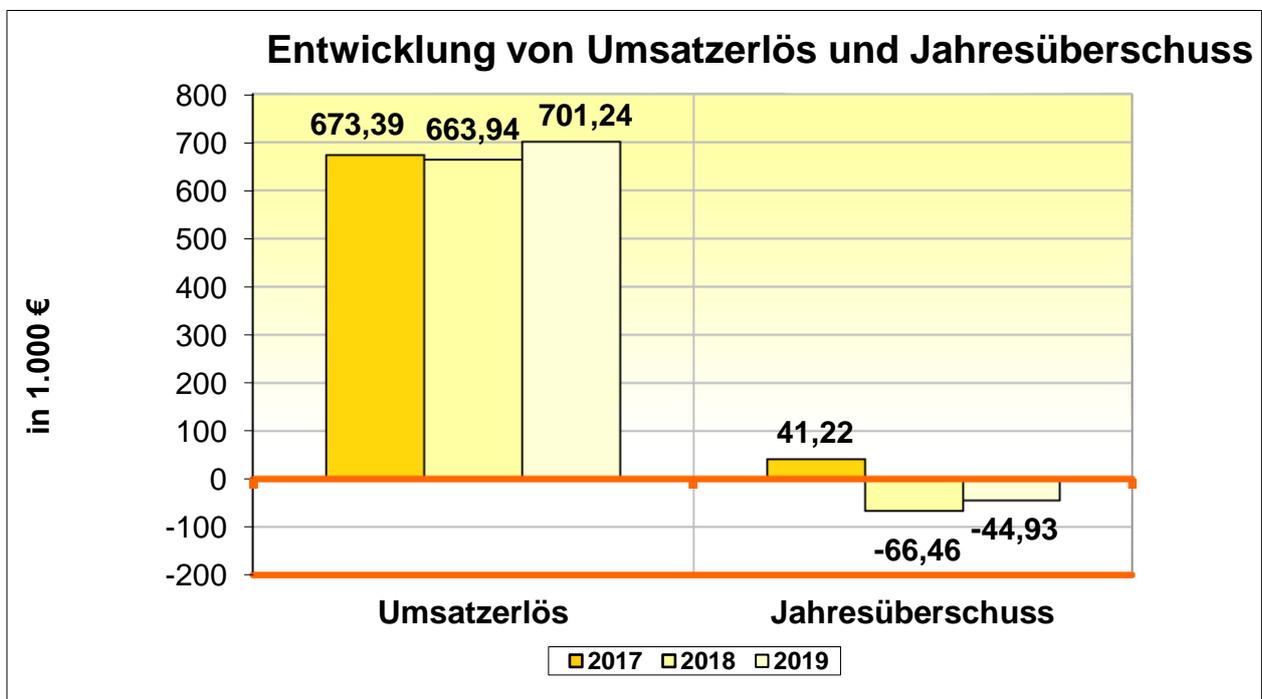
Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1970
Mitglieder:	Odenwaldkreis Landkreis Darmstadt-Dieburg Stadt Babenhausen Stadt Dieburg Stadt Groß-Bieberau Stadt Groß-Umstadt Stadt Lindenfels Stadt Ober-Ramstadt Stadt Reinheim Gemeinde Brensbach Gemeinde Eppertshausen Gemeinde Fischbachtal Gemeinde Fränkisch Crumbach Gemeinde Fürth/Odw. Gemeinde Groß-Zimmern Gemeinde Mainhausen Gemeinde Modautal Gemeinde Münster Gemeinde Otzberg Gemeinde Reichelsheim (Odw.) Gemeinde Roßdorf Gemeinde Rödermark Gemeinde Schaafheim

- Verbandsversammlung: Die Versammlung hat folgende Mitglieder mit insgesamt 100 Stimmen:
- Städte und Gemeinden des Oberen Gersprenzgebietes
 - Städte und Gemeinden des Unteren Gersprenzgebietes
 - Städte und Gemeinden des Groß-Umstädter-Gebietes
 - Städte und Gemeinden des Erbsenbachgebietes
 - Landkreis Darmstadt Dieburg
 - Odenwaldkreis
- Der Odenwaldkreis hat 11 Stimmen. Die restlichen Mitglieder insgesamt 89 Stimmen.
- Verbandsvorstand:
- Kreisbeigeordneter Dr. Michael Reuter
(Stellvertreter: Torsten-Tankmar Hopp)
- Margrit Herbst
(Stellvertreter: Axel Goldbach)
- Bürgermeister Stefan Lopinsky
(Stellvertreter: Bürgermeister Karl Hartmann bis 01.09.2019)
- Bürgermeister Joachim Knoke
(Stellvertreter: Bürgermeister Frank Haus)
- Bürgermeister Gerald Frank
(Stellvertreter: Bürgermeister Joachim Ruppert)
- Bürgermeister Achim Grimm
(Stellvertreter: Bürgermeisterin Christel Sprößler)
- Geschäftsführung: Matthias Sottong
- Beteiligungen: keine
- Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.353,40	4.796,40	4.239,40
II. Sachanlagen	14.918.718,87	14.851.042,17	14.961.589,92
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58.081,35	95.100,87	80.101,88
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	102.584,76	0,00	168.345,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	15.084.738,38	14.950.939,44	15.214.249,57
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	0,00	0,00	0,00
II. Rücklagen	3.236.404,52	3.236.404,52	3.236.404,52
III. Gewinnvortrag	614.453,86	655.677,62	589.212,72
IV. Jahresgewinn/-verlust	41.223,76	-66.464,90	-44.929,75
B. Empfangene Ertragszuschüsse	10.488.296,82	10.301.467,20	10.417.273,20
C. Rückstellungen	6.832,00	17.701,39	17.994,50
D. Verbindlichkeiten	691.027,42	800.153,61	992.821,38
E. Rechnungsabgrenzungsposten	6.500,00	6.000,00	5.500,00
gesamt	15.084.738,38	14.950.939,44	15.214.276,57



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	673.389,58	663.940,84	701.241,15
2. Sonstige betriebliche Erträge	202.892,76	389.937,65	395.252,00
3. Materialaufwand	-100.555,42	-73.459,77	-75.225,50
4. Personalaufwand	-94.109,41	-105.263,50	-97.470,52
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-304.912,41	-438.947,73	-436.348,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-328.851,60	-496.739,29	-527.269,04
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,00	0,50	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.616,30	-5.918,16	-5.083,57
9. Sonstige Steuern	-15,44	-15,44	-15,44
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	41.223,76	-66.464,90	-44.929,75



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Beitrag an den Wasserverband Gersprenzgebiet	511,00	511,00	511,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	1	1	1
Personalkosten in €	94.109,41	105.263,50	97.470,52

Auf die Darstellung von Kennzahlen wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Die Planungen zur Schaffung von Hochwasserschutzeinrichtungen wurden weiter vorangetrieben. Auch wurde die Umsetzung der Europäischen Wasserschutzrichtlinie weiterverfolgt.

Am 12.01.2012 hat der Verband für den Retentionsraum Herrensee/Fischbachtal den Genehmigungsbescheid erhalten. Darauf folgend wurde ein entsprechender Finanzierungsantrag gestellt.

Am 15.08.2013 wurde von Seiten des Landes Hessen ein Finanzierungsbescheid übergeben. Das Land Hessen fördert die Maßnahme mit einem Zuschuss von ca. 3,1 Mio €. Weiterhin hat sich die Stadt Groß-Bieberau mit ca. 4,3 % zur Erfüllung von Ausgleichsaufgaben für eigene Planungen an den Gesamtkosten beteiligt.

In 2014 begannen die Baumaßnahmen zum Retentionsraum Herrensee/Fischbachtal. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 4,9 Mio. € stellt dieses die größte Baumaßnahme der letzten Jahre dar.

Der Wasserverband Gersprenzgebiet muss letztlich 825 T€ an Eigenmitteln aufbringen. Die Eigenmittel werden durch eine Kombination aus Erhöhung der Umlage und Kreditaufnahme aufgebracht.

In 2018 wurden die letzten baulichen Maßnahmen mit der Installation von 5 Grundwassermessstellen abgeschlossen

Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen konnte aufgrund von Auflagen der Naturschutzbehörden noch nicht begonnen werden. Hier musste ein Landschaftsplaner zur Klärung und Abstimmung der Anforderungen und Zusammenstellung verschiedenen Unterlagen beauftragt werden. Die Planungen der Kompensationsmaßnahmen konnten 2019 nicht abgeschlossen werden.

Die Planung und Konkretisierung von Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplanung des Landes Hessen wurde in Auftrag gegeben. In 2014 erfolgte die abschließende Bearbeitung.

Unabhängig von dieser Untersuchung wurden folgende Projekte, die die gesetzlich verankerten Ziele verfolgen, weiterbetrieben:

- Durchgängigkeit an der Gersprenz, Konfurter Mühle, Babenhausen (Baubeginn 2017)
- Strukturverbesserung an der Gersprenz im Bereich Brensbach, Fortführung von strukturverbessernden Maßnahmen und der Beseitigung von Wanderhindernissen.
- Verlegung des Wembaches mit Renaturierung (Baubeginn 2017)

Die Finanzierung der oben aufgeführten Maßnahmen wird über Zuschüsse des Landes Hessen sowie einem Eigenanteil des Wasserverbandes bereitgestellt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Verband finanziert sich über die Umlagen der Kommunen und Sockelbeiträge der Landkreise Darmstadt-Dieburg und Odenwaldkreis. Baumaßnahmen werden mit Zuschüssen des Landes Hessen realisiert.

Weitere Erträge ergeben sich aus dem Kooperationsvertrag mit dem Wasserverband Mümling, der Beteiligung des Landes Hessen an der Gewässerunterhaltung für die Gersprenz gemäß HWG sowie der Verpachtung von Grundstücken. Die Erträge belaufen sich in der Summe auf 163.372,22 €.

Der Wasserverband Gersprenzgebiet ist Umlagefinanziert. Nicht vollständig aufgewendete Umlagen wurden angespart, um darüber den Eigenanteil größerer Projekte zu finanzieren. Die angesparten Mittel wurden in den letzten Baumaßnahmen planmäßig verwendet. Im September 2018 führte das Sturmereignis „Fabienne“ zu erheblichen Schäden an den Gewässern, die Arbeiten zur Beseitigung dieser führten zu einer nicht im Vorfeld planbaren Belastung. Diese wirkten sich auf die Arbeiten, Kosten und somit auf das Jahresergebnis 2019 aus.

Die Personalkosten des administrativen Bereiches werden hälftig vom Wasserverband Mümling getragen

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

In den nächsten Jahren wird im Bereich der Gewässerunterhaltung ein Schwerpunkt weiterhin auf der Umsetzung der EU-WRRL liegen. Nach derzeitiger Rechtslage müssen die Maßnahmen bis 2017 umgesetzt sein. Seitens des Landes werden, um hier Fortschritte zu erzielen, über das Programm 100 wilde Bäche uns die Stellung von Gewässerberatern Anreize geschaffen. Der Wasserverband Gersprenzgebiet nimmt diese Angebote wahr.

Als größere Projekte zur Umsetzung der EU-WRRL sind der Umbau der Wehranlagen Harreshausen, der Katzensgrabenabschlag und der Mörmühle zu nennen. Hinzu kommen Renaturierungsmaßnahmen am Katzensgraben, am Wembach und der Gersprenz.

Auch die klassische Gewässerunterhaltung (Mäharbeiten zur Freihaltung des Gewässerprofils in den Ortslagen, Gehölzpflege, Verkehrssicherung etc.) wird gemäß hessischem Wassergesetz an den Gewässern II. Ordnung qualifiziert vom Land Hessen gefördert. Die Umsetzung dieser Arbeiten ist notwendig, um Überschwemmungen sowie Sach- und Personenschäden zu verhindern.

Weiterhin ist die Umsetzung von weiteren Hochwasserschutzanlagen geplant. Diese dienen dem Schutz der Kommunen im Gersprenzgebiet, aber auch im weiteren Sinne der Entlastung des Rhein-Main-Gebietes. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels, werden diese Anlagen benötigt, um den wirtschaftlichen Schaden der zu erwartenden Hochwasserereignisse zu minimieren.

Für die kommenden zwei Jahre ist vorgesehen, weitere Hochwasserschutzanlagen zur Baureife zu führen. Für den Bau eines Retentionsraumes bei Groß-Umstadt wurde eine Genehmigung beantragt. Der Schwerpunkt der baulichen Tätigkeit wird im nächsten Jahr auf der Umsetzung der EU-WRRL liegen.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Wie bereits im letzten Jahr berichtet, ist der Wasserverband Gersprenzgebiet mit verschiedenen Projekten, sowohl den Hochwasserschutz als auch die Umsetzung der EU-WRRL betreffend, in „Planungsvorlage“ getreten. Hierdurch kann er schnell und flexibel auf sich ergebene Finanzierungsmöglichkeiten reagieren.

Sollte sich die finanzielle Belastung aufgrund sinkender Förderquoten oder einer Richtungsänderung in der Umsetzungsstrategie ergeben, könnten die getätigten Investitionen in Planungsleistungen erst mittel- bis langfristig über Landesmittel ihre Refinanzierung finden.

Wasserverband Mümling

Landratsamt Odenwaldkreis
Michelstädter Str. 12
64711 Erbach

Geschäftsstelle:
Haus der Energie
Helmholtzstr. 1
64711 Erbach

Telefon: 06062/70-288

E-Mail: m.sottong@wv-muemling-gersprenz.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 und somit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Wasserverband Mümling wurde in 1970 gegründet und übernimmt für die Satzung und Beitragsschlüssel definierten Gewässer die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gewässerunterhaltung und des Hochwasserschutzes.

Schwerpunkt der Verbandarbeit sind die naturnahe Gestaltung der Gewässer, speziell Gewässer zu renaturieren sowie der Bau und Betrieb von geeigneten Hochwasserschutzeinrichtungen.

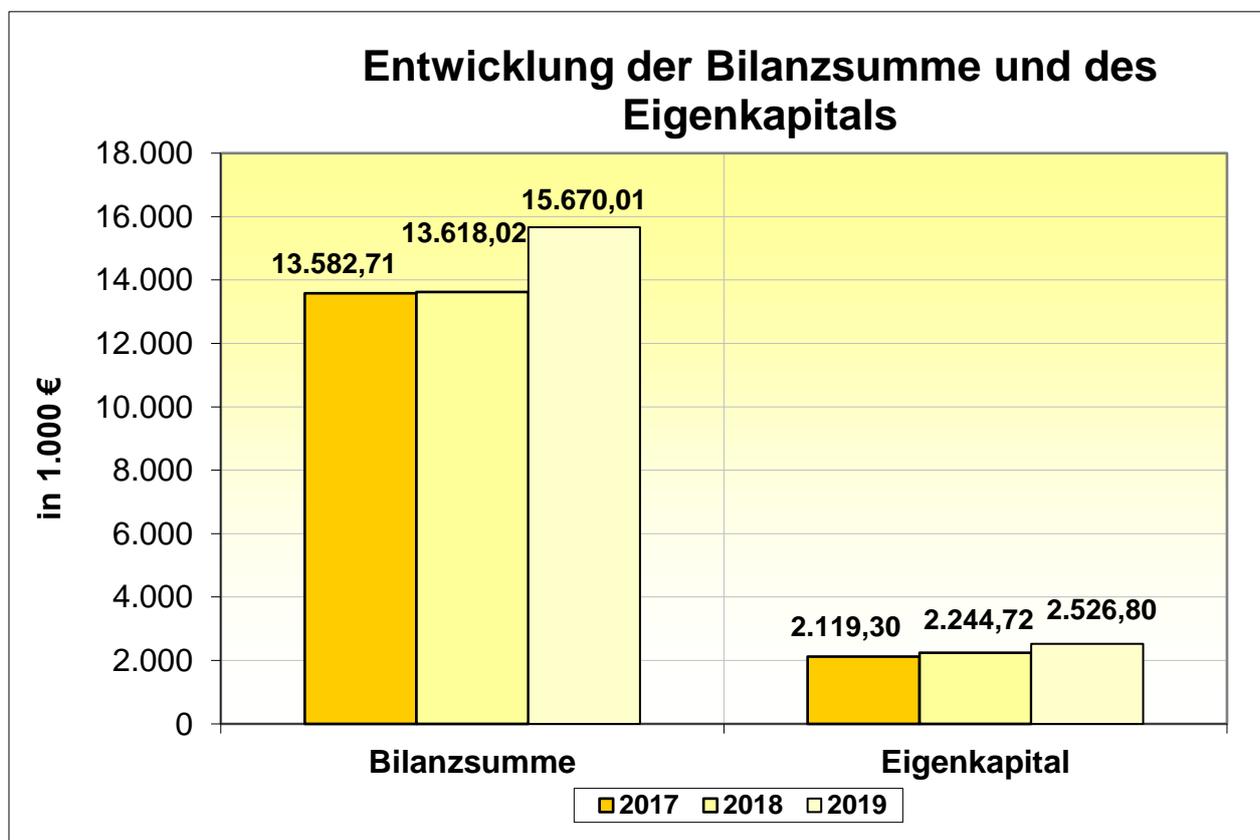
Der Verband kann darüber hinaus auch weitere wasserwirtschaftliche Maßnahmen übernehmen, soweit sie Aufgaben nach dem WVG sein können (*vgl. § 3 Satzung, Stand 19.06.1997*).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

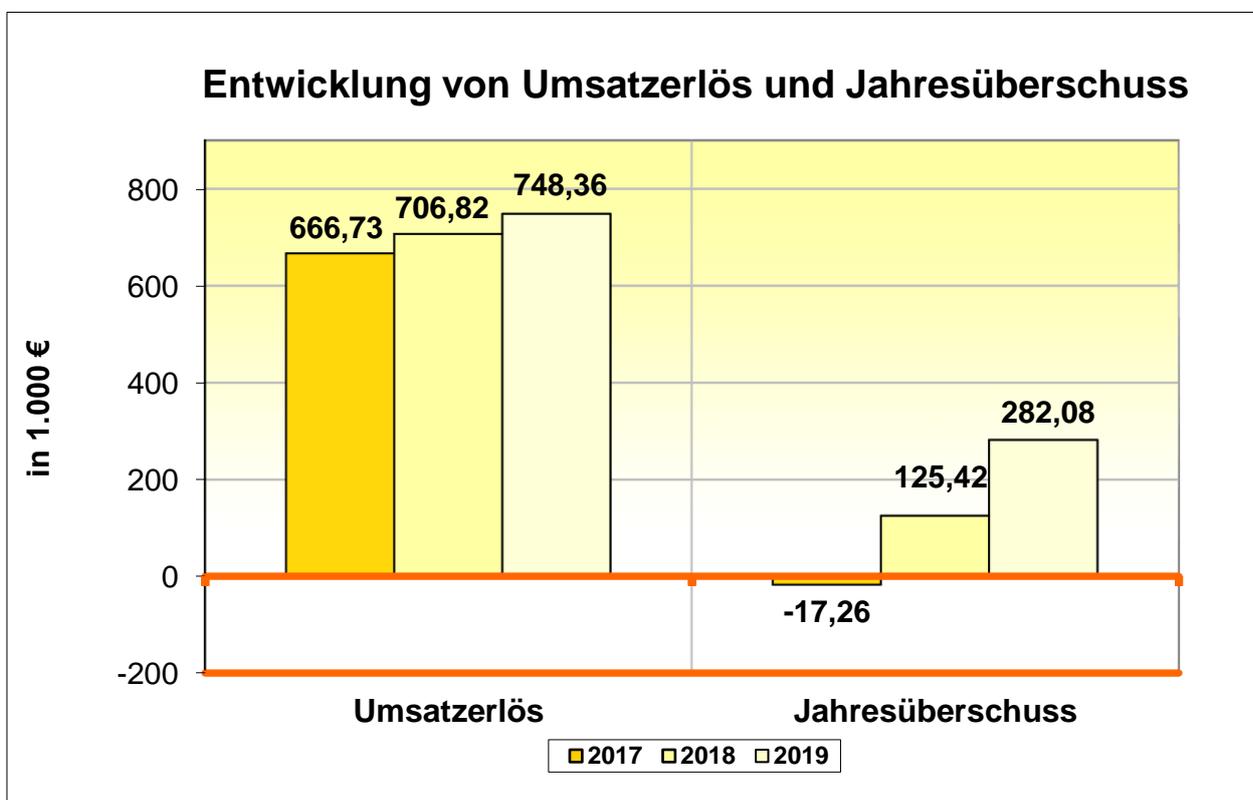
Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1970
Mitglieder:	Odenwaldkreis Kreisstadt Erbach Stadt Bad König Stadt Breuberg Stadt Michelstadt Stadt Oberzent Gemeinde Brombachtal Gemeinde Höchst i. Odw. Gemeinde Lützelbach Gemeinde Mossautal

Verbandsversammlung:	Die Verbandsmitglieder haben insgesamt 74 Stimmen, wobei jedes Mitglied mindestens 3 Stimmen erhält. Der Odenwaldkreis hat 13 Stimmen. Die restlichen Mitglieder insgesamt 61 Stimmen.
Verbandsvorstand:	<p>Kreisbeigeordneter Dr. Michael Reuter (Stellvertreter: 1. Kreisbeigeordneter Oliver Grobeis)</p> <p>Bürgermeister Christian Kehrer (Stellvertreter: 1. Stadtrat Gerhard Rebscher)</p> <p>Bürgermeister Dietmar Bareis (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Harald Eisenhauer)</p> <p>Bürgermeister Dr. Peter Traub (Stellvertreter: 1. Stadtrat Erwin Gies)</p> <p>Bürgermeister Stephan Kelbert (Stellvertreter: 1. Stadträtin Klementine Dingeldein)</p> <p>Bürgermeister Willi Kredel (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Horst Kaffenberger)</p> <p>Bürgermeister Axel Muhn (Stellvertreter: 1. Stadtrat Oliver Vogt)</p> <p>Bürgermeister Horst Bitsch (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Karl-Heinz Amos)</p> <p>Bürgermeister Jörg Springer (Stellvertreter: 1. Stadtrat Werner Seibert)</p> <p>Bürgermeister Uwe Olt (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Bernd Fügen)</p>
Geschäftsführung:	Matthias Sottong
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Consult + Concept GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	2,00	2,00
II. Sachanlagen	13.108.136,94	13.277.824,03	14.354.578,41
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	125.186,74	168.516,71	514.981,96
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	349.389,13	172.037,53	800.447,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	13.582.714,81	13.618.023,70	15.670.009,79
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	1.883.667,54	1.883.667,54	1.883.667,54
II. Bilanzgewinn	235.629,16	361.052,15	643.132,56
B. Empfangene Ertragszuschüsse	11.161.209,78	11.146.841,78	12.127.479,78
A. Rückstellungen	13.266,27	19.739,50	18.317,00
B. Verbindlichkeiten	258.506,06	183.545,73	981.494,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30.436,00	23.177,00	15.918,00
gesamt	13.582.714,81	13.618.023,70	15.670.009,79



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	666.729,32	706.815,26	748.364,09
2. Sonstige betriebliche Erträge	388.242,65	477.987,20	503.175,67
3. Materialaufwand	-69.491,54	-75.008,71	-53.336,87
4. Personalaufwand	-336.744,46	-326.074,45	-325.918,45
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-289.152,94	-287.857,75	-290.652,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-375.064,17	-368.991,75	-298.313,29
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20,93	16,08	6,04
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.075,00	-735,43	-390,02
9. Sonstige Steuern	-727,14	-727,46	-854,14
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-17.262,35	125.422,99	282.080,41
11. Gewinnvortrag	252.891,51	235.629,16	361.052,16
12. Bilanzgewinn	235.629,16	361.052,15	643.132,57



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Beitrag an den Wasserverband Mümling	511,00	511,00	511,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	5	6	5
Personalkosten in €	336.744,46	326.074,45	325.918,45

Auf die Darstellung von Kennzahlen wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Die verschiedenen Planungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes wurden weiter betrieben. Um für die beiden am weitesten fortgeschrittenen Projekte die Grundstücksfragen zu regeln, wurde das Amt für Bodenmanagement hinzugezogen. Von diesem werden die für die Bodenordnung notwendigen Schritte abgearbeitet.

Für die Plangenehmigung für den Retentionsraum Schönnen erhielt der Wasserverband bereits im Mai 2013. Der erforderliche Grunderwerb wird seit Dezember 2012 durch das Amt für Bodenmanagement, im Zuge eines Flurbereinigungsverfahrens, begleitet. Im Vorfeld konnte der Wasserverband bereits Grundstücke im Nahbereich erwerben, die in das Verfahren eingebracht wurden. Mit Datum vom 24.04.2017 wurde seitens des Wasserverbands ein Finanzierungsantrag beim Land Hessen gestellt, dieser wurde am 21.11.2017 positiv beschieden. Im Berichtszeitraum wurde mit dem Bau des Retentionsraumes Schönnen begonnen.

Auf Seiten des Hochwasserrückhaltebeckens-Marbach wurde weitere Untersuchungen sowie Arbeiten im Zuge der vertieften Überprüfung ausgeführt.

Von Seiten der Aufsichtsbehörde wurden weitere zu erbringende Untersuchungen gefordert:

- Seismologisches Gutachten zur Erdbebensicherheit der Anlage
- Gutachten zur Bausubstanz / Betonzustand
- Gutachten zur geodätischen Vermessung
- Geotechnische Untersuchung von Hebungen und Verschiebungen
- Gutachten zu den elektrotechnischen Komponenten
- Untersuchung der Grundablässe
- Kontrolle der Asphaltabdichtung

Die oben aufgeführten Punkte wurden beauftragt. Folgende Leistungen wurden durch Ingenieurbüros abgeschlossen:

- Gutachten zu den elektrotechnischen Komponenten
- Untersuchung der Grundablässe

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Wasserverband Mümling erzielte im Geschäftsjahr 2019 Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1.251.539,76 €. Nach Abzug der Personalaufwendungen von 325.918,45 € und den betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen von 588.965,91 € sowie den Materialkosten von 53.336,87 € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 282.080,41 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 2.526.800,10 €. Der Wasserverband Mümling hat Verbindlichkeiten in Höhe von 981.494,91 €. Die Bilanzsumme betrug insgesamt 15.670.009,79 €.

Die Personalkosten des administrativen Bereiches werden hälftig vom Wasserverband Gersprenzgebiet getragen.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

In den nächsten Jahren wird im Bereich der Gewässerunterhaltung ein Schwerpunkt auf der Umsetzung der EU-WRRL liegen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen werden vom Land Hessen gefördert. Die Höhe der Förderung für zukünftige Anträge ist zurzeit unklar. Für das Einzugsgebiet Mümling werden die Gesamtkosten der notwendigen Arbeiten auf ca. 15 Mio € geschätzt.

Hierin sind die Kosten aller erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele der EU-WRRL und somit auch solche, die von Wasserkraftanlagenbetreibern zu erbringen sind, beinhaltet. Erfahrungen aus den bisher umgesetzten Projekten deuten darauf hin, dass die Kostenschätzungen einen eher zu geringen Betrag ausweisen.

Auch ist die Umsetzung von weiteren Hochwasserschutzanlagen geplant. Diese dienen dem Schutz der Kommunen an der Mümling, aber auch im weiteren Sinne der Entlastung des Rhein-Main-Einzugsgebietes. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels werden diese Anlagen benötigt, um den wirtschaftlichen Schaden, der zu erwartenden Hochwasserereignisse zu minimieren.

Es werden weiterhin alternative Finanzierungsmodelle - insbesondere für die Projekte der EU-WRRL - gesucht. Beispiele hierfür sind die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen am Gewässer, die über die Vorgaben der Richtlinie erfüllt werden.

Durch die laufende Vertiefte Überprüfung wird der Erfolgsplan belastet.

Auch wird der Unterhaltungsaufwand an den bestehenden Anlagen steigen. Dies zum einen, da die größte Anlage bereits seit 1985 in Betrieb ist und zum anderen, da neue Anlagen hinzukommen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Wie bereits in den letzten Jahren berichtet, ist der Wasserband Mümling mit verschiedenen Projekten, sowohl den Hochwasserschutz als auch die Umsetzung der EU-WRRL betreffend, in „Planungsvorlage“ getreten. Hierdurch kann er schnell und flexibel auf sich ergebende Finanzierungsmöglichkeiten reagieren.

Sollte sich die finanzielle Belastung aufgrund sinkender Förderquoten oder einer Richtungsänderung in der Umsetzungsstrategie ergeben, könnten die getätigten Investitionen in Planungsleistungen erst mittel- bis langfristig über Landesmittel ihre Refinanzierung finden.

Zurzeit werden die Maßnahmen, die der Umsetzung der EU-WRRL dienen, mit Landeszuschüssen von bis zu 80% gefördert. In FFH-Gebieten (Mümling oberhalb Michelstadt sowie verschiedenen Nebengewässern in diesem Bereich) werden die Maßnahmen vollfinanziert.

Für 2017 ist eine neue Förderrichtlinie in Kraft getreten. In dieser wird die Förderquote zunächst auf bis zu 95% angehoben. Dies jedoch nur bis 2019, ab diesem Zeitpunkt soll der Zuschuss in 5%-Schritten reduziert werden. 2019 wurde die Richtlinie angepasst, der Fördersatz bleibt zunächst unverändert.

Aufgrund der langen Bearbeitungsphasen, der genehmigungspflichtigen Maßnahmen (z.B. Umbau von Wehranlagen), wurde ein Bearbeitungskonzept erstellt und entsprechende Finanzierungsanträge eingereicht. Auf diese Weise entsteht eine gewisse Planungssicherheit. Grundsätzlich sollten nun die erforderlichen Arbeiten weiter betrieben und entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Am 31.05.2013 hat der Wasserverband Mümling den Genehmigungsbescheid für den Bau und Betrieb des Retentionsraumes Schönnen erhalten. Die Kosten des Gesamtprojektes belaufen sich auf rund 5.410 T€. Seiten des Landes erfolgt eine Förderung von bis zu 4.196 T€. Somit sind vom Wasserverband Mümling 1.214 T€ als Eigenmittel in der Ausführungsphase von 3 bis 4 Jahren aufzubringen. Somit sind in den nächsten Jahren 300.000 € p.a. bis 400.000 € p.a. über Umlageerhöhungen, Einsparungen bei anderen Projekten und Krediten aufzubringen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Am Brunnengewännchen 5
68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon: 06252/155771, Telefax: 06252/155435
E-Mail: info@kreis-bergstrasse.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Verband wurde am 01.07.1994 gegründet. Sitz des Verbandes ist Lampertheim im Kreis Bergstraße. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge.

Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens.

Mit Bescheid des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 09.11.2018 und des Regierungspräsidiums Gießen vom 08.11.2018 wurde die Übertragung der Beseitigungspflicht für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2028, somit für zehn Jahre, auf die Fa. SecAnim Südwest GmbH übertragen. Damit hat der Verband für die Dauer dieser Beleihung keine operativen nach außen wirkenden Aufgaben.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Lampertheim (Bergstraße)
Gründungsjahr:	1994
Mitglieder:	Landkreis Aschaffenburg (3,37%) Landkreis Bergstraße (5,14%) Landkreis Darmstadt-Dieburg (5,60%) Landkreis Groß-Gerau (5,06%) Hochtaunuskreis (4,50%) Landkreis Limburg-Weilburg (3,33%) Main-Kinzig-Kreis (7,94%) Main-Taunus-Kreis (4,48%) Odenwaldkreis (1,88%) Landkreis Offenbach (6,65%) Rheingau-Taunus-Kreis (3,55) Rhein-Neckar-Kreis (10,42%) Wetteraukreis (5,79%) Stadt Aschaffenburg (1,33%) Stadt Darmstadt (2,94%) Stadt Frankfurt am Main (13,88%) Stadt Mannheim (6,43%) Stadt Offenbach am Main (2,34%) Stadt Wiesbaden (5,36%)

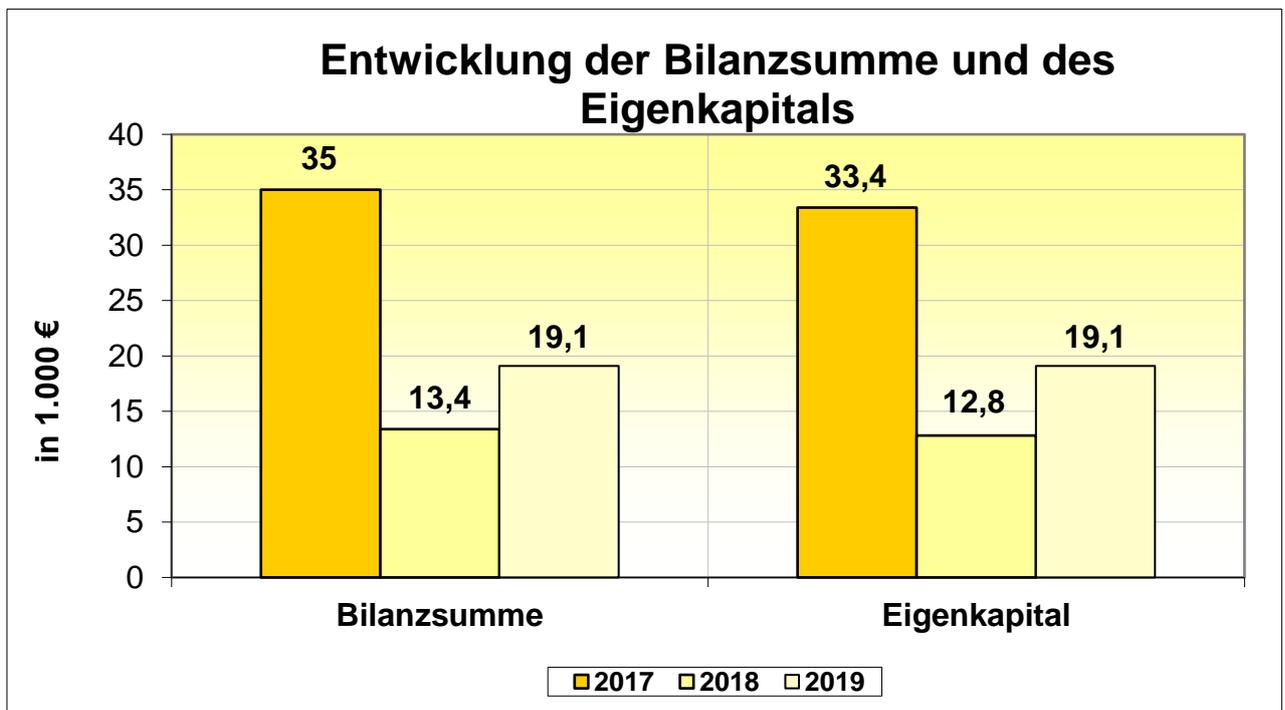
Verbandsversammlung: Vorsitzender Gerhard Weber, Wetterau-Kreis
Stellv. Vorsitzender Frank Sürmann, Kreis Bergstraße

Verbandsvorstand: Vorsitzende Diana Stolz, Kreis Bergstraße
Stellv. Vorsitzender Oliver Grobeis Odenwaldkreis
Vertreterin Mitglied Anja Crößmann-Scharf, Landkreis Darmstadt-Dieburg

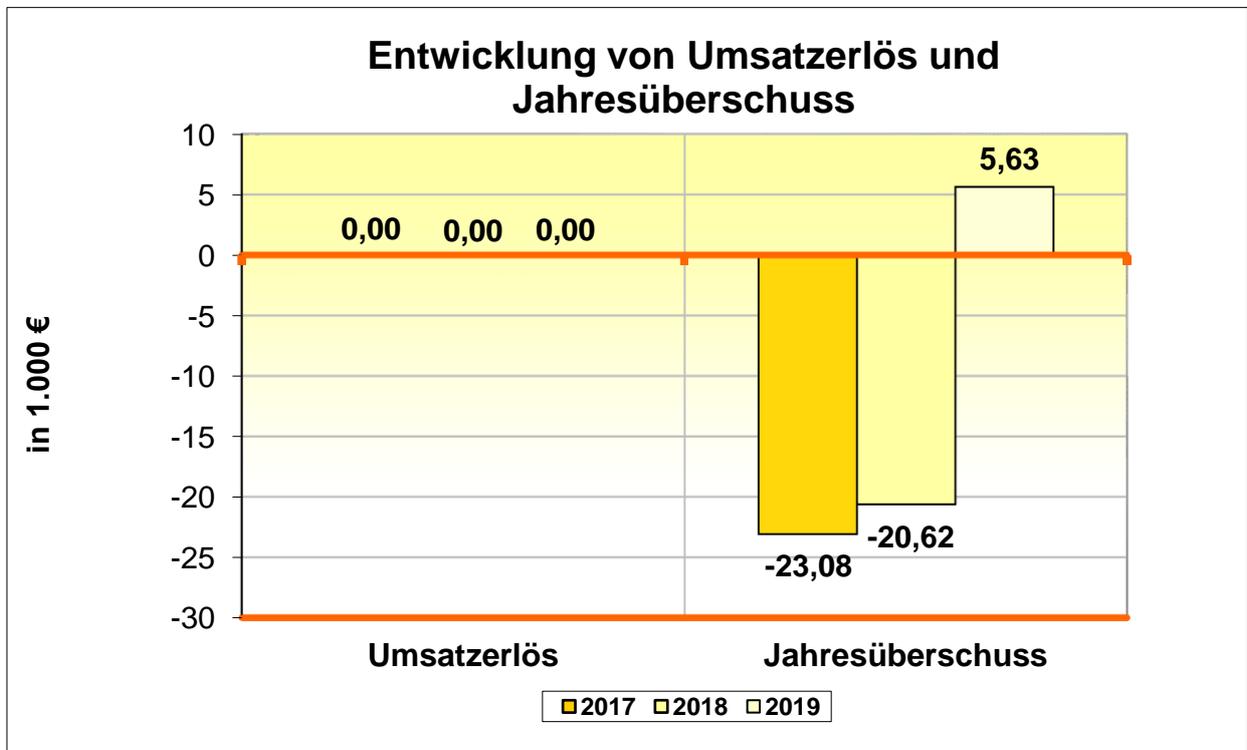
Geschäftsführung: Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße

Abschlussprüfer: Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	34.998,94	13.403,02	19.124,57
Gesamt	34.998,94	13.403,02	19.124,57
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Nettoposition	191.221,59	191.221,59	191.221,59
II. Ergebnisse aus Vorjahren	-134.717,49	-157.777,87	-178.399,26
III außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	-19,31	-19,31
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-23.079,69	-20.621,39	5.633,34
V. außerordentlicher Jahresüberschuss	0,00	0,00	688,21
B. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	1.574,53	600,00	0,00
gesamt	34.998,94	13.403,02	19.124,57



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	30.000,02
3. Materialaufwand	-23.079,69	-20.621,39	-24.366,68
4. Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-23.079,69	-20.621,39	5.633,34



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Höhe der Umlage insgesamt	0,00	0,00	0,00
Anteil des Kreises	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Der Zweckverband hat keine eigenen Bediensteten. Die Geschäftsführung wird durch Bedienstete des Kreises Bergstraße wahrgenommen.			

Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis



Elsa-Brandström-Str. 13
64711 Erbach
Telefon: 06062/9408-0, Telefax: 06062:9408-18
E-Mail: fbst@pz-odw.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Verbandsgebiet ohne Ansehen der Person, insbesondere der Religionszugehörigkeit, im Zusammenwirken mit Eltern behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in den ersten Lebensjahren bis zum Schuleintritt heilpädagogische und auch medizinische Hilfe zu gewähren. Diese Aufgabe wird insbesondere verwirklicht durch die Unterhaltung und den Betrieb einer interdisziplinären Frühförderung, die den Betroffenen als offenen Anlaufstelle umfassende Information, Förderung und Beratung einschließlich alltagsunterstützender Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden Gesetze anbietet.

Weiterhin werden hilfe- und pflegebedürftige Personen und deren Angehörige beraten. Darüber hinaus wird hilfsbedürftigen Menschen (i. S. d. § 53 Abgabenordnung) Hilfe und Unterstützung geleistet. Dies wird insbesondere verwirklicht durch

- die Beschaffung von Mitteln durch Spendensammlungen und Einwerbung von Fördergeldern
- die Förderung konkreter Projekte auf den Gebieten der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe
- die Entwicklung von neuen Konzepten, welche die Versorgungsqualität in Einrichtungen der Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe oder das Angebot solcher Einrichtungen im Interesse von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen verbessert.

Die Verbandsmitglieder stellen die zur Durchführung der Aufgaben erforderlichen Grundstücke und etwa vorhandene Einrichtungen nach Maßgabe gesondert abzuschließender Verträge dem Zweckverband zur Verfügung.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	64711 Erbach
Gründungsjahr:	1974
Mitglieder:	Odenwaldkreis (9 %) Stadt Bad König Gemeinde Brensbach Gemeinde Brombachtal Kreisstadt Erbach

Gemeinde Fränkisch-Crumbach
Gemeinde Höchst i. Odw.
Gemeinde Lützelbach
Stadt Michelstadt
Gemeinde Mossautal
Stadt Oberzent
Gemeinde Reichelsheim (Odw.)
DRK-Kreisverband Odenwaldkreis e.V.
Katholisches Dekanat Erbach
Dekanat Erbach der Evangelischen Kirche in Hessen/Nassau
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

Verbandsversammlung: Die Versammlung besteht aus je drei Vertretern/Vertreterinnen der kommunalen Verbandsmitglieder, je drei Vertretern/Vertreterinnen des Ev. Dekanats Odenwald und je einem/r Vertreter/Vertreterin der übrigen Verbandsmitglieder. Der Odenwaldkreis hat je angefangene 20.000 Einwohner, die Städte und Gemeinden je angefangene 5.000 Einwohner, das Ev. Dekanat Odenwald und das Kath. Dekanat Erbach für je angefangene 20.000 Einwohner im Gebiet des Odenwaldkreises vertretene Gemeindemitglieder eine Stimme. Den übrigen Kirchen steht je angefangene 5.000 im Verband vertreten Mitglieder im Kreis eine Stimme zu, die Organisationen freier Wohlfahrtspflege haben je eine Stimme.

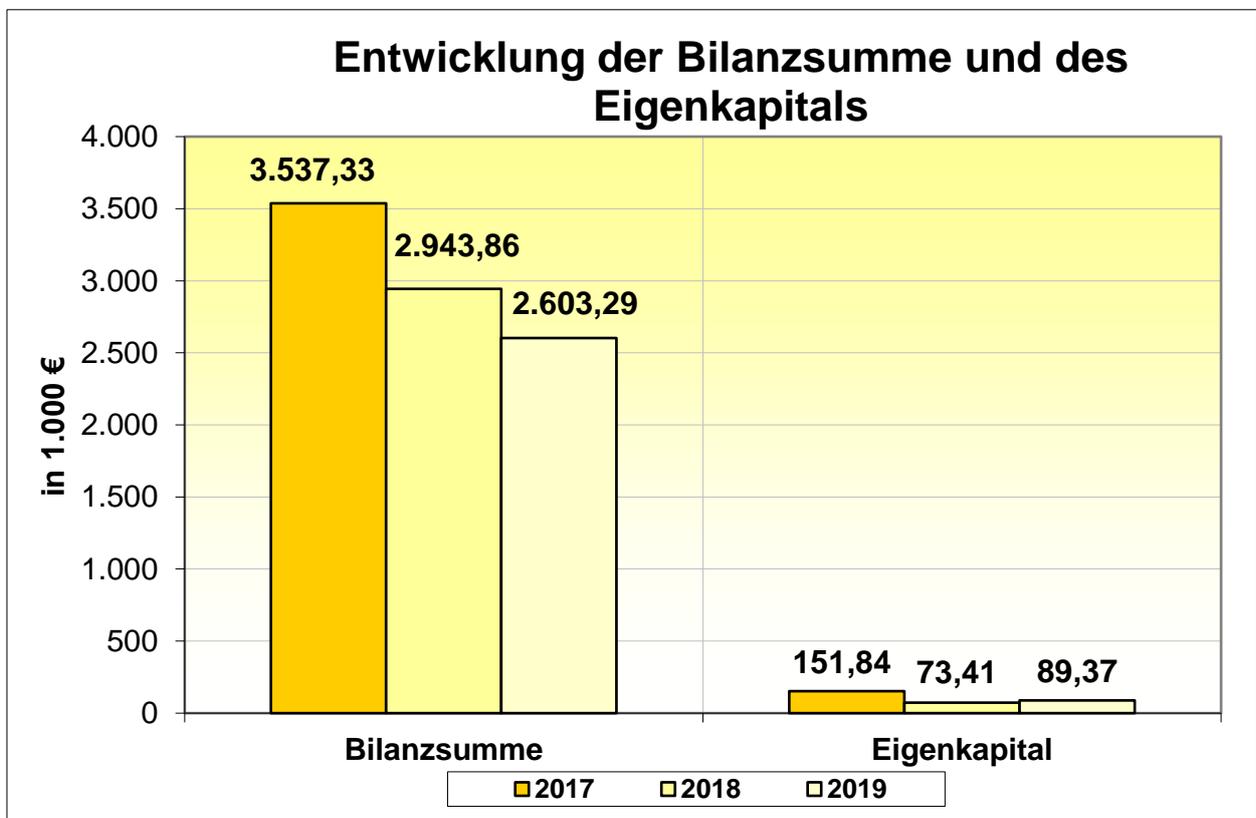
Verbandsvorstand: Landrat Frank Matiaske (Vorsitzender)
Dekan Dr. Karl-Heinz Schell, Evangelisches Dekanat
Dekan Dr. Karl Heinz Drobner, Katholisches Dekanat
Bürgermeister Willi Kredel, Brombachtal
Bürgermeister Stephan Kelbert, Michelstadt
Bürgermeister Stefan Lopinsky, Reichelsheim
Bürgermeister Dietmar Bareis, Mossautal
Bürgermeister Rainer Müller, Brensbach

Geschäftsführung: Michael Vetter (Geschäftsführer)
Werner Wacker (stellv. Geschäftsführer)

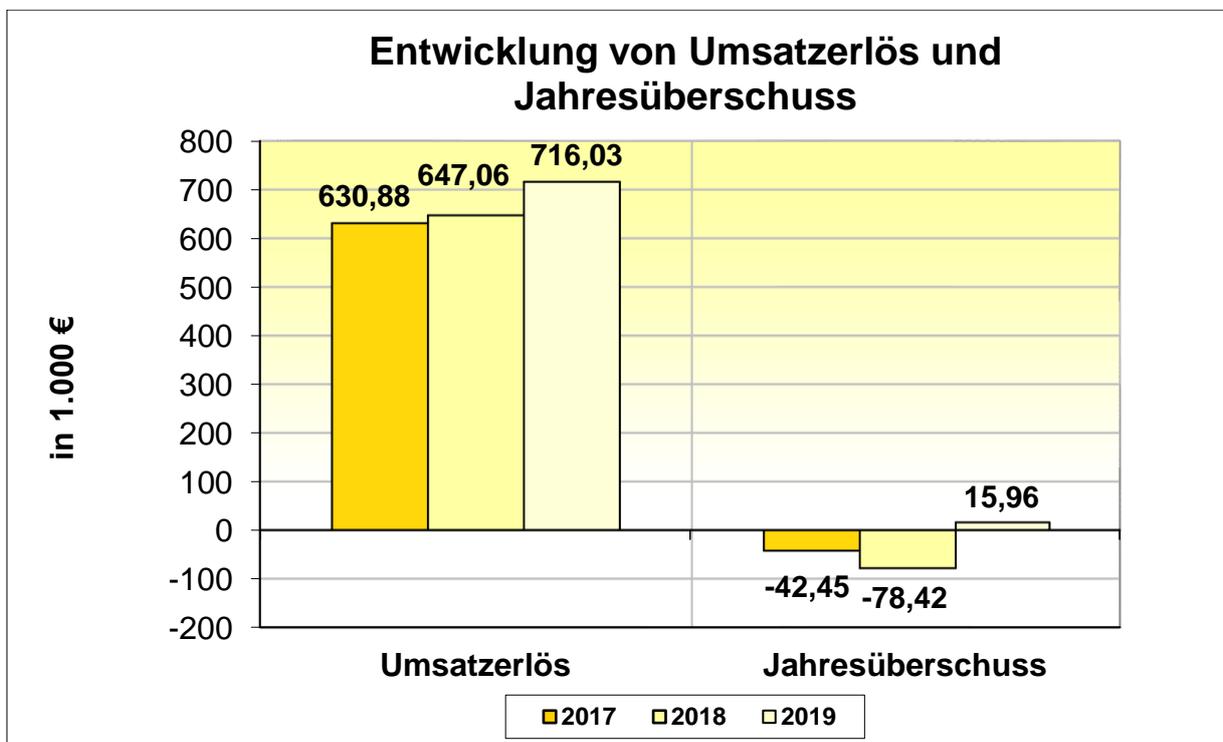
Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	9.974,33	9.099,63	10.661,91
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.165.433,71	2.910.044,27	2.553.209,24
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	361.919,15	24.713,36	39.417,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	3.537.327,19	2.943.857,26	2.603.288,48
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	151.838,81	73.414,79	73.414,79
II. Gewinn/Verlust	0,00	0,00	15.957,27
B. Rückstellungen	43.163,04	44.056,78	48.295,00
C. Verbindlichkeiten	3.342.325,34	2.826.385,69	2.465.621,42
gesamt	3.537.327,19	2.943.857,26	2.603.288,48



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	630.877,83	647.064,14	716.028,77
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.100,00	16.600,00	11.517,47
3. Materialaufwand	-108.090,60	-112.579,16	-128.648,34
4. Personalaufwand	-464.098,43	-496.944,52	-547.468,40
5. Abschreibungen	-8.616,57	-6.559,33	-3.616,55
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-89.841,07	-77.924,75	-6.862,52
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.731,94	6.603,19	6.191,33
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.517,53	-6.858,24	-6.389,41
9. Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	-42.454,43	-36.595,67	40.752,35
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-41.828,35	-24.795,08
11. Jahresgewinn/ Jahresverlust	-42.454,43	-78.424,02	15.957,27
12. Entnahme aus der Gewinnrücklagen	42.454,43	78.424,02	0,00
13. Gewinn/Verlust	0,00	0,00	15.957,27



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Zuschuss für Frühförderung	448.709,04	453.550,00	471.600,00
Umlage zum Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe	3.030,00	3.030,00	3.030,00

Im Zuschuss für Frühförderung sind Fördermittel in Höhe von ca. 138 T€ durch das Land Hessen und den LWV, die zuvor direkt an die Maßnahmenträger geleistet wurden enthalten.

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Mitarbeiter	12	11	12
Personalkosten in €	464.098,43	496.944,52	547.468,40

Zusammenfassung des Lageberichts

Der Umsatz für logopädische Behandlungen bei der Frühberatungsstelle belief sich im Jahr 2019 auf 39.274,96 €. Die Zuwendungen des Odenwaldkreises zur Finanzierung der Frühberatungsstelle betragen im gleichen Jahr 471.600,00 €. Ein Teil dieser Zuwendungen werden dem Odenwaldkreis durch den Landeswohlfahrtsverband Hessen erstattet.

Im Jahr 2019 wurden in der Frühberatungsstelle beim Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis 4,15 Stellen Mitarbeiter mit einer pädagogischen Qualifikation und eine Vollzeitbeschäftigte mit einer therapeutischen Qualifikation beschäftigt. Im Jahr 2019 wurden in der Frühberatungsstelle 131 Kinder (87 Jungen und 44 Mädchen) neu angemeldet. Davon wurden 20 Familien in der Offenen Anlaufstelle beraten. 67 Kinder wurden nach dem Erstgespräch in die regelmäßige Frühförderung aufgenommen. Im Berichtszeitraum 2019 wurden insgesamt 265 Kinder betreut. Zum Stichtag 31.12.2019 verblieben noch 167 Kinder in der Frühberatungsstelle. Davon waren 52 Mädchen und 114 waren Jungen. Im Berichtszeitraum 2019 lagen 175 interdisziplinär abgestimmte Förder- und Behandlungspläne vor, davon 64 erstmalig erstellte und 111 fortgeschriebene Förder- und Behandlungspläne. Neben dem regelmäßigen telefonischen Austausch mit den Kinderärzten und Kinderärztinnen wurden fünf interdisziplinäre Fallgespräche (Abrechnung geleistet über Aufwandsentschädigung) geführt und 136 Fallgespräche mit den Therapeut*Innen.

Die Anmeldezahlen 2019 sind konstant geblieben im Vergleich zum Jahr 2018 und bestätigen unseren Eindruck, dass die Schwierigkeiten, die Familien in der heutigen Zeit zu bewältigen haben, nicht an Komplexität verloren haben. Im Jahr 2019 zeichnete sich allerdings eine vermehrte Anmeldung von Kindern mit Verdacht auf Autismus-Spektrum-Störung und Kindern mit herausforderndem Verhalten im Sozialen Miteinander ab.

Wie in den Vorjahren verlangen die veränderten Lebensräume der Kinder und Lebensbedingungen der Familien für die Mitarbeiterinnen der Frühberatungsstelle ein flexibles Einstellen auf die neuen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Veränderungen, die in den zurückliegenden Jahren massiv auf die Familien einwirkten. Generell konnte die Tendenz zur Unverbindlichkeit gegenüber dem Angebot der Frühförderstelle festgestellt werden, die aufgrund der komplexen Lebenssituation der Familien weiterhin zunimmt. In einigen Fällen erschwerte die Berufstätigkeit beider Eltern die mobile Frühförderung im häuslichen Umfeld und erlaubt es ihnen nicht, ihre Kinder zur Förderung und Therapie in die Frühförderstelle zu bringen. Somit fand eine Verlagerung der Förderung in die Kindertageseinrichtungen vor Ort statt, um Kinder auch weiterhin optimal zu fördern.

Das Zeitfenster für Genehmigungen von Integrationsmaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen entspricht oft nicht der Dringlichkeit. Vorgaben zur Bearbeitung und Bewilligung von Maßnahmen können nicht zeitnah bewältigt werden, es gibt sehr lange Wartezeiten in den Sozialpädiatrischen Zentren, deren Diagnostik für die medizinische Einschätzung miteinbezogen werden müssen. Oft ist es für Familien schwierig, diese

Einrichtungen, die außerhalb des Odenwaldkreises liegen, zu erreichen. Im Jahr 2019 wurden 68 Integrationsmaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen des Odenwaldkreises, durch die Kolleginnen der Frühberatungsstelle im Rahmen der Prozessbegleitung unterstützt.

Die Heilpädagogische Fachberatung der Frühförderstelle übernimmt nach Bewilligung und Start einer Integrationsmaßnahme das gesamte Prozessmanagement. Inklusion kann nur gelingen durch eine optimale Vernetzung und intensive Zusammenarbeit zwischen den Eltern, Frühförderung, Kinderärzten, Kindertageseinrichtung, Schule, Sozial- und Gesundheitsamt. Es darf zu keiner Verschlechterung der Rahmenbedingungen kommen.

Die neuen Datenschutzbestimmungen, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und Einführung und Umsetzung der Internationalen Klassifikation jeder Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit – Version für Kinder und Jugendliche – (ICF-CY) prägen auch 2019 unseren Arbeitsalltag.

Die Zusammenarbeit, Kooperation und Vernetzung mit dem kommunalen Netzwerk „Frühe Hilfen“ von Frühförderung und Jugendhilfe ist von hervorgehobener Bedeutung.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Finanzierung der Frühberatungsstelle ist in einem Zuwendungsvertrag vom 01.09.2008 geregelt, der die Finanzierung langfristig sichert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht des Zweckverbandes nicht gegeben.

3.3 Öffentlich-rechtliche Anstalten

Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwald

Berufliche Schule Odenwaldkreis

**Sparkasse Odenwaldkreis in
Erbach/Odenwaldkreis**

Martin-Luther-Str. 53/55
64711 Erbach
Telefon: 06062/500, Telefax: 06062/62259
E-Mail: mail@sparkasse-odenwaldkreis.de



Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben.

Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe dieser Satzung.

Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen.

Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes (vgl. § 2 Satzung, Stand 19.07.2005).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

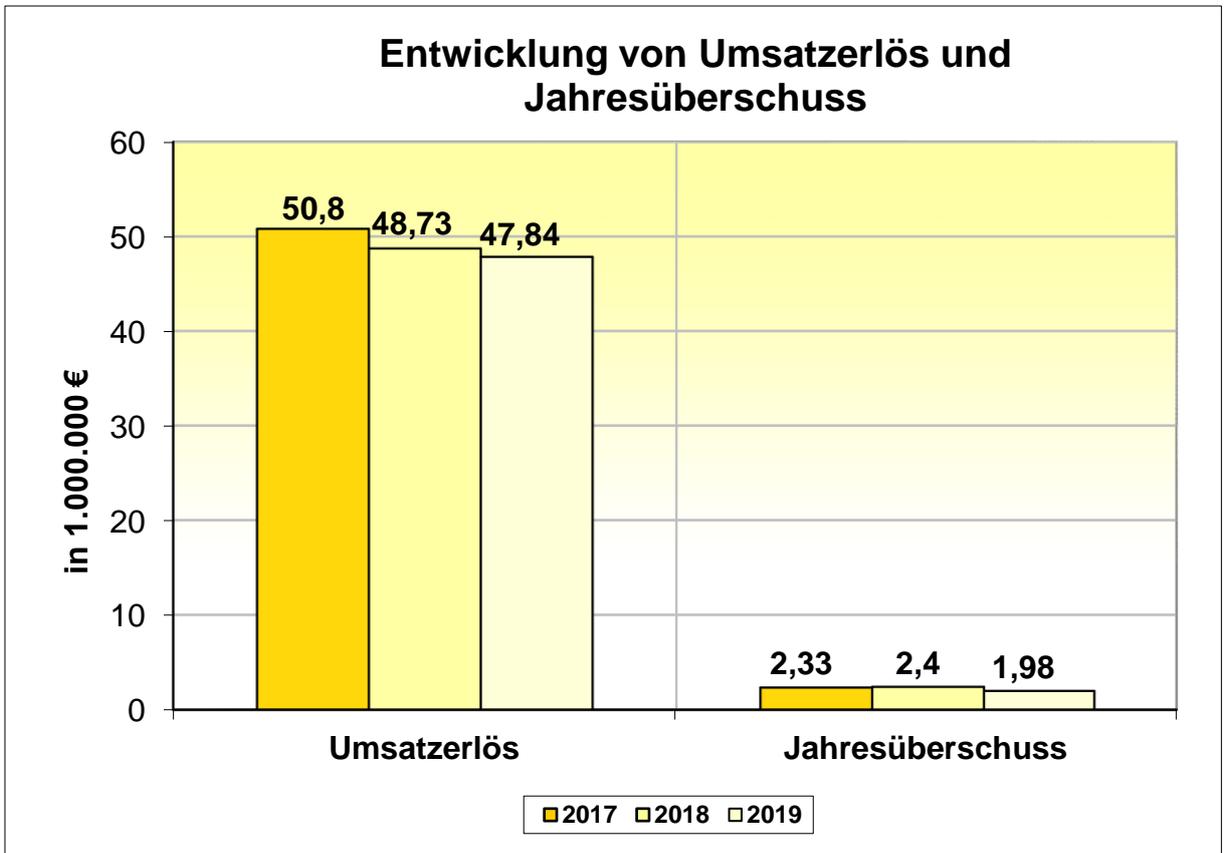
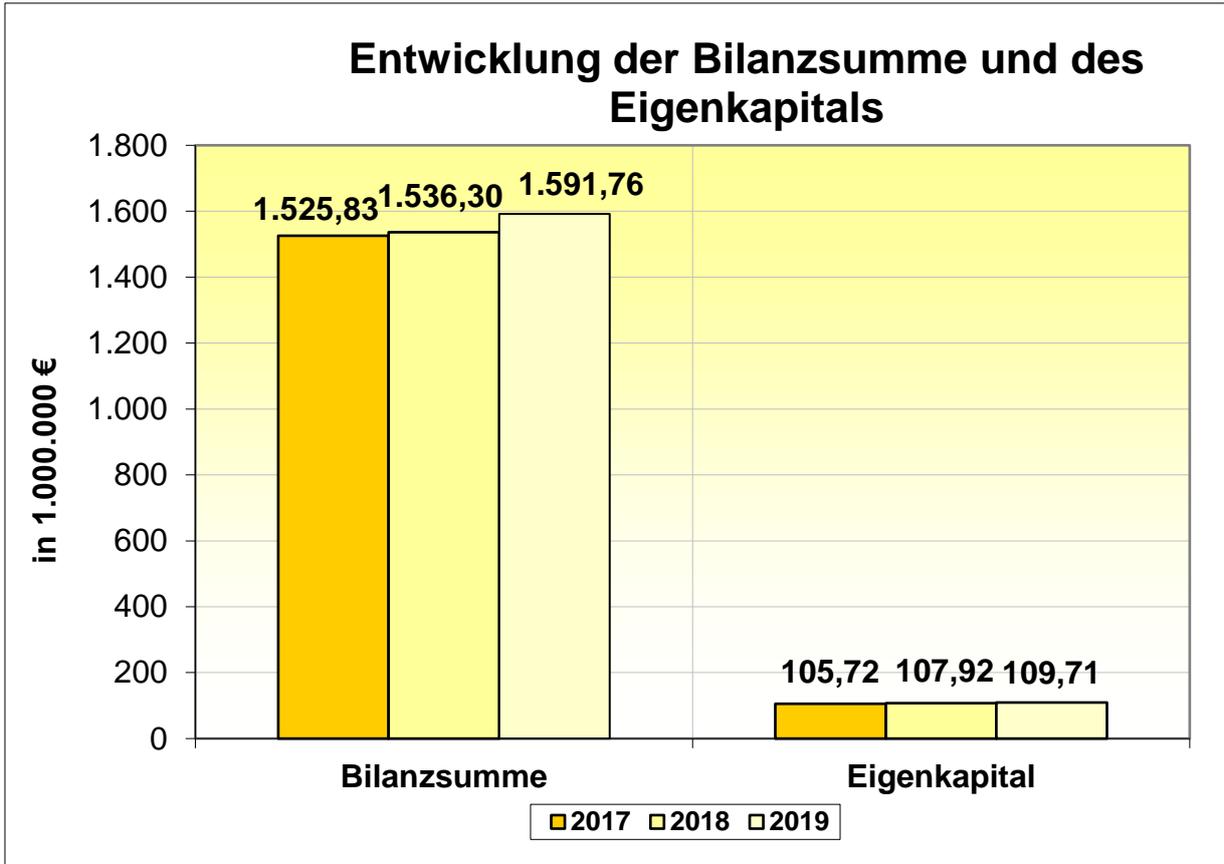
Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1846
Träger:	Odenwaldkreis
Verwaltungsrat:	Frank Matiaske, Landrat (Vorsitzender) Oliver Grobeis, (1. Stellv. Vorsitzender) Michael Gänsle (2. Stellv. Vorsitzender)
Mitglieder:	Harald Buschmann Roland Flick Daniel Fornoff Holger Göbel Rüdiger Holschuh Ludwig Jung Uwe Olt Thomas Promny Stefan Rehse Ingeborg Schweda-Spreitzer

Vorstand: Astrid Sontheimer
 Elke Weilacher
 Karl-Reinhard Wissmüller
 Karlheinz Ihrig (Vorstandsvorsitzender)
 Uwe Klauer (Stellv. Vorstandsvorsitzender)

Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes
 Hessen-Thüringen

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
1. Barreserve	21.883.185,38	28.254.143,92	43.144.816,34
2. Schuldtitel öffentl. Stellen und Wechsel die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bank zugelassen sind	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute	37.821.458,38	58.079.339,00	43.281.220,86
4. Forderungen an Kunden	1.078.110.921,54	1.073.337.167,77	1.124.906.873,28
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	158.245.135,79	144.336.940,69	142.259.505,05
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	201.932.334,92	203.478.220,48	210.216.795,33
7. Beteiligungen	10.356.441,77	10.353.285,99	10.079.779,99
8. Treuhandvermögen	520.299,39	383.111,19	187.331,05
9. Immaterielle Anlagewerte	24.803,00	25.291,00	13.980,00
10. Sachanlagen	16.722.112,76	16.092.331,07	15.800.708,01
11. Sonstige Vermögensgegenstände	116.515,11	1.869.613,79	1.841.891,99
12. Rechnungsabgrenzungsposten	98.895,40	89.839,67	30.252,31
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2.865,42	3.911,15	912,72
Gesamt	1.525.834.968,86	1.536.303.195,72	1.591.764.066,93
Passiva			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	194.382.677,48	148.532.202,49	149.997.114,76
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.120.378.263,34	1.169.022.245,00	1.212.880.976,35
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	15.806.626,65	18.307.666,67	25.210.412,50
4. Treuhandverbindlichkeiten	520.299,39	383.111,19	187.331,05
5. Sonstige Verbindlichkeiten	964.864,64	685.298,61	422.741,77
6. Rechnungsabgrenzungsposten	222.151,46	274.881,49	219.485,27
7. Rückstellungen	15.837.707,66	16.176.253,42	15.139.723,11
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
9. Fonds für allg. Bankrisiken	72.000.000,00	75.000.000,00	78.000.000,00
10. Eigenkapital	105.722.378,24	107.921.536,85	109.706.282,12
gesamt	1.525.834.968,86	1.536.303.195,72	1.591.764.066,93



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Zinserträge	34.261.636,24	32.245.773,71	30.319.631,16
2. Zinsaufwendungen	-7.637.054,11	-6.393.679,54	-4.768.326,36
3. Laufende Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	4.409.940,23	4.081.804,65	4.694.461,01
4. Provisionserträge	10.280.263,28	10.811.354,85	11.859.187,15
5. Provisionsaufwendungen	-849.349,24	-856.144,56	-920.363,02
6. Nettoertrag des Handelsbestands	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige betriebliche Erträge	1.844.640,35	1.587.407,01	963.880,60
8. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-26.074.603,52	-26.088.905,59	-26.048.548,91
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen	-1.342.784,60	-1.367.148,42	-1.339.434,01
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.447.669,57	-1.625.049,49	-2.133.519,47
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zur Rückstellungen im Kreditgeschäft	-4.366.379,69	-3.914.443,47	-3.043.541,33
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best. Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	0,00
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	-183.628,28	-276.584,23
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	64.093,33	0,00	0,00
16. Zuführungen Fonds für allg. Bankrisiken	-2.000.000,00	-3.000.000,00	-3.000.000,00
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	7.142.732,70	5.297.340,87	6.306.842,59
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.760.886,40	-2.845.637,28	-4.268.962,40
19. Sonstige Steuern	-52.886,91	-52.544,98	-53.134,92
20. Jahresüberschuss	2.328.959,39	2.399.158,61	1.984.745,27

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Einnahme (Ausschüttung aus Bilanzgewinn netto)	168.350,00	168.350,00	168.350,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Mitarbeiter	359	345	334
Personalkosten in €	19.402.320,93	19.168.000,09	18.832.344,29

Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis

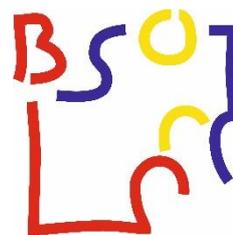
Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Erbacher Str. 50

64720 Michelstadt

Telefon: 06061/951 0, Telefax: 06061/951 190

E-Mail: sekretariat@bso-michelstadt.de



Gegenstand des Unternehmens

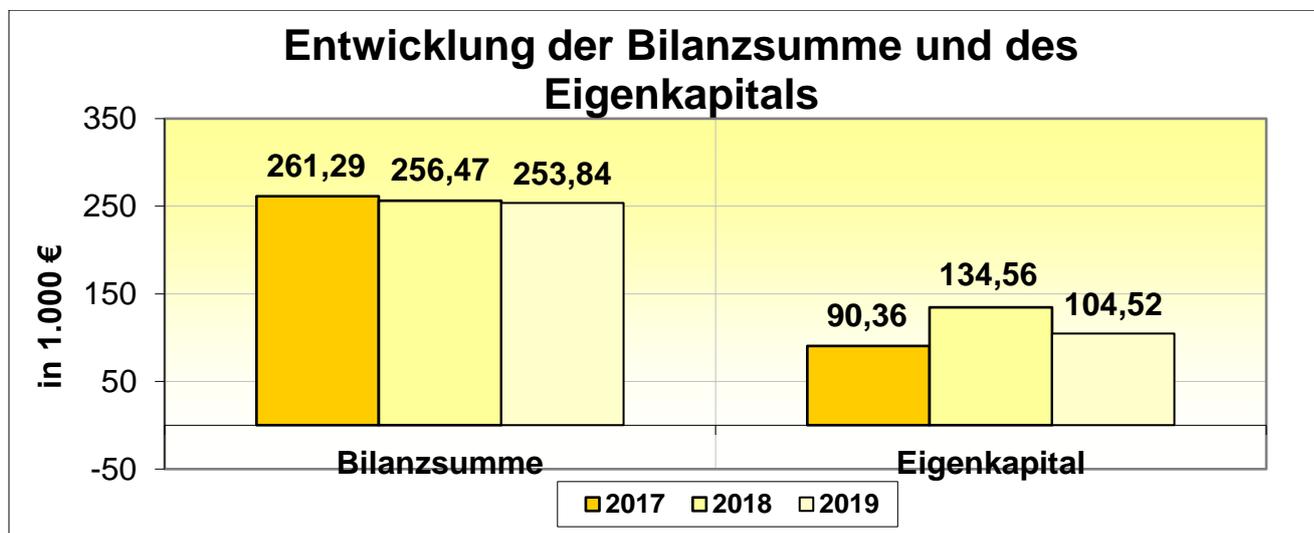
Die Anstalt erfüllt den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag nach dem Hessischen Schulgesetz in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren nimmt die Anstalt als Bestandteil des regionalen HESSENCAMPUS Odenwaldkreis insbesondere Aufgaben im Bereich der Fort- und Weiterbildung nach Maßgabe des Hessischen Schulgesetzes und des Hessischen Weiterbildungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung wahr, wenn die Aufgaben mit den Zielen der Schule vereinbar sind und ihre Finanzierung gesichert ist.

Die Anstalt verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Anstalt ist die Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung.

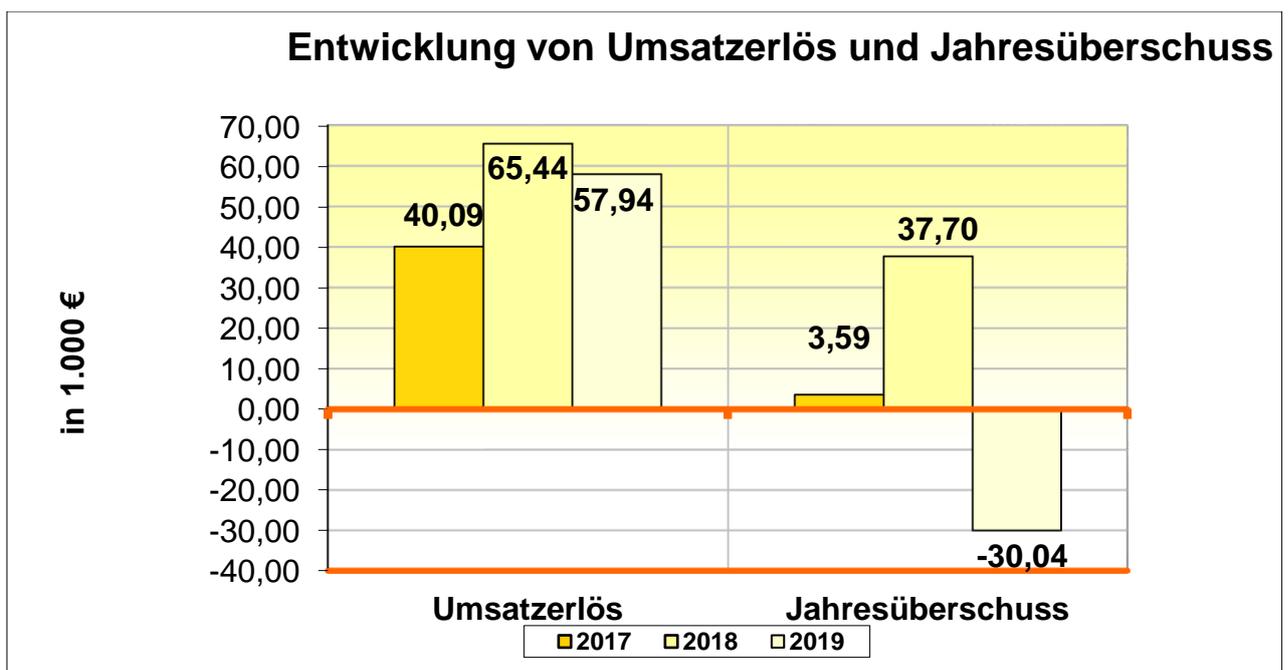
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Michelstadt
Gründungsjahr:	01.01.2014
Träger:	Odenwaldkreis
Verwaltungsrat:	Oliver Grobeis, (Vorsitzender)
Mitglieder:	Harald Buschmann Gabriele Erbach Raoul Giebenhain Clemens Kolle Rekha Krings Georg Raab Franz Röchner Renate Vierhaus
Geschäftsführung:	Wilfried Schulz (Schulleiter) Bärbel Rühl (Stellv. Schulleiterin)
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Revisionsamt des Odenwaldkreises

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Geleistete Investitionszuweisungen und –zuschüsse	20.463,43	10.330,93	3.910,00
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	219,00	219,00	219,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.500,00	18.500,00	18.500,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und - zuschüssen und Investitionsbeiträgen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	35.000,00 170,00	35.000,00 170,00	35.000,00 170,00
C. Flüssige Mittel	186.937,82	192.254,09	196.042,25
Gesamt	261.290,25	256.474,02	253.841,25
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital Nettoposition	104.748,14	104.748,14	104.748,14
II. Ergebnisvortrag aus Vorjahren	-17.979,35	-7.892,96	29.808,73
III. Jahresergebnis	3.586,39	37.701,69	-30.037,12
B. Sonderposten			
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	2.630,06	0,00	0,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	42.660,00	22.728,38	26.082,00
D. Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.789,65	2.082,36	7.107,90
E. Rechnungsabgrenzungsposten	119.855,36	97.106,41	116.131,60
Gesamt	261.290,25	256.474,02	253.841,25



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
Ordentliche Erträge			
1. Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.477,01	23.298,00	4.564,88
2. Kostenersatzleistungen und -erstattungen	38.791,98	13.525,14	1.388,93
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	359.774,42	273.590,43	304.641,62
4. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	3.951,64	2.630,06	0,00
5. Sonstige ordentliche Erträge	19.613,55	42.138,13	53.375,61
Summe der ordentlichen Erträge	442.608,60	355.181,76	363.968,04
Ordentliche Aufwendungen			
6. Personalaufwendungen	-68.238,06	-69.160,08	-55.707,24
7. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-332.794,26	-185.003,45	-286.683,50
8. Abschreibungen	-10.056,00	-10.132,50	-6.420,93
9. Transferaufwendungen	-27.933,89	-53.184,04	-45.293,49
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-439.022,21	-317.480,07	-394.105,16
Verwaltungsergebnis	3.586,39	37.701,69	-30.137,12
Ordentliches Ergebnis	3.586,39	37.701,69	-30.137,12
10. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	100,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	100,00
Jahresergebnis	3.586,39	37.701,69	-30.037,12



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Ausgabe: Zuweisung für laufende Zwecke	95.000,00	95.000,00	95.000,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Mitarbeiter	1 FSJ 3 Teilzeitkräfte	1 FSJ 3 Teilzeitkräfte	1 FSJ 3 Teilzeitkräfte
Personalkosten in €	68.238,06	69.160,08	55.707,24

Zusammenfassung des Rechenschaftsberichts

Nach § 112 Abs. 9 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit den §§ 8 Abs. 3 Ziffer 2 und 13 Abs. 1 der Anstaltssatzung soll die Geschäftsführung den Jahresabschluss sowie den Rechenschaftsbericht innerhalb von vier Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufstellen.

Aufgrund der zu dem vorgenannten Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Einführung des EDV-gestützten Rechnungswesens und der fehlenden Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014 konnte diese Vorgabe nicht erfüllt werden. Der Verwaltungsrat wurde darüber mehrfach in seinen Sitzungen unterrichtet. Die Haushaltssatzung/-Plan wurde vom Verwaltungsrat am 25.03.2015 beschlossen, allerdings nicht gemäß § 97 Absatz 5 HGO veröffentlicht. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechenschaftsberichts kann darauf verwiesen werden, dass das EDV-gestützte Rechnungswesen mit Unterstützung der DATEV eG sowie der Steuerkanzlei Frank Hammann und Partner, Partnergesellschaft, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Pfungstadt in der Anstalt gemäß den Vorgaben eingerichtet werden konnte.

Nach Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014 konnte in Folge der Jahresabschluss zum 31.12.2014 und zum 31.12.2015 aufgestellt, von der Revision geprüft und vom Verwaltungsrat beschlossen werden. Für die Jahresabschlüsse 2016 und 2017 erfolgte der Aufstellungsbeschluss durch den Geschäftsführer und der Bericht an den Verwaltungsrat in der Sitzung des Verwaltungsrates am 07. Juli 2020 einschließlich der Beauftragung der Prüfung durch das Revisionsamt. Für den nun vorliegenden Jahresabschluss sowie den Jahresabschluss 2018 erfolgt der Aufstellungsbeschluss durch den Geschäftsführer und der Bericht an den Verwaltungsrat in der Sitzung des Verwaltungsrates am 27. August 2020.

Gemäß Satzung ist die Anstalt nicht berechtigt, Sachanlagevermögen zu führen. Somit werden die entsprechenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sowie die Abschreibungen beim Anstaltsträger ausgewiesen. Lediglich die für schulische Zwecke vorhandenen Kunstgegenstände werden in der Bilanz der Anstalt bilanziert.

3.4 Aktiengesellschaften

Entega AG

HEAG Süd Hessische Energie AG (HSE)

Frankfurter Str. 100
64293 Darmstadt
Telefon: 06151/7010, Telefax: 06151/7014444
E-Mail: info@hse.ag



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Entsorgung einschließlich des Baus, Betriebs und der sonstigen Nutzung von Erzeugungsanlagen aller Art einschließlich Heizwerken, von Transportsystemen für Energie, Wasser und Abwasser, die Planung, Baureifmachung, Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten und Grundstücken in allen Rechts- und Nutzungsformen sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen (*vgl. § 2 Satzung*).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Darmstadt
Gründungsjahr:	2003
Stammkapital:	146.278.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 5151
Aktionäre:	HEAG Holding AG 93,26 % Streubesitz Landkreise, Städte und Gemeinden 4,99 % darin enthalten Odenwaldkreis mit 0,1812 % Sonstige 1,75 %
Vorstand:	Dr. Marie-Luise Wolff Albrecht Förster Andreas Niedermaier
Aufsichtsrat	Jochen Partsch (Vorsitzender) Ralf Noller (stellv. Vorsitzender) Rafael F. Reißer (stellv. Vorsitzender) Manfred Angerer (stellv. Vorsitzender) Professor Dr. Klaus-Michael Ahrend Sven Beißwenger (ab 15.11.2019) Michael Congdon Hildegard Förster-Heldmann Axel Gerland Heinz Gläser Jürgen Grund (ab 04.07.2019) Thomas Heinz (bis 04.07.2019) Sibylle Kalkhof Petra Kischel-Coulibaly (ab 04.07.2019) Ulrike Obermyr (ab 04.07.2019)

Heinrich Kiendl (bis 04.07.2019)
 Claudia Lehrian (bis 04.07.2019)
 Professor Dr. Lothar Petry
 Moritz Röder (bis 17.10.2019)
 Klaus Peter Schellhaas
 Ralf Storck (bis 04.07.2019)
 Helge Thomas (bis 04.07.2019)
 Santi Umberti
 Paul Wandrey
 Katharina Werkmann (ab 04.07.2019)

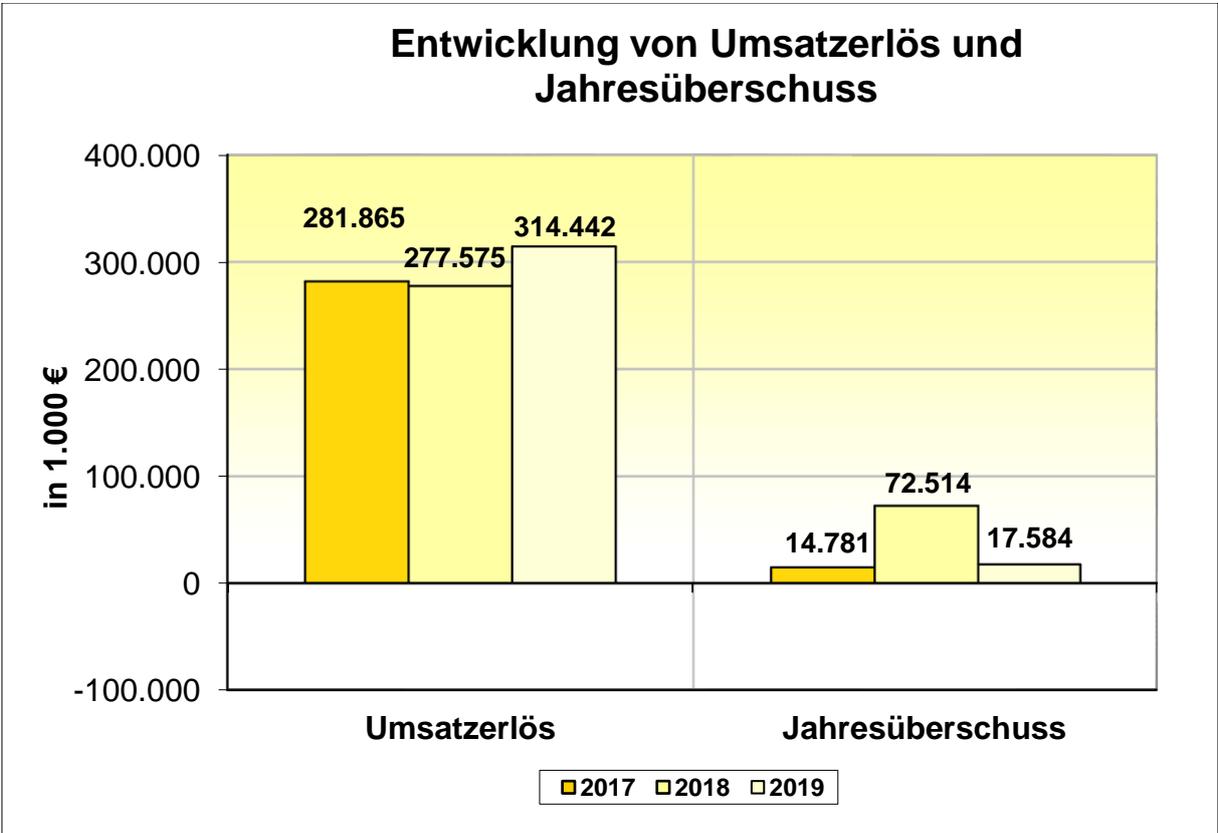
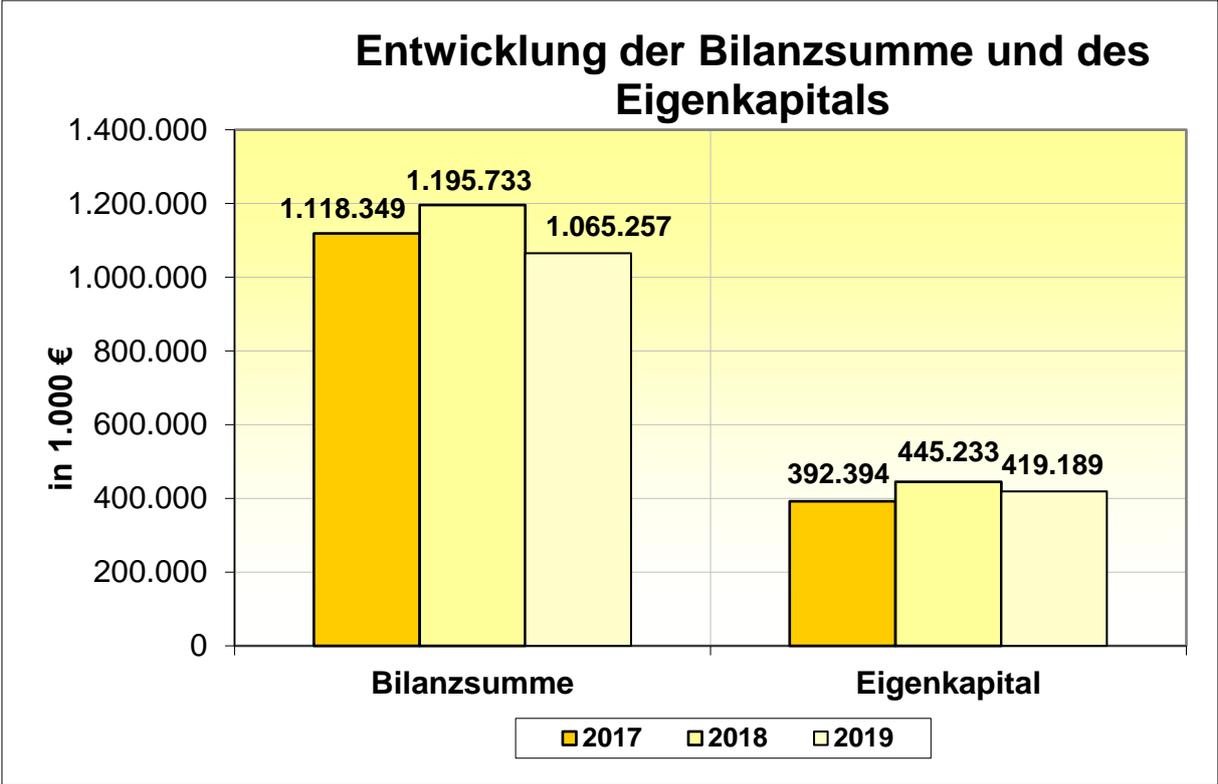
Beirat: Die Landräte und Bürgermeister aus dem Netzgebiet
 der ENTEGA Netz AG

Beteiligungen:	Anteile:
bau Tega GmbH (vormals: Mainsee 1217 V V GmbH, Frankfurt)	48,00 %
citiworks AG, Darmstadt	100,00 %
Count + Care GmbH & Co KG, Mainz	74,90 %
Count + Care Verwaltungs-GmbH, Mainz	74,90 %
e-netz Südhessen AG (vormals: ENTEGA Netz AG) Darmstadt	100,00 %
e-netz Südhessen Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
Effizienz: Klasse GmbH, Darmstadt	49,00 %
ENTEKA Abwasserreinigung GmbH & Co.KG, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA Abwasserreinigung Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA Gebäudetechnik GmbH & Co. KG, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA Gebäudetechnik Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA Medianet GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA NATURpur Institut gGmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA Regenerativ GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEKA STEAG Wärme GmbH, Darmstadt	49,00 %
ENTEKA Wasserversorgung Biblis GmbH, Biblis	74,90 %
Global Tech I Offshore Wind GmbH, Hamburg	24,90 %
HEAG Versicherungsservice GmbH, Darmstadt	25,00 %
Hessenwasser GmbH & Co.KG, Groß-Gerau	27,27 %
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	27,33 %
HSE Beteiligungs-GmbH Darmstadt	100,00 %
Industriekraftwerk Breuberg GmbH, Höchst	74,00 %
Luxstream GmbH, Darmstadt	25,10 %
MHKW Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	24,50 %
MW-Mayer GmbH, Darmstadt	95,00 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	18,87 %
OWAS Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH, Erbach	29,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt a. M.	25,10 %

Abschlussprüfer

Baker Tilly GmbH & Co. KG
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
 (Düsseldorf)

Bilanz	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	66	45	20
II. Sachanlagen	128.830	132.286	137.572
III. Finanzanlagen	763.186	781.492	707.263
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	9.046	9.971	14.095
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	200.010	185.597	178.501
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16.731	85.886	27.333
C. Rechnungsabgrenzungsposten	480	456	473
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	0	0
gesamt	1.118.349	1.195.733	1.065.257
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	146.278	146.278	146.278
II. Kapitalrücklage	105.336	105.336	105.336
III. Gewinnrücklage	44.110	44.110	44.110
IV. Bilanzergebnis	96.670	149.509	123.466
B. Empfangene Ertragszuschüsse	15.577	15.268	17.155
C. Sonderposten	388	393	321
D. Rückstellungen	271.759	216.872	191.547
E. Verbindlichkeiten	438.037	517.884	436.970
F. Rechnungsabgrenzungsposten	194	83	75
G. Passive latente Steuern	0	0	0
gesamt	1.118.349	1.195.733	1.065.257



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 T€	2018 T€	2019 T€
1. Umsatzerlöse	281.865	277.575	314.442
2. Verminderung (-) / Erhöhung (+) des Bestandes an unfertigen Leistungen	11	-1.551	3.372
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	19	250	300
4. Sonstige betriebliche Erträge	35.239	128.862	38.246
5. Materialaufwand	-259.131	-227.745	-250.333
6. Personalaufwand	-44.076	-57.226	-51.108
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.902	-9.274	-9.978
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-42.331	-41.084	-31.176
9. Erträge aus Beteiligungen	8.600	12.880	8.668
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	52.780	43.991	53.289
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16.606	15.646	15.488
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.485	4.499	4.023
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-4.035	-33.974	-51.554
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-21.618	-24.483	-19.465
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.512	88.366	24.214
17. Außerordentlicher Aufwand/Erträge	0	0	
18. Steuern von Einkommen und Ertrag	-3.750	-15.785	-6.518
19. Sonstige Steuern	19	-67	-112
20. Jahresüberschuss	14.781	72.514	17.584
21. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	81.889	76.995	105.882
22. Bilanzgewinn	96.670	149.509	123.466

Entega AG

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Einnahme			
Dividende für 155.000 Stückaktien	35.650,00	79.050,00	38.750,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	458	472	474
Personalkosten in T€	44.076	57.226	51.108

Auf die Darstellung von Kennzahlen sowie eines Lageberichtes wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

3.5 Gesellschaften mit beschränkter Haftung

InA GmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

MedInvest GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

Brenergo – Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH

Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH

Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH

Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG

Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH

Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH (OWAS)

Rhein-Main-Verkehrsbund GmbH

FrankfurtRheinMain GmbH

InA gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit

Michelstädter Str. 12
64711 Erbach
Telefon: 06062/70-489, Telefax: 06062/70-1555
E-Mail: s.eberle@ina-odw.de



Gegenstand des Unternehmens

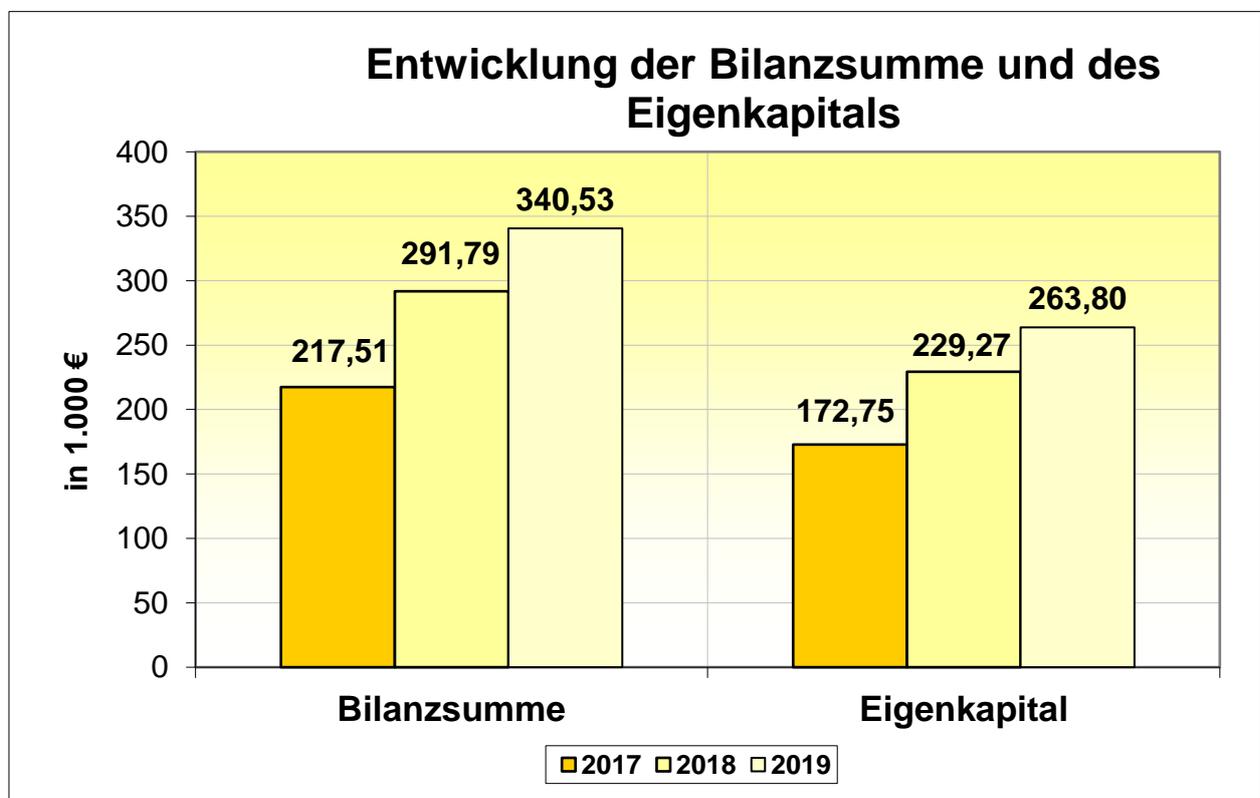
Gegenstand des Unternehmens ist die Integration von Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden, insbesondere der durch den Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende zugewiesenen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den ersten Arbeitsmarkt. Der Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen Struktur des Odenwaldkreises durch allgemeine und berufsbezogene Volksbildung für den zuvor genannten Personenkreis. Die Gemeinnützigkeit ist insbesondere darin zu sehen, dass für diese Personen eine Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben erfolgen soll.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeordnung.

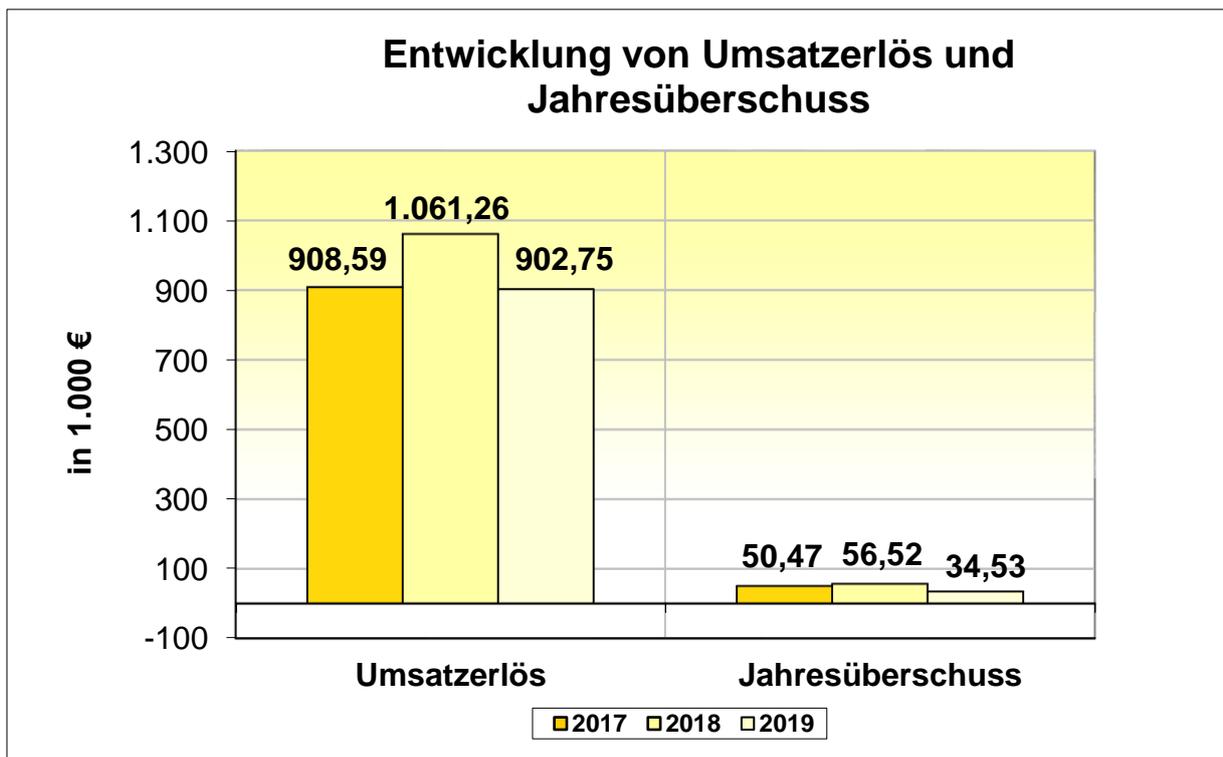
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	64711 Erbach, Michelstädter Str.12
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 85502
Gesellschafter:	Odenwaldkreis ab 01.01.2012
Geschäftsführung:	Sandra Schnellbacher Mirko Liebig (bis 31.05.2019) Siegfried Eberle (ab 01.06.2019)
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Michael Vetter (stellv. Vorsitzender) Dr. Michael Reuter Andreas Funken Christa Weihrauch Harald Buschmann Monika Schmauß
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	3,00	0,00
II. Sachanlagen	137,00	4,00	1.183,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	11.629,22	4.585,35	6.389,22
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	201.642,69	287.196,99	332.205,19
III. Rechnungsabgrenzungsposten	4.100,44	0,00	750,00
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
gesamt	217.512,35	291.789,34	340.527,41
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Rücklagen	147.751,99	204.272,81	238.803,14
III. Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0,00	0,00
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
B. Rückstellungen	32.202,67	33.598,41	26.434,27
C. Verbindlichkeiten	12.557,69	28.918,12	50.290,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	217.512,35	291.789,34	340.527,41



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	908.585,72	1.061.261,97	902.746,74
2. Betriebliche Erträge	32.401,89	36.840,50	34.173,74
3. Materialaufwand	-66.372,50	-108.006,48	-149.590,53
4. Personalaufwand	-744.575,13	-861.991,97	-713.361,77
5. Abschreibungen	-178,00	-133,00	-298,16
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-79.326,54	-71.390,77	-39.032,31
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10,52	14,57	3,62
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Sonstige Steuern	-74,00	-74,00	-111,00
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	50.471,96	56.520,82	34.530,33
11. Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00
12. Einstellung in Rücklagen	-50.471,96	-56.520,82	-34.530,33
13. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00



InA gGmbH

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuschuss des Odenwaldkreises	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen (Stammpersonal) Ø	21	24,65	20,94
Personalkosten in € (incl. Maßnahmenteilnehmer)	744.575,13	861.991,97	713.361,77

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	79,42	78,57	77,47
Eigenkapitalrentabilität	41,28	32,72	15,06
Verschuldungsgrad	25,91	27,27	29,08
Personalintensität	81,95	81,22	79,02

Laut Satzung der Gesellschaft erfolgt die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats ehrenamtlich. Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB bezüglich der Angabe der Gesamtbezüge der gesetzlichen Vertreter im Anhang gem. § 285 Nr. 9 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Zusammenfassung des Lageberichts

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Odenwaldkreis zählt zu den strukturschwachen, ländlichen und dünn besiedelten Regionen Hessens. Er ist Teil der Großregion Rhein-Main-Neckar, die zu den wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland und Europa gehört. Mit den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau, sowie die Stadt Darmstadt bildet der Odenwaldkreis den südhessischen Wirtschaftsraum. Mit rund 155 Einwohnern je Quadratkilometer ist er mit einer Bevölkerung von 96.798 Personen (Stand vom 31.12.2018) – eine der am dünnsten besiedelten Regionen in Südhessen. Eine geringere Dichte liegt nur noch in Nordhessen vor. Eng an das Rhein-Main-Gebiet angebunden, bietet der Odenwaldkreis für den stetig steigenden Bedarf an (hoch-) qualifizierten Fach- und Führungskräften einen attraktiven Wohnort auf 623,97 km² Fläche, verteilt auf 12 Städte und Gemeinden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Zielgruppe befindet sich allerdings eher in den städtischen Regionen um Darmstadt und Frankfurt am Main. Der Odenwaldkreis ist kein Hochschulstandort und hat keine Anbindung an eine Bundesautobahn. Mit einer einzigen Bahnstrecke in Nord-Süd-Richtung ist die Mobilität eines der größten Probleme und Herausforderungen für den Odenwaldkreis.

Der Arbeitsmarkt des Odenwaldkreises ist geprägt von überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen. Technische und wissensintensive Dienstleistungsunternehmen sind unterrepräsentiert. Ein zentraler Standortnachteil des ländlich geprägten Odenwaldkreises ist die zum Teil unzureichende Verkehrsinfrastruktur, insbesondere abseits der zentralen Bahnstrecke in Nord-Süd-Richtung.

Im Jahr 2019 hat sich die Quote der Arbeitslosigkeit, lt. Offizieller Statistik der Bundesagentur für Arbeit, nach einem saisonbedingten Hoch von 4,6 % im Februar 2019 kontinuierlich positiv weiterentwickelt. Die niedrigste Quote im betrachteten Zeitraum lag über mehrere Monate hinweg bei 4,2 %. Sie hat sich auch zum Jahresende 2019 stabil bei

diesem Wert gehalten. Bei der Betrachtung der Rechtskreise SGB II und SGB III im Vergleich ist festzustellen, dass die Quote im Rechtskreis SGB III deutlich stärker anstieg, als im SGB II. Im Jahresdurchschnitt lag die Quote der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II bei 2,5 % und im Rechtskreis SGB III bei 1,9 %. Der Gesamtdurchschnitt lag bei 4,4 %.

Seit dem 01.01.2012 ist der Odenwaldkreis alleiniger Anteilhaber der InA gGmbH-Integration in Arbeit. Gegenstand des Unternehmens ist gem. § 2 der Satzung die Integration von Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden, insbesondere der durch den Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende zugewiesenen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, in den ersten Arbeitsmarkt. Der Zweck der Gesellschaft ist außerdem die Verbesserung der sozialen Struktur des Odenwaldkreises durch allgemeine und berufsbezogene Volksbildung für den vorgenannten Personenkreis. Die Gemeinnützigkeit des Unternehmens begründet sich insbesondere darauf, dass für diese Personen eine Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben erfolgen soll.

Die InA gGmbH verfügt seit 11.10.2006 über die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung, die zum 11.10.2009 von der Bundesagentur für Arbeit unbefristet erteilt wurde. Die Betreuung der Einsatzstellen und Mitarbeiter der Arbeitnehmerüberlassung wurde vom 01.04.2012 bis zum 31.12.2018 durch den Arbeitsgeber- und Personalservice (AGPS) der InA gGmbH wahrgenommen, nachdem dieser zum 31.12.2018 eingestellt wurde, wechselte die Zuständigkeit für den Bereich Arbeitnehmerüberlassung zum 01.01.2019 unternehmensintern in das Team Maßnahmen zur dort angesiedelten Eingliederungsmaßnahmen InA-Bewerbercenter (BC). Das bisherige Personal der InA gGmbH wurde, der Aufgabe folgend, ebenfalls dorthin umgesetzt. Damit konnte auch weiterhin der Geschäftsbereich der Arbeitnehmerüberlassung zielführend mit der Betreuung und Arbeitsmarktintegration relativ arbeitsmarktnaher Kunden aus dem Rechtskreis SGB II verknüpft werden.

Im Rahmen einer Dienstvereinbarung, gem. § 17 SGB II, unterstützt die InA gGmbH das Kommunale Job-Center bei dessen Aufgabenwahrnehmung. Bei der InA gGmbH waren bis 2019 folgende originäre Aufgabenbereiche des Kommunalen Job-Centers ausgelagert: das Maßnahmenmanagement (Maßnahmenplanung, Vorbereitung und Begleitung von Vergabeverfahren, Maßnahmenabwicklung), die Koordinierungsstelle für die Zusatzjobs (externe Arbeitsgelegenheiten), die Öffentlichkeitsarbeit für Arbeitsmarktdienstleistungen SGB II. Diese Dienstleistungsvereinbarung wurde zum 30.06.2019 seitens des Kommunalen Job-Centers gekündigt. Die betroffenen Mitarbeiter/innen wurden alle vom Odenwaldkreis übernommen. Hintergründe der einvernehmlichen Beendigung der Dienstleistungsvereinbarung waren regelhaft vorliegende qualitative und quantitative Mängel, die in zunehmendem Umfang Kompensationsleistungen der Leitungsebene des Kommunalen Job-Centers erforderten.

Geschäftsentwicklung:

Im Wirtschaftsjahr 2019 erzielte die InA gGmbH Umsatzerlöse in Höhe von 902.746,74 € (Vorjahr 1.061.261,97 €). Dies entspricht einer Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 158.515,23 € bzw. Verringerung um 15 %. Das Jahresergebnis der InA gGmbH ist mit einem Betrag in Höhe von 34.530,33 € als positiv zu beurteilen (Vorjahr 56.520,82 €). Das Ergebnis liegt oberhalb des Planansatzes des Wirtschaftsplans für das Jahr 2019, der ursprünglich ein Jahresergebnis in Höhe von 0,00 € prognostizierte. Die Abweichungen zur Prognose des Wirtschaftsplans beruhen überwiegend auf den nicht eingetroffenen und erwarteten Umsätzen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung sowie dem Wegfall der Umsätze aus der Dienstleistungsvereinbarung mit dem Odenwaldkreis ab 01.07.2019 (hier: Team

Arbeitsmarkt und Planung). Demgegenüber fielen der Personalaufwand sowie Zuführungen zu den Rückstellungen deutlich niedriger aus als angesetzt.

Die Gesellschaft war während des gesamten Jahres in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung:

Das Geschäftsfeld der Arbeitnehmerüberlassung finanziert sich seit 01.01.2012 alleine aus den dort erzielten Erlösen, in Verbindung mit Erstattungen der Krankenkassen aufgrund der sog. U1/U2 Regelung, da die InA gGmbH noch als Kleinunternehmen anzusehen ist.

Das Geschäftsfeld birgt viele Chancen, aber auch Risiken für die finanzielle Entwicklung der InA gGmbH, da hier ausschließlich Kunden aus dem Rechtskreis der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) beschäftigt werden, die dem Arbeitgeber- und Personalservice vom Kommunalen Job-Center zugewiesen werden. Da dieser Kundenstamm nahezu regelhaft keine Facharbeiter umfasst, sondern üblicherweise langzeitarbeitslose Personen, die oft über keinen Schul- oder Berufsabschluss verfügen, ist deren Integration in den Arbeitsmarkt oft schwierig und gelingt manchmal auch erst nach wiederholten Versuchen.

Mit dem 2015 neu gegründeten Team „Maßnahmen“ betätigt sich die InA gGmbH auch auf dem Geschäftsfeld der Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen. Dabei hat die neu geschaffene Stellung als Maßnahmenträger zur Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen (im Rahmen des § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III) für die InA gGmbH betriebswirtschaftlich eine solide Grundlage zur Weiterentwicklung ihrer positiven Ertragslage geschaffen, welche auch dazu geeignet ist, durch die Arbeitnehmerüberlassung auftretende Risiken auszugleichen. Der neue Geschäftsbereich hat sich stetig weiterentwickelt und stellt mittlerweile die hauptsächliche Entwicklungsmöglichkeit des Unternehmens dar. Durch regelmäßige – zuvor sorgfältig kalkulierte – Einnahmen wurde die Basis dafür geschaffen, die Finanzlage der InA gGmbH mittelfristig auf solide Füße zu stellen.

**Gesundheitszentrum Odenwaldkreis
GmbH Konzernbilanz**

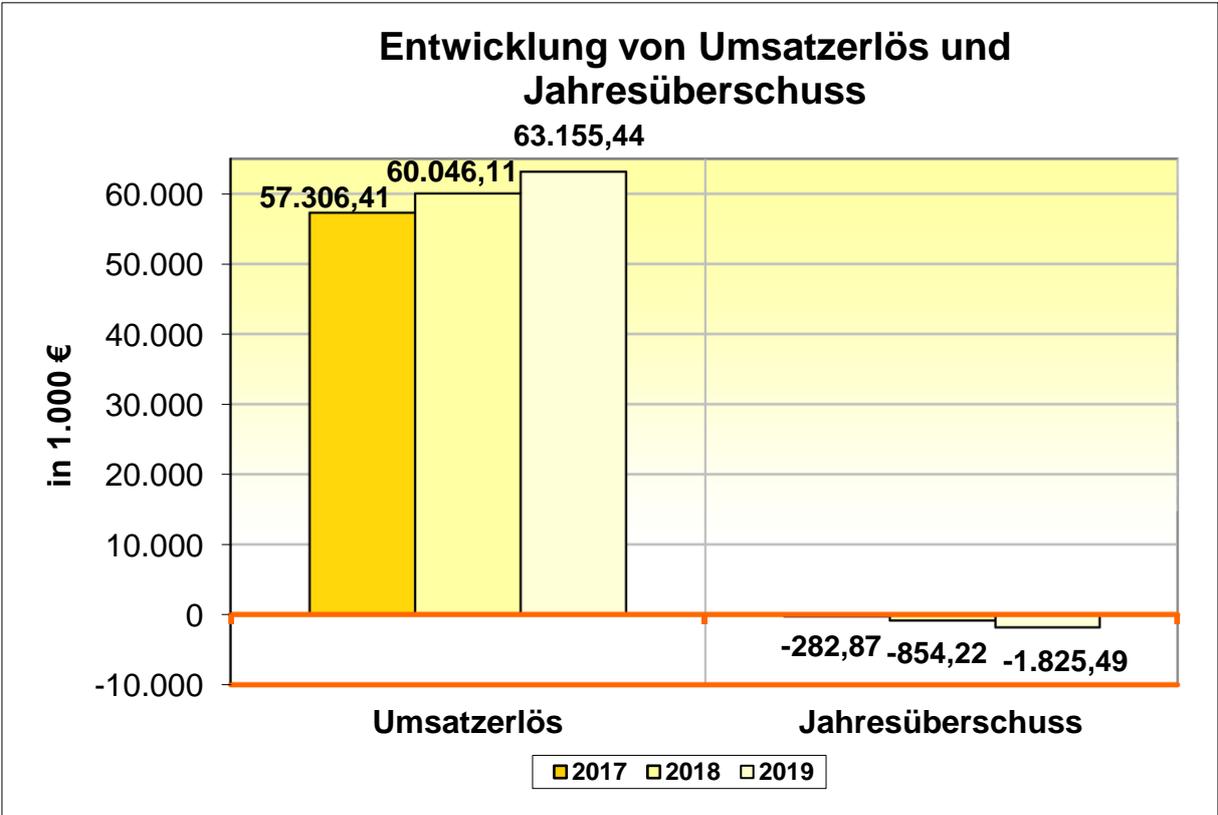
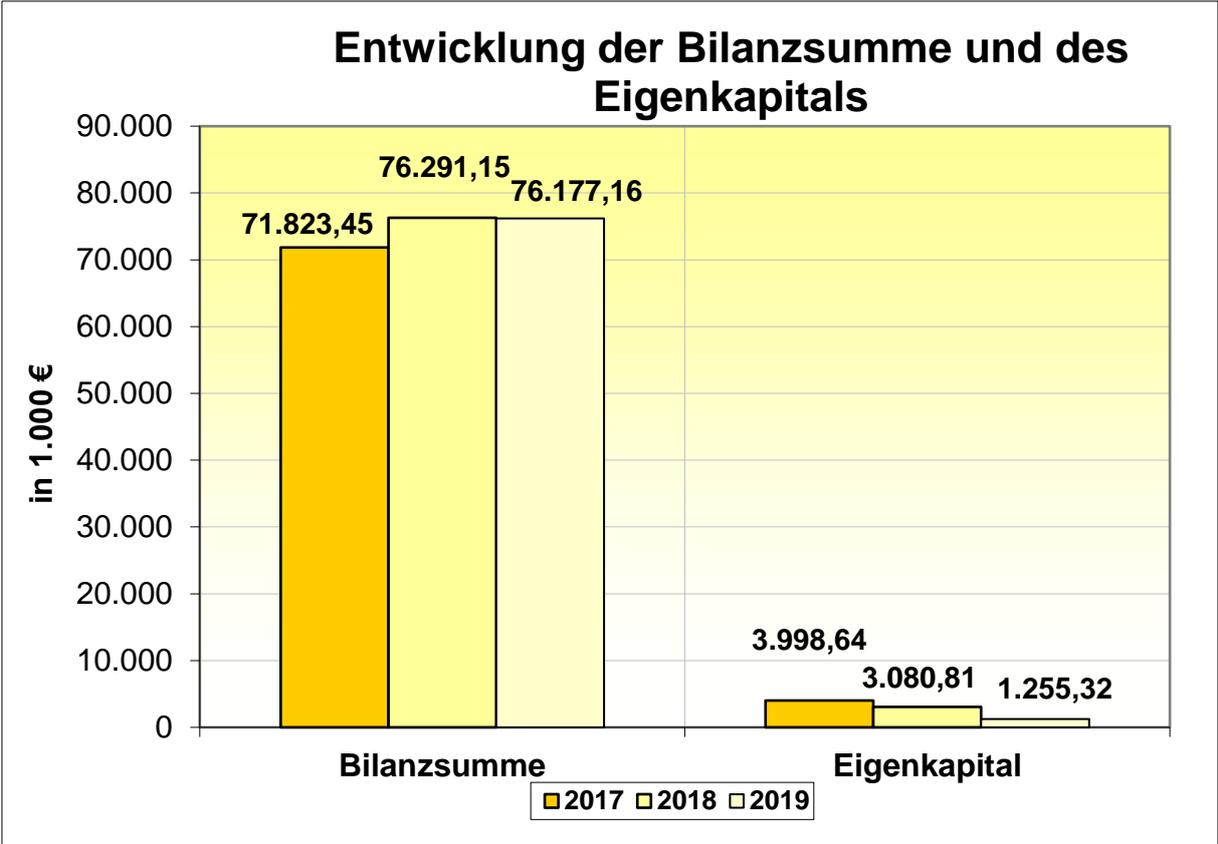
Albert-Schweitzer –Str. 10-20
64711 Erbach

Telefon: 06062/790, Telefax: 06062/792301

E-Mail: info@gz-odw.de



Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	757.976,66	702.215,04	649.827,20
II. Sachanlagen	53.297.033,15	51.962.192,66	53.842.669,88
III. Finanzanlagen	12.200,00	12.200,00	12.200,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.035.521,28	1.055.200,79	1.057.137,61
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.470.700,33	14.404.871,19	16.365.159,23
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.007.503,83	7.073.345,64	3.270.439,20
C. Ausgleichsposten nach dem KHG (Darlehensmittelförderung)	1.137.362,08	1.030.131,08	903.225,34
D. Rechnungsabgrenzungsposten	65.154,11	50.990,06	76.499,86
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	40.000,00	0,00	0,00
Gesamt	71.823.451,44	76.291.146,46	76.177.158,32
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.050.000,00	5.050.000,00	5.050.000,00
II. Kapitalrücklage	4.432.068,96	4.407.666,96	4.305.579,38
III. Freie Rücklagen	152.921,88	152.921,88	152.921,88
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.786.329,30	-6.677.945,39	-8.440.955,75
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	149.975,53	148.170,62	187.777,43
B. Sonderposten zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	32.142.853,62	29.555.470,13	27.700.550,66
C. Rückstellungen	2.305.781,00	2.432.573,36	2.424.875,35
D. Verbindlichkeiten	33.354.401,42	41.218.637,86	44.796.409,37
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	18.603,00	0,00	0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten	3.175,33	3.651,04	0,00
Gesamt	71.823.451,44	76.291.146,46	76.177.158,32



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	57.306.412,69	60.046.111,89	63.155.444,62
2. Erhöhung (+) und Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	127.554,83	-17.349,63	3.719,48
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	99.906,73	95.733,00	311.388,88
4. Sonstige betriebliche Erträge	210.620,35	231.036,76	179.416,57
5. Personalaufwand	-40.036.578,20	-44.353.796,90	-47.712.087,02
6. Materialaufwand	-13.659.439,16	-13.193.205,84	-14.058.642,44
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.094.988,45	1.209.281,51	1.243.846,93
8. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	86.011,00	43.005,00	0,00
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.883.852,20	3.840.319,32	3.501.798,31
10. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-971.941,27	-1.037.796,14	-1.044.914,40
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Ausgleichsposten Darlehensförderung	-89.589,25	-107.231,00	-126.905,74
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-281.886,08	-277.806,84	-392.197,51
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-4.341.026,08	-4.120.985,81	-3.500.796,28
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.982.673,22	-2.360.303,27	-2.497.888,73
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.484,77	3.323,99	3.914,37
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-691.924,25	-796.749,19	-801.117,00
17. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	-35.482,85	-57.645,13	-90.340,55
18. Sonstige Steuern	-3.163,19	-162,72	-130,62
19. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-282.872,53	-854.221,00	-1.825.491,13
20. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00	102.087,57
20. Anteile anderer Gesellschafter	-10.632,60	-37.3953,09	-39.606,80
21. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.492.824,17	-5.786.329,30	-6.677.945,39
22. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.786.329,30	-6.677.945,39	-8.440.955,75

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuschuss an das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH	318.263,35	397.566,22	367.533,23

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften*					
2017		2018		2019	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
34.711.090,19	25.176.420,04	34.711.090,19	24.514.433,62	42.211.090,19	31.110.199,42

* einschließlich Kassenkredite

Personal	2017	2018	2019
Anzahl Vollzeitäquivalent	615,26	660,20	693,19
Personalkosten in €	40.036.578,20	44.353.796,90	47.712.087,02

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt im Berichtsjahr 9 T€. Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	5,36	3,84	1,40
Eigenkapitalrentabilität	-2,94	-8,89	-19,20
Verschuldungsgrad	381,31	498,51	614,62
Personalintensität	69,83	73,87	75,55

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

Albert-Schweitzer –Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-0, Telefax: 06062/79-2301
E-Mail: info@gz-odw.de



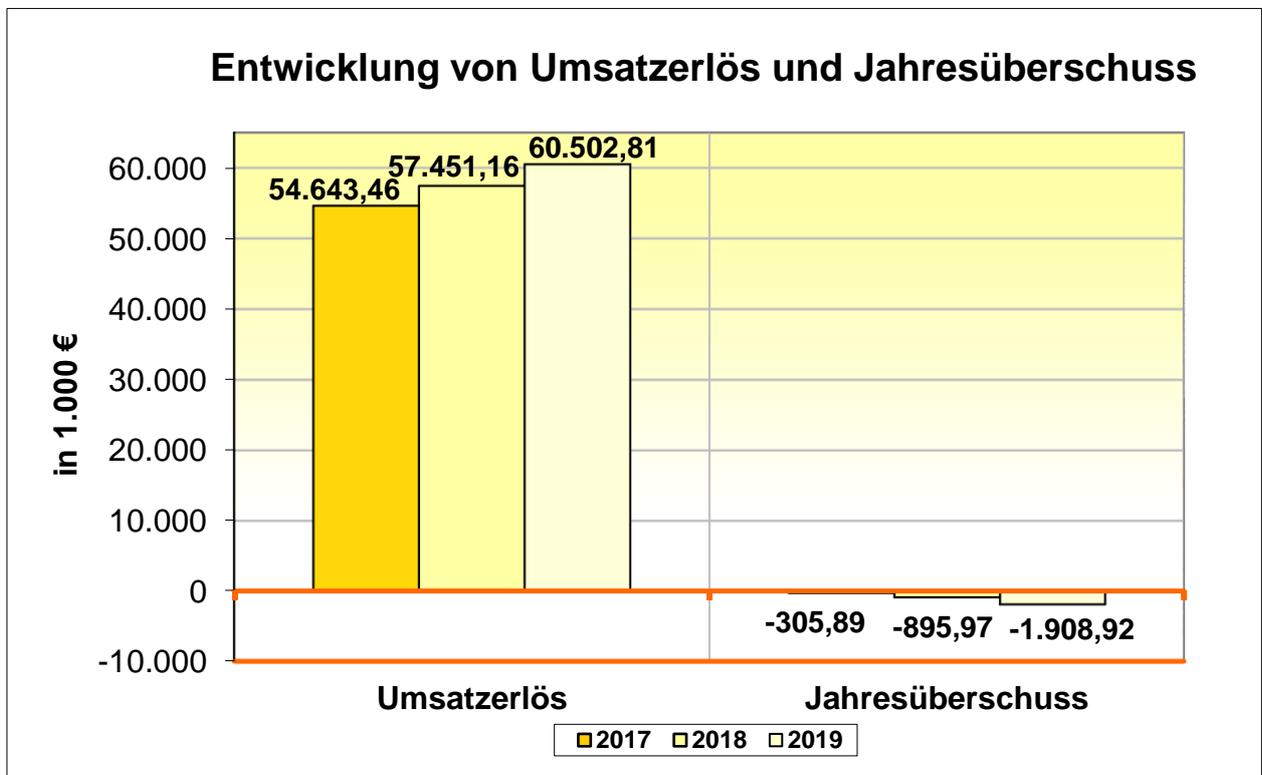
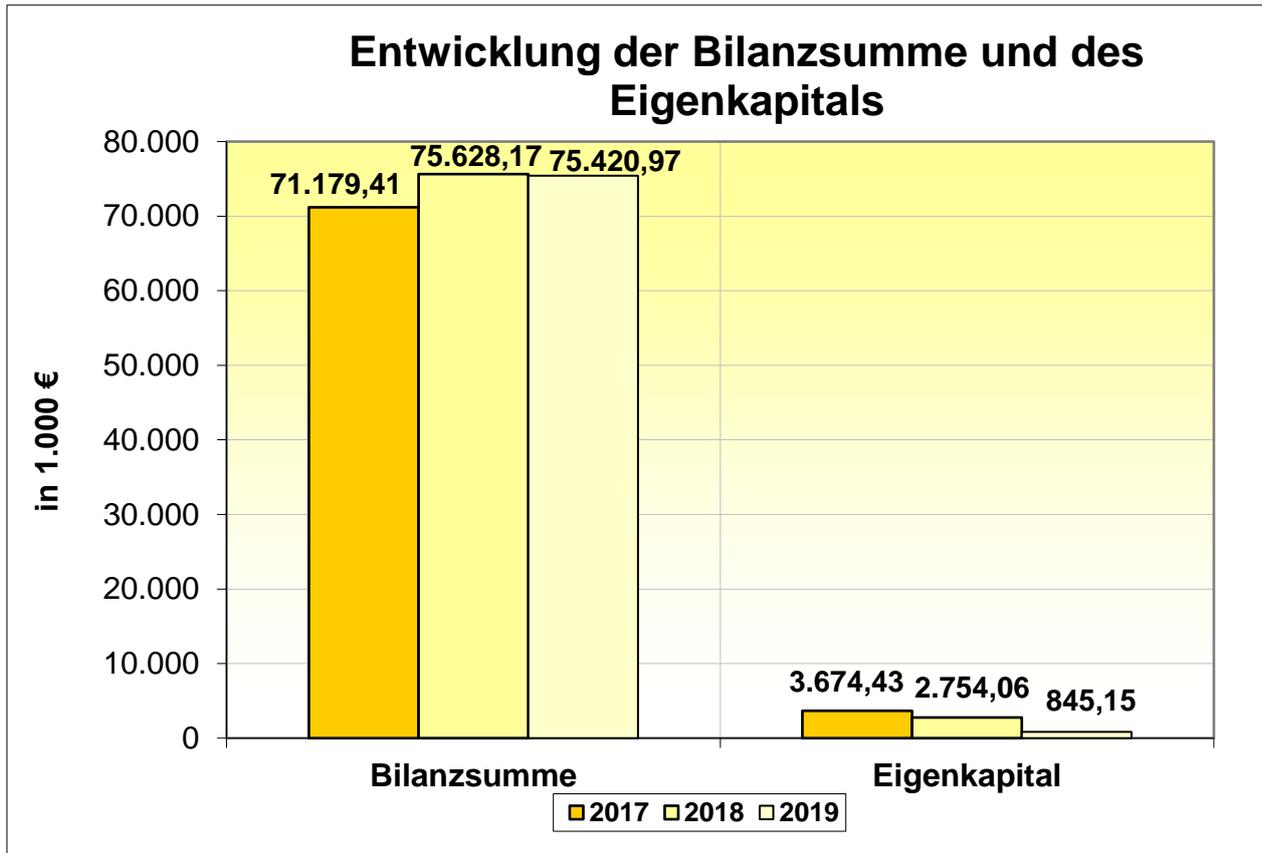
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses in Erbach durch Erbringung insbesondere von stationären, ambulanten und integrierten Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Hessen sowie eines gegebenenfalls mit den Krankenkassen vereinbarten Versorgungsauftrages einschließlich der dazugehörigen Ausbildungsstätte „Krankenpflegeschule“ sowie Nebeneinrichtungen als Krankenhausträger, ferner der Betrieb der Alteneinrichtungen des Odenwaldkreises.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2001
Stammkapital:	5.035.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 71456
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender, beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger (bis 05.09.2019) Stefan Kohlbacher (ab 28.11.2019) Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	MedInvest GmbH (100,00 %; 25.000,00 €) PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH (51,00 %; 12.750,00 €) Medizinisches Versorgungszentrum am GZO GmbH (100,00 %, 25.000,00 €)
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	415.973,58	373.030,00	333.466,20
II. Sachanlagen	53.013.727,36	51.700.604,97	53.606.674,71
III. Finanzanlagen	74.950,00	74.950,00	74.950,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.033.321,16	1.052.443,49	1.053.547,95
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.949.065,61	14.979.574,97	16.754.097,99
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.450.093,37	6.366.580,54	2.618.641,79
C. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	1.137.362,08	1.030.131,08	903.225,34
D. Rechnungsabgrenzungsposten	64.919,11	50.855,06	76.364,86
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	40.000,00	0,00	0,00
Gesamt	71.179.412,27	75.628.173,11	75.420.968,84
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.050.000,00	5.050.000,00	5.050.000,00
II. Kapitalrücklage	4.432.068,96	4.407.666,96	4.305.579,39
III. Freie Rücklagen	152.921,88	152.921,88	152.921,88
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.960.556,27	-6.856.524,37	-8.663.355,33
B. Sonderposten zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	32.142.853,62	29.555.470,13	27.700.550,66
C. Rückstellungen	2.108.950,00	2.199.458,00	2.172.463,00
D. Verbindlichkeiten	33.231.395,75	41.115.529,47	44.702.809,24
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	18.603,00	0,00	0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten	3.175,33	3.651,04	0,00
Gesamt	71.179.412,27	75.628.173,11	75.420.968,84



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	54.643.460,34	57.451.159,55	60.502.809,87
2. Erhöhung (+) und Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	127.554,83	-17.349,63	3.719,48
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	99.906,73	95.733,00	311.388,88
4. Sonstige betriebliche Erträge	181.360,62	193.354,98	146.250,91
5. Personalaufwand	-32.554.769,05	-35.831.110,24	-38.088.078,63
6. Materialaufwand	-18.593.912,14	-19.319.306,32	-21.243.265,59
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.094.988,45	1.209.281,51	1.243.846,93
8. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	86.011,00	43.005,00	0,00
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.883.852,20	3.840.319,32	3.501.798,31
10. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-971.941,27	-1.037.796,14	-1.044.914,40
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	-89.589,25	-107.231,00	-126.905,74
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-281.886,08	-277.806,84	-392.197,51
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-4.286.393,19	-4.069.472,27	-3.448.752,38
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.941.248,26	-2.304.020,81	-2.426.198,31
15. Erträge aus Beteiligungen	0,00	40.800,00	0,00
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.483,42	3.322,98	3.914,12
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-688.430,15	-792.528,19	-795.760,37
18. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	-8.854,03	-13.241,67	-28.315,71
19. Sonstige Steuern	-7.484,82	-3.081,33	-28.258,39
20. Jahresüberschuss -fehlbetrag	-305.890,65	-895.968,10	-1.908.918,53
21. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00	102.087,57
22. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.654.665,62	-5.960.556,27	-6.856.524,37
23. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.960.556,27	-6.856.524,37	-8.663.355,33

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuschuss an das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH	318.263,35	397.566,22	397.533,23

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften*					
2017		2018		2019	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
34.711.090,19	25.176.420,04	34.711.090,19	24.514.433,62	42.211.090,19	31.110.199,42

* einschließlich Kassenkredite

Personal	2017	2018	2019
Anzahl Vollzeitäquivalent	425,41	450,13	465,18
Personalkosten in €	32.554.769,05	35.831.110,24	38.088.078,63

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt im Berichtsjahr 6 T€. Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	5,16	3,64	1,12
Eigenkapitalrentabilität	-7,69	-24,55	-71,98
Verschuldungsgrad	961,79	1572,77	6308,42
Personalintensität	59,58	62,37	66,02

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung und Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen haben im Jahr 2019 50.223 T€ (Vorjahr: 47.202 T€) betragen. Bei den Alteneinrichtungen sind die Umsatzerlöse aufgrund der niedrigeren Kapazitäten um 164 T€ auf insgesamt 3.572 T€ gesunken.

Die Personalkosten in der GZO GmbH betragen im Jahr 2019 insgesamt 38.088 T€ (Vorjahr: 35.831 T€), davon entfallen – vor Konsolidierung – auf das Kreiskrankenhaus 36.349 T€ (Vorjahr: 33.954 T€) und die Alteneinrichtungen 1.850 T€ (Vorjahr: 1.991 T€).

Im Bereich der administrativen Tätigkeiten der Pflegeleistungen wurden Neueinstellungen weiterhin über die Tochtergesellschaft MedInvest GmbH vorgenommen. Die Aufwendungen in der GZO GmbH für dieses Personal spiegeln sich somit im Sachkostenbereich wider. Ebenso verhält es sich mit Leistungen der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH für stationäre Patienten.

Beim Materialaufwand ist bei der GZO GmbH für das Jahr 2019 ein Anstieg in Höhe von insgesamt 1.924 T€ zu verzeichnen. Dieser Anstieg spiegelt sich in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (864 T€) und in den Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen (1.060 T€) wider. In den bezogenen Dienstleistungen sind die Leistungen der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH und der MedInvest GmbH für das Kreiskrankenhaus enthalten. Die Leistungen der MedInvest GmbH wurden in 2019 weiter ausgebaut.

Die Investitionen in das Anlagevermögen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 5.315 T€. Davon entfallen 108 T€ auf immaterielle Vermögensgegenstände und 5.207 T€ auf Sachanlagen. In den Investitionen der Sachanlagen sind Kosten für die Sanierung des Bettenhauses in Höhe von 4.488 T€ berücksichtigt. Im Anlagevermögen sind 75 T€ Finanzanlagen enthalten, die sich aus Anteilen an Tochterunternehmen und Beteiligungen zusammensetzen.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 mit 11.681 T€ (Vorjahr: 11.803 T€) leicht rückgängig. Verrechnungen der Krankenkassen aufgrund von negativen MDK-Gutachten wurden in den saldierten Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 2.619 T€ (Vorjahr: 6.367 T€). Der Rückgang ist durch eine Teilumbuchung aus den Mitteln des geförderten WI-Bank-Darlehens für die Baumaßnahme „Sanierung Bettenhaus“ in Höhe von 4.000 T€ begründet.

Die Kapitalstruktur zeigt – wie für alle dual finanzierten Krankenhäuser – einen typisch hohen Anteil an Sonderposten auf. Die Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG reduzieren sich planmäßig um 1.766 T€ auf 27.123 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind von 33.398 T€ zum 31.12.2018 auf 36.835 T€ angestiegen. Der Anstieg ist durch die höhere Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites im Krankenhaus begründet. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter betragen 2.618 T€ (Vorjahr: 2.735 T€). Hier ist ein Gesellschafterdarlehen für die Restfinanzierung des Psychiatrieneubaus enthalten. Der jährliche Schuldendienst für dieses Darlehen wird seitens des Odenwaldkreises als Zuschuss verrechnet.

Im Kreiskrankenhaus Erbach ist die Finanzlage von einem Betriebsmittelkredit belastet, der als Kontokorrent auf dem laufenden Bankkonto in Höhe des tatsächlichen Bedarfs in Anspruch genommen wird. Die Kontokorrentlinie in Höhe von 12,50 T€ wurde im Jahr 2019 – befristet bis zum 31.1.2021 – um 7.500 T€ auf insgesamt 20.000 T€ erhöht und ist durch eine Bürgschaft des Odenwaldkreises besichert.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals vom 11.12.2018 (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG) ist unter anderem die krankenhausesindividuelle Finanzierung von tatsächlichen Pflegepersonalkosten für die sogenannte Pflege am Bett eingeführt worden. Diese tiefgreifende Veränderung der Krankenhäuser bringt erhebliche Unsicherheiten für das Planungswesen der Krankenhäuser mit sich.

In diesen Zusammenhang werden ab dem Jahr 2020 die Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und parallel zu den DRG-Fallpauschalen über ein krankenhausesindividuelles Pflegebudget nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert.

Obwohl das Pflegebudget auf dem Selbstkostendeckungsprinzip basiert, hat das ganze Konstrukt so viele Nebenwirkungen, dass das Gesamtbudget eines Krankenhauses nach offiziellen Schätzungen etwa 0,5 % geringer sein kann. Dies ist u.a. dadurch begründet, dass 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 die Erlöse aus dem Pflegestellenförderprogramm vollumfänglich und die Erlöse aus den Zusatzentgelten PKMS und Pflegegrad teilweise wegfallen und im Pflegebudget aufgehen.

Aufgrund vielfältiger strittiger Sachverhalte ist zu erwarten, dass nur schwer eine Einigung mit den Kostenträgern bzgl. der Höhe des auszugliedernden Pflegebudgets zu erzielen ist und ggf. gerichtliche Verfahren den Zeitpunkt bis ein genehmigtes und abrechnungsfähiges Budget vorhanden ist, verzögern werden. Evtl. zu erwartende Liquiditätsnachteile werden im Jahr 2020 durch einen erhöhten Pflegeentgeltwert, der im Rahmen des „Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetzes“ umgesetzt wird, etwas relativiert.

Am 07.11.2019 hat der Bundestag das MDK-Reformgesetz beschlossen. Das Gesetz soll auch dazu beitragen, die Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern über Abrechnungen der Kliniken einzugrenzen. Die festgelegten Prüfquoten und Strafzahlungen werden durch das „Covid-9-Krankenhausentlastungsgesetz“ relativiert. Danach gilt im Jahr 2020 eine maximale Prüfquote je Krankenhaus in Höhe von 5,0 % und die Strafzahlungen bei falscher Abrechnung werden in den Jahren 2020 und 2021 komplett ausgesetzt.

Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe werden die bisher im Altenpflegegesetz und im Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen in einem neuen Pflegeberufsgesetz zusammengeführt. Damit werden die Ausbildungsgänge „Krankenpflege“, „Altenpflege“ und „Kinderkrankenpflege“ in der generalisierten Pflegeausbildung zusammengefasst. Alle Auszubildenden erhalten zwei Jahre lang eine gemeinsame, generalistisch ausgerichtete Ausbildung, in der sie einen Vertiefungsbereich in der praktischen Ausbildung wählen. Auszubildende, die im dritten Ausbildungsjahr die generalistische Ausbildung fortsetzen, erwerben den Berufsabschluss „Pflegefachfrau“ bzw. „Pflegefachmann“.

Für unsere Einrichtung ist vorgesehen, die bisherige Krankenpflegeschule in eine „Generalisierte Pflegeschule“ mit erweiterter Platzzahl umzuwandeln. Die bisherige Altenpflegeschule wird aufgegeben, stattdessen ist vorgesehen, eine einjährige Krankenpflegehilfesausbildung anzubieten, um auch Bewerbern mit Hauptschulabschluss den Einstieg in die Pflegeausbildung zu ermöglichen. Umstellungstermin wird der 01.10.2020 sein.

Auch die Gesundheitsbranche ist vom Fachkräftemangel betroffen. Durch den Betrieb unserer eigenen Pflegeschule kann auf gut ausgebildete Pflegekräfte zurückgegriffen werden. Durch die Etablierung einer Krankenpflegehilfeschule können weitere Personengruppen für die Pflege gewonnen werden.

Die „Generalisierung Bettenhaus“ verläuft gemäß der vorgelegten Zeit- und Kostenplanung.

Für die Gesellschaft sind grundsätzlich branchenübliche Liquiditäts- und Eigenkapitalrisiken gegeben, die vor dem Hintergrund der aktuellen Verlustsituation weiter an Bedeutung zunehmen. Die Sicherung der Liquidität und einer adäquaten Eigenkapitalausstattung ist von einer nachhaltigen Verbesserung des Geschäftsverlaufes und von unterstützenden Maßnahmen des Gesellschafters abhängig. Eine Verschlechterung der Liquiditätssituation ist durch das Pflegepersonalstärkungsgesetz zu erwarten: Nach diesen rechtlichen Vorgaben werden in 2019 alle Pflegekräfte, die zusätzlich eingestellt werden, vollständig refinanziert. Diese Refinanzierung erfolgt über die Budgetvereinbarung 2019, welche voraussichtlich frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020 vereinbart werden kann. Außerdem ist zu erwarten, dass sich im Jahr 2020 durch Vorgriffe auf pauschale Fördermittel die Liquiditätssituation weiter verschlechtern wird. Zusätzliche Liquidität in Form der Erhöhung des Kontokorrentrahmens oder anderer geeigneter Maßnahmen wird zur Sicherung der laufenden Liquidität deshalb erforderlich werden.

Bis einschließlich 2012 hat die GZO GmbH den Neubau des Funktionstraktes errichtet. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt ca. 38.000 T€. Hierzu wurden Landeszuschüsse in Höhe von ca. 26.000 T€ gewährt. Der noch zu finanzierende Eigenanteil betrug 11.000 T€. Hierzu hat die GZO GmbH zunächst drei Darlehen in Höhe von 11.050 T€ aufgenommen. Abschreibungen und Zinsen haben ab dem Jahr 2012 die Ergebnisse in Höhe von ca. 903 T€ p. a. belastet. Die Bedienung dieser und Zinsen durch den laufenden Geschäftsbetrieb ist nicht möglich und führte zu negativen Jahresergebnissen und daraus resultierend zu einer Reduzierung des Eigenkapitals. Durch die Erhöhung des Stammkapitals durch den Gesellschafter Odenwaldkreis in den Jahren 2014 und 2015 in Höhe von insgesamt 5.000 T€, konnten Verluste kompensiert werden.

Das Eigenkapital der GZO GmbH beträgt zum 31.12.2019 845 T€ und ist bezogen auf die Größe des Unternehmens als nicht ausreichend zu bezeichnen.

Ausblick und voraussichtlichen Entwicklung:

Eine nachhaltige Verbesserung der Ergebnis- und Liquiditätssituation aus den Maßnahmen des „CCID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes“ ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar.

Für das Jahr 2020 wird nach der Wirtschaftsplanung vom November 2019 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.217 T€ gerechnet. Von dieser Planungsgröße gehen wir weiterhin aus. Dies hätte einen vollständigen Verbrauch des Eigenkapitals zum 31.12.2020 zur Folge. Eine Unterstützung durch den Gesellschafter in Form einer eigenkapitalstärkenden Maßnahme ist deshalb unbedingt erforderlich!

Im Jahr 2015 wurde ein umfangreiches und umfassendes Konsolidierungskonzept aufgestellt. Eckpunkte dieses Konzepts sind einerseits Maßnahmen zur Erlössteigerung, andererseits Maßnahmen zu Kostensenkung. Dieses Konzept wird seit dem Jahr 2015 schrittweise umgesetzt und war zunächst bis 2018 angelegt. Die strategischen Entscheidungen richten sich auch weiterhin nach den im Konsolidierungskonzept festgelegten Eckpunkten.

Durch die neuen rechtlichen Vorgaben einerseits und durch die massive Ausweitung der MDK-Prüfungen andererseits haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert, die im Konsolidierungskonzept enthaltenen Maßnahmen müssen daher angepasste werden. Die eingeführten Pflegepersonaluntergrenzen und die mit der Nichteinhaltung verbundenen Sanktionen führen zu einem Wettbewerb um Pflegekräfte, für die inzwischen An-/Abwerbprämien gezahlt werden müssen.

Der in der Sicherstellungszuschlagverordnung des Landes Hessen eingeführte Anspruch auf einen Sicherstellungszuschlag für das Kreiskrankenhaus Erbach muss in Verhandlungen mit den Krankenkassen umgesetzt werden. Daher ist die Höhe und damit die Auswirkung auf unser Jahresergebnis derzeit noch nicht exakt einzuschätzen.

Insgesamt ist daher nicht auszuschließen, dass von uns nicht beeinflussbare Vorgaben, z. B. durch Gesetz- oder Tarifregelungen, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation haben. Daneben ist in den nächsten Jahren vorgesehen, die Generalsanierung des Bettenhauses durchzuführen, was Risiken hinsichtlich der Leistungsmenge, aber auch hinsichtlich der Akzeptanz des Hauses bei der Bevölkerung für die Zeit des Umbaus haben könnte.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass über die DRG-Erlöse die Abschreibungen und Zinsen für eigenfinanzierte Investitionen nicht refinanziert werden, kann die Unterstützung des Alleingeschafters Odenwaldkreis auch in der Zukunft erforderlich werden, was beispielsweise durch eine weitere Erhöhung des Eigenkapitals oder alternativ durch eine Übernahme der Schulden und damit einer Entlastung von Abschreibungs- und Zinskosten erfolgen könnte.

Mit den vorgenannten Maßnahmen, insbesondere auch der Generalsanierung des mehr als 50 Jahre alten Bettenhauses, richten wir uns auf die Anforderungen der Zukunft aus und legen den Grundstein dafür, dass auch künftig die Versorgung der Bürger des Odenwaldkreises mit Krankenhaus- und Pflegeleistungen auf hohem Niveau sichergestellt wird.

Ein generelles Risiko stellen die künftigen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik dar, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Corona-Pandemie.

Weitere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kliniken haben, liegen nicht vor.

Aus heutiger Sicht sind kurzfristig entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Risiken für die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH gegeben, wenn der Konsolidierungsprozess nicht weiterverfolgt werden kann und/oder die weitere geplante Unterstützung des Gesellschafters nicht erfolgt.

MedInvest GmbH

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-2003
Telefax: 06062/79-2301

MedInvest GmbH

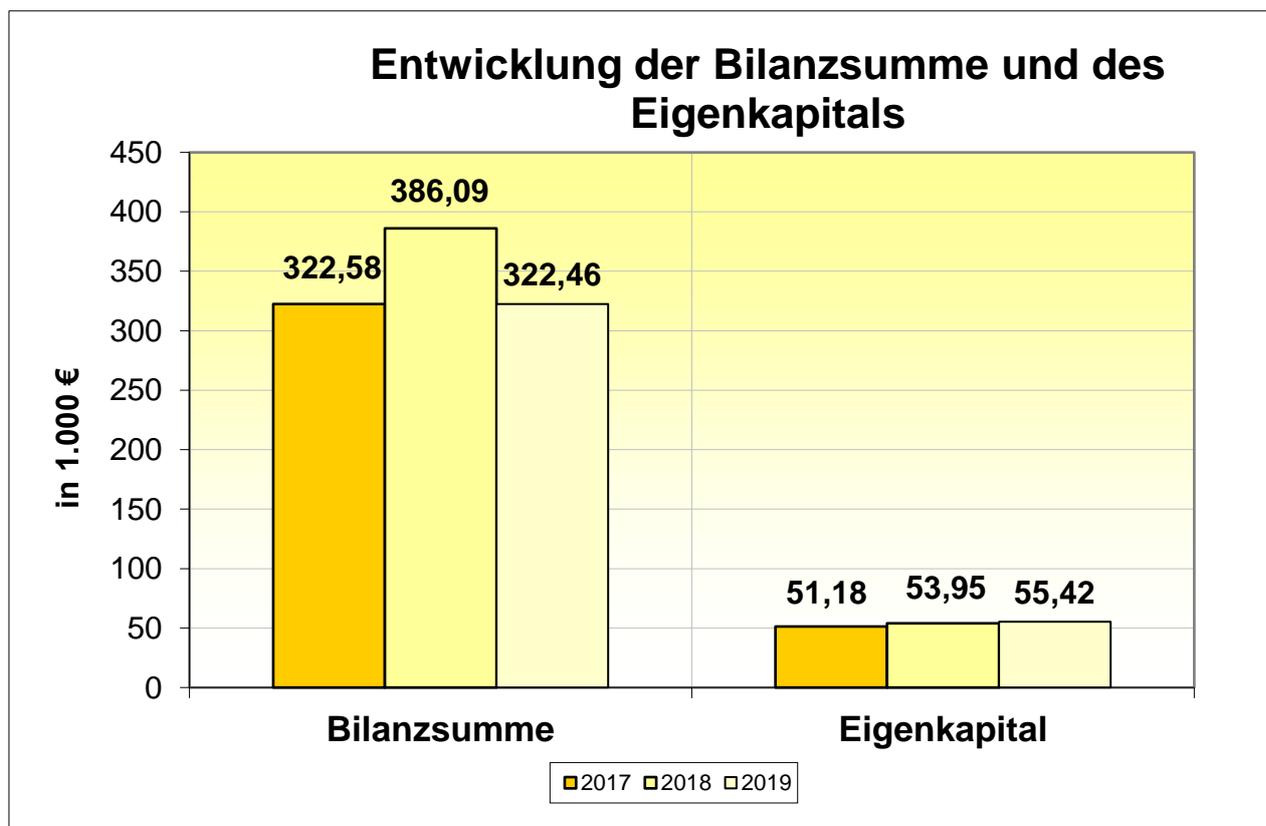
Gegenstand des Unternehmens

Die MedInvest GmbH erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend gegenüber der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, insbesondere der Reinigungsdienste, der Verpflegung der hauswirtschaftlichen und technischen Dienste sowie Leistungen im Zusammenhang mit medizinisch-technischen Maßnahmen der Personalverwaltung, EDV und Rechnungswesen.

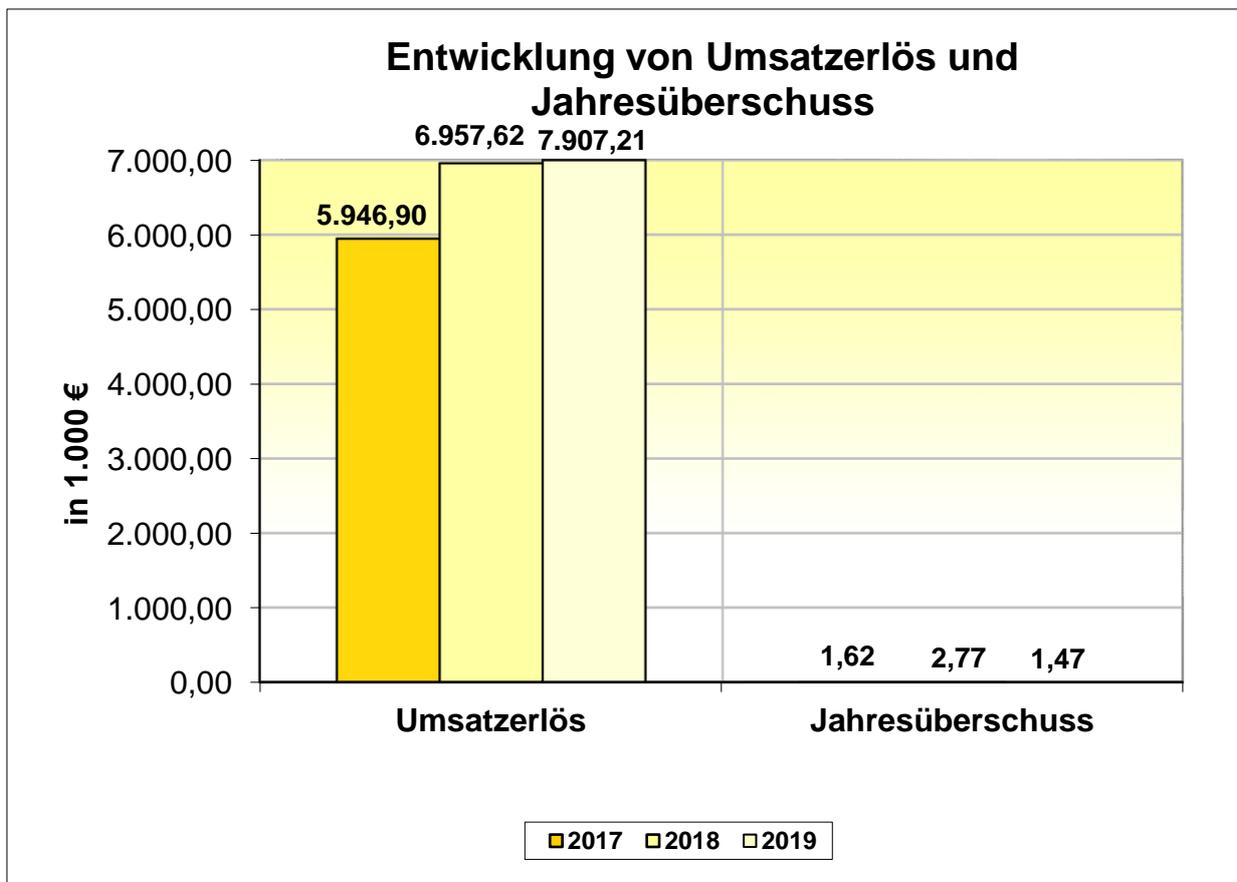
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71699
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab Joachim Kunkel
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender - beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger (bis 05.09.2019) Stefan Kohlbacher (ab 28.11.2019) Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen	15.485,00	12.054,00	9.018,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.200,12	2.757,30	3.589,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.170,98	6.245,23	33.589,93
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	297.720,42	365.030,51	276.263,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	322.576,52	386.087,04	322.460,66
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	26.180,63	28.949,71	30.415,67
B. Rückstellungen	103.000,00	124.000,00	129.000,00
C. Verbindlichkeiten	168.395,89	208.137,33	138.044,99
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	322.576,52	386.087,04	322.460,66



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	5.946.902,21	6.957.620,16	7.907.206,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
3. Personalaufwand	-5.559.144,35	-6.556.668,50	-7.497.453,64
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-384.785,20	-396.848,71	-408.981,57
5. Zinsen und ähnliche Erträge	-8,65	1,01	-38,38
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.340,34	-1.334,88	733,55
7. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	1.623,67	2.769,08	1.465,96
8. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	24.556,96	26.180,63	28.949,71
9. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	26.180,63	28.949,71	30.415,67



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Zuschuss an die MedInvest GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	143,79	166,75	181,73
Personalkosten in €	5.559.144,35	6.556.668,50	7.497.453,64

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	15,87	13,97	17,19
Eigenkapitalrentabilität	3,28	5,41	2,72
Verschuldungsgrad	530,27	615,64	481,89
Personalintensität	93,48	94,24	94,82

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat im Berichtsjahr betrug 2 T€. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Im Geschäftsjahr 2019 konnten Erlöse in Höhe von insgesamt 7.907 T€ (Vorjahr: 6.958 T€) erzielt werden. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Dienstleitungen an die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH zurückzuführen. Demgegenüber betrugen die Personalkosten 7.497 T€ (Vorjahr: 6.557 T€), die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 382 T€ und die Abschreibungen 3 T€.

Insgesamt wurde im Jahr 2019 ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.465,96 € (Vorjahr: 2.769,08 €) erzielt.

Im Durchschnitt waren 181,73 Vollkräfte (Vorjahr 166,75 Vollkräfte) beschäftigt. Die Personalaufwendungen beinhalten eine Steigerung analog des TVöD, des MFA-Tarifs, des Gebäudereiniger-Tarifs und der Betriebsvereinbarung Vergütung in der MedInvest.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt 9 T€ (Vorjahr: 12 T€) und das Umlaufvermögen 313 T€ (Vorjahr: 374 T€).

Die Entwicklung der MedInvest GmbH nimmt im Geschäftsjahr 2019 den geplanten Verlauf. Die im Gesellschaftervertrag festgelegten Zwecke werden durchgeführt. Das Wachstum des Unternehmens ist überwiegend auf die Fluktuation in Kreiskrankenhaus, dem Kreisaltenheim und dem MVZ beschränkt.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die MedInvest GmbH und ihre Alleingesellschafterin Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH werden als Gemeinschaftsbetrieb geführt.

Veränderungen für das Jahr 2020 ergeben sich durch die Fluktuation im Kreiskrankenhaus, Kreisaltenheim und dem MZV. In der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 wird mit einer weiteren Steigerung der Dienstleistungen gerechnet. Der Hauptumsatz der MedInvest GmbH wird durch Dienstleitungen an die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH generiert. Dadurch ist eine große wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen den Unternehmen gegeben.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die MedInvest GmbH durch die Corona-Pandemie können zum jetzigen Zeitpunkt nicht bewertet werden. Sollten in der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH durch die Corona-Krise negative finanzielle Entwicklungen eintreten, werden sich die aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen analog in der MedInvest GmbH widerspiegeln.

Medizinisches Versorgungszentrum am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-2003
Telefax: 06062/79-2301



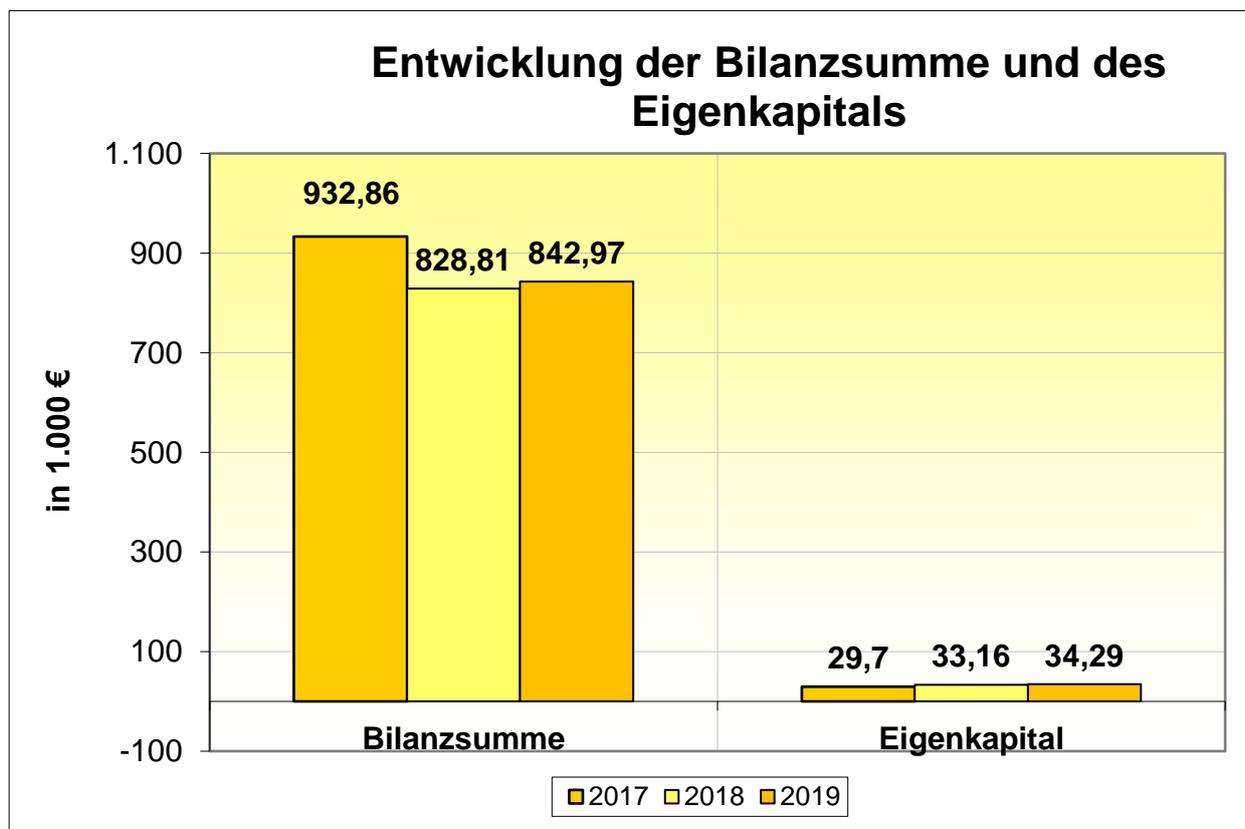
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung, insbesondere zur Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie der Ausübung der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechtes, vertragsärztliche Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl.

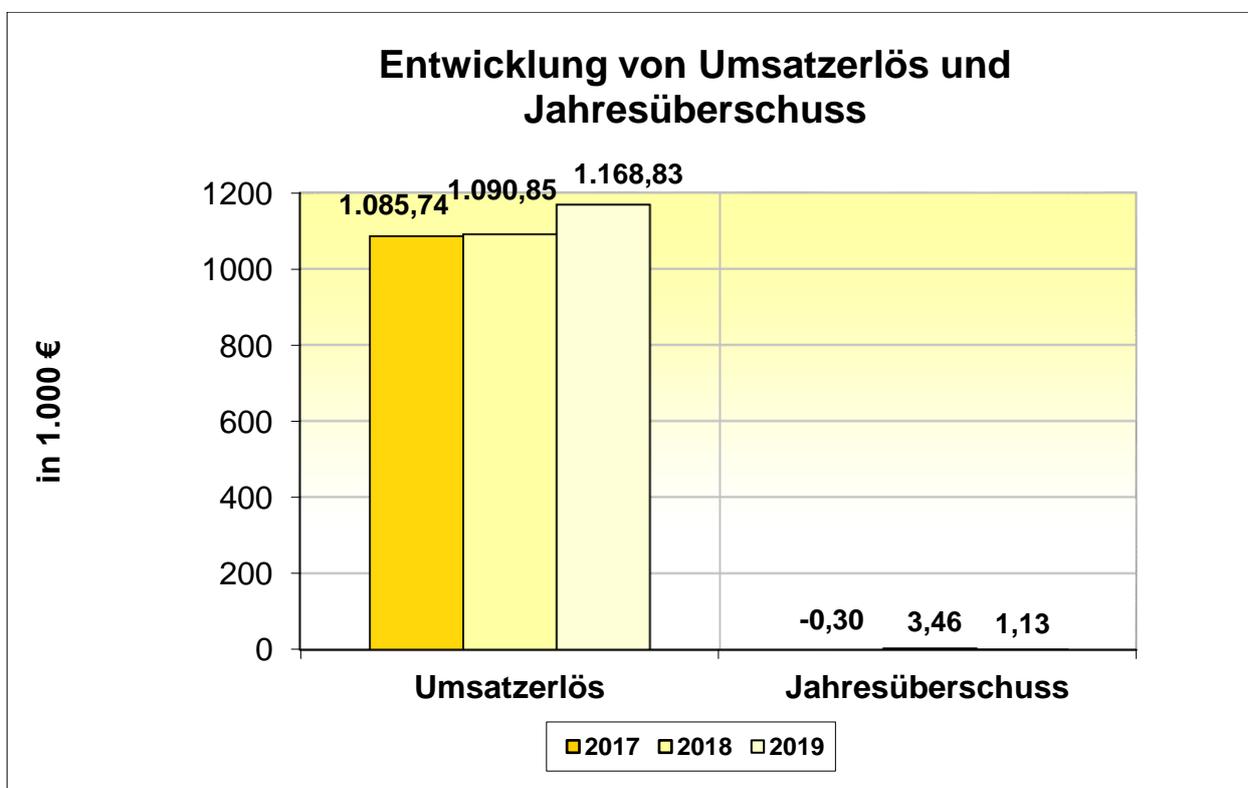
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2009
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 87554
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender, beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger (bis 05.09.2019) Stefan Kohlbacher (ab 28.11.2019) Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	342.003,08	329.182,04	316.361,00
II. Sachanlagen	236.953,98	223.825,91	204.630,26
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	267.464,22	149.970,87	227.879,56
II. Kassenbestand,	86.204,92	125.700,76	93.962,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten	235,00	135,00	135,00
Gesamt	932.861,20	828.814,58	842.968,67
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.699,36	8.160,86	9.292,09
B. Rückstellungen	33.181,00	36.994,00	43.682,00
C. Verbindlichkeiten	869.980,84	758.659,72	764.994,58
Gesamt	932.861,20	828.814,58	842.968,67



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	1.085.744,12	1.090.854,26	1.168.832,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	18.417,30	24.231,03	12.895,32
3. Personalaufwand	-790.276,35	-778.413,35	-805.197,30
4. Abschreibungen	-41.010,74	-41.438,52	-43.774,39
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-267.455,83	-287.428,20	-326.176,62
6. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.560,04	-4.181,00	-5.318,00
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3163,19	-162,72	-130,62
9. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-304,73	3.461,50	1.131,23
10. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	5.004,09	4.699,36	8.160,86
11. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	4.699,36	8.160,86	9.292,09



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Zuschuss an die MVZ GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	11,66	10,82	11,38
Personalkosten in €	790.276,35	778.413,35	805.197,30

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	3,18	4,00	4,07
Eigenkapitalrentabilität	-1,02	11,66	3,41
Verschuldungsgrad	3.041,01	2.399,38	2.358,20
Personalintensität	72,79	71,36	68,89

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat im Berichtsjahr beträgt 2 T€. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf §123 a Abs. 2 HGO nicht aufgeführt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Neben drei chirurgischen Kassenarztsitzen werden ein internistischer und ein halber gynäkologischer Kassenarztsitz betrieben.

Die Besetzung der zwei chirurgischen Kassenarztsitze im Haupt-MVZ in Erbach war im Jahr 2019 durch die Chirurgin Frau Elke Kürner-Ensinger mit 1,00 sowie mit jeweils 0,25 Sitzen durch die Oberärzte Deck, Laun, Stutzer und Vierheller gewährleistet.

Ab dem 01.07.2013 ist im Rahmen einer Zweigpraxis, ein dritter chirurgischer Sitz in Höchst im Odenwald eingeflossen. Die Zweigpraxis führt einen BG-Sitz. Dieser kassenärztliche Sitz sowie die D-Ärztliche Zulassung ist von Herrn Dr. med. Rashid Eboe besetzt.

Der internistische Kassenarztsitz wird von den Gastroenterologen Herr Dr. Frank Sackmann und Herr Eckard Bund eingenommen. Entsprechend der Vereinbarung mit der niedergelassenen Ärzteschaft hat die internistische Tätigkeit nur die Gastroenterologie zum Gegenstand. Somit ist das Leistungsspektrum spezialisiert.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Finanz- und Vermögenslage des MVZ am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH ist durch ein Gesellschafterdarlehen der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH in Höhe von 720 T€ (Vorjahr: 720 T€) gestützt. Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 521 T€ (Vorjahr: 553 T€).

Aufgrund der limitierten endoskopischen Untersuchungskapazitäten im GZO ist das Regelleistungsvolumen/die qualitätsgebundenen Zusatzvolumina über die Sitze trotz hoher Patientennachfrage derzeit nicht weiter steigerungsfähig. Für die entsprechenden Abrechnungsgenehmigungen ist ein Gastroenterologe qualifiziert.

Die stationäre Belegung der chirurgischen Abteilungen konnte insbesondere durch den Effekt der Indikationssprechstunden weiterhin positiv beeinflusst werden, da das MVZ auch als prä- und poststationärer Versorger fungiert. Wesentliches Kriterium ist jedoch, dass den Patienten gleichzeitig die komplette Versorgungskette ortsnah zur Verfügung gestellt werden kann.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die in der Planungsphase gewünschten Synergieeffekte zwischen MVZ und Krankenhaus realisieren sich in der Praxis. Die Patienten können entsprechend der Diagnose und Indikation zielgerichtet und ohne größere Verzögerung der adäquaten Versorgungsform zugeführt werden.

Die von der Bevölkerung bestehende, grundsätzliche Nachfrage nach Sprechstunden wird jedoch insgesamt nicht ausreichend angeboten.

Eine Ausweitung des MVZ, auch auf andere fachärztliche Gebiete, in Kooperation mit dem Krankenhaus, wäre für die regionale Versorgung notwendig. Diese orientiert sich jedoch an der Bedarfsberechnung der KV Hessen.

Wirtschaftliches Ziel für das Jahr 2020 ist es weiterhin, die hohe Nachfrage nach chirurgischen, gastroenterologischen und gynäkologischen Leistungen aufzufangen und das Vertrauen der Bevölkerung in gute, souveräne ärztliche Behandlung zu stärken.

Ferner sollen die idealen Kooperationsmöglichkeiten mit der stationären Behandlung und den sonstigen ambulant tätigen Fachärzten weiter ausgebaut werden.

Interne Effizienzsteigerungen auf personellem und ablauftechnischem Gebiet sowie das Angebot von ergänzenden Diagnose- und Behandlungsmaßnahmen, die nicht im vertragsärztlichen Leistungskatalog enthalten sind, sollen realisiert werden.

Das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH soll, durch die Vorleistung des MVZ, über stationäre Fallzahlsteigerung ebenfalls weiter positiv beeinflusst werden. Die Betreuung der Zweigpraxis und des Gynäkologensitzes sollen dies begünstigen bzw. absichern. Im Bereich der Gynäkologie wird ab 01.05.2020 ein zusätzlicher halber KV-Sitz betrieben.

Aufgrund der höheren Fallzahlen und der weiter stetig steigenden Nachfrage müssen Organisation und ärztliche Besetzung adäquat angepasst werden.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Zukünftige wirtschaftliche Risiken für das MVZ sind hauptsächlich durch restriktive Vergütungsanpassungen seitens der Kassenärztlichen Vereinigung und massiven Rückgängen der Patientenzahlen gegeben. Beides ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Die seit Anfang März 2020 weltweit eingetretene Corona-Pandemie sowie die Corona-spezifischen Verordnungen auf Bundes- und Landesebene und das daraus resultierende veränderte Verhalten der Menschen, könnte im Jahr 2020 zu wirtschaftlichen Verlusten führen.

Ferner ist eine potentielle Abwanderung der vollzeitbeschäftigten Fachärzte und die daraus resultierende Problematik der Rekrutierung von Ärzten als Risiko zu bewerten.

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-4200
Telefax: 06062/79-4201
E-Mail: info@physio-odenwald.de



Gegenstand des Unternehmens

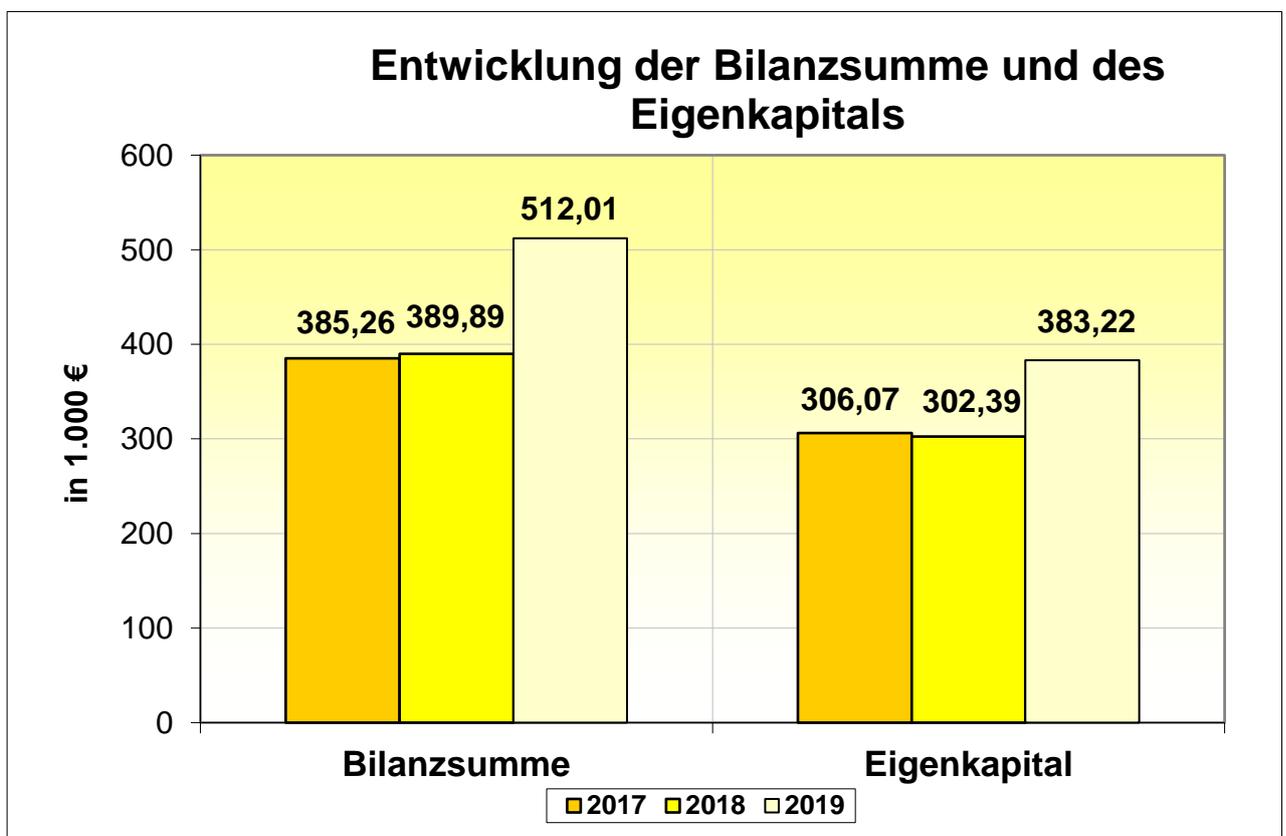
Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von ambulanter Physiotherapie einschließlich zugelassener Zertifikatsleistungen. Daneben erbringt die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH physio- und ergotherapeutische Auftragsleistungen für den Teilbetrieb Kreiskrankenhaus der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH sowie für den Reha-Sportverein Erbach e.V.

Als Einheit des Olympiastützpunktes des Landes Hessen erbringt die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH Sportphysiotherapie gegenüber deutschen Spitzensportlern.

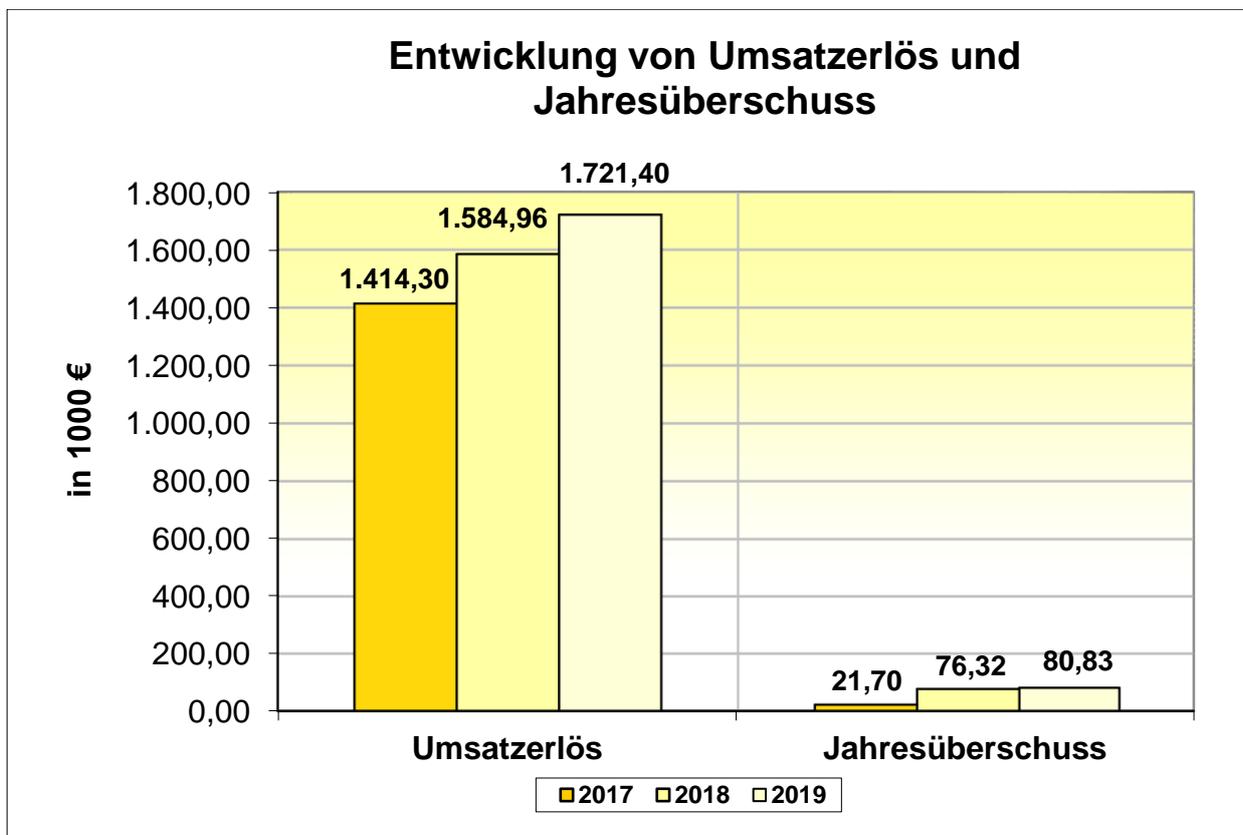
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 71679
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 51,00 %) Norbert Müller (Anteil: 49,00%)
Geschäftsführung:	Christiane Karnovsky Norbert Müller
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	30.866,81	25.707,78	22.346,91
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180.910,25	148.152,54	208.092,57
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	173.485,12	216.033,83	281.571,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	385.262,18	389.894,15	512.010,97
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/-verlust	281.072,51	277.389,03	358.219,24
B. Rückstellungen	60.650,00	72.121,36	79.730,35
C. Verbindlichkeiten	18.539,67	15.383,76	49.061,38
gesamt	385.262,18	389.894,15	512.010,97



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	1.414.296,20	1.584.962,41	1.721.401,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	10.842,43	13.450,75	20.270,34
3. Personalaufwand	-1.169.817,96	-1.261.299,71	-1.398.197,47
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-10.141,11	-6.644,02	-5.233,51
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-204.752,66	-214.125,66	-222.910,53
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-40,00	0,00
7. Ergebnis gewöhnliche Geschäftstätigkeit	40.426,90	116.303,77	115.330,21
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-18.727,72	-39.987,25	-34.500,00
9. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	21.699,18	76.316,52	80.830,21



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Zuschuss an das PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	30,9	32,5	34,9
Personalkosten in €	1.169.817,96	1.261.299,71	1.398.197,47

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	79,45	77,56	79,50
Eigenkapitalrentabilität	7,63	33,76	26,73
Verschuldungsgrad	25,87	28,94	25,78
Personalintensität	75,36	79,58	81,22

Laut Satzung der Gesellschaft erfolgt die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats ehrenamtlich. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf §123 a Abs. 2 HGO nicht aufgeführt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsverlauf:

Aufgrund der hohen Nachfrage nach ambulanter Physiotherapie konnte bei kontinuierlicher Erhöhung der Mitarbeiterzahl, das Leistungsspektrum um „Erweiterte Ambulante Physiotherapie“ (EAP), T-RENA, Präventivkurse und private Individualbehandlungen sowie Betriebssport erweitert werden. Die Abgabeberechtigung nach § 124 SGB V erweiterte sich inhaltlich.

An sieben Wochentagen werden ganzjährig Leistungen in den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie für die Stroke Unite der GZO GmbH erbracht. Durch die Inbetriebnahme der Psychiatrie im Kreiskrankenhaus Erbach zum 01. April 2017 werden Leistungen der Bewegungstherapie auf diesem speziellen Gebiet von der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH erbracht. Der Fokus dieser Behandlung zielt unter anderem auf Sport und Bewegung.

Das Unternehmen fördert und investiert kontinuierlich in eine bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildung. Die Zusatzqualifikation der Mitarbeiter hat höchste Priorität und soll dem Kunden/Patient eindeutig als Nutzen zukommen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Finanz- und Vermögenslage der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH ist solide. Insgesamt hat sich die Gesellschaft entsprechend der Erwartungen entwickelt. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 390 T€ auf 512 T€ erhöht. Das Anlagevermögen der Gesellschaft reduziert sich durch planmäßige Abschreibungen auf 22 T€, während sich der Kassenbestand von 216 T€ auf 282 T€ erhöhte. Der Jahresüberschuss beträgt 80 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 76 T€).

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2020 ist in den ersten Monaten Januar und Februar gut angelaufen. Durch die seit Anfang März 2020 weltweit eingetretene Corona-Pandemie ist ein Rückgang der Patientenzahlen festzustellen, obwohl Physiotherapieleistungen als systemrelevant eingestuft wurden. Insgesamt ist für das Jahr 2020 aufgrund der Corona spezifischen Verordnungen auf Bundes- und Landesebene und dem daraus resultierenden veränderten Verhalten der Menschen mit wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen.

Die bestehenden Zulassungen sollen auf die gesetzlichen Anforderungen der Zukunft angepasst und erweitert werden.

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Elisabethenstr. 13
64734 Bad König
Telefon: 06063/5785-0, Telefax: 06063/5785-60
E-Mail: kurgesellschaft@badkoenig.de
www.odenwald-therme.de



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung, die Beratung und das Management von Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, Veranstaltungseinrichtungen und anderen öffentlichen Zwecken dienenden Einrichtungen, die Wahrnehmung aller für die Anerkennung der Stadt Bad König als Heilbad notwendigen Aufgaben, gemäß den Begriffsbestimmungen des Deutschen Heilbäderverbands, die Tourismusförderung der Stadt Bad König sowie die Durchführung kultureller und sonstiger Veranstaltungen.

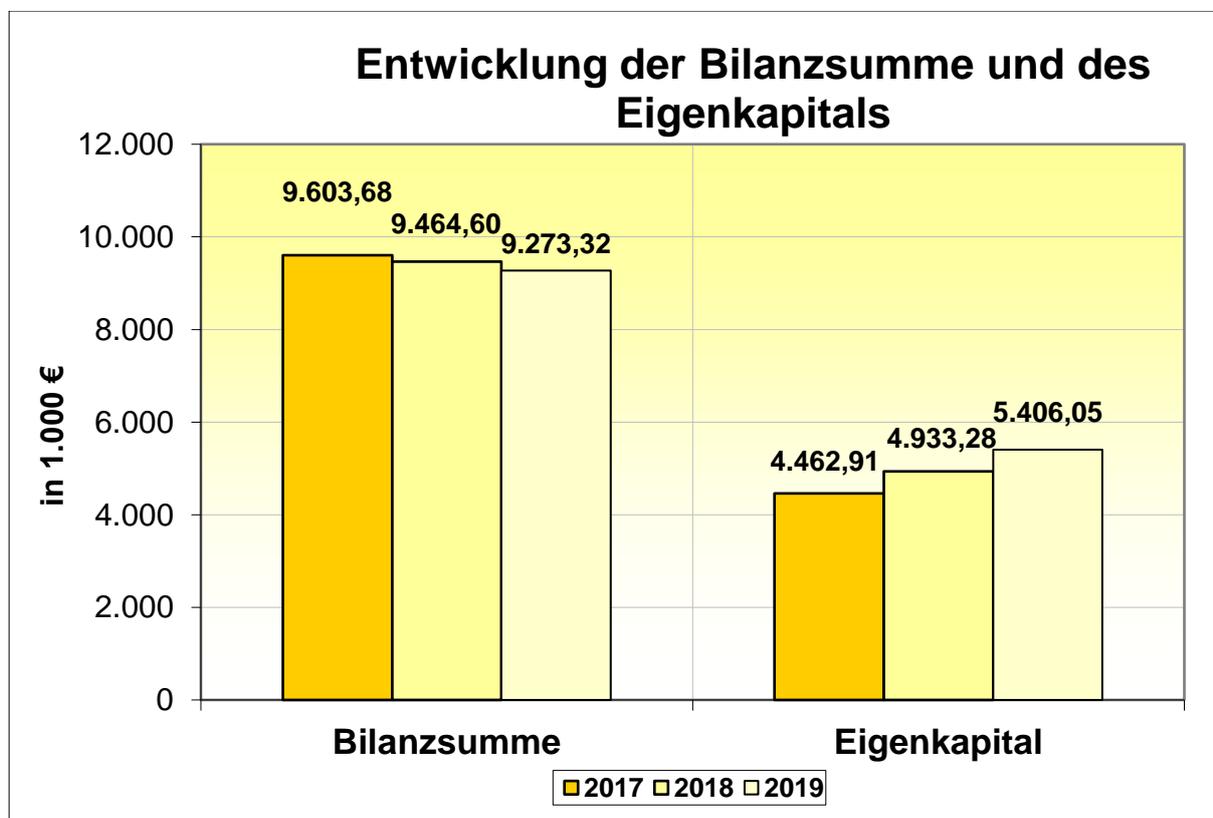
Die Kurgesellschaft Bad König GmbH ist verantwortlich für die Odenwald-Therme in Bad König (Thermalbad mit Saunalandschaft und Meersalzgrotte), einem Kurzentrum mit Therapie- und Präventionsbereich sowie drei Thermenrestaurants, die in Eigenregie bewirtschaftet werden.

Ferner betreibt die Kurgesellschaft Bad König GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages im Auftrag der Stadt Bad König den Veranstaltungsbereich in der Wandelhalle im Kurgarten einschließlich Außenbereich, z.B. Theater, Konzerte Tanztees und sonstige Veranstaltungen.

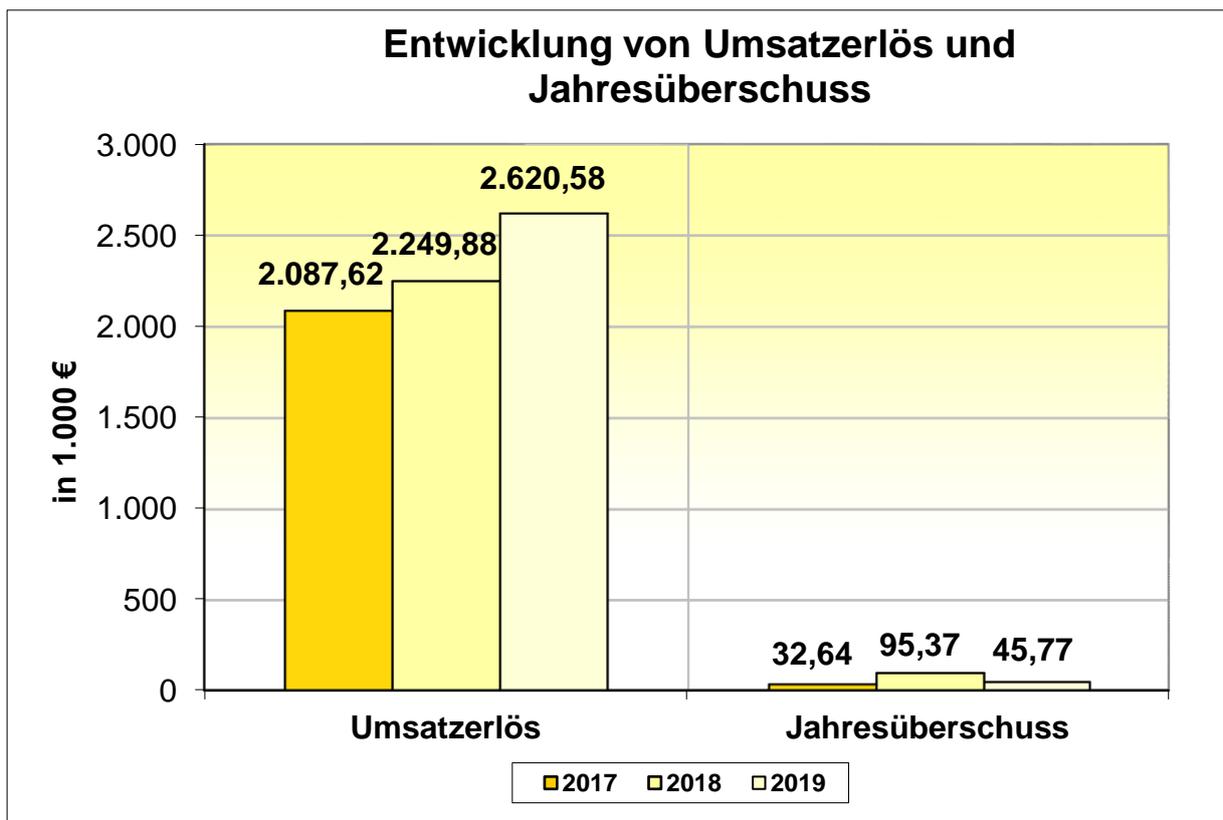
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Bad König
Gründungsjahr:	1952
Stammkapital:	1.648.788,49 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 70037
Gesellschafter:	insg. 220 Gesellschafter, darunter: Stadt Bad König (97,99 %, 1.615.631,21 €) Odenwaldkreis (1,09 %; 17.895,22 €)
Geschäftsführung:	Werner Eger
Verwaltungsrat:	Axel Muhn (Vorsitzender) Oliver Vogt (stellv. Vorsitzender im Vertretungsfall) Frank Matiaske Dr. Jochen Melchior Beate Beerbohm Willi Jäckel Willi Reichert Klaus-Dieter Horn Rainer Hofmann Bernhard Geist Steffen Ulrich Stefan Schmitt (Belegschaftsvertretung)
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	2,00	2,00
II. Sachanlagen	9.285.929,57	8.952.784,57	8.630.900,57
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	17.658,77	21.310,08	23.528,47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	85.433,19	115.075,70	72.728,49
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	214.658,63	375.431,54	546.157,69
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	9.603.682,16	9.464.603,89	9.273.317,22
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.648.788,49	1.648.788,49	1.648.788,49
II. Kapitalrücklage	3.524.000,00	3.899.000,00	4.326.000,00
III. Bilanzverlust	-709.878,32	-614.508,58	-568.739,54
B. Sonderposten für öffentlichen Baukostenzuschuss	90.903,67	73.519,75	56.135,83
C. Rückstellungen	125.930,26	182.577,56	184.300,21
D. Verbindlichkeiten	4.922.553,26	4.273.603,87	3.625.447,43
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.384,80	1.622,80	1.384,80
Gesamt	9.603.682,16	9.464.603,89	9.273.317,22



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	2.087.615,42	2.249.880,08	2.620.575,73
2. Sonstige betriebliche Erträge	207.571,50	223.282,48	190.257,42
3. Materialaufwand	-110.445,82	-173.400,73	-275.760,27
4. Personalaufwand	-1.045.773,40	-1.175.093,95	-1.271.166,82
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenst. + Sachanlagen	-358.903,15	-363.331,19	-362.239,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.145.183,08	-1.211.525,54	-1.192.381,33
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,14	4,14	4,10
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-251.237,70	-223.872,39	-187.932,79
9. Steuern von Einkommen und Ertrag	-661,07	-649,88	-655,15
10. Sonstige Steuern	-26.923,28	-26.923,28	-26.923,28
11. Erträge aus Verlustübernahme	676.575,00	797.000,00	551.991,26
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	32.638,56	95.369,74	45.769,04
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-742.516,88	-709.878,32	-614.508,58
14. Bilanzverlust	-709.878,32	-614.508,58	-568.739,54



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
-	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	25,66	31,27	34,76
Personalkosten in €	1.045.773,40	1.175.093,95	1.271.166,82

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	46,47	52,12	58,30
Eigenkapitalrentabilität	0,74	1,97	0,85
Verschuldungsgrad	113,12	90,33	70,47
Personalintensität	50,09	52,23	48,51

Berücksichtigend § 123 a Abs. 1 HGO sind Lageberichte nur für solche Beteiligungen aufgenommen worden, an denen der Odenwaldkreis mindestens über den fünften Anteil besitzt. Diese kurze Übersicht wurde nur der Vollständigkeit halber aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Die moderne Kur geht in Richtung „Privatkur“, die nur wenige Tage, vielleicht sogar nur ein Wochenende dauern kann. Sie soll eine entspannte Auseinandersetzung mit der eigenen Person ermöglichen und durch geeignete „fürsorgliche“ Anwendungen, die individuell zusammengestellt werden, sowie durch angenehme freundliche Begleitung in einem gesunden, natürlichen Umfeld unterstützt werden. Die ortsgebundenen Heilmittel, die in den Heilbädern und Kurorten erlebt werden können, sind natürliche Heilmittel, die, ebenso wie die natürlich biologisch erzeugten Lebensmittel, zunehmend als Qualitätsstandard begriffen werden.

Die Besucherzahlen in der Odenwald-Therme lagen im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 (Revisionsjahr) um 18.641 Besucher höher. Die geplanten Besucherzahlen von 170.000 konnten jedoch mit 185.332 Besuchern erreicht werden.

Durch die im März 2020 behördlich angeordnete Schließung der kurspezifischen Einrichtungen sind gerade die Heilbäder und Kurorte in Hessen sehr stark betroffen. Ein maßvolles, aller schutz- und hygieneumfassendes „Hochfahren“ sämtlicher Kureinrichtungen ist dringende nötig, um die Kurgesellschaften dauerhaft finanzieren zu können und drohende Insolvenzen abzuwenden.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Wirtschaftsplan 2019 war ein Jahresfehlbetrag vor Verlustzuweisungen von -680 T€ geplant, tatsächlich wurde ein Jahresfehlbetrag vor Verlustzuweisungen in 2019 von -506 T€ erwirtschaftet. Dies ist eine Verbesserung um 174 T€ (= + 25,6 %). Die für 2019 erwarteten geplanten Gesamterlöse von insgesamt 2.642 T€ sind mit 2.811 T€ um 169 T€ überschritten worden (+ 6,4 %). Der geplante Aufwand hat sich von insgesamt 3.322 T€ auf tatsächlich 3.317 T€ vermindert (- 5 T€ = - 0,15 %).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 jederzeit gegeben.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Gesellschaft rechnete bei der Wirtschaftsplanerstellung mit der Fortsetzung des positiven wirtschaftlichen Trends aus dem Geschäftsjahr 2019. Dabei prognostizierte die Gesellschaft für das Jahr 2020 um 2.687 T€ höhere Erlöse als im Geschäftsjahr 2019.

Durch die Corona-Pandemie war die Kurgesellschaft gezwungen die Odenwald-Therme am 14.03.2020 zu schließen. Gemäß der Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung vom 07.05.2020 hätte die Wiedereröffnung der Odenwald-Therme unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen zum 15.05.2020 erfolgen können. Die Wiedereröffnung der Odenwald-Therme soll am 06.07.2020 erfolgen.

Im 1. Halbjahr 2020 lag er Umsatz aufgrund der Odenwald-Thermen-Schließung am 14.03.2020 um 456 T€ niedriger als im Vorjahr. Ein Teil der fehlenden Einnahmen wurde auf der Ausgabenseite vom 338 T€ wieder kompensiert.

Da ein Ende der COVID-19-Pandemie derzeit nicht absehbar ist, werden voraussichtlich weitere zahlungswirksame Verluste im 2. Halbjahr 2020 entstehen. Hierdurch wird eine Änderung (Anpassung) des Wirtschaftsplans 2020 vorzunehmen sein.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Der Kursort Bad König verfügt über zwei Heilquellen mit dem Prädikat „Heilbad“. Beide Heilquellen verfügen über unterschiedliche balneologische Indikationen. Beide Heilquellen (Brunnen) benötigen zum weiteren Betrieb eine Brunnensanierung, damit die Mineralisierung und die Temperatur erhalten bleiben. Im ersten Halbjahr 2020 wurde bei der Heilquelle „Odenwald-Therme“ eine Brunnenreinigung durchgeführt, damit wieder wärmeres und mineralhaltigeres Wasser aus den Tiefen der Quelle gefördert werden kann. Es besteht das Risiko, dass die Odenwald-Therme und der Gustavbrunnen ohne eine größere Quellensanierung nicht mehr dauerhaft als Heilquellen betrieben werden können und somit der Kurort den Status als Heilbad verliert.

Die Corona-Krise hat den Thermen- und Freizeitmarkt massiv beeinträchtigt und wirtschaftlich sehr getroffen. Die Schließung der Thermen stellte die Branche vor eine noch nie dagewesene Herausforderung.

In den letzten Jahren wird in der Therapieabteilung der Kurgesellschaft Bad König GmbH altersbedingt Personal reduziert. Die Kurgesellschaft konnte bereits im ersten Halbjahr 2020 ab 1. Oktober 2020 eine weitere Mitarbeiterin (Physiotherapeutin) einstellen, die zusätzlich zu den physiotherapeutischen Anwendungen noch osteopathische Behandlungen durchführen wird. Außerdem nahm eine Mitarbeiterin an Fortbildungsmaßnahmen teil. Daher kann ab Oktober 2020 zusätzlich „Manuelle Therapie“ angeboten werden. Aufgrund dieser Personalrekrutierungs- und entwicklungsmaßnahmen, wurden die ersten Maßnahmen zur Angebotsoptimierung getroffen, die zu einem erhöhten Umsatzvolumen beitragen werden. Die Odenwald-Therme ist die einzige Therme in der Region Odenwald und im gesamten südhessischen Raum. Dieses Alleinstellungsmerkmal birgt für die Odenwald-Therme aber auch für die Stadt Bad König und den Odenwaldkreis die Chance einer tragenden Rolle für den Tourismus und den Gesundheitssektor im Odenwald.

Die Kurgesellschaft Bad König GmbH hat das Potential im Odenwald eine tragende Rolle in den Bereichen Tourismus, Gesundheit und Kultur zu übernehmen. Aufgrund der finanziellen Situation des Unternehmens ist es wichtig Maßnahmen über einen längeren Zeitraum zu planen und auch umzusetzen. Es wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung und ein

kontinuierlicher Verbesserungsprozess in den Bereichen Technik, Angebot, Service und der Personalentwicklung angestrebt, damit das Unternehmen seine Stellung auf dem Tourismusmarkt behaupten kann.

Durch die Corona-Krise wurde der positive Entwicklungsstand der Kurgesellschaft Bad König GmbH unterbrochen. Dem wirkt die Gesellschaft mit Weiterentwicklungsmaßnahmen und situationsbedingten Anpassungen des operativen Betriebs, wie z. B. bei den Maßnahmen des Hygienekonzepts der Gesellschaft sowie unkomplizierten Buchungsmöglichkeiten und flexiblen Öffnungszeiten usw. entgegen. Die Gesellschaft legt großen Wert auf eine höchstmögliche Sicherheit des Badebetriebs, auch um gefühlte Schikanen und Hürden bedingt durch die COVID-19-Pandemie möglichst gering zu halten. Ziel ist es, einen betriebswirtschaftlichen akzeptablen und sicheren Badebetrieb zu gewährleisten.

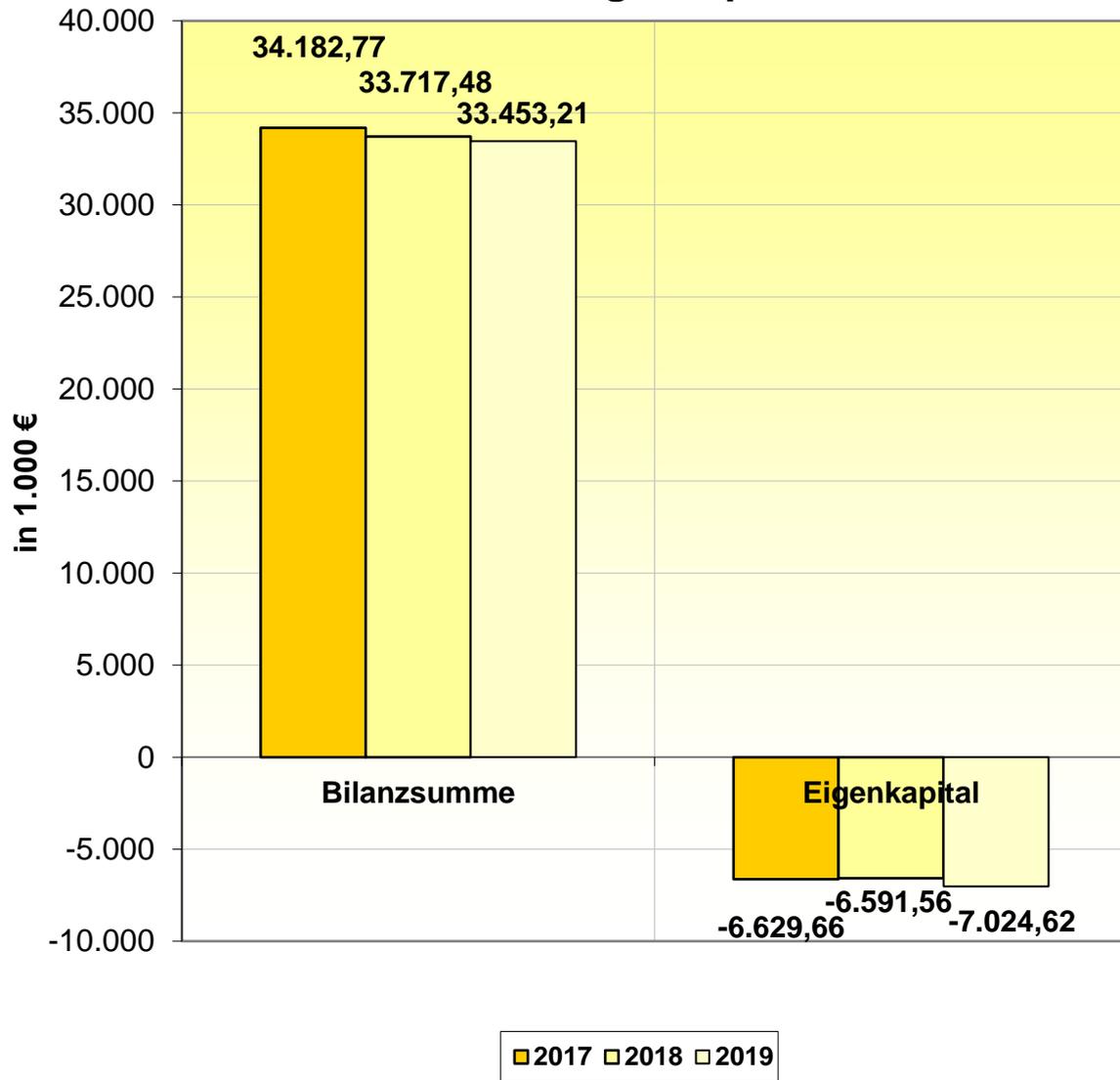
Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH
(OREG) Konzernbilanz



2019

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	116.392,00	81.466,50	110.824,61
II. Sachanlagen	22.681.873,28	21.119.970,14	20.236.703,28
III. Finanzanlagen	10.100,00	10.000,00	10.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	12.819,68	2.981,04	1.016,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	752.603,78	536.243,94	682.855,75
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.902.212,32	5.323.097,37	5.338.527,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	77.108,33	52.159,76	48.669,09
D. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	6.629.656,14	6.591.556,48	7.024.615,12
Gesamt	34.182.765,53	33.717.475,20	33.453.212,04
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	281.270,00	281.270,00	281.270,00
II. Kapitalrücklage	25.000,00	25.000,00	25.000,00
III. Andere Gewinnrücklagen	692.400,17	692.400,17	692.400,17
IV. Bilanzgewinn/-verlust	-7.098.266,87	-7.067.253,16	-7.502.644,52
V. Kapital Minderheitsgesellschafter	-530.059,44	-522.973,48	-520.640,77
VI. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetr.	6.629.656,14	6.591.556,48	7.024.615,12
B. Rückstellungen	179.635,70	236.769,79	536.231,22
C. Verbindlichkeiten	33.939.623,32	33.449.725,50	32.902.706,53
D. Rechnungsabgrenzungsposten	63.506,51	30.979,91	14.274,29
Gesamt	34.182.765,53	33.717.475,20	33.453.212,04

Entwicklung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals



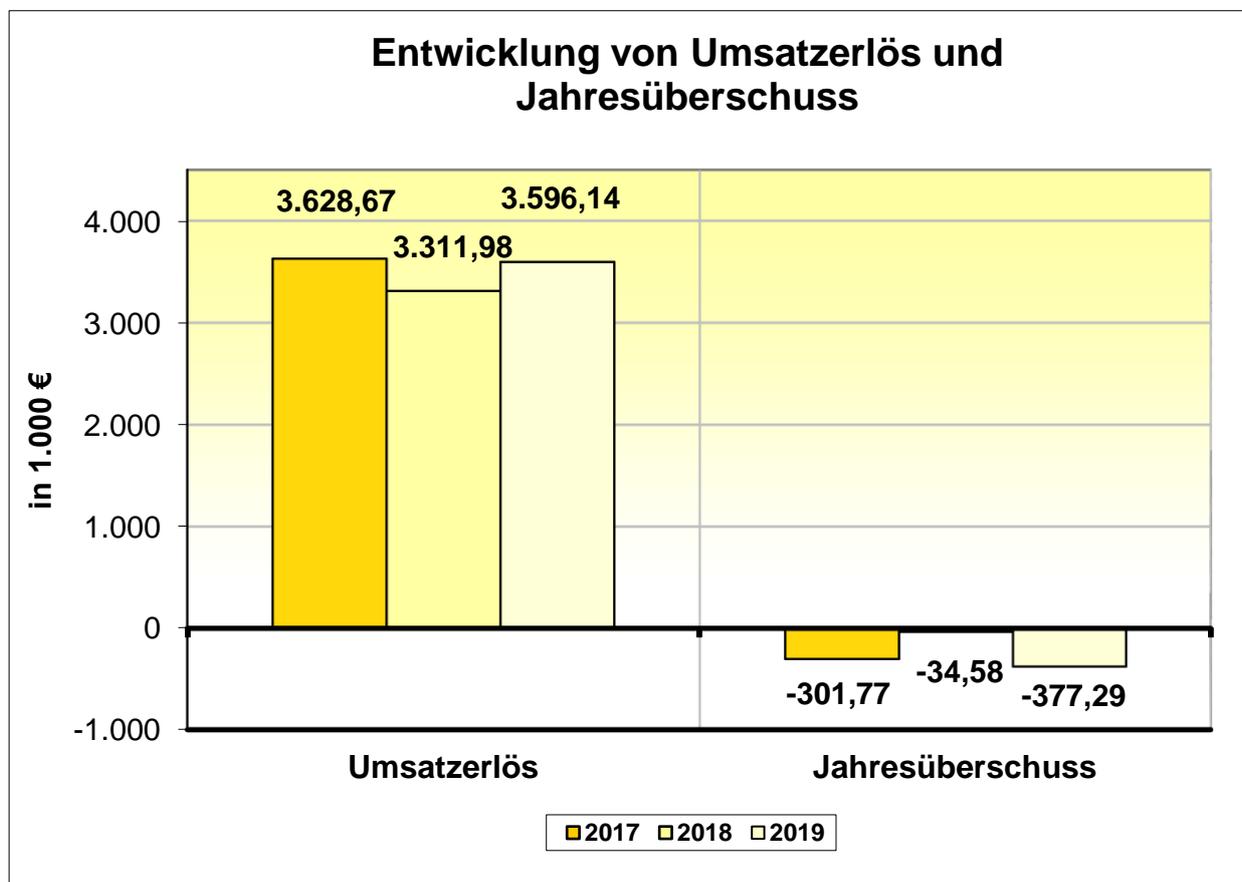
Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 2019

A k t i v a	OREG		Brenergo		Windpark		OSVG		Summen-Bilanz		Kapitalkonsolidierung		Schuldenkonsolidierung		Sonstige Konsolidierungsschritte		Konzernbilanz		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Anlagevermögen																			
Immaterielle Vermögensgegenstände	61.798,00		5,00						61.799,00										61.799,00
Software, Nutzungsrechte	48.033,81								48.033,81										48.033,81
Geleistete Anzahlungen																			
Sachanlagen	3.652.964,28		13.179.821,00		2.666.686,00				3.652.964,28										3.652.964,28
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte																			15.846.487,00
Technische Anlagen und Maschinen	737.222,00								737.222,00										737.222,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung																			0,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00								0,00										0,00
Finanzanlagen	100.000,00								100.000,00										0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	14.500,00								14.500,00										10.000,00
Beteiligungen																			0,00
	4.915.535,99		13.179.826,00		2.666.686,00			0,00	20.462.027,99										20.357.527,89
Umlaufvermögen																			
Vorräte	1.016,46								1.016,46										1.016,46
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	363.259,71		141.172,63		92.181,98				596.614,22										596.614,22
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	656.224,14								656.224,14										0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	85.428,78		22.500,00				2.800,00		110.528,78				656.224,14						96.241,93
Flüssige Mittel	3.016.952,99		1.038.667,34		397.080,54		85.848,66		5.338.527,73				14.287,26						5.338.527,73
	5.012.851,99		1.202.339,97		397.242,42		85.440,99		6.698.213,34										6.625.399,94
	24.017,31		22.744,08		1.907,64				48.669,03										48.669,03
Rechnungsabgrenzungsposten																			
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	9.652.435,29		22.881.468,14		3.994.435,65		88.446,96		36.616.786,00										33.453.212,04
P a s s i v a																			
Eigenkapital																			
Gezeichnetes Kapital/Kapitalanteile	281.270,00		75.000,00		10.000,00		25.000,00		391.270,00										281.270,00
Kapitalrücklage	25.000,00								25.000,00										25.000,00
Gewinnrücklagen	692.400,17								692.400,17										692.400,17
Bilanzergebnis/Gewinn- bzw. Verlustvortrag	1.383.590,73		-8.127.809,99		-913.014,16		24.325,73		-7.833.007,89										-7.125.349,80
Jahresüberschuss/Fehlbetrag	38.975,83		-401.148,10		-33.605,43		14.287,26		-381.490,34										-377.294,81
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter									0,00										0,00
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	2.421.238,83		8.476.558,09		636.619,59		83.812,99		9.413.177,68										-520.640,77
Rückstellungen																			2.388.602,96
Steuerrückstellungen	504.726,26		4.488,64		12.672,92		2.686,00		2.686,00										2.686,00
Sonstige Rückstellungen	504.726,26		4.488,64		12.672,92		14.343,40		533.545,22										533.545,22
Verbindlichkeiten																			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.311.650,87		20.346.192,67		2.645.990,11		1.444,00		26.606.833,65										26.606.833,65
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.052.241,99		157.480,03		481,92				1.211.627,94										1.211.627,94
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		202.197,15		1.029.724,80		302,19		202.197,15										0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.348.305,01		2.148.826,65		2.565,90		8.744,38		4.508.244,94										4.508.244,94
Sonstige Verbindlichkeiten	6.712.197,87		22.854.479,50		3.981.782,73		10.490,67		33.558.930,67										32.902.706,63
	14.274,26								14.274,26										14.274,26
Rechnungsabgrenzungsposten																			
	9.652.435,29		22.881.468,14		3.994.435,65		88.446,96		36.616.786,00										33.453.212,04

Abweichend zum Einzelabschluss der Brenergo wurde in der Konzernbilanz ein Zuschuss des Kreises in Höhe von € 22.500 im Geschäftsjahr 2019 erfasst (im Einzelabschluss erst im Geschäftsjahr 2020 erfasst)

Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	3.628.669,28	3.311.983,01	3.596.141,39
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.661.861,36	2.485.464,68	2.412.981,42
3. Materialaufwand	-417.818,77	-198.786,63	-126.027,76
4. Personalaufwand	-2.026.715,65	-1.915.096,08	-2.070.820,94
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-1.681.023,67	-1.629.342,90	-1.638.189,61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.682.837,44	-1.327.727,93	-1.797.465,79
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.432,66	19.233,20	10.985,70
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-842.233,63	-737.073,65	-750.909,74
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-395,67	-2.960,26	-2.686,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-345.061,53	5.693,44	-365.991,33
11. sonstige Steuern	-28.455,33	-29.860,34	-29.786,27
12. Anteile anderer Gesellschafter	71.750,00	-10.408,89	18.482,99
13. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-301.766,86	-34.575,79	-377.294,61



Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019

	OREG		Brenergo		Windpark		OSVG		Summen-GuV		Aufwands- und Ertragskonsolidierung				Konzern-GuV	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Umsatzerlöse	1.545.261,04		1.405.364,37	645.515,98	518.282,02	4.114.423,41										3.596.141,39
Sonstige betriebliche Erträge	2.374.235,30		29.266,09	174,29	9.303,74	2.412.981,42		516.282,02								2.412.981,42
	3.919.496,34		1.434.632,46	645.690,27	527.585,76	6.527.404,83										6.009.122,81
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.212,85					15.212,85										15.212,85
Bezugene Leistungen	110.499,63				315,28	110.814,91										110.814,91
Löhne und Gehälter	1.251.724,06				367.495,02	1.619.219,10										1.619.219,10
Soziale Abgaben	366.606,52				84.995,32	451.601,84										451.601,84
Abschreibungen	172.045,61		1.146.144,00	320.000,00		1.638.189,61										1.638.189,61
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.816.013,23		191.560,62	236.059,82	57.806,68	2.301.460,55		503.994,76								1.797.465,79
	3.732.101,92		1.337.724,62	556.059,82	510.612,50	6.136.498,86										5.632.504,10
Betriebsergebnis	187.394,42		96.907,84	89.630,45	16.973,26	390.905,97										376.618,71
Erträge aus anderen Wertpapieren						0,00										0,00
Erträge/Verluste aus Beteiligungen						0,00										0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.971,26			14,44		10.985,70										10.985,70
Abschreibungen auf Finanzanlagen						0,00										0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	129.603,48		488.055,94	123.250,32		750.909,74										750.909,74
Finanzergebnis	-118.632,22		-488.055,94	-123.235,88	0,00	-739.924,04										-739.924,04
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00				2.686,00	2.686,00										2.686,00
Sonstige Steuern						29.786,27										29.786,27
Anteile anderer Gesellschafter						0,00										18.482,99
Jahresfehlbetrag / -überschuss	38.975,93		-401.148,10	-33.605,43	14.287,26	-381.490,34		503.994,76		503.994,76		0,00		0,00		-377.294,61

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuweisung OREG mbH für die Aufgabenerfüllung auf Basis des Gesellschaftervertrages	1.437.000,00	1.357.000,00	1.057.000,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	33,6	35,3	49,8
Personalkosten in €	2.026.715,65	1.915.096,08	2.070.820,94

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	19,39	19,55	21,00
Eigenkapitalrentabilität	37,40	2,42	35,93
Verschuldungsgrad	559,37	555,10	514,13
Personalintensität	55,85	57,82	57,58

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft beliefen sich im Berichtsjahr auf 234 T€.

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2017		2018		2019	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
6.400.000,00	5.804.769,03	6.400.000,00	5.729.861,22	6.400.000,00	5.568.595,45

**Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH
(OREG) Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung und
Regionalentwicklung**

Marktplatz 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/94330, Telefax: 06062/943317
E-Mail: odenwald@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur im Odenwaldkreis. Hierzu gehören:

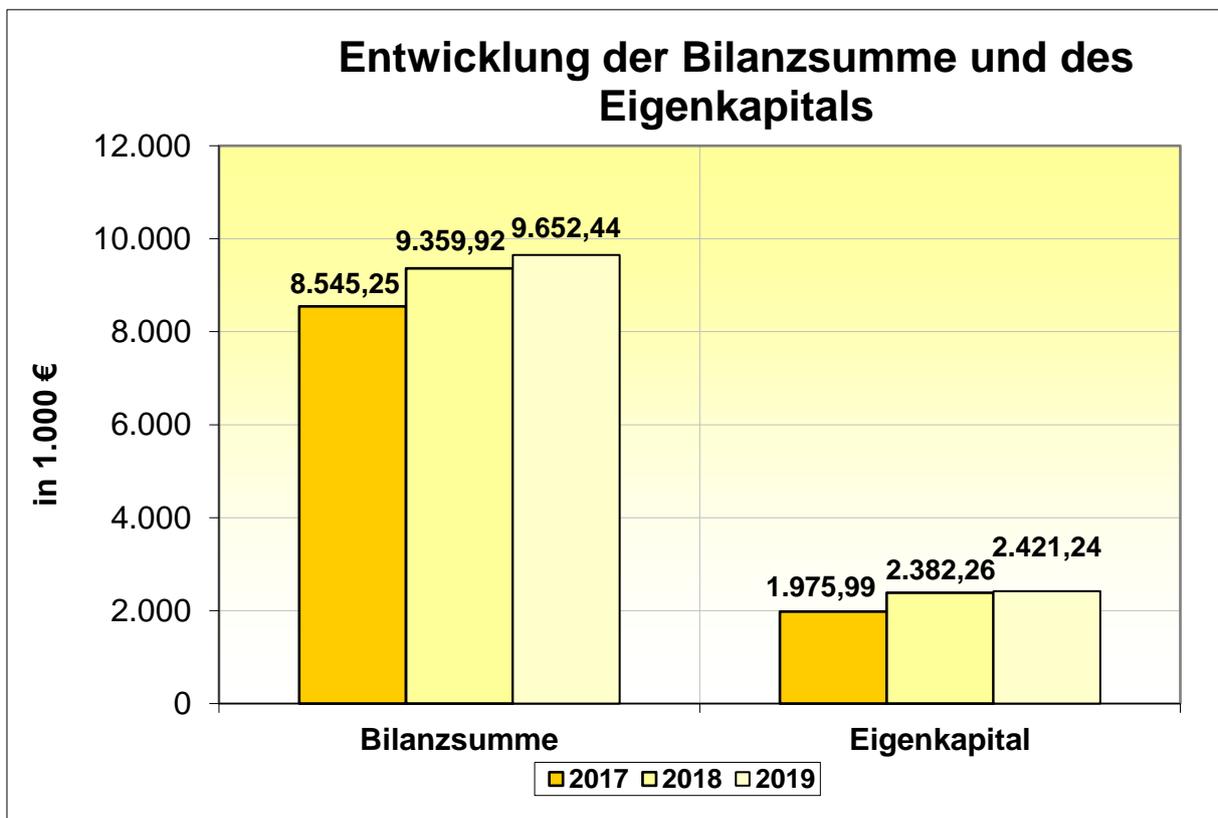
- die Durchführung von Maßnahmen zur direkten und indirekten Wirtschaftsförderung
- der Betrieb der mit dem Odenwaldkreis verbundenen Einrichtungen und Nebenbetriebe
- Wahrnehmung von Aufgaben als Aufgabenträgerorganisation nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz, Dienstleistungen des Mobilitätsmanagements und zur Verbundintegration sowie technische Dienstleistungen bei Fahrgastinformation und Vertrieb für Verkehrsunternehmen und für Dritte. Die OREG mbH ist kein Verkehrsunternehmen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes.
- die nachhaltige Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Nutzung von Energien (insbesondere Photovoltaik und Windkraft)
- die Entwicklung alternativer Kommunalfinanzierungen ohne genehmigungspflichtige Tätigkeiten nach §§ 34c GewO und 32 KWG
- die Initiativen der beruflichen Qualifizierung, der Aus- und Weiterbildung
- Dienstleistungen für Beteiligungen oder im Interesse des Odenwaldkreises inklusive der Bereitstellung notwendiger Personalressourcen
- der Ausbau der Kommunikationsnetzwerke und des Breitbandnetzes
- die Förderung des Tourismus.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Regionalentwicklung im Odenwald und seinen Gemeinden, mit dem Ziel der ökonomischen und ökologischen Weiterentwicklung der heimischen Wirtschaft unter Beachtung ihrer Umweltverträglichkeit (*vgl. § 2 Gesellschaftsvertrag, Stand 14.10.2011*).

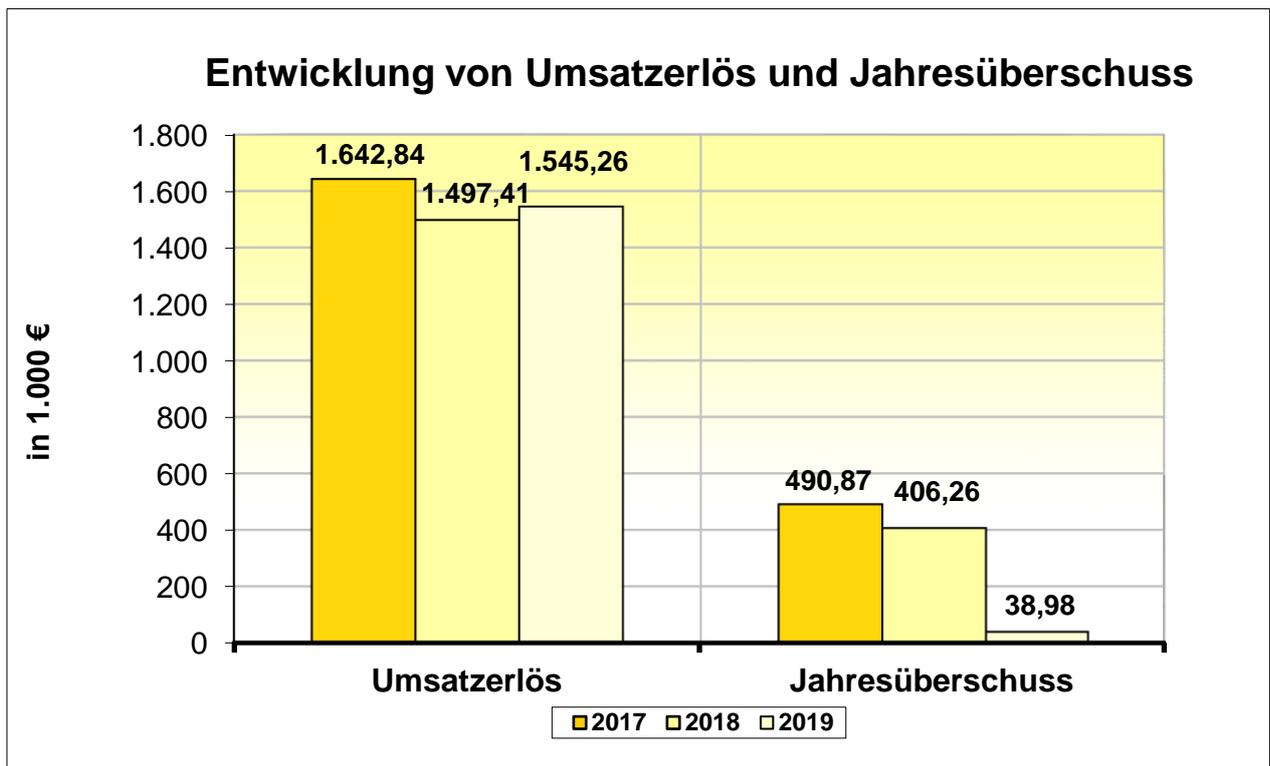
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1995
Stammkapital:	281.270,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71041
Gesellschafter ab 01.01.2013	Odenwaldkreis (Anteil 88,2%) Volksbank Odenwald eG (4,5%) Sparkasse Odenwald (7,3%)
Geschäftsführung:	Marius Schwabe Detlef Kuhn (Stellvertreter)
Aufsichtsrat:	Andreas Funken (Aufsichtsratsvorsitzender) Rüdiger Holschuh (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender) Rudolf Burjanko Eric Engels Gerhard Horlacher Karlheinz Ihrig Stephan Kelbert Ralf Magerkurth Dr. Michael Reuter Jürgen Walther Michael Weimar Christa Weyrauch
Beteiligungen:	BrEnergO GmbH (100,00 %; 75.000,00 €) Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH (40,00 %; 10.000,00 €) OSVG OdenwaldService- Verwaltungs GmbH (100 %; 25.000,00 €) Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG (45%; 4.500,00 €)
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	116.305,00	81.429,50	110.819,61
II. Sachanlagen	3.953.979,28	3.907.371,14	4.390.216,28
III. Finanzanlagen	139.500,00	114.500,00	114.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.443,51	2.981,04	1.016,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.074.600,51	1.045.348,79	1.094.912,64
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.216.662,33	4.185.285,17	3.916.952,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40.762,60	23.006,63	24.017,37
Gesamt	8.545.253,23	9.359.922,27	9.652.435,25
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	281.270,00	281.270,00	281.270,00
II. Kapitalrücklage	25.000,00	25.000,00	25.000,00
III. Andere Gewinnrücklagen	692.400,17	692.400,17	692.400,17
IV. Bilanzgewinn	977.327,86	1.383.590,73	1.422.566,66
B. Rückstellungen	149.786,24	210.553,56	504.726,26
C. Verbindlichkeiten	6.373.962,45	6.736.127,90	6.712.197,87
D. Rechnungsabgrenzungsposten	45.506,51	30.979,91	14.274,29
Gesamt	8.545.253,23	9.359.922,27	9.652.435,25



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	1.642.842,16	1.497.413,92	1.545.261,04
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.216.830,29	2.366.305,58	2.374.235,30
3. Materialaufwand	- 186.995,70	-197.632,98	-125.712,48
4. Personalaufwand	- 1.696.696,88	-1.678.408,91	-1.618.330,60
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	- 205.531,07	-183.743,12	-172.045,61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.083.489,10	-1.231.923,20	-1.816.013,23
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.708,83	11.497,57	10.971,26
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,94	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 175.754,86	-147.386,59	-129.603,48
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	518.913,67	436.123,21	68.762,20
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 28.040,03	-29.860,34	29.786,27
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	490.873,64	406.262,87	38.975,93
13. Gewinnvortrag	486.454,22	977.327,86	1.383.590,73
14. Bilanzgewinn/-verlust	977.327,86	1.383.590,73	1.422.566,66



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuweisung OREG mbH für die Aufgabenerfüllung auf Basis des Gesellschaftervertrages	1.357.000,00	1.357.000,00	1.057.000,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen (vollzeitäquivalent)	30	29	32
Personalkosten in €	1.696.696,88	1.678.408,91	1.618.330,60

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	23,12	25,45	25,08
Eigenkapitalrentabilität	33,05	20,56	1,64
Verschuldungsgrad	330,15	291,60	298,07
Personalintensität	103,28	112,09	104,73

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt. Die Bezüge der Geschäftsführung der Gesellschaft beliefen sich im Berichtsjahr auf 234 T€.

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2017		2018		2019	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
2.100.000,00	1.504.769,03	2.100.000,00	1.429.861,22	2.100.000,00	1.268.595,45

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Odenwald-Regional Gesellschaft (OREG) mbH, mit Sitz in Erbach im Odenwald wurde im Jahr 1994 gegründet. Ihre Gesellschafter sind der Landkreis Odenwald, der den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt, die Sparkasse Odenwaldkreis und die Volksbank Odenwald eG. Die Geschäftsführung bilden Herr Rechtsanwalt Marius Schwabe und Herr Diplom Verwaltungswirt Detlef Kuhn als sein Stellvertreter. Die Strategie der OREG mbH wird maßgeblich durch den Mehrheitsgesellschafter – den Odenwaldkreis (88,18 %), beeinflusst. Die Geschäftstätigkeit der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) wird in Form der jährlichen Zuschüsse vom Gesellschafter Odenwaldkreis gewährleistet.

Die Geschäftsentwicklung:

Geschäftsbereich Nahverkehr

Aufgabenträger nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz ist der Odenwaldkreis. Die Aufgabenübertragung an die OREG erfolgt durch Beleihungsvertrag. Dies gilt auch für die hoheitliche Wahrnehmung der Aufgaben als Schulwegkostenträger nach dem Hessischen Schulgesetz. Die finanziellen Grundlagen der Aufgabenübertragung werden gesichert durch Zuwendungen des Kreises im Rahmen sogenannter „durchlaufender Mittel“ und der Übernahme der Defizite im Geschäftsbetrieb.

Der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) obliegt als Aufgabenträgerorganisation nach § 6 Abs. 1 Hess. ÖPNV-G die Planung, Organisation und Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV im Odenwaldkreis. Sie ist „zuständige Behörde“ im Sinn der VO (EG) 1370/2007 und schließt mit den Verkehrsunternehmen Vereinbarungen über das Erbringen von Nahverkehrsleistungen nach § 9 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes.

Die Zuwendung im Geschäftsjahr 2019 hat 7,94 Mio. € betragen. Die vorläufige Abrechnung 2019 schließt mit einem Ergebnis von -258.297 €. Einschließlich der Rechnungsergebnisse der Vorjahre sind nach dem vorläufigen Rechnungsstand 2019 ca. 1,72 Mio. € nicht verbrauchter durchlaufender Mittel verfügbar, die auf neue Rechnung vorgetragen werden. Dokumentiert und fortgeschrieben wird das Budget der durchlaufenden Mittel in einer mittelfristigen Finanzplanung, die jährlich dem Kreisausschuss des Odenwaldkreises im Rahmen der Abrechnung zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Im Rechnungsabschluss dargestellt wird auch das Defizit aus dem Geschäftsbetrieb des Geschäftsbereiches Nahverkehr der OREG. Dieses hat im Geschäftsjahr 2019 -1.091.095 € betragen. Die Finanzierungsvereinbarung in Form des Zuwendungsbescheides mit dem Odenwaldkreis endet zum Jahre 2019. Eine fünfjährige Fortsetzung für den Zeitraum 2020 bis 2024 hat der Odenwaldkreis bereits beschlossen, so dass die ÖPNV-Finanzierung für diesen mittelfristigen Zeitraum gesichert ist.

Bereits im Jahr 2018 begannen die arbeitsintensiven Vorbereitungen der europaweiten Ausschreibung der Gesamtlinienerkehre des Odenwaldkreises. Bis zu 09.10.2019 konnten Bieterrückfragen der potenziellen Bewerber an die OREG gestellt werden, was diese auch rege in Anspruch nahmen.

Bei Abschluss der Angebotsfrist lag der OREG lediglich ein einziges Angebot durch die Odenwälder-Verkehrsbetriebe (OdVB) GmbH vor, die auch bisher die Verkehrsleistungen im lokalen ÖPNV des Odenwaldkreises erbracht hatte. Die von der OREG hierauf ausgesprochene Zuschlagsempfehlung wurde letztlich im Kreistag sowie dem Aufsichtsrat der OREG behandelt und beschlossen, sodass am 08.03.2019 die Mitteilung der OREG über

den erteilten Zuschlag an die Odenwälder Verkehrsbetriebe GmbH als Gewinner der Ausschreibung erfolgen konnte.

Mit dem Projekt „garantiert mobil!“ wird bereits seit 08.09.2017 eine neue Form der öffentlichen Mobilität auf der Grundlage eines digitalen Informations- und Buchungssystems im Odenwaldkreis angeboten. Zum Jahresende 2018 waren 520 Kunden bei „garantiert mobil!“ registriert. Dieser Wert konnte im Jahr 2019 mit über 1.000 Kunden fast verdoppelt werden. Der überwiegende Teil der Kunden ist als Fahrgast registriert (72 %), wohingegen sich rund jeder vierte Nutzer zusätzlich als Mitnahmefahrer anbietet. Im Durchschnitt haben sich monatlich ca. 43 Kunden neu registriert, was über dem Vorjahreswert 2018 von ca. 36 Kunden liegt. Diverse Marketingmaßnahmen zielten dabei bewusst auf die quantitative Kundengewinnung ab. Zu nennen ist hier die Aktion „Autofasten“ im Frühjahr 2019 bei der rund 100 Fahrgäste neu hinzugewonnen werden konnten.

Als wesentlicher Baustein der Mobilitätsberatung haben sich „mobile Mobilitätberater“ erwiesen. Im Vergleich zum Vorjahr sind alle relevanten Statistiken in Bezug auf „garantiert mobil!“ deutlich gestiegen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die taxOMobil-Buchungen, die überdurchschnittliche Wachstumszahlen zu verzeichnen haben. Die verstärkte individuelle Beratung der potentiellen Nutzer durch die RMV-Mobilitätzentrale, vor allem aber durch die mobilen Mobilitätberater, die verbesserte Stabilität des Buchungsportals sowie die weitestgehend reibungslose Beförderung der Fahrgäste durch die angeschlossenen Fahrdienstleister trugen hierzu einen wesentlichen Teil bei.

Nachdem im Vorjahr alle Voraussetzungen zur Beschaffung von neuer Vertriebs- und Informationstechnik geschaffen wurden, ging es Anfang 2019 direkt an die Bestellung und Detailplanung der Betriebsaufnahme im Dezember.

Der Einbau der neuen Technik musste sowohl für Bestands- als auch für Neufahrzeuge sehr aufwendig geplant werden. Gerade bei Neufahrzeugen mussten bestimmte Einbauteile direkt ins Herstellerwerk geliefert und demzufolge entsprechende Fristen eingehalten werden. Da die Komponenten der Fahrgastinformation (Fahrgast-WLAN und Bildschirm im Fahrzeug) autark zum Vertriebsgerät betrieben werden, konnten diese bereits umgehend nach Anlieferung und eines ausgiebigen Funktionstests in den Fahrzeugen verbaut werden. Einbau und Inbetriebnahme erfolgten durch die jeweiligen Verkehrsunternehmen völlig reibungslos. Die Zubehörteile, wie Antennen und Kabel für das neue Vertriebsgerät „almex.optima“ (Fahrscheindrucker und Bordrechner) wurden ebenfalls fristgerecht angeliefert und sukzessive in die Fahrzeuge verbaut. So konnten frühzeitig alle Vorbereitungen für die erforderliche Umstellung getätigt werden.

Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung

Der Wirtschafts-Service sieht sich anhand des prognostizierten steigenden Fachkräftemangels darin bestätigt, seine bisherigen Aktivitäten zur Fachkräftesicherung, insbesondere die OBIT weiterzuführen und gemeinsam mit den Partnern vor Ort (Berufliches Schulzentrum, IVO, weiterführende Schulen, VHS, OloV) zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräftesituation zu entwickeln. Weitergeführt wird auch der Hermann-Braun-Gedächtnispreis, der in Abstimmung mit der IVO und dem Aufsichtsratsvorsitzenden in wesentlichen Ausprägungen aktuell neu konzipiert wird.

Mit der Bauprojektbegleitung hat der Wirtschafts-Service zudem in den letzten Monaten eine wirkungsvolle Maßnahme entwickelt, um die Bestandsunternehmen bei baulichen Expansionsvorhaben zu unterstützen.

Im Jahr 2019 wurden zwei Unternehmen (mit insgesamt 20 Mitarbeitern) in Kooperation mit dem Mentorennetzwerk Odenwald durch eine Sanierungs- bzw. Konsolidierungsberatung intensiv unterstützt.

Gemeinsam mit dem Mentorennetzwerk wurden im Jahr 2019 zudem acht Übergabeprojekte intensiv betreut. Verstärkt kommen dabei in den letzten Monaten potenzielle Übernehmer auf den Wirtschafts-Service und das Mentorennetzwerk zu, entweder um bei der Suche nach einem passenden Unternehmen für die Übernahme zu unterstützen oder weil die Übernahme des aktuellen Arbeitgebers geplant ist.

An der OBIT 2019 beteiligten sich rund 50 Unternehmen und ca. 900 Schüler/innen, insgesamt wurden 62 verschiedene Berufe vorgestellt. Die Ergebnisse der Unternehmensevaluation zeigen, dass die OBIT von allen Beteiligten als wirkungsvolles und hoch effizientes Instrument der Berufsorientierung gesehen wird. Die OREG unterstützt die Schulen und Firmen ab 2020 außerdem mit einem weiteren Service. Zum einen werden die Workshop- und Raumpläne der einzelnen Schulen auf der OREG-Homepage bereitgestellt. Dadurch ist es jedem möglich, die Workshop- und Aufbauzeiten nochmals am Vorabend zu überprüfen.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt neun Unternehmen und ein Ansiedlungsvorhaben begleitet. In acht Fällen ist zu jetzigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass die Vorgänge aus baurechtlicher Sicht positiv abgeschlossen werden können.

Um die Bauprojektbegleitung noch weiter bekanntzumachen, wurde ein Informationsvideo erstellt, das auf der Startseite der OREG-Homepage (www.oreg.de) veröffentlicht wurde.

Im Jahr 2019 wurden durch den Wirtschafts-Service über 50 neue Existenzgründungsvorhaben betreut, von denen rund 20 realisiert wurden. In einigen Fällen ist noch keine finale Entscheidung getroffen worden bzw. das Gründungsvorhaben wird erst 2020 realisiert. Diese geringe Zahl ist wesentlich der aktuell bundesweit einheitlichen sehr geringen Gründungsneigung geschuldet. Allerdings: Die (wenigen) Gründungsvorhaben mündeten fast durchweg in reale Geschäftseröffnungen.

Das Jahr 2019 war hinsichtlich der Standortanfragen sehr ruhig. Über die Frankfurt-Rhein-Main GmbH (FRM) gingen lediglich 29 Gesuche (darunter ein Logistikstandort mit 400.000 qm Fläche) ein, für sechs Anfragen konnten im Odenwaldkreis geeignete Flächen nachgewiesen werden. Zwei Anfragen mit relativ hohem Realisierungspotenzial befanden sich zum Jahreswechsel 2019/2020 noch in der Entscheidungsphase. Auffällig oft wurden Flächen für Rechenzentren gesucht. Der damit verbundene Flächen- und/oder Strombedarf kann allerdings auf keiner der im Odenwaldkreis hierfür in Frage kommenden Flächen dargestellt werden.

Wirtschaftsförderung für die Oberzent

Dank der Bemühungen der Online-Vermarktung der Leerstände konnte bereits im ersten Quartal eine weitere Immobilie in der stark vom Leerstand betroffenen Mümlingtalstraße vermittelt werden.

Gegen Ende des Jahres zeichnete sich ein großer Erfolg ab: Das Kaufhaus Knoll wurde an einen Investor aus dem Miltenberger Raum verkauft. Der Wirtschafts-Service hat direkt Kontakt zum neuen Besitzer aufgenommen und die Beratungsleistungen der OREG angeboten, insbesondere die Bauprojektbegleitung und Breitbandberatung.

Auch im Gewerbegebiet Zieglersfeld konnten unter begleitenden Aktivitäten des Wirtschafts-Service weitere Flächen erfolgreich vermittelt werden.

Für das Jahr 2020 sind weitere Erfassungen leerstehender Immobilien vor allem im Gebiet außerhalb Beerfeldens geplant. Sinnvoll erscheint künftig eine sukzessive Erfassung des verdeckten Leerstandes, der durch Gespräche mit den Gewerbetreibenden unkompliziert ermittelt werden kann.

Um für Oberzenter Unternehmen und Gründungsinteressierte besser erreichbar zu sein und ein Zeichen gegen den Leerstand zu setzen, wurde ein bislang leerstehendes Büro in der Mümlingtalstraße durch die Wirtschaftsförderung Oberzent/Odenwaldkreis bezogen, das von einem privaten Anbieter zum –Selbstkostenpreis möbliert zur Verfügung gestellt wird. Dieses Büro ist einmal wöchentlich für den gesamten Tag zu Beratungszwecken geöffnet. Die Mietkosten werden von der Stadt Oberzent getragen. Dank einer breit gestreuten Kommunikation sowohl in den Sozialen Medien (Facebook, Twitter) als auch in den Printmedien (Odenwälder Journal, Oberzent aktuell, Standortmagazin etc.) konnten die Zielgruppen schnell erreicht werden.

Im ersten Halbjahr wurde durch die Wirtschaftsförderung Oberzent/Odenwaldkreis mit dem Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. diskutiert, ob den Odenwälder Unternehmen Zugang zum Handwerkerparkausweis der Metropolregion Rhein-Neckar gewährt werden kann. Die Beantragung eines solchen Ausweises ist derzeit solchen Unternehmen vorbehalten, die ihren Sitz in der Metropolregion Rhein-Neckar haben. Damit ergibt sich ein Wettbewerbsnachteil für Odenwälder Unternehmen, die ihre Dienstleistungen in und für die Metropolregion Rhein-Neckar erbringen. Die an die ZMRN GmbH herangetragene Bitte, die Beantragung des Ausweises auch Odenwälder Unternehmen zu ermöglichen, konnte bislang noch nicht erfüllt werden.

Projekt Hainhaus – „Park für grüne Technologie“

Die Liegenschaft Munitionsdepot Hainhaus liegt in der Gemarkung Breitenbrunn der Gemeinde Lützelbach und hat eine Größe von 73,8 ha. Aktuell befinden sich 120 ehemalige Militärbunker aus Beton mit einem Lagervolumen von ca. 102.000 m³. Die OREG hat dieses Areal im September 2007 vom Land Hessen (Landesbetrieb Hessen-Forst) erworben.

Zielsetzung des Projektes ist die gemeinsame Produkt- und Dienstleistungspräsentation regionaler Firmen aus den Bereichen

- Nutzung regenerativer Energien
- Nutzung nachwachsender Rohstoffe
- Effiziente Energieverwertung
- Vermarktung und Beratung der Bevölkerung durch die Unternehmen
- Ansiedlung von Kompetenzträgern aus dem Odenwaldkreis und anderen Regionen
- Aufbau von Produktionen und Dienstleitungen aus den Bereichen stofflicher- und energetischer Biomassen
- Integration dieser Firmen in den regionalen Wertschöpfungskreislauf

Das Projekt Hainhaus wird zurzeit wie folgt genutzt:

- Lagerung in den vorhandenen Bunkern; Firma Pirelli
- Freiflächen zur Nutzung von Photovoltaikanlagen; Firma Hainhaus GbR
- Freifläche zur Verarbeitung von Wurzelstöcken; Firma Schwinn
- Abstellfläche für Fahrzeuge der Fa. H-Line Produktion GmbH
- Die „Munitionshalle“ als Lagerhalle – seit Januar 2016; Firma Ticco GmbH
- Lagerung von Destillaten; Firma St. Kilian Distillers
- Freifläche zur Nutzung einer Windkraftanlage, Windpark Bad König
- Aufdach- und Freiflächen PV-Anlage der Firma Schoenenergie GmbH

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Finanzlage der OREG wird durch den direkten Zuschuss des Odenwaldkreises maßgeblich bestimmt. Die Liquidität war durch die Zuschüsse im Jahr 2019 sichergestellt. Der Bestand an flüssigen Mitteln zu Beginn des Geschäftsjahres betrug 4.185 T€ und verringert sich am Ende des Geschäftsjahres auf 3.917 T€.

Die Geschäftsführung der OREG rechnet nicht mit Liquiditätsengpässen in den kommenden zwei Jahren.

Das Geschäftsjahr 2019 weist einen Jahresüberschuss von 39 T€ aus. Dieses Ergebnis resultiert aus sparsamer Mittelverwendung, reduzierten Aufwendungen im Personalbereich, sowie Einnahmeerhöhungen (u.a. bei Mietverträgen). Die Postimmobilie wird derzeit durch den Odenwaldkreis und die Postbank angemietet. Das ehemalige Munitionsdepot hat als Hauptmieter die Firma Pirelli Deutschland GmbH. Die Rettungswachen werden durch den Odenwaldkreis angemietet.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die OREG mbH ist über die Grenzen des Landkreises hinaus bekannt. Sie hat sich in den Bereichen ÖPNV, Breitband und Regenerative Energien bereits Anerkennung im Form von Auszeichnungen durch das Land Hessen einen Namen erarbeitet. Auch die Beitritte zur Metropolregion Rhein-Main-Neckar (ZRMN) und zur FrankfurtRheinMain GmbH helfen dabei, den Odenwaldkreis besser zu positionieren und für den Standort zu werben.

Die Vermarktung des ehemaligen Munitionsdepots Hainhaus spielt für die künftige Entwicklung eine tragende Rolle.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Risiken sieht die Geschäftsführung derzeit, wenn der derzeitige Mietvertrag des Hauptmieters nach dem 31.12.2022 nicht verlängert wird und eine Nachvermietung scheitert. Ein erster Nachmieter konnte bereits gewonnen werden. Hier wird eine langfristige Zusammenarbeit angestrebt. Die Geschäftsführung sieht weiteres Entwicklungspotential der OREG durch die Konzentration auf die Kernkompetenzen - der Regionalentwicklung im Odenwaldkreis.

**Brenergo
Gesellschaft für Breitband sowie
regenerativer Energien mbH**



Marktplatz 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/9433-21, Telefax: 06062/9433-22
E-Mail: info@oreg.de

Gegenstand des Unternehmens

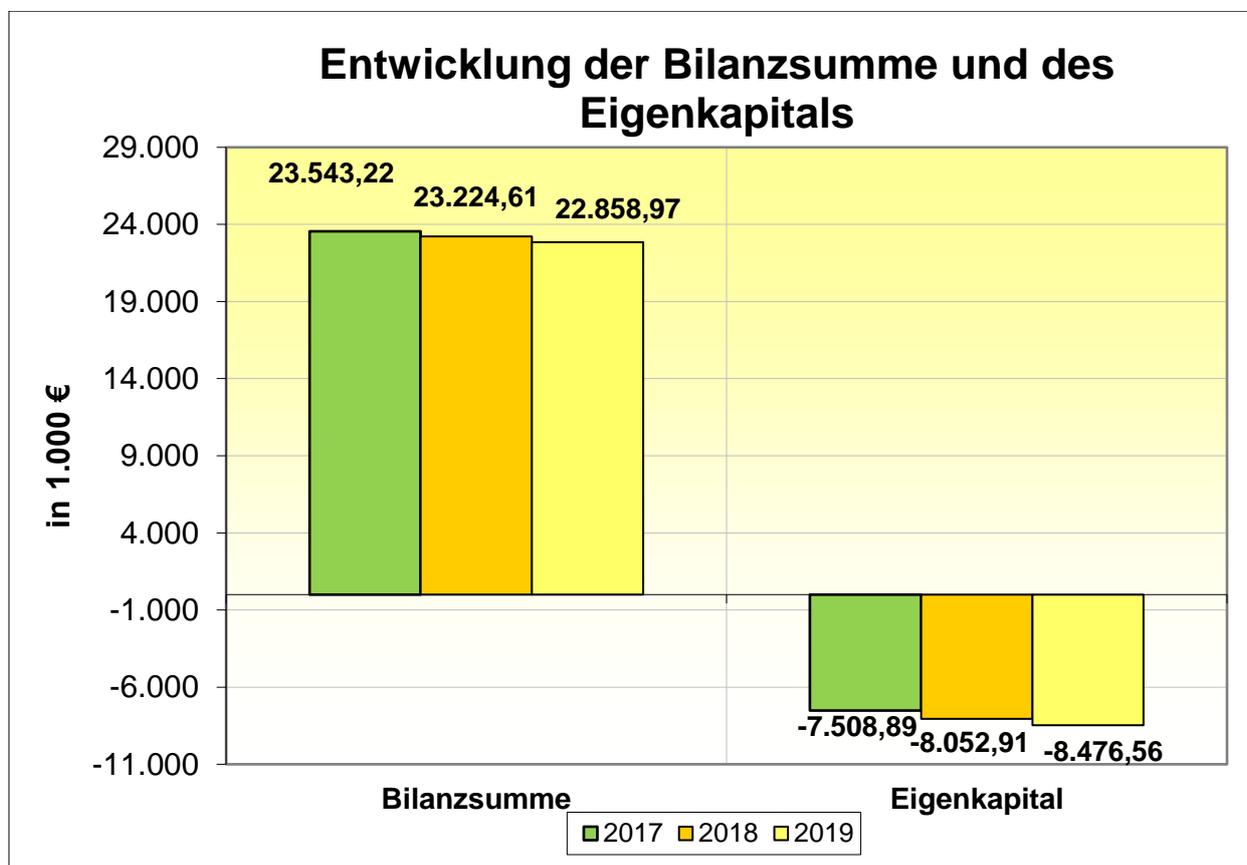
Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftervertrages zum einen die Strukturierung, Planung, Finanzierung und der Betrieb eines Breitbandkabelnetzes im Odenwaldkreis und in anderen Gebieten, einschließlich aller dazugehörigen Dienstleitungen. Gegenstand des Unternehmens ist zum anderen die Förderung, Gewinnung, Nutzung und Verkauf regenerativer Energien.

Die Gesellschaft darf gleichartige oder ähnliche Unternehmungen errichten, erwerben, sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen. Sie ist auch zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.
(vgl. § 3 Gesellschaftsvertrag, Stand 27.09.2005).

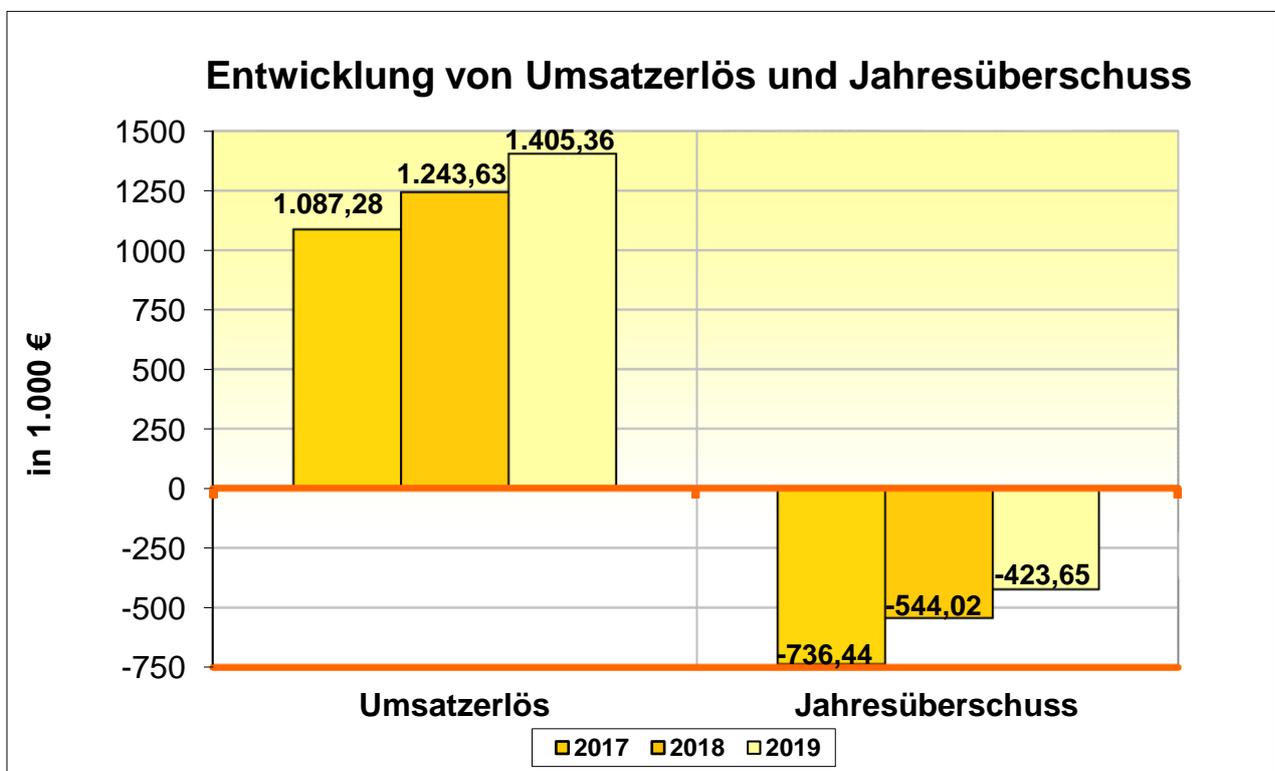
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2005
Stammkapital:	75.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71663
Gesellschafter:	OREG (Anteil: 100,00 %; 75.000,00 €)
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	15.348.230,00	14.225.970,00	13.179.826,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	256.796,48	146.142,94	141.172,63
II. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	398.982,32	773.056,89	1.038.667,34
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30.319,15	26.528,16	22.744,08
D. Nicht d. Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.508.888,01	8.052.909,99	8.476.558,09
gesamt	23.543.215,96	23.224.607,98	22.858.968,14
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	75.000,00	75.000,00	75.000,00
II. Verlustvortrag	-6.847.443,30	-7.583.888,01	-8.127.909,99
III. Jahresfehlbetrag	-736.444,71	-544.021,98	-423.648,10
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.508.888,01	8.052.909,99	8.476.558,09
B. Rückstellungen	10.450,00	6.250,00	4.488,64
C. Verbindlichkeiten	23.532.765,96	23.218.357,98	22.854.479,50
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	23.543.215,96	23.224.607,98	22.858.968,14



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
Umsatzerlöse	1.087.284,33	1.243.627,30	1.405.364,37
Sonstige betriebliche Erträge	3.977,64	5.590,95	6.768,09
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	-1.125.189,00	-1.125.599,78	-1.146.144,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-192.125,45	-159.891,40	-191.580,62
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-510.392,23	-507.749,23	-498.055,94
Steuern	0,00	-0,18	0,00
Jahresfehlbetrag	-736.444,71	-544.021,98	-423.648,10
Gewinn-/Verlustvortrag	-6.847.443,30	-7.583.888,01	-8.127.909,99
Bilanzverlust	-7.583.888,01	-8.127.909,99	-8.551.558,09



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Auswirkungen auf den Kreishaushalt	0,00	0,00	0,00

Personal	2017 €	2018 €	2019 €
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	0,00	0,00	0,00

Die Geschäftsführung erfolgt ohne Vergütung. Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt.

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	-31,89	-34,67	-37,08
Eigenkapitalrentabilität	10,87	7,25	5,26
Verschuldungsgrad	-313,54	-288,40	-269,67
Personalintensität*	0,00	0,00	0,00

* Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter beschäftigt

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2017		2018		2019	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Die Photovoltaikanlagen der Brenergo GmbH konnten in 2019 ohne große Ausfälle durchschnittliche Einspeiseerträge erzielen.

An folgenden Liegenschaften unterhält die Brenergo GmbH Photovoltaikanlagen:

- Carl-Weyprecht-Schule in Bad König
- Gymnasium Michelstadt / Sporthalle
- Schule am Sportpark Erbach / Neubau
- Rettungswache Erbach
- TLS Michelstadt
- Berufsschule Michelstadt / Werkstatt
- Turnhalle Hainstadt
- Schwimmbad Reichelsheim
- AWO Kindergarten Kirchbrombach
- Hainhaus I
- Hainhaus II
- Oberzentschule in Beerfelden

Breitband

Seit Fertigstellung des letzten Teilabschnittes Erbach/Mossautal in 2012 besitzt die Brenergo GmbH ein flächendeckendes Breitbandnetz im Odenwaldkreis. Verpachtet wird das Netz an den Carrier HSE MediaNet GmbH. Mit ihr wurde gemeinsam ein Werbe- und Marketingkonzept entwickelt, die den Privat- und Geschäftskundenbereich für das Breitbandprojekt nach Zielgruppen definiert und entsprechende Maßnahmen aufzeigt. Nach

der entsprechenden Konzeption wurde ein detaillierter Ablauf- und Kommunikationsplan erarbeitet, der die Markteinführung der Angebotspalette der die HSE MediaNet GmbH als neuer, zuverlässiger Telekommunikationsanbieter im Odenwaldkreis visuell und kommunikativ darstellt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag vom Vorjahr in Höhe von 8.052.909,99 € hat sich um den Verlust im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von 423.648,10 € erhöht. Es entstand ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2019 in Höhe von 8.476.558,09 €.

Durch die Entfristung des Überschuldungsbegriffs und die positive Fortführungsprognose der Gesellschaft aufgrund der erwarteten Entwicklung künftiger Jahresergebnisse ergeben sich aus der bilanziellen Überschuldung keine weiteren gesellschaftsrechtlichen Folgen. Eine insolvenzrelevante Überschuldung der Gesellschaft liegt deshalb nicht vor, weil von der Fortführung der Gesellschaft aufgrund auskömmlicher Liquidität und positiver Ertragsaussichten für die Folgejahre durch Vereinbarungen mit Geschäftspartnern, wie den finanzierenden Instituten sowie der HSE MediaNet GmbH, ausgegangen wird.

Die Finanzlage der Brenergo GmbH wird durch den Erlös aus den Einspeisevergütungen für die Photovoltaikanlagen und den Erlös aus der Verpachtung des Breitbandnetzes maßgeblich bestimmt. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 773 T€ und erhöhte sich bis zum Ende des Geschäftsjahres auf 1.039 T€. Die Liquidität wird durch die neue Finanzstruktur sichergestellt.

Die Einspeisevergütungen für die Photovoltaikanlagen lagen im Jahr 2019 um 7 T€ unter den Vergütungen des Vorjahres. Die Erlöse aus dem Netzbetrieb lagen um 169 T€ über dem Vorjahr. Die Abschreibungen erhöhten sich im Zuge des Vectoringausbaus um 21 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 32 T€.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die Nachfrage nach „schnellen Internetverbindungen“ sieht die Gesellschaft als Chance für eine Zunahme der Kundenzahlen und dadurch eine positive Entwicklung auf die Vermögens- und Ertragslage, insbesondere die Nachfrage nach hochbitratigen Breitbandinfrastrukturen wie z.B.:

- zunehmende Verbreitung datenintensiver Videoanwendungen
- Zunahme von Cloud-Diensten erfordern leistungsfähigen Upload
- Zunahme datenintensiver Online-Dienste
- Hochgeschwindigkeitsnetze sichern die Zukunftsfähigkeit strukturschwacher Regionen

Im Dezember 2016 hat die Gesellschaft gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine verbindliche Erklärung zum Vectoring-II-Ausbau im sogenannten Nahbereich der Hauptverteiler abgegeben. Durch eine Verzögerung im Ausbau konnte die Umsetzung erst im Dezember 2018 realisiert werden. Eine erhöhte Nachfrage ist ab 2019 zu verzeichnen.

Der geplante Gigabitausbau der Bundesregierung zu FTTB/FTTH könnte dazu führen, dass Teile des FTTC-Netzes nicht mehr in der vollen Höhe werthaltig sind und hier außerplanmäßige Abschreibungen getätigt werden müssen.

Durch die neue Finanzierungsstruktur, die auf relativ niedrigen Anschlusszahlen basiert, und die damit verbundene Sicherung der Liquidität bis 2023 ist die Fortführung des Unternehmens gesichert.
Im Finanzplan der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von 176 T€ gerechnet

Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH

Marktplatz 7
64711 Erbach
Telefon: 06062/809360 Telefax: 06062/8093615
E-Mail: info@schloss-erbach.de



Gegenstand des Unternehmens

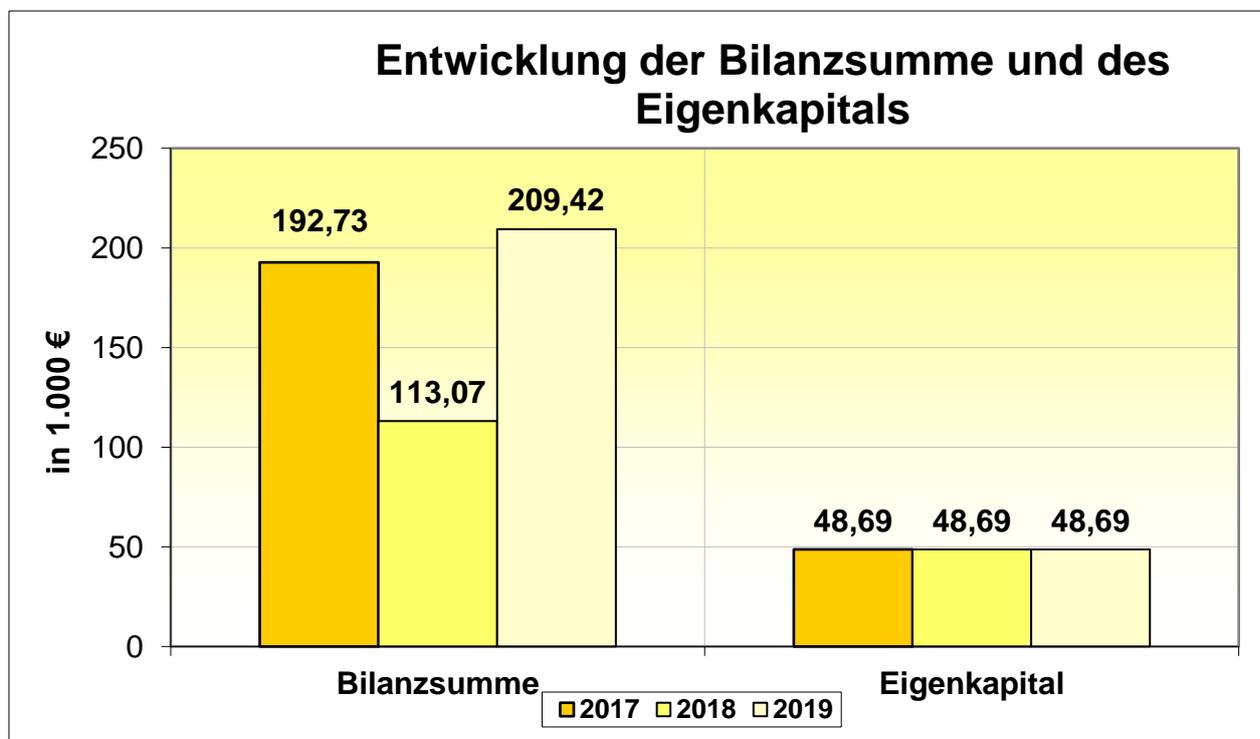
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch den Betrieb des Schlosses Erbach einschließlich der Gräflichen Sammlungen und des Deutschen Elfenbeinmuseums. Zum Betrieb zählen die Vermittlung und Bewahrung der Gräflichen Sammlungen Schloss Erbach und des Deutschen Elfenbeinmuseums, kulturelle Veranstaltungen und museumspädagogische Arbeit. Ferner zählen hierzu die Sicherstellung der Öffnungszeiten und des unmittelbaren Zugangs zu den Museumsräumen, die Organisation und Durchführung von Führungen und die Vermittlung der Bestände und ihrer Geschichte gegenüber unterschiedlichen Besuchergruppen.

Die wesentlichen finanziellen Erträge werden durch den Museumsbetrieb und durch den Museumsladen erwirtschaftet. Daraus ergeben sich die funktionalen Schwerpunkte des Marketings und des Personaleinsatzes.

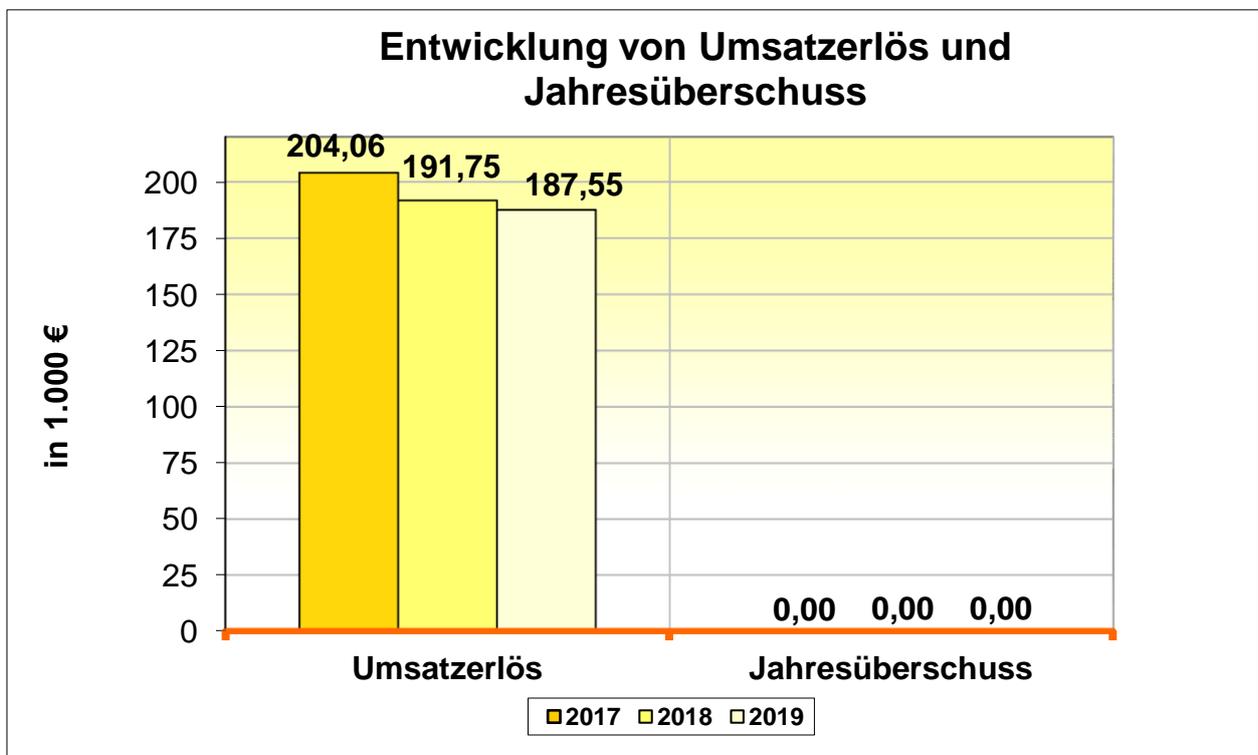
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71675
Gesellschafter:	OREG (Anteil: 40,00 %; 10.000,00 €) Stadt Erbach (Anteil: 40,00 %; 10.000,00 €) Land Hessen (Anteil: 20,00 %; 5.000,00 €)
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn, Oberzent (seit 15.02.2019)
Aufsichtsrat:	Patrick Burghardt (Vorsitzender) bis 17.01.2019 Ayse Asar (Vorsitzende) seit 11.03.2019 Dr. Peter Traub (stellv. Vorsitzender) Erwin Giess Frank Matiaske Marius Schwabe Marianne Willems
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV GmbH, Neu-Isenburg

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	3,00	3,00
II. Sachanlagen	14.795,00	10.863,00	7.191,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	36.405,81	37.224,55	35.302,81
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.227,84	4.393,68	7.104,21
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	121.732,73	59.344,66	158.672,02
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.567,42	1.245,36	1.144,58
Gesamt	192.731,80	113.074,25	209.417,62
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	23.687,51	23.687,51	23.687,51
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	0,00	0,00	0,00
B. Rückstellungen	44.073,51	52.273,41	37.502,69
C. Verbindlichkeiten	99.970,78	12.113,33	123.227,42
Gesamt	192.731,80	113.074,25	209.417,62



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	204.060,63	191.751,94	187.545,39
2. Sonstige betriebliche Erträge	420.974,30	426.388,84	418.507,17
3. Materialaufwand	-55.070,08	-58.728,30	-59.910,46
4. Personalaufwand	-384.260,13	-360.436,54	-343.528,08
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-7.054,56	-5.865,09	-4.194,41
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-178.655,16	-193.115,85	-198.423,05
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,00	5,00	-3,44
8. Ergebnis nach Steuern	0,00	0,00	0,00
9. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Auswirkungen auf den Kreishaushalt	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Beschäftigten	25,00	24,00	24,00
Personalkosten in €	384.260,13	360.436,54	343.528,08

Kennzahl	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	25,26	43,06	23,25
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Verschuldungsgrad	295,85	132,24	330,13
Personalintensität	188,31	187,97	183,17

Bezüglich der Angabe der Geschäftsführerbezüge wird die Schutzklausel gem. § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Vergütung von der Gesellschaft.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Die Besucherzahlen im Schloss Erbach bleiben minimal hinter dem Ergebnis von 2018 zurück (Minus 405 Besucher, minus 2,2 %) und analog dazu weisen auch die Einnahmen aus dem Ticketverkauf ein Minus von 3,3 % bzw. 3.239 € aus. Die Einnahmen im Museumsladen stiegen dagegen um 3.223 € an und lagen somit 7,1 % über dem Vorjahresergebnis. Die Teilnehmerzahlen an Themenführungen lagen zwar um 10 % niedriger als im Vorjahr, die Einnahmen aus diesen Veranstaltungen sind allerdings durch eine höhere Anzahl von Buchungen um 2.992 € und somit um 13,4 % gegenüber dem Vorjahresergebnis gewachsen.

Die Eintrittspreise blieben gegenüber 2018 unverändert.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt 209.417,29 € nach 113.074,25 € im Vorjahr.

Deutlich um 99.327,36 € auf 158.672,02 € sind die liquiden Mittel gestiegen. Die Verbindlichkeiten sind ebenfalls deutlich um 111.114,09 € auf 123.227,42 € gestiegen.

Die Gesellschaft finanziert sich durch die Erträge aus den Führungen, den Verkäufen aus dem Museumsladen und den Zuschüssen der Gesellschafter. Die Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Erlöse waren im Geschäftsjahr leicht rückläufig. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr weitgehend konstant geblieben. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich vermindert. Insgesamt wurde bei Zuschüssen der Gesellschaft auf Vorjahresniveau ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Mit der Wiedereröffnung der Museen und des Museumsladens waren neue Konzepte hinsichtlich der Führungszeiten, der Gruppengrößen und von allem hinsichtlich des Veranstaltungsangebotes gefragt. Mit den vorgenommenen Anpassungen eröffneten sich aber auch Chancen, diese neuen Konzepte zu erproben und gegebenenfalls im nächsten Jahr in den laufenden Betrieb zu übernehmen.

Chancen, den Bekanntheitsgrad von Schloss Erbach und die überregionale Bedeutung der beiden Sammlungen zu erhöhen, bestehen unter anderem in der Einrichtung des „Schmidt-Rottluff-Kabinetts“ (Arbeitstitel, Deutsches Elfenbeinmuseum, ab Frühjahr 2021) und einer Sonderstellung in den Gräflichen Sammlungen mit Porzellan-Objekten aus der Manufaktur Frankenthal (ab Frühjahr 2022) sowie in der Erforschung und Vermarktung der Gemälde von Mitgliedern der Dynastie Oranien-Nassau. Es ist davon auszugehen, dass diese Vorhaben zu einer Steigerung der Umsatzzahlen beitragen werden.

Das Veranstaltungsprogramm im Jahr 2021 wird sich vor allem an den Erfahrungen im Umgang mit der Corona-Pandemie ergeben. Veranstaltungen, die im Jahr 2020 nicht stattfinden konnten, werden teilweise im nächsten Jahr in die Planung einbezogen.

Die sehr intensive Arbeit im wissenschaftlichen Bereich und das Entstehen von Netzwerken mit Unternehmen, kulturellen Einrichtungen, Vereinen, Schulen und der Gastronomie erhöhen die positive Wirkung nach außen und werden auch weiterhin die Zusammenarbeit, sowohl in finanzieller als auch in inhaltlicher Hinsicht, mit diesen fördern.

Risiken liegen aber hauptsächlich in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Negative Impulse aus der Richtung haben entsprechende Auswirkungen auf die Besucherzahlen und somit auf die Einnahmen der Betriebsgesellschaft. Um entsprechende Risiken schnell zu erfassen und zeitnah gegensteuern zu können, erfolgt eine monatliche Darstellung der Besucher- und Umsatzzahlen und eine ständige Kontrolle der Liquidität.

Ausblick:

Die Geschäftsleitung geht derzeit von einem sehr deutlichen Minus bei den Umsätzen aus Tickets, Museumsladen und durch Vermietungen (z.B. Erbach-Michelstädter Theatersommer, standesamtliche Trauungen, etc.) aus. Inwieweit diese Mindereinnahmen durch die im Jahr 2020 sehr großzügige finanzielle Ausstattung der Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH durch die Gesellschafter sowie durch die geplanten Maßnahmen hinsichtlich des Führungsbetriebes egalisiert werden können, ist derzeit noch nicht absehbar.

Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH

Marktplatz 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/94330, Telefax: 06062/943317
E-Mail: odenwald@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

Die Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH (bis 24. Mai 2018: OWV Odenwald Windenergie Verwaltungs GmbH), Erbach, wurde mit dem Gesellschaftervertrag vom 08. Dezember 2011 mit Nachtrag vom 24. Mai 2018 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen beim Amtsgericht Darmstadt unter HRB 90964. Die Gesellschaft ist gemäß § 267 a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft.

Die Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH –kurz OSV GmbH- ist eine Tochtergesellschaft der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH (Anteilsbesitz: 100 %).

Die Verwaltung, Geschäftsführung und Vertretung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Lützelbach-Breitenbrunn.

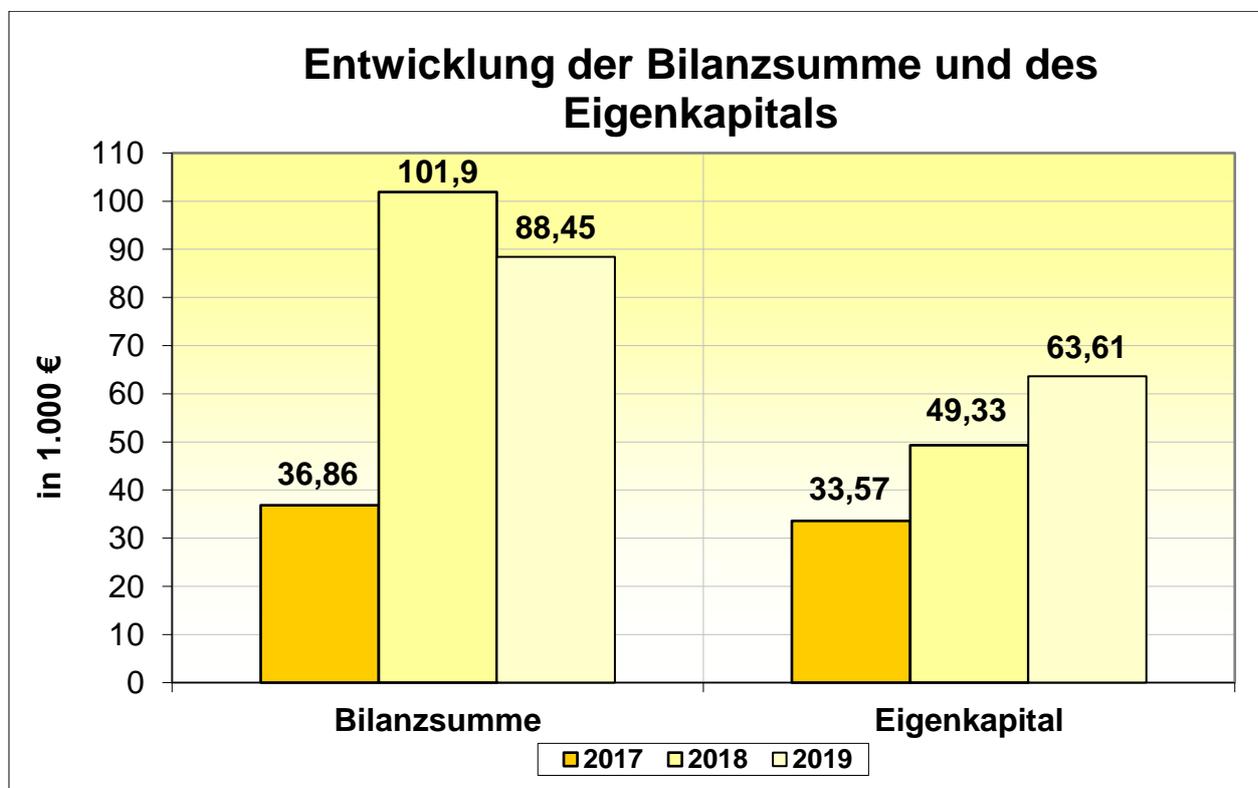
Weiterhin ist der Gegenstand der Gesellschaft die Erbringung von Dienstleistungen jede Art überwiegend gegenüber der Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH, insbesondere die Verwaltung von Gebäuden und Einrichtungen sowie Services in Bereich der Finanz- und Personalabrechnung, des Projektmanagements sowie sonstige artverwandte Nebendienste.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der gesetzlichen, insbesondere der kommunalwirtschaftlichen Vorschriften ermächtigt, diese Dienstleistungen auch gegenüber Dritten zu erbringen

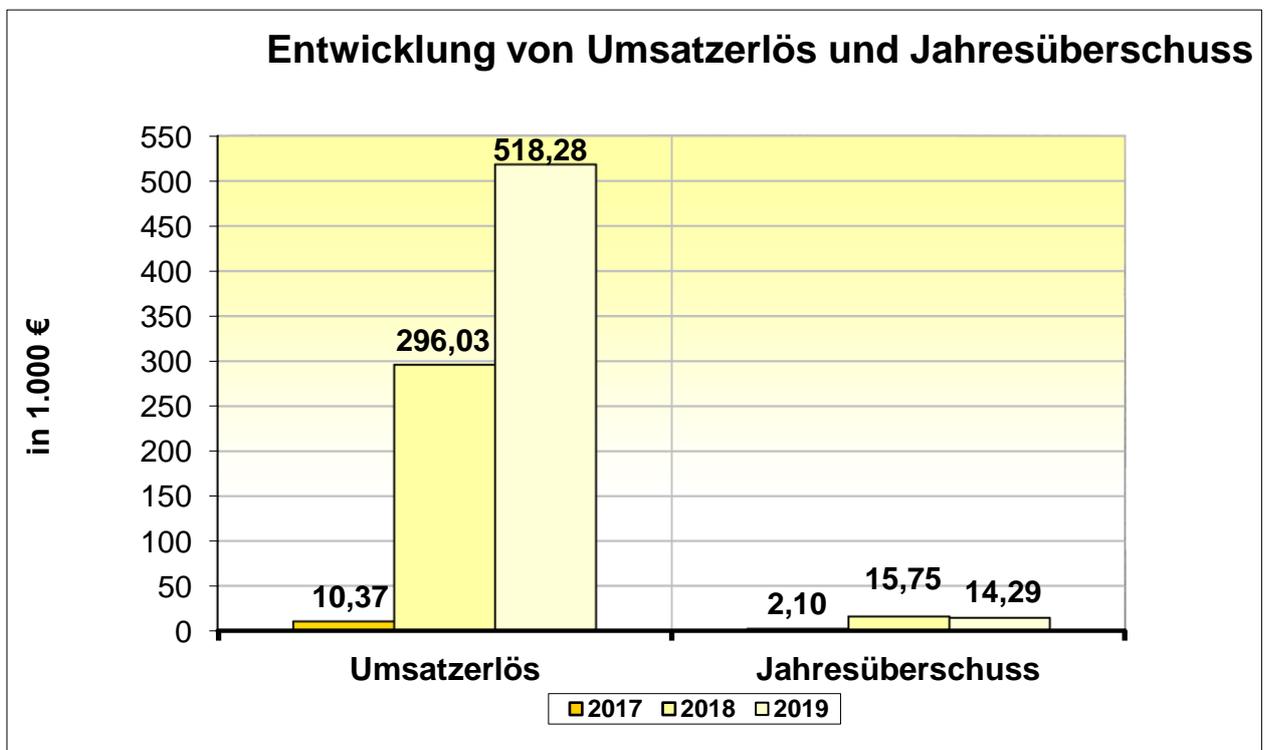
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2018
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 90964
Gesellschafter:	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) 100 %
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn Marius Schwabe
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II.a Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	908,83	0,00
II.b Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	796,56	796,56	2.600,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	36.064,07	100.194,04	85.846,96
Gesamt	36.860,63	101.899,43	88.446,96
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	0,00	8.571,60	24.325,73
III. Jahresüberschuss	8.571,60	15.754,13	14.287,26
B. Rückstellungen	2.749,46	16.116,23	14.343,40
C. Verbindlichkeiten	539,57	36.457,47	10.490,57
Gesamt	36.860,63	101.899,43	88.446,96



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	10.369,38	296.025,72	518.282,02
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	1.758,18	9.303,74
3. Materialaufwand	0,00	-1.153,65	-315,28
4. Personalaufwand	0,00	-236.687,17	-452.490,34
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.869,38	-41.227,57	-57.806,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.500,00	18.715,51	16.973,26
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-395,63	-2.961,38	-2.686,00
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.104,37	15.754,13	14.287,26



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	0	6,3	17,8
Personalkosten in €	0,00	236.687,17	452.490,34

Die Geschäftsführer erhalten keine Vergütung von der Gesellschaft.

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	73,89	39,08	71,92
Eigenkapitalrentabilität	6,69	46,93	28,97
Verschuldungsgrad	9,80	106,58	39,04
Personalintensität	0,00	79,95	87,31

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Mit Einzahlung der Stammeinlage und mit Eintragung ins Handelsregister übernahm die Gesellschaft die Geschäftsführung der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG. Die OSV GmbH hat nach Kauf einer Windkraftanlage in der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG die Überwachung der Windkraftanlage, die Einhaltung der Liquiditätsplanung und die laufenden Buchhaltungsarbeiten übernommen. Die OSV GmbH berichtet an die Kommanditisten der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt für das laufende Kalenderjahr 88,4 T€. Die Finanzanlage der OSV GmbH wird durch die Erlöse aus der Geschäftsführung bestimmt und somit ist die Liquidität sichergestellt. Die Liquidität betrug am Jahresende 85,8 T€. Die Gesellschaft war im gesamten Berichtszeitraum in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Erträge bestehen aus den Leistungen für die Geschäftsführung sowie die Haftungsprämie in Höhe von 2,5 T€ und aus Personalgestellung 525,1 T€, insgesamt 527,6 T€. Die Aufwendungen betreffen überwiegend Personalkosten 452,5 T€ und Fremdleistungen der OREG in Höhe von 40,9 T€, Rechts- und Beratungskosten von 3,8 T€ und Abschluss- und Prüfungskosten 2,5 T€. Ein Gewinnabführungsvertrag zur OREG ist vorbereitet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft. Im Rahmen einer organisatorischen Neuordnung des Unternehmens der OREG und ihrer Tochtergesellschaften können ggf. neu und erweiterte Aufgaben auf die Gesellschaft zukommen, die die Möglichkeit geben, das Service- und Verwaltungsportfolio der Gesellschaft sinnvoll zu ergänzen.

Ausblick:

Die Geschäftsführung der Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH erwartet auf Grund der Entwicklung des Geschäftsjahres 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis für die Jahre 2020 und 2021. Dies ist auch bei der Erweiterung des Geschäftszwecks auf Serviceerbringungen und Verwaltungsdienstleistungen so vorgesehen.

Windpark Hainhaus

GmbH & Co. KG

Solarallee 29, 64750 Lützelbach
Telefon: 06066/9699792
Telefax: 06062/9433-22
E-Mail: info@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

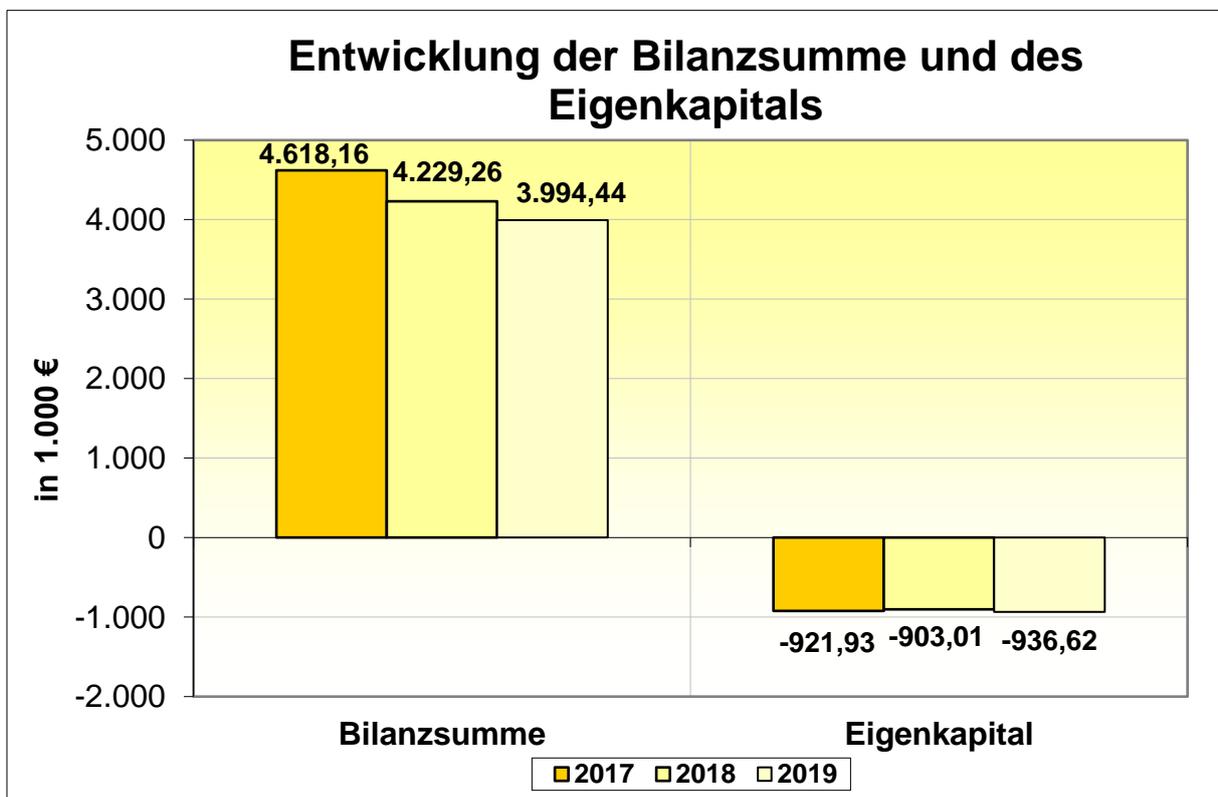
Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und der Verkauf regenerativer Energien in Form von Strom, erzeugt durch Windkraftanlagen auf dem unter „Hainhaus“ bekannten Areal.

Die Gesellschaft kann sich an Gesellschaften, die grundsätzlich einem gleichartigen Unternehmenszweck aufweisen, beteiligen.

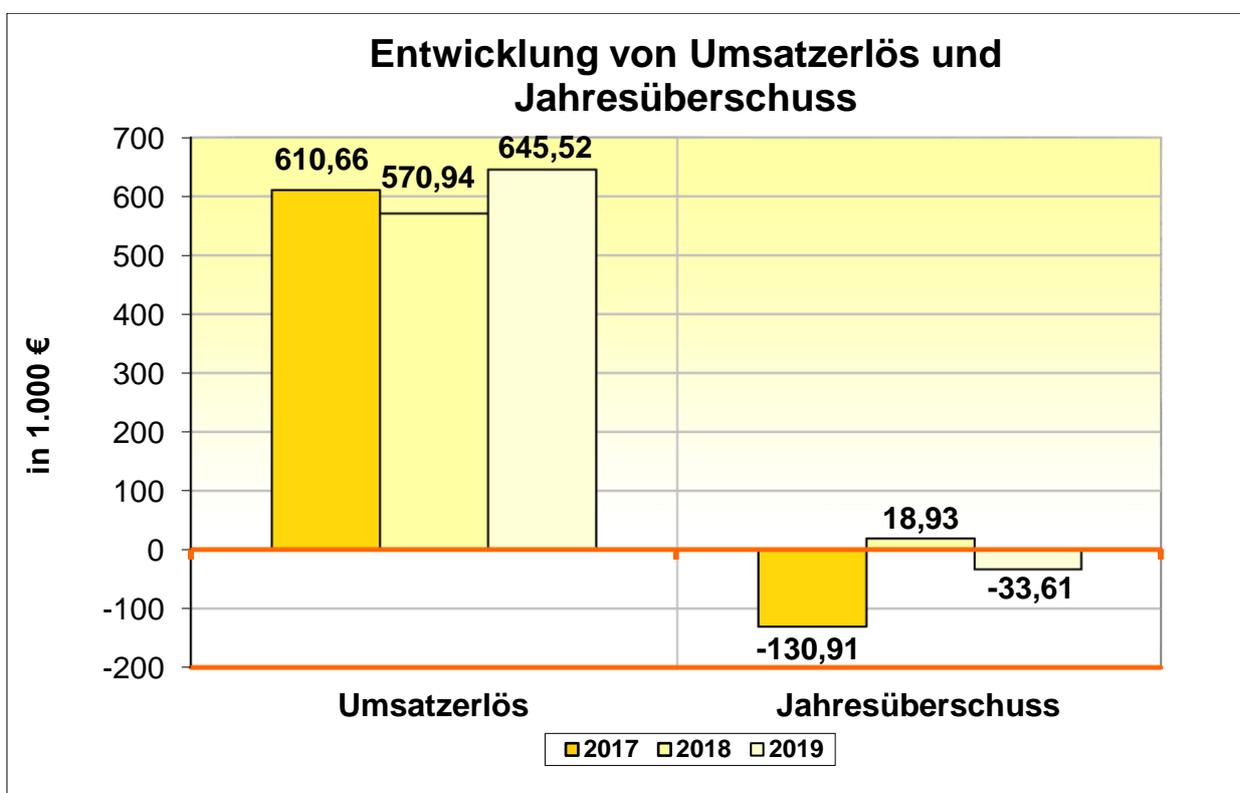
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Lützelbach	
Gründungsjahr:	2012	
Haftkapital:	10.000,00 €	
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 84688	
Gesellschafter:	Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH persönlich haftend ohne Komplementäreinlage	
Kommanditisten	Gemeinde Lützelbach	45 % Hafteinlage 4.500,00 €
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH	45 % Hafteinlage 4.500,00 €
	Energiegenossenschaft Odenwald e.G.	10 % Hafteinlage 1.000,00 €
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn	
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
Technische Anlagen und Maschinen	3.306.666,00	2.986.666,00	2.666.666,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	143.838,84	72.401,49	92.181,88
II. Guthaben bei Kreditinstituten	243.003,89	264.561,27	297.060,54
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.731,14	2.624,94	1.907,64
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter	921.925,00	903.010,36	936.619,59
Gesamt	4.618.164,87	4.229.264,06	3.994.435,65
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kapitalanteile	10.000,00	10.000,00	10.000,00
II. Verlustvortrag	-801.019,19	-931.935,62	-913.014,16
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-130.905,81	18.925,26	-33.605,43
VI. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter	921.925,00	903.010,36	936.619,59
B. Rückstellungen	3.850,00	3.850,00	12.672,92
C. Verbindlichkeiten	4.614.314,87	4.225.414,06	3.981.762,73
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	4.618.164,87	4.229.264,06	3.994.435,65



Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2018	2019
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	610.659,08	570.941,79	645.515,98
2. Sonstige betriebliche Erträge	408,55	32.897,15	174,29
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-320.000,00	-320.000,00	-320.000,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-275.300,46	-190.711,48	-236.059,82
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13,50	26,80	14,44
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-146.686,48	-74.229,00	-123.250,32
7. Ergebnis nach Steuern	-130.905,81	18.925,26	-33.605,43
8. Jahresergebnis/-fehlbetrag	-130.905,81	18.925,26	-33.605,43



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
	0,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	0,00	0,00	0,00

Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	-19,96	-21,35	-23,45
Eigenkapitalrentabilität	16,55	-2,05	-3,64
Verschuldungsgrad	-500,93	-468,36	-426,47
Personalintensität *	0,0	0,0	0,0

* Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter beschäftigt

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Am 01. Mai 2012 wurde eine Windkraftanlage auf dem Areal „Hainhaus“ wie geplant erworben. Es handelt sich um eine Vestas Windkraftanlage Typ V112 mit einer Nabenhöhe von 119 m und einer Nennleistung von 3.000 KW. Der erzeugte Strom wird laut Vertrag mit der VNB Rhein Main Neckar, jetzt e-netz Südhessen GmbH & Co. KG, in das vorhandene Netz eingespeist. Ab 01. April 2016 hat die Gesellschaft zusätzlich einen Vertrag mit der reg-ina eG zur Direktvermarktung abgeschlossen. Die eingespeisten Werte liegen für das Kalenderjahr über den Erwartungen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt für das laufende Kalenderjahr 3.994 T€. Für die Windkraftanlage wurden zum Jahresende nach Abschreibungen 2.667 T€ ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestanden zum Stichtag in Höhe von 92 T€ aus Einspeisevergütungen gegen e-netz Südhessen GmbH & Co. KG und gegen die reg-ina eG. Die Finanzierung ist durch Bankdarlehen gesichert. Diese haben eine Restlaufzeit von 14 Jahren. Die Liquidität der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG wird durch die Einspeiserträge in das Netz der e-netz Südhessen GmbH & Co. KG bestimmt und somit weitestgehend sichergestellt. Um die Liquidität zu stabilisieren, hat die Gesellschaft mit den finanzierenden Banken eine Umfinanzierung der bestehenden Darlehen zum 30.12.2016 vereinbart. Die Liquidität betrug am Jahresende 297 T€. Die Gesellschaft war dadurch im gesamten Berichtszeitraum in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Durch die Einspeisung der erzeugten Energie wurden Umsatzerlöse von 646 T€ generiert. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Das Geschäftsjahr 2019 endet mit einem Jahresfehlbetrag von 34 T€.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Risiken bestehen darin, dass sich das Windaufkommen in der Region abweichend der vorgenommenen Windmessuntersuchungen entwickelt.

Für die Investitionsfinanzierung besteht eine Zinsbindung bis zum 30.04.2022. Zu diesem Zeitpunkt ergibt sich nach der bestehenden Finanzierung eine voraussichtliche Restschuld von ca. 2.057,6 T€. Zinsrisiken werden daher nicht gesehen.

Ausblick:

Laut Businessplan werden ab 2020 bei einem durchschnittlichen jährlichen Windaufkommen von ca. 5.800 MWh Überschüsse erwartet. Der Cashflow aus den Einspeisevergütungen und der bestehenden Kreditfinanzierung wird durchgängig positiv sein.

Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH

Ochsenwiesenweg 2
64395 Brensbach
Telefon: 0 62 55 / 14 05

Odenwald Schlachthof
Bauträger GmbH



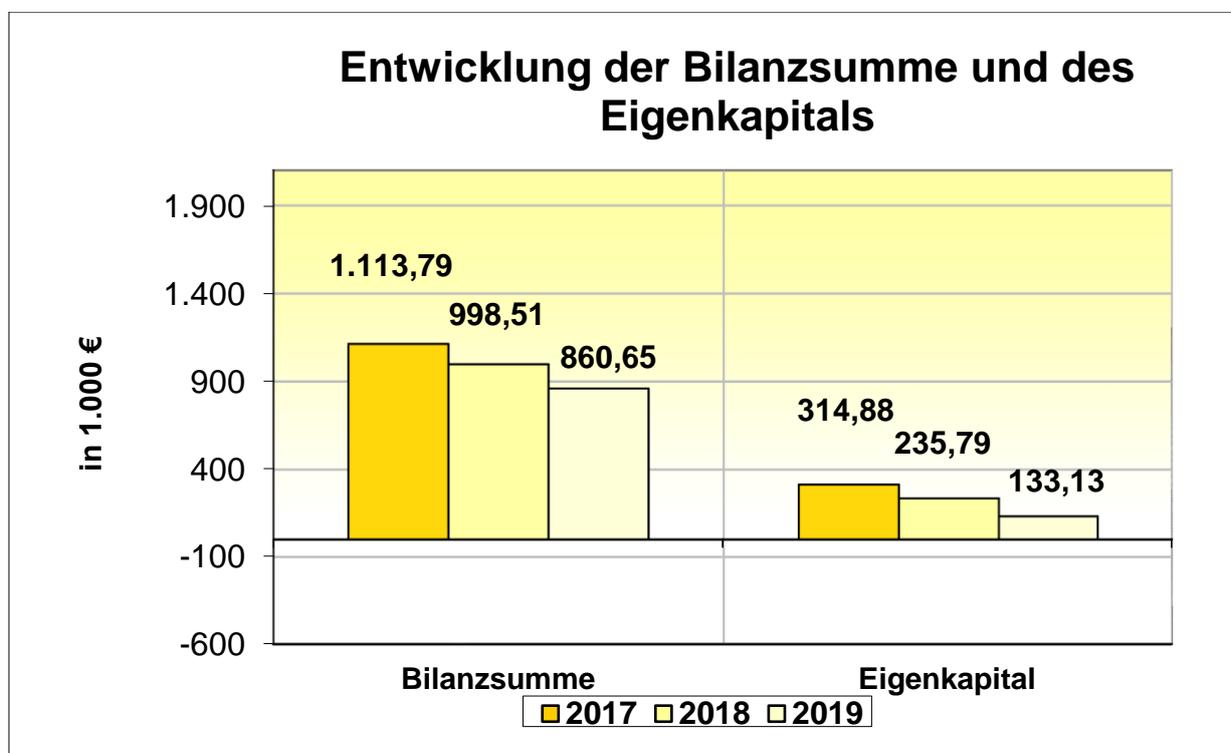
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und die Verpachtung eines Schlachthofes in Brensbach und die damit verbundenen Nebengeschäfte (vgl. § 2 Satzung, Stand 24.01.1995).

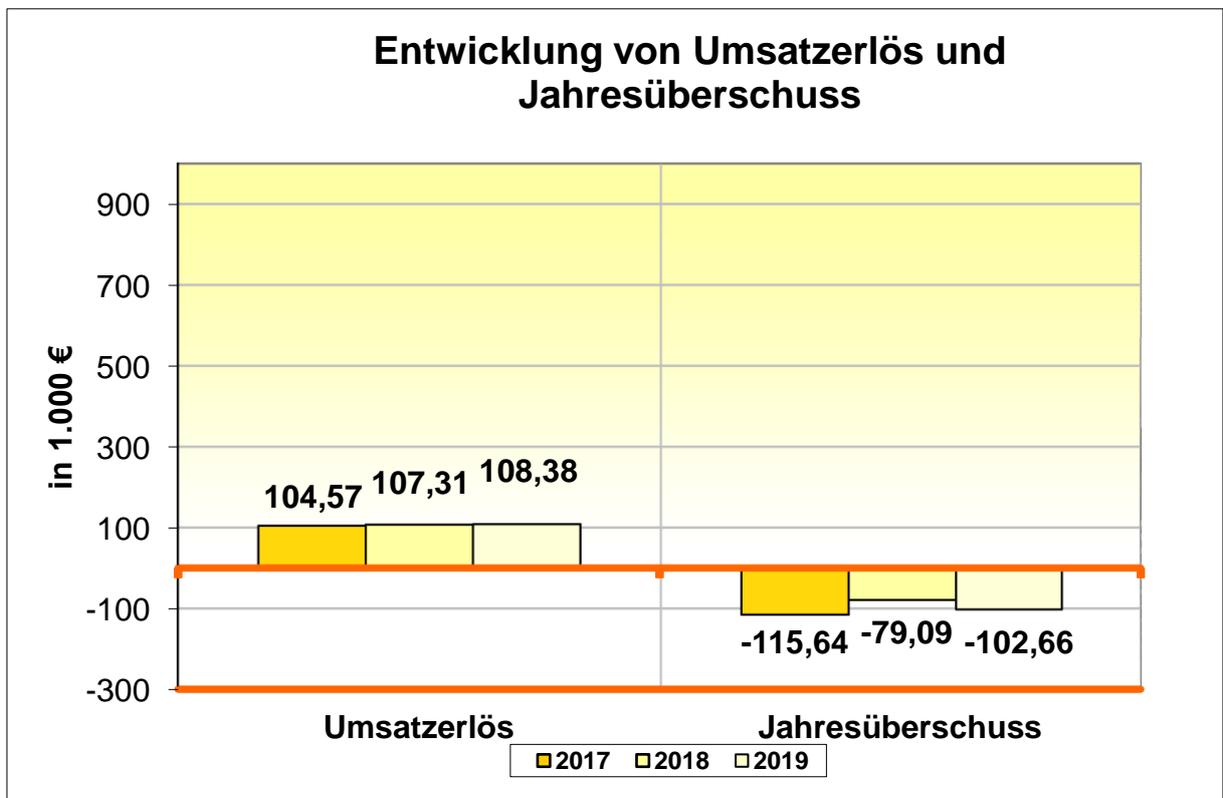
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Brensbach
Gründungsjahr:	1995
Gezeichnetes Kapital:	1.009.801,52 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 1066
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (284.451,12 €). Darin enthalten der Anteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Treuhandvertrag vom 22.11.1995, Anteil in Höhe von 142.225,56 €) den der Odenwaldkreis treuhändisch verwaltet. Neben dem Odenwaldkreis sind 10 weitere Kommunen und 40 privatrechtliche Gesellschaften oder Privatpersonen Gesellschafter der Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH.
Geschäftsführung:	Uwe Rüttiger
Aufsichtsrat:	Dr. Michael Reuter (Vorsitzender) Lutz Eidmann Michael Eller Eric Engels Jean Friedrich Knapp Hans Laudenberg
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	LBH-Steuerberatungsgesellschaft mbH Niederlassung Groß-Umstadt

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.019.304,51	885.799,51	745.059,51
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	84.855,70	92.029,35	91.237,86
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.626,02	20.679,77	21.628,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	2.728,26
gesamt	1.113.786,23	998.508,63	860.654,57
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.009.801,52	1.009.801,52	1.009.801,52
II. Eigene Anteile	-65.992,66	-65.992,66	-65.992,66
III. Gewinnrücklagen	52.291,57	52.291,57	52.291,57
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-565.585,60	-681.223,99	-760.312,83
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-115.638,39	-79.088,84	-102.661,38
B. Rückstellungen	4.597,00	33.888,21	35.567,23
C. Verbindlichkeiten	794.312,79	728.832,82	691.961,12
gesamt	1.113.786,23	998.508,63	860.654,57



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	104.572,33	107.313,66	108.375,54
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	2.000,00	600,00
3. Materialaufwand	-23.749,69	-14.557,93	-29.088,24
Rohergebnis	80.822,64	94.755,73	79.887,30
4. Personalaufwand	-6.460,28	-7.307,87	-7.639,10
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-140.220,00	-140.263,00	-140.740,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-31.212,04	-7.916,29	-16.137,88
Betriebsergebnis	-97.069,68	-60.731,43	-84.629,68
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14.387,41	-14.350,33	-13.692,10
Finanzergebnis	-14.387,41	-14.350,33	-13.692,10
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-111.457,09	-75.081,76	-98.321,78
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Sonstige Steuern	-4.181,30	-4.007,08	-4.339,60
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-115.638,39	-79.088,84	-102.661,38



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
-	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	1	1	1
Personalkosten in €	6.460,28	7.307,87	7.639,10

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	28,27	23,61	15,47
Eigenkapitalrentabilität	-26,86	-25,12	-43,54
Verschuldungsgrad	253,72	323,48	546,50
Personalintensität	6,18	6,81	7,05

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Vergütung der Geschäftsführung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Nachrichtlich

Ein Lagebericht wird von der Gesellschaft nicht erstellt.

**OWAS Odenwälder Wasser- und
Abwasser-Service GmbH**

Werner-von-Siemens-Str. 33
64711 Erbach
Telefon: 06062/63310, Telefax: 06062/63224
E-Mail: info@owas-gmbh.de



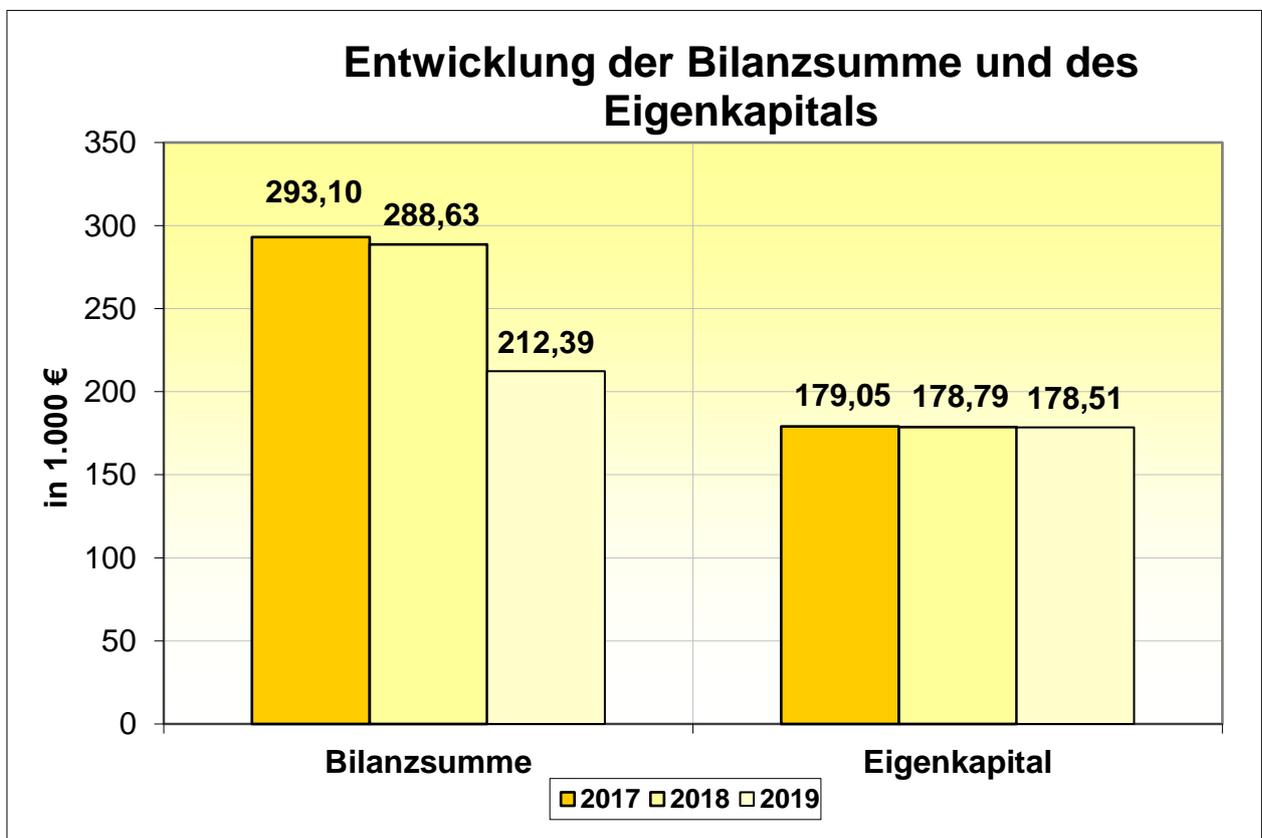
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 3 des Gesellschaftervertrages die Erbringung von Laborleistungen im Umweltbereich, die Durchführung von Kontrollen entsprechend der Eigenkontrollverordnung und der Einleiterkontrolle und die Übernahme von Dienstleistungen des kommunalen Umweltschutzes.

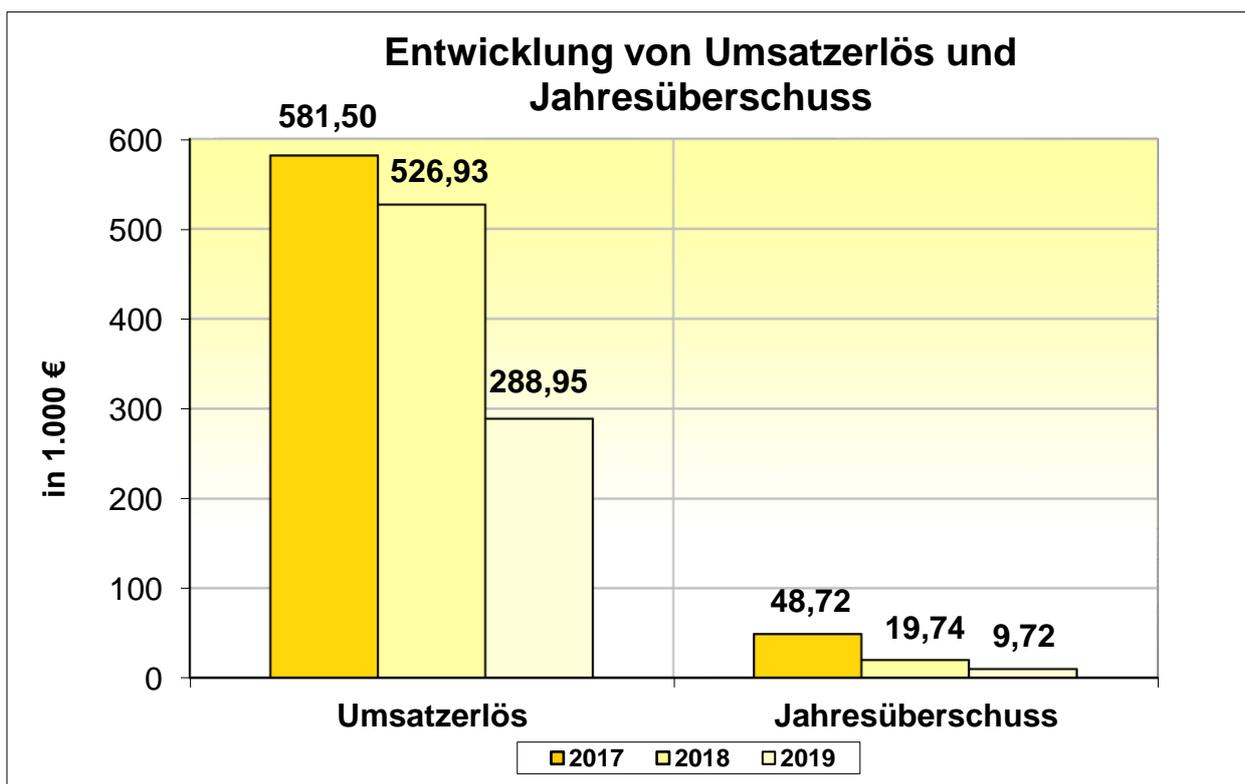
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	25.564,59 €
Handelsregister:	Registergericht Darmstadt, HRB 70993
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Bad König (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Obere Gersprenz, Brensbach (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Mittlere Mümling, Michelstadt (Anteil: 15 %; 3.834,70 €) Abwasserverband Unterzent-Untere Mümling, Breuberg (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) ENTEKA AG Darmstadt (Anteil: 29 %; 7.413,70 €) Stadtwerke Michelstadt (Anteil: 16 %; 4.090,34 €)
Geschäftsführung:	Frau Dipl. Ing. Barbara Croissant Herr Sean Allen Brent
Aufsichtsrat:	nicht vorhanden
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Diplom Kaufmann Jürgen E. Mühlhäuser Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.869,00	3.210,00	2.043,00
II. Sachanlagen	11.195,00	5.402,00	2.580,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	73,00	21,45	27,30
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	125.779,36	96.265,23	48.026,88
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	154.059,55	183.604,73	159.604,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	127,96	131,00	107,00
gesamt	293.103,87	288.634,41	212.388,45
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Gewinnrücklage	70.000,00	70.000,00	70.000,00
III. Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	83.481,37	83.225,78	82.948,50
B. Rückstellungen	39.110,14	44.660,99	22.025,28
C. Verbindlichkeiten	74.947,77	65.183,05	11.850,08
gesamt	293.103,87	288.634,41	212.388,45



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Umsatzerlöse	581.496,23	526.927,66	288.945,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.477,13	2.345,34	2.644,36
3. Materialaufwand	-267.644,22	-235.596,83	-61.276,65
4. Personalaufwand	-191.571,96	-205.542,62	-158.409,29
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-12.341,54	-9.372,10	-3.986,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-42.912,83	-50.460,26	-53.870,60
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	116,98	30,01	2,11
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	69.619,79	28.330,97	14.049,79
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-20.697,53	-8.381,56	-4.121,59
11. Sonstige Steuern	-206,00	-205,23	-205,48
12. Jahresüberschuss	48.716,26	19.744,41	9.722,72
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	34.765,11	63.481,37	73.225,78
14. Bilanzgewinn	83.481,37	83.225,78	82.948,50



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Dividende Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH	2.000,00	1.000,00	1.000,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Mitarbeiter	2 Vollzeit 2 Teilzeit 1 geringfügig	2 Vollzeit 2 Teilzeit 1 geringfügig	1,5 Vollzeit 2 Teilzeit 1 geringfügig
Personalkosten in €	191.571,96	205.542,62	157.812,01

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	61,09	61,94	84,25
Eigenkapitalrentabilität	37,38	12,41	8,17
Verschuldungsgrad	63,70	61,44	18,69
Personalintensität	32,94	39,01	54,62

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Vergütung der Geschäftsführung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Als Dienstleister mit Tätigkeitsschwerpunkt im gesetzlich geregelten Bereich stellt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ein eher nachrangiger Einflussfaktor auf die Entwicklung der Geschäfte dar. Vielmehr sind die sich im zeitlichen Verlauf ändernden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen maßgeblich und erfordern stetige Anpassungen um weiterhin erfolgreich tätig zu sein.

Nach wie vor konnten wir unsere stabile Position im Geschäftsbereich Gewässerschutz-beauftragter (GSB) halten und sogar noch um einen Kunden ausbauen. Es zeigt sich, dass wir als zuverlässiger und kompetenter Partner hier weiterhin akzeptiert und geschätzt werden. Es bestehen mit insgesamt 23 Kommunen und Abwasserverbänden Verträge über die Bestellung zum Gewässerschutzbeauftragten (davon 15 Auftraggeber außerhalb des Odenwaldkreises).

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 beinhaltet im Bereich Labordienstleistung Trinkwasser erstmals nur noch den kleinen Teil der Legionellenuntersuchungen. Sämtliche Roh- und Trinkwasseraufträge wurden 2019 von den kommunalen Versorgern komplett über akkreditierte Labore abgewickelt.

Für Seniorenheime, Kindergärten und für gewerbliche Vermietungen werden systemische Legionellenuntersuchungen, diverse weitere Trinkwasseruntersuchungen und Hygienekontrollen durchgeführt. Die Odenwald-Therme in Bad-König, die kreiseigenen Schulbäder, alle Freibäder im Odenwaldkreis und zwei im Landkreis Bergstraße sowie diverse private Bäder werden durch uns analytisch betreut.

Für fünf Abwasserreinigungsanlagen (Oberzent-Sensbachtal, Odenwald-Schlachthof, Sickerwasserreinigungsanlage des MZVO, MEDIAN-Klinik in Breuberg-Sandbach und Bio-Wert in Brensbach) erbringen wir regelmäßig die Eigenkontrollanalytik.

Weiterhin bestand Nachfrage nach Analytikleistungen für Klärschlämme, Böden und Substrate.

Für den Abwasserverband Obere Gersprenz erfolgt die kaufmännische Geschäftsführung durch OWAS.

Die jeweiligen Analytikleistungen erbringen wir in Kooperation mit akkreditierten Laboren. Wir sind in deren QM-System eingebunden und müssen durch regelmäßige Schulungen und internen und externen Audits unsere Kompetenz nachweisen.

Insbesondere die Bewertung der Untersuchungsergebnisse und die Beratung hinsichtlich der technischen und normativen Belange bei der Aufbereitung von Trink- und Badewasser sowie die große Flexibilität in der Leistungserstellung sind für unsere Kunden von Bedeutung.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Geschäftsjahr 2019 lag die Gesamtleistung mit 288.945,86 € um knapp 238 T€ niedriger als im Vorjahr (526.927,66 €). Dies ist im Wesentlichen auf den Umsatzrückgang im Geschäftsbereich Trink- und Rohwasseranalytik zurückzuführen. Parallel hierzu ist jedoch der Rückgang der bezogenen Analytikleistungen zu betrachten. Sie lag im Berichtsjahr bei 58.016,38 €, gegenüber 233.010,70 € im Vorjahr. Das bedeutet einen Rückgang von fast 175 T€.

Gegenüber den Vorjahren wurde im Berichtsjahr 2019 die Gesamtleistung im Wesentlichen in den Geschäftsbereichen Gewässerschutzbeauftragter erbracht (40 %).

Den Umsätzen stehen Aufwendungen für Material, Waren und Dritteleistungen (Laborleistungen) in Höhe von insgesamt 61.276 € (im Vorjahr 235.596 €) gegenüber. Die Materialaufwandsquote entspricht rund 21 % gegenüber 45 % der Gesamtleistung im Vorjahr.

In 2019 wurde der Personalbestand theoretisch um eine halbe Stelle reduziert; 1,5 Vollzeitkräfte, zwei Teilzeitkräfte und eine Aushilfskraft (Raumpflege). Dadurch wurde der Personalaufwand von 205.542 € auf 158.409 € niedriger (Minus 47.133 €).

Die Abschreibungen sind im Berichtsjahr von 9.372,10 € (2018) auf 3.986,00 € gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen für Miete, Nebenkosten, Energie, Versicherungen, Fahrzeuge, Werbung, Frachten, Reparaturen, Porto, Telekommunikation, Bürobedarf, Buchführung, Abschluss- und Prüfungskosten, Kontogebühren, Betriebsbedarf, usw. lagen mit 53.870,60 € über dem Ausgabenvolumen des Vorjahres von 50.460,26 €.

Im Jahresvergleich hat sich die Bilanzsumme von 288,6 T€ um $\approx 26,5$ % auf 212,4 T€ verringert. Das Stammkapital beträgt unverändert 25,6 T€. Das Eigenkapital hat sich um 0,3 T€ von 178,8 T€ auf 178,5 T€ verringert.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

Herr Brent hat sein Arbeitsverhältnis fristgerecht zum 30.06.2020 gekündigt, bittet aber um einen Auflösungsvertrag um seine neue Stelle zeitnah antreten zu können. Dem wurde seitens der Gesellschafter entsprochen. Herr Brent hat zum 31.07.2020 das Unternehmen verlassen. Der Anstellungsvertrag mit Frau Croissant läuft nach 3 Jahren zum 31.12.2020 aus. Frau Croissant hat schriftlich erklärt, dass sie unter den gegebenen Umständen über dieses Datum hinaus keine Vertragsverlängerung wünscht.

In den letzten Jahren haben sich die Marktverhältnisse aufgrund gesetzlicher Änderungen so verändert, dass langfristig der wirtschaftliche Fortbestand der OWAS nur schwer zu

realisieren ist. Eine wesentliche Komponente ist dabei, dass dem Geschäftsmodell der OWAS in den vergangenen Jahren durch neue rechtliche Regulierungsmaßnahmen (z.B. im Bereich Kleinkläranlagen, Trinkwasseranalytik, Klärschlamm Entsorgung) die Grundlage entzogen wurde. Auch ursprünglich angedachte Kompensationsmaßnahmen können aus Sicht der Geschäftsführung langfristig nicht für eine Stabilisierung sorgen. Die Geschäftsführung sieht für die Gesellschaft keine Perspektive und hat insofern durch die Kündigungen die persönliche Konsequenz gezogen.

Die Gesellschafter waren sich einig, dass eine Fortführung der OWAS, welche insbesondere auch die Neueinstellung einer neuen Geschäftsführung erfordern würde, keinen Sinn macht.

Die Liquidation der Gesellschaft ist für den 31.12.2020 geplant.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5
65719 Hofheim am Taunus
Telefon: 06192/294-0, Telefon: 06192/294-900
E-Mail: rmv@rmv.de



Unternehmenszweck

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH obliegt die Aufgabe der Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV gewährleistet. Als Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH dienen der Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit den übrigen Verträgen des Verbundvertragswerkes (Grundvertrag, öffentlich-rechtlicher Vertrag, Kooperationsvertrag und Einnahmenaufteilungsvertrag sowie die Verkehrsserviceverträge).

Zum Zweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt sie im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplans; Harmonisierung der IT-Infrastruktur und Verbesserung der Fahrgastinformation; Digitalisierungsstrategie und Vernetzungsinitiative; Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM); Weiterentwicklung Digitalisierung des Tarifs; Vermarktung und Kundenbeziehungsmanagement; Imageprofilierung und Stärkung der Dachmarke RMV; Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen sowie Qualitätserfassung, -bewertung und -sicherung im SPNV und im Buspersonennahverkehr (BPNV); Fortführen der bewährten Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene; Fachzentrum Mobilität im ländlichen Raum.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

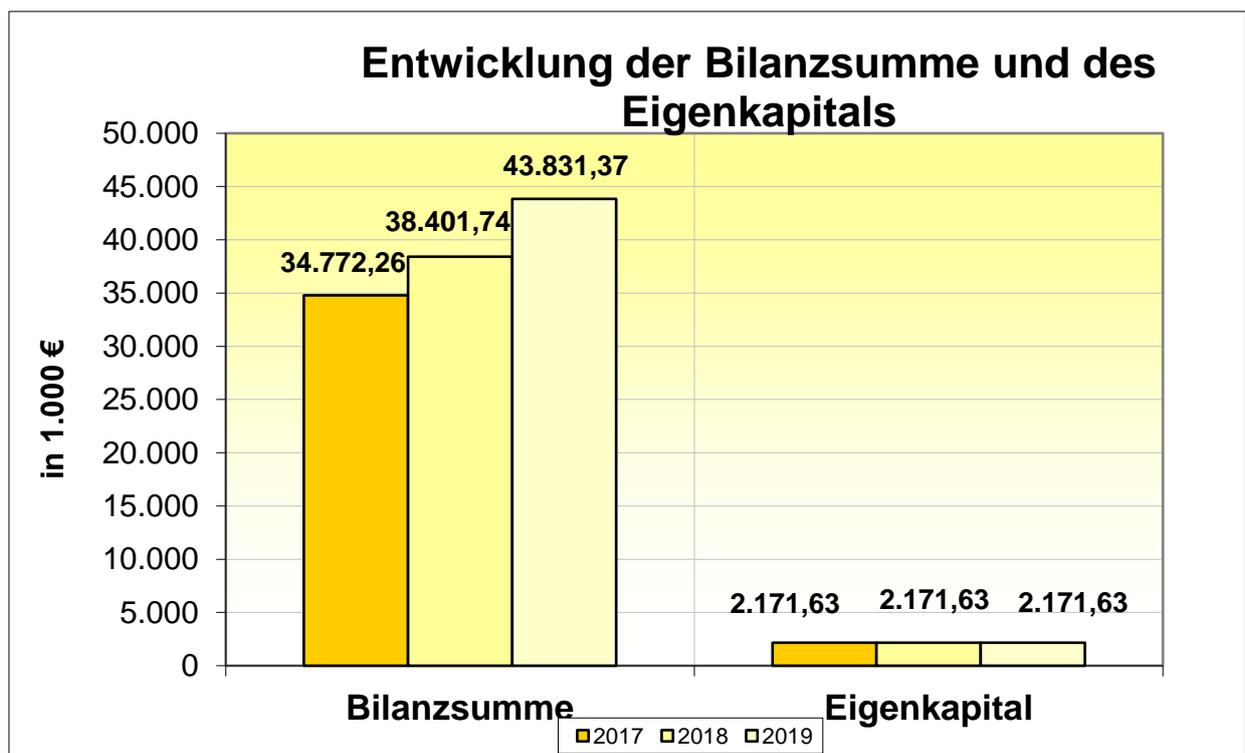
Die Gesellschaft fördert das von Hessen und den Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Gebiet des Verkehrsverbundes unter Beachtung markt- und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Hofheim am Taunus
Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	690.244,04 €
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 34128
Geschäftsführung:	Prof. Knut Ringat, Sprecher der Geschäftsführung Dr. André Kavai

Gesellschafter:	Zu gleichen Teilen (je 3,704 %) <ul style="list-style-type: none"> Land Hessen Stadt Darmstadt Stadt Frankfurt am Main Stadt Offenbach am Main Stadt Wiesbaden Stadt Bad Homburg v. d. H. Stadt Fulda Stadt Gießen Stadt Hanau Stadt Marburg Stadt Rüsselsheim Stadt Wetzlar Landkreis Darmstadt-Dieburg 	<ul style="list-style-type: none"> Landkreis Fulda Landkreis Gießen Landkreis Groß-Gerau Landkreis Hochtaunuskreis Landkreis Lahn-Dill Landkreis Limburg-Weilburg Landkreis Main-Kinzig Landkreis Main-Taunus Landkreis Marburg-Biedenkopf Odenwaldkreis Landkreis Offenbach Rheingau-Taunus-Kreis Vogelsbergkreis Wetteraukreis
Aufsichtsrat:	Vorsitzender Peter Feldmann stellv. Vorsitz. Ulrich Krebs Mathias Samson (bis 24.02.2019) Jens Deutschendorf (ab 25.02.19) Dr. Martin J. Worms Dr. Barbara Boczek (bis 19.11.19) Jochen Partsch (ab 20.11.2019) Sabine Groß Andreas Kowol Alexander Hetjes Dr. Heiko Wingefeld Gerda Weigel-Greilich Thomas Morlock Dr. Thomas Spies Nils Kraft Norbert Kortlüke	Christel Fleischmann (bis 30.09.19) Robert Ahrnt (ab 31.10.2019) Bernd Woide Anita Schneider Walter Astheimer Wolfgang Schuster Manfred Michels (bis 31.08.2019) Michael Köberle (ab 27.05.2019) Winfried Ottmann Johannes Baron Marian Zachow Frank Matiaske Claudia Jäger Frank Kilian Manfred Görig Jan Weckler
Beteiligungen:	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms), Frankfurt a.M., (100,00 %; 125.000,00 €)	
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma), Hofheim am Taunus, (100,00 %; 100.000,00 €)	
	Mobilligence GmbH, Berlin, (100,00 %, 25.000,00 €)	
	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG, Köln, (10,13 %; 100.000,00 €)	
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain, (12,45 %; 30.000,00 €)	
	CityBahn GmbH, Wiesbaden, (10,0 %, 7.704,00 €)	
	RTW – Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M. (16,67 %; 5.000,00 €)	
Abschlussprüfer:	Keiper & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.431.544,07	7.560.160,57	7.989.519,57
II. Sachanlagen	646.950,00	454.102,00	545.500,70
III. Finanzanlagen	3.104.314,08	5.112.018,08	6.112.018,08
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	50.161,95	34.000,00	197.090,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.032.294,82	23.583.108,16	27.677.656,61
III. Sonstige Wertpapiere	709.000,00	709.000,00	230.000,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	251.295,43	270.731,32	534.615,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	546.696,85	678.617,60	544.968,29
Gesamt	34.772.257,20	38.401.737,73	43.831.368,35
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04	690.244,04
II. Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80	1.481.385,80
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	11.182.808,15	13.126.280,65	14.647.038,35
C. Rückstellungen	17.435.729,34	18.474.515,91	21.822.897,88
D. Verbindlichkeiten	3.927.309,90	4.629.311,33	5.189.802,28
E. Rechnungsabgrenzungsposten	54.779,97	0,00	0,00
Gesamt	34.772.257,20	38.401.737,73	43.831.368,35



Gewinn- und Verlustrechnung*	2017 €	2018 €	2019 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	4.147.323,90	4.451.932,72	4.380.018,76
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	42.648.862,15	44.703.970,53	49.833.516,59
3. Zur Aufwandsabdeckung verfügbare Zuwendungen	46.796.186,05	49.155.903,25	54.213.535,35
4. Erträge aus Projektzuwendungen	3.690.447,72	3.216.876,23	3.267.905,91
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.694.617,29	1.392.576,56	1.393.750,74
6. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	2.824.276,83	3.071.380,72	3.200.677,78
7. Materialaufwand	-33.809.053,00	-32.833.102,68	-36.370.683,12
8. Personalaufwand	-12.527.415,70	-13.108.173,39	-14.327.249,56
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.824.276,83	-3.071.380,72	-3.200.677,78
10. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-3.296.693,47	-5.014.853,22	-4.721.435,48
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.016.667,77	-4.511.271,75	-4.760.626,19
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.820.969,91	2.030.804,63	1.700.876,34
13. Erträge aus Beteiligungen	97.016,69	116.651,63	5.163,40
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.347,20	1.438,07	34.374,08
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-450.697,92	-445.198,33	-434.122,87
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.057,00	1.651,00	1.488,60
17. Sonstige Steuern	-2.057,00	-1.651,00	-1.488,60
18. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00

*Auf eine graphische Darstellung der Entwicklung der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses wird an dieser Stelle verzichtet, weil die Werte 0 betragen.

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe:

Grundsätzlich ist die RMV-GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Umlage zur Komplementärfinanzierung der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	72.532,29	98.436,71	103.054,64

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Mitarbeiter	146	143	147
Personalkosten in €	12.527.415,70	13.108.173,39	14.327.249,56

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	6,25 %	5,7 %	7,8 %
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von 51,13 € pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2019 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6 T€ (Vorjahr 4 T€) an.

Auszüge aus dem Lagebericht

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) stellt den Rahmen für die Geschäftsgrundlage und Zuständigkeit des Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) dar. Demnach sind das Land Hessen, die kreisfreien Städte, die Sonderstatusstädte sowie die Landkreise für die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und für weitere Aufgaben des Personennahverkehrs mit Bussen und Bahnen zuständig. Diese bedienen sich im Regionalverkehr der von ihnen gegründeten Verkehrsverbundgesellschaft – dem RMV. Gemeinsam mit seinen Partnern, den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV sichergestellt. Zum Aufgabenspektrum des RMV gehören die Tarifgestaltung, die Fahrplanerstellung und die Entwicklung der Netze, die Planung und Vergabe der Verkehrsdienstleistungen an Verkehrsunternehmen, sowie die Sicherung und Fortentwicklung der hohen qualitativen Standards. Neben den klassischen Verbundaufgaben ein Fahrplan – ein Fahrpreis – eine Fahrkarte haben sich die Aufgabenfelder im Laufe der Jahre erweitert. Hierzu zählen auch Planungs- und Machbarkeitsstudien und Investitionsmaßnahmen mit dem RMV in der Federführung.

So entwickelte sich der RMV vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsdienstleister.

Der RMV hat in den letzten Jahren einen sprunghaften Anstieg der Fahrgastzahlen zu verzeichnen. Klima- und Umweltaspekte, Reurbanisierung sowie Dieselfahrverbote haben diese Entwicklung vorangetrieben. Diese veränderten Rahmenbedingungen waren die Grundlage für das Strategiekonzept RMV-Mobilität 2035. Dem gegenüber steht eine über Jahre hinweg vernachlässigte Infrastruktur, die bis an die Kapazitätsgrenze und teilweise sogar darüber hinaus ausgelastet ist. Hinzu kommt eine nicht nur aus Kundensicht oft ungenügende Qualität, insbesondere in den Bereichen Information und Pünktlichkeit.

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 4.712 T€ auf 60.181 T€ gestiegen (i. Vj. 55.469 T€). Im Wesentlichen betraf dies die Mehraufwendungen für bezogene Leistungen, die um 3.538 T€ auf 36.371 T€ (i. Vj. 32.833 T€) gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um 1.219 T€ auf 14.327 T€ (i. Vj. 13.108 T€). Im Gegenzug sanken die Aufwendungen für Investitionen um 292 T€ gegenüber dem Vorjahr auf 4.723 T€ (i. Vj. 5.015 T€).

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 33,4 % (i.Vj: 34,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 66,6 % (i.Vj. 65,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Bereiche der Kundenkommunikation, Qualitätsmanagement und Mobilitätsforschung, Datenmanagement, sowie eTicket und Vertrieb generiert. Das Rohergebnis ist von 14.581 T€ um 1.721 T€ auf 16.302 T€ gestiegen. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 12,2 % gestiegen, was dem stetigen Aufbau an Personal-Ressourcen Rechnung trägt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben um 8,0 % zugenommen, was u. a. auf das gestiegene Geschäftsvolumen zurückzuführen ist. Das Anlagevermögen ist zu 36,9 % mit Eigenkapital finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2019 durchgängig gewährleistet.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Gegenstand der fahma ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennachverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), insbesondere im Wege der langfristigen Fahrzeugbereitstellung. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher.

Die Umsatzerlöse betreffen Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn sowie für die 4 weiteren Fahrzeuge der Odenwaldbahn (5.167 T€) sowie Entgelte für die Taunusbahn (1.695 T€) für das Geschäftsjahr 2019. Ein Ertrag von 199,2 T€ ergab sich aus der Leistungserbringung für die RMV GmbH gem. Kooperationsvertrag. Die Aufwendungen sind – wie im Vorjahr – geprägt durch Abschreibungen in Höhe von 3.220 T€ (Vorjahr: 3.220 T€) sowie die Zinsaufwendungen in Höhe von 1.186 T€ (Vorjahr: 1.467 T€). Das Ergebnis vor Zinsen beträgt 2.393 T€ (Vorjahr: 3.067 T€). Dieses wird aufgrund des planmäßig negativen Finanzergebnisses von 1.186 T€ (Vorjahr: 1.467 T€) teilweise kompensiert. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von 1.207 T€ (Vorjahr: 1.600 T€), das gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abzuführen ist. Insgesamt wurde das für 2019 geplante Ergebnis nach Steuern (früher: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) um rund 304 T€ übertroffen. Dies ist insbesondere dadurch begründet, dass der Zinsaufwand für die Finanzierung der Fahrzeuge für das Taunusnetz deutlich geringer ausfällt als geplant. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung im September 2018 war nach kaufmännischer Vorsicht mit höheren Zinsen zu rechnen als dann im Ergebnis der Ausschreibung der Fahrzeugfinanzierung nach Verhandlung und mehreren Angebotsrunden in 2019 erreicht wurde.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 16,67 % der Anteile an der RTW. Gegenstand der Gesellschaft seit dem 12.11.2015 (Anpassung des Gesellschaftervertrags) ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen. In der Gesellschafterversammlung vom 28.11.2019 haben die Gesellschafter die Baurealisierung sowie die damit zusammenhängende Finanzierung der Regionaltangente West aus Gesellschafter-, Bundes- und Landesmitteln einstimmig beschlossen.

Das Budget der Gesellschaft wurde zur Erfüllung der vorgesehenen Aufgaben zusätzlich zu den bisherigen 50,8 Mio. € um weitere 241.472.218 € auf 292.272.218 € aufgestockt. Zusammen mit dem Gründungsbudget i. H. v. 5,78 Mio. € ergibt sich hieraus ein Gesamtbudget von 298.052.218 €. Der Antrag der RTW GmbH auf Bezuschussung der Planungskosten durch die EU, abgegeben im Januar 2015, wurde von der EU-Kommission positiv beschieden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain. Die Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftszweck ableiten, sind in der Aufgabenvereinbarung als Anlage zum Gesellschaftervertrag festgelegt.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der ivm GmbH liegt in der Entwicklung und Erarbeitung von Konzeptionen und Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Region, die dann gemeinsam mit den Gesellschaftern und durch die zuständigen Aufgabenträger in der Region Frankfurt RheinMain umgesetzt werden. Hierzu zählt auch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen, wie sie den Bürgerserviceangeboten der ivm GmbH zu Grunde liegen. Um den Anforderungen eines zeitgemäßen Angebotes nachkommen zu können, beteiligt sich die ivm GmbH darüber hinaus als regionaler Partner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten und macht die hierin erarbeiteten Ergebnisse nutzbar für Ihre Gesellschafter.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von 100 T€. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen. Das Geschäftsjahr 2019 verlief besser als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2019 Vorbereitungen getroffen, ihr Geschäftsmodell hinsichtlich e Ticketing auf Smartphones zu erweitern. Die Gesellschafterversammlung hat dem zugestimmt, so dass nun die Markteinführung des VDV-Barcode mobile* angegangen wird, dafür notwendige zentrale Systeme aufgebaut sowie zusätzliche Personalkosten geschaffen werden.

Der Umsatz für 2019 beträgt 4.723 T€ und liegt damit knapp 1 % unter dem im Wirtschaftsplan 2020 ausgewiesenen Wert für 2019. Die Prognosemethode für die Erlöse aus Lizenzentgelten entspricht der des Vorjahres; das Geschäftsergebnis beträgt 511 T€.

Der Absatz von Nutzermedien-Zertifikaten wird sich voraussichtlich weiter stabil entwickeln, so dass von einer stabilen Ertragslage in diesem Segment ausgegangen wird.

Mobilligence GmbH

Die Mobilligence GmbH ist eine 100%ige Tochter der rms GmbH und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobilligence soll wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und

Serviceunternehmen am Markt auftreten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche.

Die digitale Vernetzung der Branche ist eine Aufgabe, die in vielen Bereichen technische Innovation und neue Lösungen voraussetzt. Bund und Länder erwägen jeweils eigene Förderprogramme in diesem Kontext aufzusetzen. Hierbei unterstützt die Mobilligence bereits jetzt. Kompetenzen im Bereich Fördermittelmanagement bilden eine zentrale Grundlage der Mobilligence.

Der Standort in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofes, im direkten Umfeld des Wirtschafts- und des Verkehrsministeriums bietet gute Chancen für die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Branche, Kunden und politischen Entscheidungsträgern, aber auch für die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter.

CityBahn GmbH

Im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH einen Geschäftsanteil in Höhe von 7.704 € erworben. Dies entspricht 10 % vom Stammkapital in Höhe von 77.041 €.

Das Projekt „CityBahn“ verbindet in der Metropolregion „Westliches Rhein-Main-Gebiet“ die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis miteinander und soll hier eine Rückgratfunktion im ÖPNV übernehmen. Damit wird eine Region mit 700.000 Einwohnern verknüpft und die kommunalen Entwicklungen hinsichtlich Wohnbebauung, Gewerbe und Umweltschutz gefördert. Das Projekt CityBahn muss ganzheitlich betrachtet werden. Zusätzlich kommt dem Projekt in Wiesbaden durch den Green City-Masterplan „WI-Connect“ eine besondere Bedeutung zu: Mit dem Green City Plan – Masterplan „WI-Connect“ der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Beiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen urbanen Mobilität in Wiesbaden geleistet, um die Belastungen in der Innenstadt mit NO₂, aber auch anderen Luftschadstoffen und Lärm zu reduzieren. Eine Säule des Masterplans „WI-Connect“ ist die Entwicklung und Umsetzung einer CityBahn. Mithilfe der CityBahn sollen zwei Kernprobleme des regionalen Verkehrsgeschehens gelöst werden: die stetig wachsende Fahrgastnachfrage im öffentlichen Nahverkehr sowie die von Dieselmotoren verursachte Luft – und Lärmbelastung.

Chancen- und Risikobericht

Mit Abschluss der Finanzierungsvereinbarung vom 21.11.2016 für die Jahre 2017 – 2021 sollte die Finanzierung der RMV GmbH für diesen Zeitraum gesichert werden. Der ÖPNV steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Neben den Diskussionen um Dieselfahrverbote und dem Erreichen der Klimaziele lassen die Corona-Krise die Erwartungen und Anforderungen an den ÖPNV kontinuierlich steigen.

Die RMV GmbH ist maßgeblich an die finanzielle Lage der öffentlichen Hand gebunden. Durch den massiven Wegfall von Fahrgasteinnahmen aufgrund der Corona-Krise wird diese Abhängigkeit nochmal verstärkt.

Obwohl die RMV GmbH maßgeblich an die finanzielle Lage der öffentlichen Hand gebunden ist, bestehen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzierungsvereinbarung und dem Land Hessen als hauptfinanzierenden Gesellschafter, keine bestandsgefährdenden Risiken. Von einer nachfolgenden Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2022 ff kann mit hinreichender Sicherheit ausgegangen werden.

FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region
Frankfurt am Main

Unterschweinstiege 8
Main Airport Center
60549 Frankfurt am Main
Telefon: 069 686038-0, Telefax: 069 686038-11
E-Mail: info@frm-united.com



FrankfurtRheinMain
Become a part of it.

Gegenstand des Unternehmens

Satzungsgemäßer Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraumes zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraumes und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraumes ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild und die Marke des Wirtschaftsraumes zu entwickeln und zu pflegen.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Frankfurt am Main
Gründungsjahr:	24.03.2005
Stammkapital:	250.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt, HRB 75141
Gesellschafter:	37,5 % Beteiligung: Stadt Frankfurt am Main 7,50 % Beteiligung: IHK Forum Rhein-Main 5,00 % Beteiligung: Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main 4,00 % Beteiligung: Landeshauptstadt Wiesbaden 3,50 % Beteiligung: Main-Taunus-Kreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Offenbach und Hochtaunuskreis 3,25 % Beteiligung: Land Hessen 3,00 % Beteiligung: Regionalverband FrankfurtRheinMain 2,50 % Beteiligung: Kreis Groß-Gerau und Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V. 2,00 % Beteiligung: ZENTEC, Stadt Offenbach am Main, Stadt Eschborn und Wissenschaftsstadt Darmstadt 1,00 % Beteiligung: Stadt Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt Rüsselsheim am Main, Stadt Hanau, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kreis Bergstraße, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis und Stadt Gießen sowie Rheinhessen Standort Marketing GmbH 0,75 % 0,50 % Beteiligung: Stadt Raunheim Odenwaldkreis, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Stadt Neu-Isenburg und Stadt Dreieich

Geschäftsführung: Eric Menges (seit 01.03.2013)

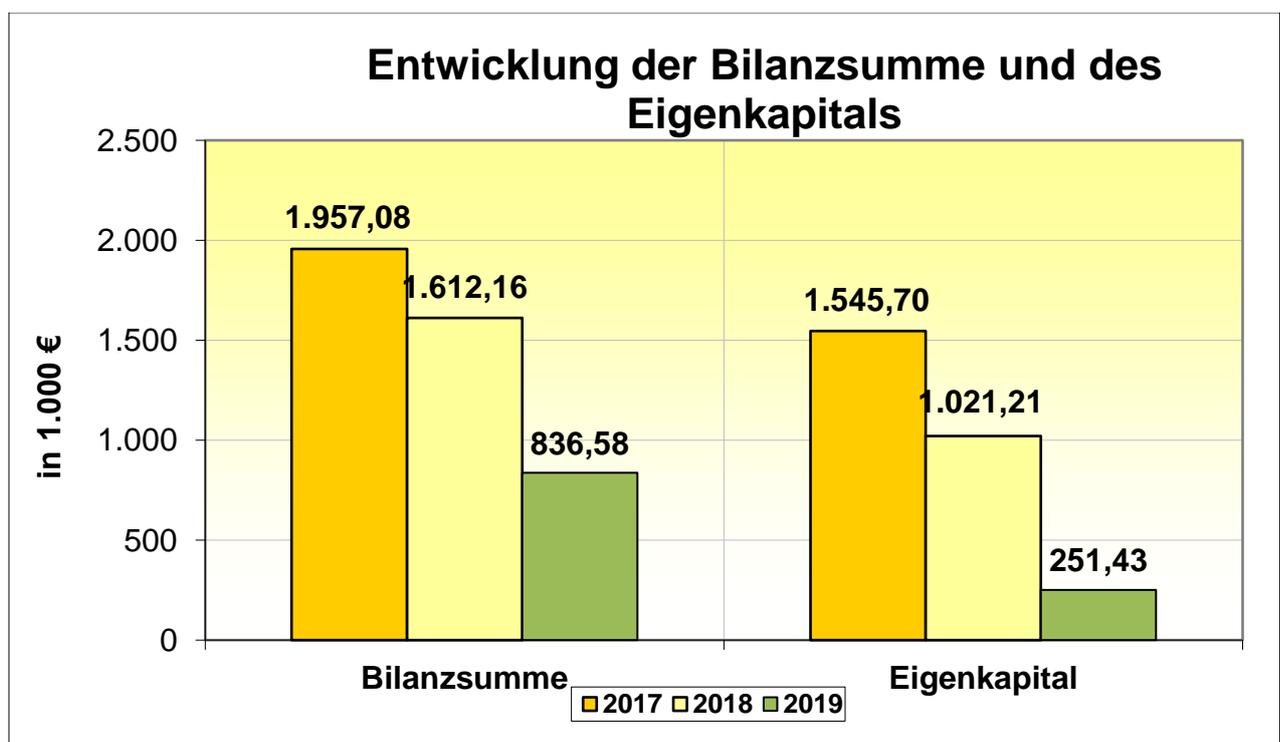
Aufsichtsrat: Peter Feldmann (Vorsitzender)

Prof. Dr. Wilhelm Bender
Udo Bausch
Martin Burlon
Ulrich Caspar
Michael Cyriax
Bernd Ehinger
Christian Engelhardt
Markus Frank
Dr. Oliver Franz
Mathias Geiger
Dietlind Grabe-Bolz
Alexander W. Hetjes
Thomas Horn
Herbert Hunkel
Thomas Jühe
Frank Kilian
Michael Köberle
Uwe Kraft
Matthias Kraft
Frank Matiaske
Manuela Matz
Thomas Morlock
Prof. Dr. Mathias Müller
Dr. Philipp Nimmermann
Jochen Partsch
Uwe Paulsen
Dirk-Oliver Quilling
Prof. Dr. Ulrich Reuter
Mathias Samson
Klaus Peter Schellhaas
Anita Schneider
Dr. Felix Schwenke
Prof. Dr. Kristina Sinemus
Thorsten Stolz
Thomas Will
Dieter Zimmer

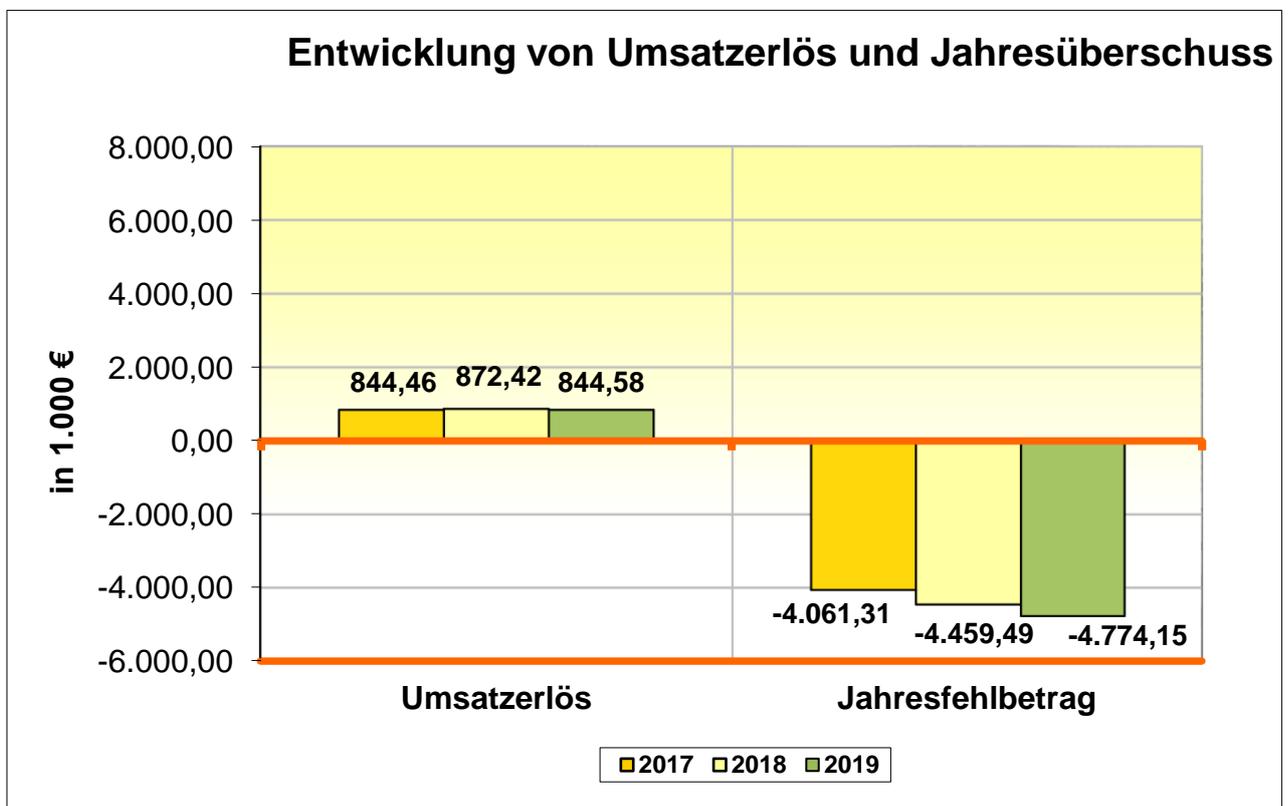
Beteiligungen: 100 % FrankfurtRheinMain Corp., Chicago, USA

Abschlussprüfer: Wikom Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	110.184,49	122.974,98	186.645,00
II. Sachanlagen	94.471,00	69.406,00	85.559,00
III. Finanzanlagen	1,00	1,00	1,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	95.071,67	142.121,49	180.256,20
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.596.832,37	1.242.386,44	338.324,17
C. Rechnungsabgrenzungsposten	60.516,50	35.265,63	45.592,11
Gesamt	1.957.077,03	1.612.155,54	836.577,48
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	240.625,00	245.625,00	250.000,00
II. Kapitalrücklage	25.181.534,18	25.050.227,46	24.590.741,89
III. Andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	-23.876.461,01	-24.274.639,86	-24.589.308,15
B. Rückstellungen	148.846,00	348.774,00	189.998,00
C. Verbindlichkeiten	262.532,86	242.168,94	395.145,74
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	1.957.077,03	1.612.155,54	836.577,48



Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2018	2019
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	844.457,25	872.419,20	844.582,73
2. Sonstige betriebliche Erträge	70.575,96	54.353,58	53.735,35
3. Materialaufwand	-2.338.800,69	-2.696.145,51	-2.735.269,63
4. Personalaufwand	-1.753.932,86	-1.777.549,66	-1.971.701,35
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-62.314,62	-66.679,24	-92.634,25
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-819.903,27	-845.839,72	871.745,97
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60,76	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.059.857,47	-4.459.441,35	-4.773.033,12
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Sonstige Steuern	-1.449,25	-44,22	-1.120,74
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.061.306,72	-4.459.485,57	-4.774.153,86
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-23.575.441,53	-23.876.461,01	-24.274.639,86
14. Entnahme aus der Kapitalrücklage	3.760.287,24	4.061.306,72	4.459.485,57
15. Bilanzgewinn/-verlust	-23.876.461,01	-24.274.639,86	-24.589.308,15



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Zuzahlung des Odenwaldkreises	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen (Vollzeitäquivalent)	30	30	33
Personalkosten in €	1.753.932,86	1.777.549,66	1.971.701,35

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	78,98	38,65	7,43
Eigenkapitalrentabilität	-16,30	-38,99	-124,72
Verschuldungsgrad	26,61	94,85	941,38
Personalintensität	48,15	49,08	42,84

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Nachdem im Jahr 2013 die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses Ausrichtungen, Kernbranchen und Kernländer neu für sich definiert hatte, wurde in den Folgejahren die konsequente Implementierung und Umsetzung der neu definierten Schwerpunkte fortgesetzt. Die Strategie wurde zuletzt durch die Einführung von Global Cities im Jahr 2017 erweitert. Auf dieser Basis, entfaltet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region nun auch Marketingaktivitäten für den Standort FrankfurtRheinMain in wichtigen Ballungsräumen weltweit (u.a. Istanbul, Tel Aviv, Singapur). Auf Basis der neuen Fokussierung konnten neue Gesellschafter gewonnen und ausgetretene Gesellschafter von der Rückkehr überzeugt werden.

Auch im Jahr 2019 kamen neue Gesellschafter hinzu und verbesserten die finanzielle Lage der Gesellschaft weiter, sodass die Gesellschaft rückwirkend zum 01.01.2019 100 % der Geschäftsanteile vergeben hat. Die Region Rheinhessen (Zusammenschluss der Landeshauptstadt Mainz, dem Landkreis Mainz-Bingen, der Stadt Worms und dem Landkreis Alzey-Worms) ist die Gesellschafter der FrankfurtRheinMain GmbH International

Marketing of the Region zum 01.01.2019 mit 1 % geworden und vertritt so erstmalig einen Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Kreis der Gesellschafter. Weiterhin ist die Stadt Raunheim Gesellschafter der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region zum 01.01.2019 geworden. Aufgrund fehlender freier Anteile wurde zunächst ein Beitritt mit einem Geschäftsanteil von 0,75 % umgesetzt mit der Aussicht, auf die gewünschten 2,0 % zu erhöhen, sobald freie Anteile vorliegen. Die Geschäftsführung wertet dies als Zeichen, dass die positive Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft wahrgenommen wird und sich die in 2013 beschlossene Strategie nachhaltig bewährt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Jahr 2019 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 845 T€ (Vorjahr 872 T€) sowie betriebliche Erträge in Höhe von 54 T€ (Vorjahr 54 T€) erzielt. Nach Abzug von Personalaufwendungen in Höhe von 1.972 T€ (Vorjahr 1.778 T€) und Materialaufwendungen incl. Abschreibungen in Höhe von 2.828 T€ (Vorjahr 2.763 T€) sowie der sonstigen Aufwendungen in Höhe von 872 T€ (Vorjahr 846 T€) ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -4.773 T€ (Vorjahr -4.459 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 251 T€ (Vorjahr 1.021 T€) und die Verbindlichkeiten 395 T€ (Vorjahr 242 T€). Die Bilanzsumme belief sich insgesamt auf 837 T€ (Vorjahr 1.612 T€).

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter unentgeltlich Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain insgesamt. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ist die Gesellschaft auf Zuzahlungen angewiesen. Vor diesem Hintergrund werden als einzige, für den Bestand der Gesellschaft kritische, Risiken mögliche Gesellschafteraustritte identifiziert. Das Risiko wird in Bezug auf den Hauptgesellschafter Stadt Frankfurt am Main als niedrig und in Bezug auf die restlichen Gesellschafter als mittel bis niedrig eingeschätzt.

Weitere Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen

3.6 Vereine

Hessischer Landkreistag

UNESCO Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e. V

TouristikService Odenwald-Bergstraße e. V.

Hessischer Landkreistag

Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611/1706-0, Telefax: 0611/1706-27
E-Mail: info@hlt.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Hessische Landkreistag (HLT) ist die Vereinigung der 21 hessischen Landkreise, die ihrerseits rund 4,8 Mio der 6,3 Mio Einwohner des Landes repräsentieren. Ebenso wie die ihn tragenden Landkreise orientiert sich auch der HLT an dem Wohl aller Bürger. Er vertritt die Belange des Gemeinwohls, nicht Einzelinteressen

Der HLT hat im Einzelnen die Aufgaben:

- den Selbstverwaltungsgedanken zu pflegen,
- für die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte seiner Mitglieder einzutreten,
- die gemeinsamen Interessen der Mitglieder gegenüber Land und Bund aber auch im Verhältnis zu Städten und Gemeinden zu vertreten,
- die zuständigen Stellen (Landtag, Ministerien) bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen zu beraten, soweit sie die Belange der Mitglieder berühren,
- den Erfahrungsaustausch unter den Landkreisen zu pflegen,
- Fragen der Organisation und der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu behandeln,
- das Verständnis der Öffentlichkeit für die Aufgaben und Einrichtungen der Landkreise zu fördern,
- und die Mitglieder in Fragen, die alle Landkreise betreffen, zu beraten

Der Hessische Landtag hat die besondere Bedeutung kommunaler Spitzenverbände dadurch betont, dass er ein Anhörungsrecht in der Verfassung sowie einem speziellen Beteiligungsgesetz verankert hat; bevor durch Gesetz oder Verordnung allgemeine Fragen geregelt werden, die Landkreise unmittelbar berühren, ist der HLT zu hören.

Der HLT seinerseits ist Mitglied im Deutschen Landkreistag (DLT). Der DLT in Berlin vertritt die Interessen der Kreise auf Bundesebene. Ihm gehören über die 13 Landkreistage in den Flächenstaaten unseres Landes alle 295 (Land-) Kreise der Bundesrepublik an. 96 Prozent der Fläche Deutschlands sind Kreisgebiet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Wiesbaden
Gründungsjahr:	1949
Mitglieder:	Dem Hessischen Landkreistag gehören alle 21 hessischen Landkreise sowie – als kooptierte Mitglieder- der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) und der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) an.

Präsidium

Landrat Bernd Woide (Präsident), Landkreis Fulda
Landrat Wolfgang Schuster (Erster Vizepräsident), Lahn-Dill-Kreis
Kreistagsvorsitzender Horst Hannich (Vizepräsident), Landkreis Hersfeld-Rotenburg
Kreistagsvorsitzender Wolfgang Männer (Vizepräsident), Main-Taunus-Kreis

Landrat Dr. Michael Koch, Landkreis Hersfeld-Rothenburg
Landrat Dr. Reinhard Kubat, Landkreis Waldeck-Frankenberg
Landrat Stefan Reuß, Werra-Meißner-Kreis
Landrat Uwe Schmidt, Landkreis Kassel
Kreistagsvorsitzender Michael Kreutzmann, Schwalm-Eder-Kreis
Kreistagsvorsitzende Iris Ruhwedel, Landkreis-Waldeck-Frankenberg

Landrat Michael Cyriax, Main-Taunus-Kreis
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Landrat Thorsten Stolz, Main-Kinzig-Kreis
Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck, Landkreis Gießen
Kreistagsvorsitzender Carsten Ullrich, Main-Kinzig-Kreis

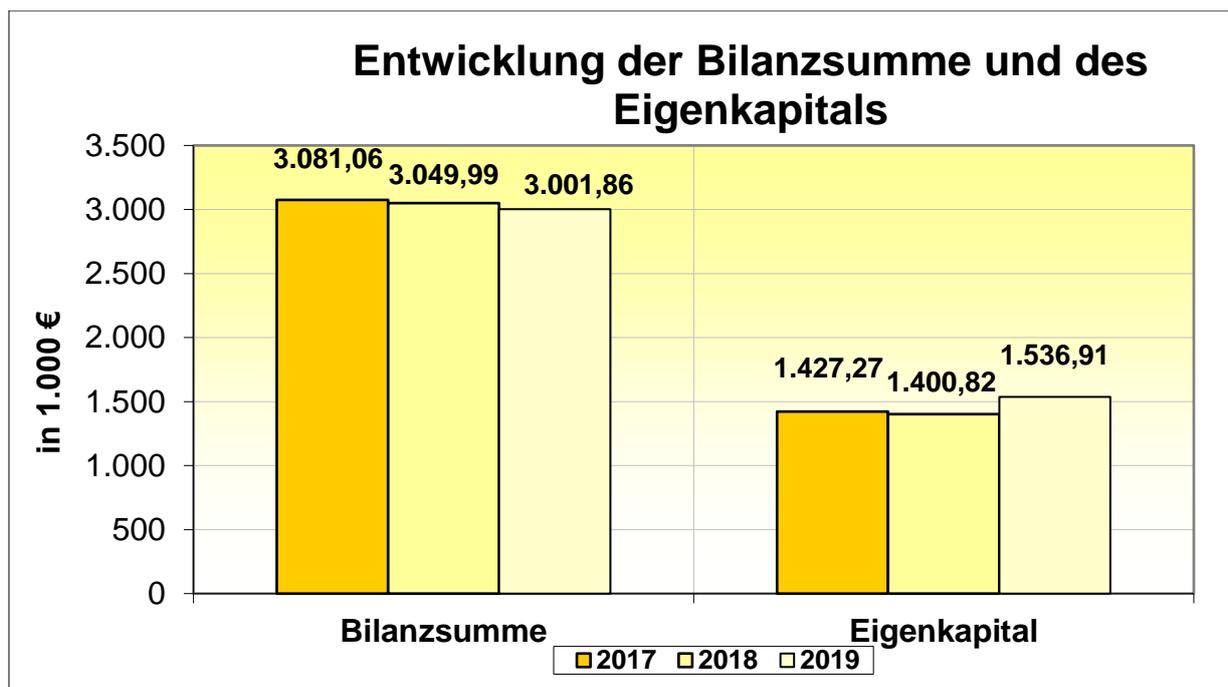
Landrat Christian Engelhardt, Landkreis Bergstraße
Landrat Oliver Quilling, Landkreis Offenbach
Landrat Klaus Peter Schellhaas, Landkreis Darmstadt-Dieburg
Landrat Thomas Will, Landkreis Groß-Gerau
Kreistagsvorsitzender Rüdiger Holschuh, Odenwaldkreis
Kreistagsvorsitzender Gottfried Schneider, Landkreis Bergstraße

Landesdirektorin Susanne Selbert, LWV Hessen
Geschäftsführender Präsident Gerhard Grandke, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen

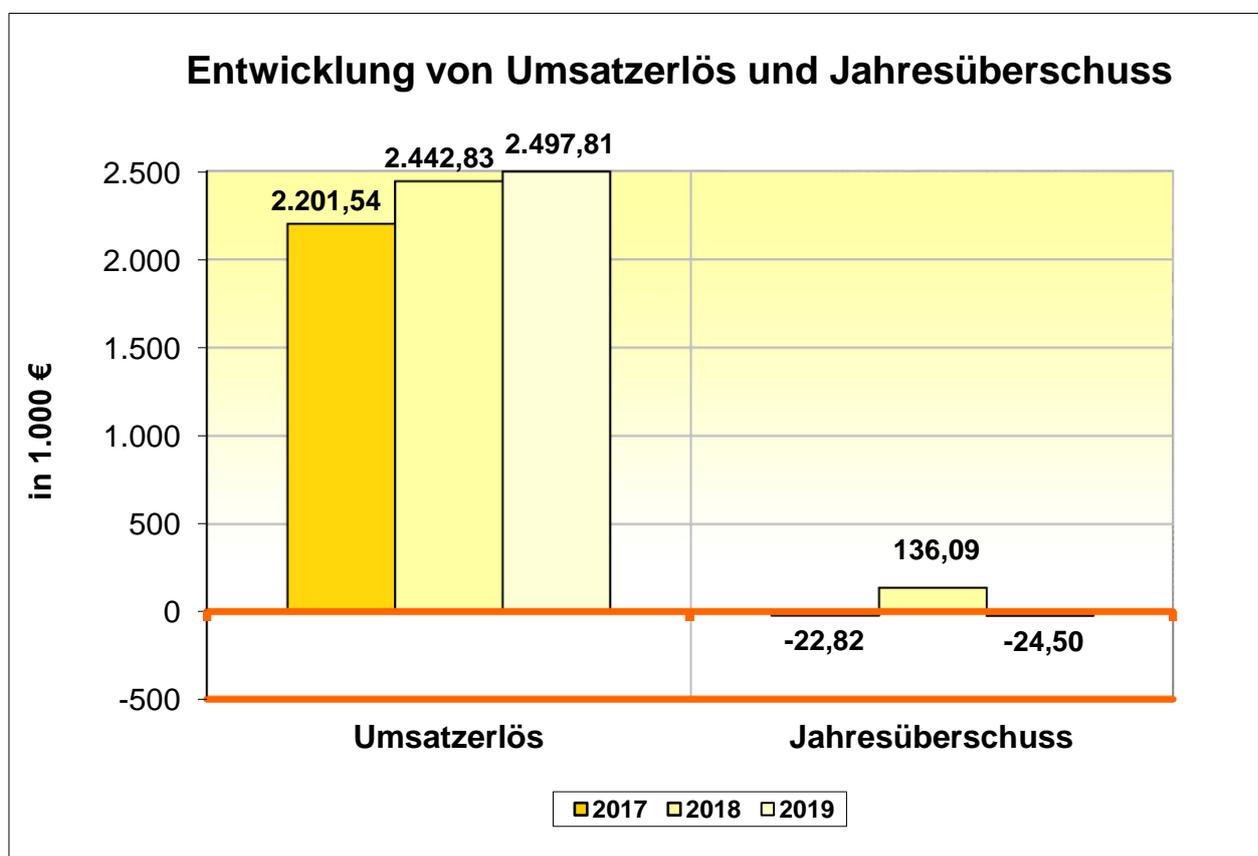
Geschäftsführung: Herr Matthias Drexelius (Geschäftsführender Direktor)
Herr Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt (Direktor)

Beteiligungen: Rettberg KG (21,52 %)
ekom21 (1,00 €)

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	795,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	45.296,85	45.611,85	39.498,85
III. Finanzanlagen	1.923.369,56	1.910.415,37	1.898.103,62
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00 €	
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	3.517,06	12.863,82	8.288,47
III. Kasse, Bank	916.964,78	1.039.611,12	1.013.458,87
C. Aktive Rechnungsabgrenzungskosten	42.141,66	41.484,94	42.511,38
Gesamt	2.932.084,91	3.049.987,10	3.001.861,19
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Nettoposition	436.261,38	436.261,38	436.261,38
II. Rücklagen	987.373,48	964.558,08	1.100.644,29
III. Ergebnisvorträge	0,00	0,00	0,00
IV. Jahresüberschuss	-22.815,40	136.086,21	-24.497,64
V. Sonderposten	1.255.543,15	1.233.149,16	1.210.881,53
VI. Rückstellungen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
B. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.886,48	13.618,85	10.833,68
II. Sonstige Verbindlichkeiten	235.745,48	235.317,58	236.742,11
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.090,34	20.995,84	20.995,84
Gesamt	2.932.084,91	3.049.987,10	3.001.861,19



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
1. Leistungsentgelte	2.012.712,78	2.208.354,78	2.221.354,78
2. Sonstige betriebliche Erträge	188.823,58	234.473,01	276.453,31
3. Aufw. f. Sach- u. Dienstleistungen	-447.673,42	-460.815,06	-496.301,85
4. Personalaufwand	-1.810.542,05	-1.874.074,50	-2.053.378,69
5. Abschreibungen	-9.884,20	-10.921,14	-12.087,39
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-324,00	-1.038,00	-771,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.017,32	42.052,53	42.178,61
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.945,41	-1.945,41	-1.945,41
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-22.815,40	136.086,21	-24.497,64
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
13. Jahresüberschuss	-22.815,40	136.086,21	-24.497,64



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
Beiträge in €	47.223,00	51.703,00	51.421,00
Personal Anzahl der Stellen	17	17	17
Personalkosten in €	1.810.542,05	1.874.074,50	2.053.378,69

**Geo-Naturpark
Bergstraße-Odenwald e.V.**

Niebelungenstraße 41
64653 Lorsch
Telefon: 06251/707990, Telefax: 06251/7079915
E-Mail: info@geo-naturpark.de



Gegenstand des Unternehmens

Ausgehend von dem geologischen Potential in der Region Bergstraße-Odenwald und dem daraus entwickelten Leitthema „Zwischen Granit und Sandstein – Kontinente in Bewegung“ ergeben sich für den Verein Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V. folgende Aufgaben:

- Träger des Prädikats „UNESCO Geopark“
- Erhaltung, Pflege und Entwicklung des Tätigkeitsgebietes als Erholungsgebiet und charakteristische Kulturlandschaft
- Durchführung von Maßnahmen, die geeignet sind, das Prädikat „UNESCO-Geopark“ zu erlangen und zu erhalten
- Schutz und Erhaltung des geologischen Erbes im UNESCO Geopark
- Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung zur Weiterentwicklung des Geo-Naturparks
- Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes
- Sicherung eines naturverträglichen Tourismus
- Schonung der geologischen und landschaftsprägenden Ressourcen
- Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltpädagogik, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung und Pflege eines geowissenschaftlichen Austausches mit Universitäten, Forschungsinstitutionen und anderen Institutionen

Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

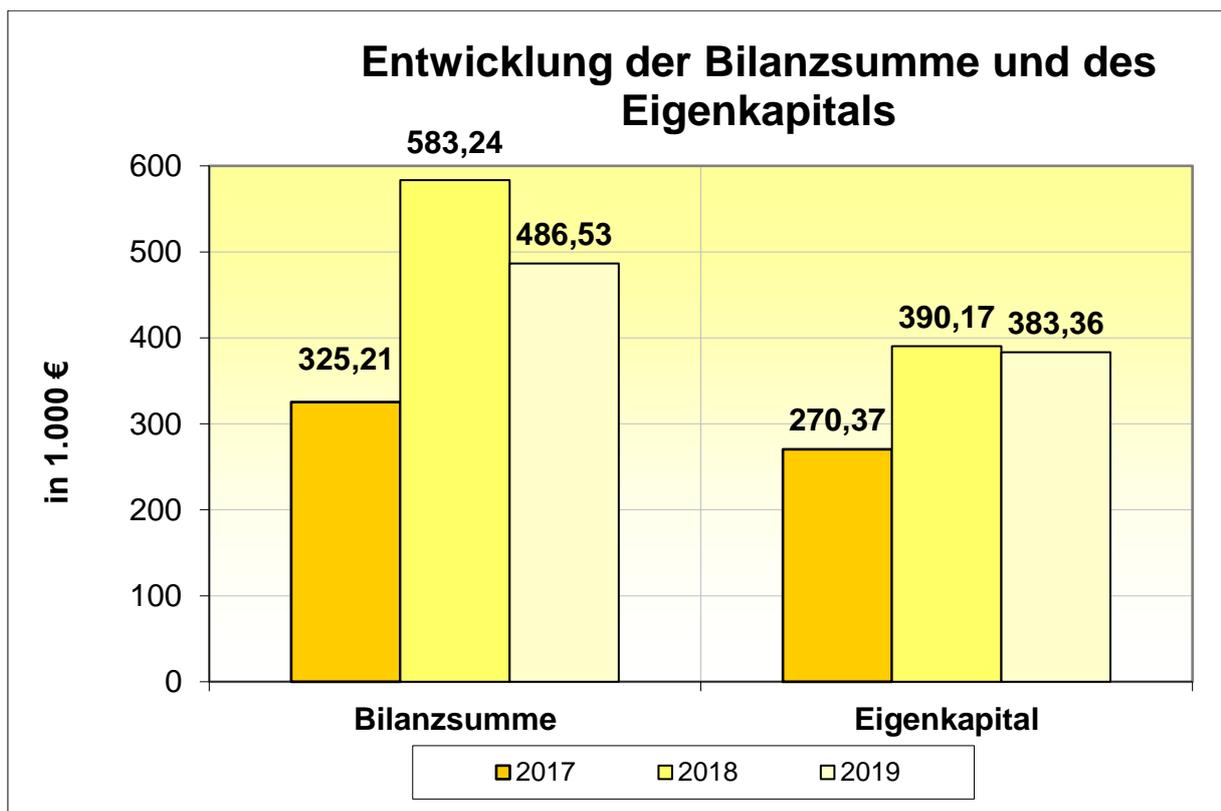
Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Vereinstätigkeit umfasst die Gebietskulisse des UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald.

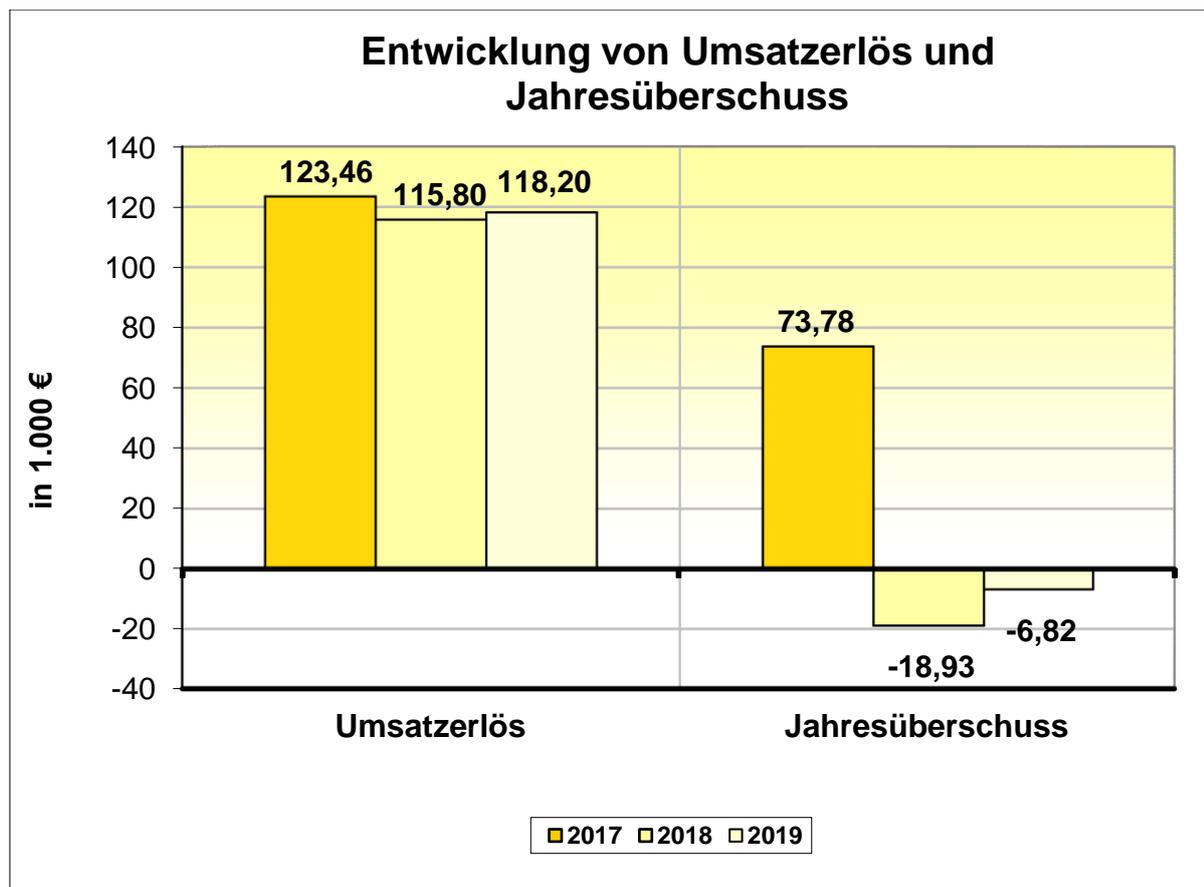
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Lorsch / Kreis Bergstraße
Gründungsjahr:	2005
Vereinsregister: Mitglieder:	Amtsgericht Darmstadt, VR 20288 Insgesamt 101 Mitgliedskommunen
Vorstand:	<p>Der Vorstand besteht aus den Landräten bzw. Oberbürgermeistern der Landkreise und Städte:</p> <p>Kreis Bergstraße, (als Vorsitzenden), Kreis Darmstadt-Dieburg, Kreis Groß-Gerau Kreis Miltenberg, (als stellvertretender Vorsitzender) Neckar-Odenwald-Kreis, (als stellvertretender Vorsitzender) Odenwaldkreis, (als stellvertretender Vorsitzender) Stadt Darmstadt, Stadt Heidelberg.</p> <p>Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme</p> <p>Vorsitzender des Vereins ist der Landrat des Kreises Bergstraße, Herr Christian Engelhardt. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind die Landräte der Kreise Odenwaldkreis, Herr Frank Matiaske, des Neckar-Odenwald-Kreises, Herr Dr. Achim Brötel und des Landkreises Miltenberg, Herr Jens Marco Scherf.</p>
Geschäftsführung:	Dr. Jutta Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Dipl. Betriebswirt (FH) Sven Müller Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Bilanz	2017 €	2018 €	2019 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.979,00	3,00	3,00
II. Sachanlagen	43.947,00	57.084,00	70.322,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	89.860,72	132.304,99	137.332,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.257,90	49.600,63	71.465,83
III. Kasse, Bank	157.345,95	343.127,83	206.966,24
C. Aktive Rechnungsabgrenzungskosten	816,26	1.118,04	445,54
Gesamt	325.206,83	583.238,49	486.534,90
Passiva			
A. Vereinsvermögen			
I. Freie Gewinnrücklagen	196.587,61	409.108,25	390.174,81
II. Ergebnisvorträge	73.780,24	-18.933,44	-6.815,99
B. Rückstellungen	10.000,00	12.000,00	12.000,00
C. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.589,94	39.409,64	10.857,55
II. Sonstige Verbindlichkeiten	14.249,04	141.654,04	80.318,53
Gesamt	325.206,83	583.238,49	486.534,90



Gewinn und Verlustrechnung	2017 €	2018 €	2019 €
A. Ideeller Bereich			
I. Nicht steuerbare Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	812.782,18	915.789,56	914.697,37
2. Zuschüsse	132.646,39	185.494,98	188.839,89
3. Sonstige nicht steuerbare Einnahmen	303.076,29	286.119,48	309.913,76
II. Nicht anzusetzende Ausgaben			
1. Abschreibungen	-17.760,64	-10.104,44	-10.084,66
2. Personalkosten	-697.189,87	-806.685,65	-877.684,39
3. Reisekosten	-11.598,68	-8.242,53	-10.954,16
4. Raumkosten	-26.152,73	-25.291,88	-27.625,16
5. Übrige Ausgaben	-308.929,43	-335.459,39	-381.352,53
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	186.873,51	201.620,13	106.020,12
B. Ertragsneutrale Posten			
I. Ideeller Bereich (ertragsneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen: Spenden	27.418,53	46.779,01	23.266,54
2. Nicht abziehbar Ausgaben: gezahlte/hingegebene Spenden	-15.874,80	-145.521,12	-7.022,87
Gewinn/Verlust ertragsneutrale Posten	11.543,73	-98.742,11	16.243,67
C. Vermögensverwaltung			
1. Ertragssteuerfreie Einnahmen Zins- und Kurserträge	4,50	0,00	0,00
2. Ausgaben/Werbungskosten: Sonstige Ausgaben	-303,70	-191,86	-105,50
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	-299,20	-191,86	-105,50
D. Sonstige Zweckbetriebe I (umsatzsteuerpflichtig)			
1. Umsatzerlöse	123.457,19	115.804,04	118.196,56
2. Bestandsveränderung	15.624,54	42.444,27	5.027,30
3. Sonstige betriebliche Erträge	46,31	45,00	0,00
4. Materialaufwand	-141.659,27	-129.562,81	-84.706,80
5. Aufwand für bezogene Leistungen	-8.487,36	-8.669,58	-9.516,25
6. Personalaufwand	-34.461,54	-46.482,09	-43.884,07
7. Abschreibungen	-7.611,70	-4.330,46	-4.322,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-69.246,20	-85.071,45	-122.151,51
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,81	0,00	-10,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-122.337,22	-115.823,08	-141.366,93
E. Sonstige Geschäftsbetriebe			
1. Umsatzerlöse/Bestandsveränderungen/ Erträge	24.455,47	9.205,26	18.753,18
2. Sonstige betriebliche Erträge	-42,60	0,00	0,00
3. Materialaufwand	-26.413,45	-15.001,78	-6.360,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.000,58	-5.796,52	12.392,65
Vereinsergebnis	73.780,24	-18.933,44	-6.815,99



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017 €	2018 €	2019 €
Beitrag zum UNESCO Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.	93.541,56	110.105,41	110.113,88
Zuschuss zu den Personalkosten	19.000,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Personalkosten in €	697.189,87	806.685,65	877.684,39

Kennzahlen	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote	83,14	66,90	78,79
Eigenkapitalrentabilität	37,53	-4,63	-1,75

Zusammenfassung des Lageberichtes

Der Geopark erstellt, als Verein, zulässigerweise keinen Lagebericht erstellt.

**TouristikService
Odenwald –Bergstraße e.V.**

Marktplatz 1
64720 Michelstadt
Telefon: 06061-96597-0
E-Mail: info@tourismus-odenwald.de



**Gegenstand des Unternehmens
Vereinsziele**

Der TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V. umfasst die Gebietskulisse des hessischen und bayrischen Odenwaldes. Kooperationspartner im badischen Teil des Odenwaldes ist die Touristikgemeinschaft Odenwald e.V.

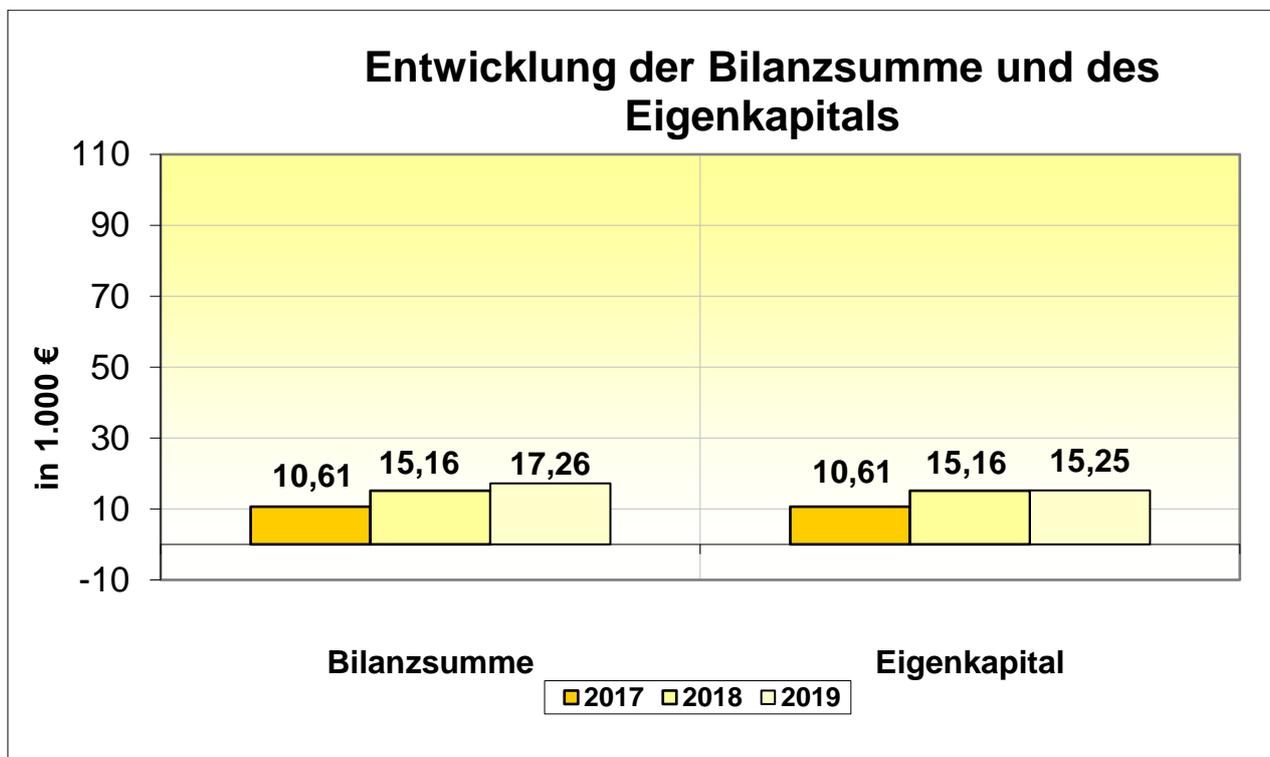
Ziele des Verbandes sind:

- die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Odenwaldes,
- die Herausstellung der Vorzüge des Odenwaldes als attraktives Reiseziel,
- allgemeine Imagewerbung für den Tourismus im Odenwald,
- die Entwicklung und Umsetzung von Marketingkonzepten für den Odenwald,
- kreis- und länderübergreifende Kooperationen mit anderen Tourismusorganisationen zum Zweck der allgemeinen Tourismusförderung im Odenwald,
- allgemeine Marktforschung zu Tourismus im Odenwald.

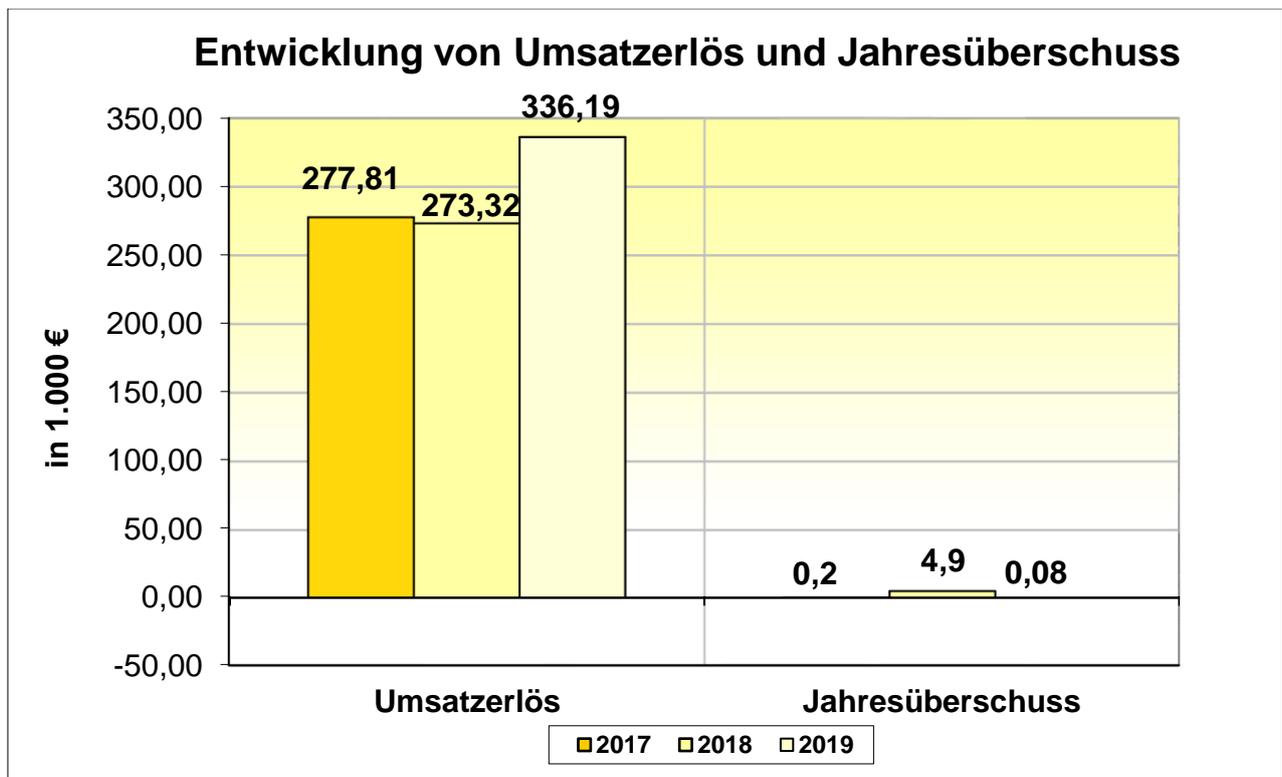
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2019)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1978
Vereinsregister:	Amtsgericht Michelstadt VR 494
Mitglieder/ Mitgliederversammlung:	Landkreise, Städte und Gemeinden im Gebiet des Naturparks Bergstraße-Odenwald
Verbandsvorstand:	Landrat Frank Matiaske, Vorsitzender Landrat Christian Engelhardt, Stellvertreter Landrat Klaus Peter Schellhaas, Stellvertreter Landrat Jens Marco Scherf, Stellvertreter Bgm. Michael Helbig (bis 06.06.2019) Bgm. Stephan Kelbert Bgm. Jörg Lautenschläger Bgm. Markus Röth (ab 07.06.2019) Bgm. Peter Schmitt Bgm. Dr. Sascha Weber
Geschäftsführung:	Hannelore Holuscha
Beteiligungen:	keine

Bilanz	2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	10.000,00	14.849,00	14.849,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	2.101,01
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	607,09	314,77	306,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	10.607,09	15.163,77	17.256,31
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Erhaltener Investitionskostenzuschuss	10.000,00	10.000,00	10.000,00
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	63,10	260,80	5.163,77
III. Jahresüberschuss/Jahresverlust	197,70	4.902,97	82,07
B. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	346,29	0,00	2.010,47
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	10.607,09	15.163,77	17.256,31



Gewinn- und Verlustrechnung	2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR
1. Umsatzerlöse (Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse)	277.812,18	273.319,23	336.194,67
2. Personalaufwand	0,00	-1.812,29	-1.858,98
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-277.614,48	-266.076,74	-334.253,62
4. Sonstige Einnahmen	0,00	0,00	0,00
5. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00	-527,23	0,00
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	197,70	4.902,97	82,07



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2017	2018	2019
	€	€	€
Beitrag zum Verein TouristikService Odenwaldkreis-Bergstraße e.V.	43.666,56	85.396,14	85.396,14
Kreiszuschuss	41.040,00	0,00	0,00

Personal	2017	2018	2019
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	1.817,28	1.812,29	1.858,98

Zusammenfassung des Lageberichtes

Der TouristikService Odenwald Bergstraße e.V. hat als Verein, zulässigerweise keinen Lagebericht erstellt.

Beteiligungskodex des Odenwaldkreises



Präambel

Die Beteiligungen des Odenwaldkreises erfordern eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Der Odenwaldkreis hat sich zur weiteren Verbesserung der Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz entschlossen, eine Richtlinie unter dem Titel „Beteiligungskodex des Odenwaldkreises“ zu erlassen. Diese Richtlinie wurde vom Kreistag des Odenwaldkreises am 14.12.2015 beschlossen und trat am 01.01.2016 in Kraft.

Während der Deutsche Corporate Kodex insbesondere das Vertrauen der Anleger in eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung fördern will, steht bei dem vorliegenden Kodex auch die besondere Verantwortung kommunaler Unternehmen für ihre Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung von Ausgaben der Daseinsvorsorge im Fokus. Der Kodex trägt den gesetzlichen Anforderungen an die kommunale Wirtschaft Rechnung. Zu nennen sind insbesondere die Pflicht zur sparsamen, vorsichtigen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sowie die gestiegenen Anforderungen an Aufsichtsorgane bis hin zur Aufsichtsratshaftung.

Der Begriff Public Corporate Governance wird als Maßstab für gute Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung und –steuerung im öffentlichen Unternehmen sowie Transparenz dieser Unternehmen verstanden. Angestrebt wird eine Balance zwischen unternehmerischen, am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen orientierten und den kommunalen, am Gemeinwohl ausgerichteten Zielen.

Der Kodex soll die Unternehmensführung positiv beeinflussen. So können mangelnde Transparenz, fehlendes Risikobewusstsein und nachlässige Kontrolle komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge und Abhängigkeiten z. B. als Ursachen von Finanzmarkt- und Wirtschaftskrisen identifiziert werden.

Geltungsbereich

Als Beteiligung im Sinne des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises werden neben den Personen- und Kapitalgesellschaften, wie GmbH und AG, auch der Eigenbetrieb als Sondervermögen des Odenwaldkreises sowie Zweckverbände, bei denen der Odenwaldkreis gemeinsam mit weiteren Gebietskörperschaften Mitglied ist, gesehen. Diese Definition ist unabhängig von der juristischen Definition einer Beteiligung.

Der Odenwaldkreis wirkt darauf hin, dass der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises für die Beteiligungen der Kreiswirtschaft, an denen der Odenwaldkreis unmittelbar oder mittelbar mehr als 50 % der Anteile hält, eine verbindliche Grundlage darstellt.

Die Beteiligungen des Odenwaldkreises, in denen der Deutsche Corporate Governance Kodex Anwendung findet, sollen diesem auch künftig folgen. Darüber hinaus wird die Anwendung des Beteiligungskodex des Odenwaldkreises empfohlen, um die speziellen

Anforderungen und Empfehlung an kommunale Unternehmen im Interesse des Odenwaldkreises zu sichern.

Den Unternehmen der Kreiswirtschaft, an denen der Odenwaldkreis unmittelbar oder mittelbar zu 50 % oder weniger beteiligt ist, wird das Regelwerk zur Anwendung empfohlen. Dies gilt insbesondere, wenn die Anteilsmehrheiten in der Summe Gebietskörperschaften zusteht.

Die Empfehlungen des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises sind durch die Verwendung des Wortes „soll“ gekennzeichnet und unter dem nachfolgenden Gliederungspunkt „Entsprechenserklärung“ aufgeführt. Die Beteiligungen können von den Empfehlungen abweichen, sind aber verpflichtet, dies transparent zu machen und zu erläutern.

Der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises verzichtet auf die Wiedergabe von Regelungen, die als geltendes Recht ohnehin von den Unternehmen zu beachten sind.

Ziele

Der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises soll zu einer verantwortungsvollen, zielgerichteten und nachhaltigen Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz anhalten.

Darüber hinaus werden insbesondere Ziele verfolgt:

- Unterstützung einer effizienten Zusammenarbeit zwischen dem Aufsichtsgremium (z.B. dem Aufsichtsrat) und der Geschäftsleitung (z.B. dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung.)
- Förderung des Informationsflusses zwischen Beteiligungen der Kreiswirtschaft und dem Beteiligungsmanagement.
- Steigerung von Transparenz und Vertrauen der Öffentlichkeit in Entscheidungen von Politik, Verwaltung, Beteiligungsmanagement und Beteiligungsunternehmen.

Entsprechenserklärung

Die Entsprechenserklärung soll über den Stand der Umsetzung der nachstehenden Empfehlungen für eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz Auskunft geben. Die Beteiligungen können von den Empfehlungen abweichen, haben dies jedoch transparent zu machen und zu erläutern. In den jährlich von der Geschäftsleitung und, sofern vorhanden, gemeinsam mit dem Aufsichtsgremium abzugebenden Entsprechenserklärung ist zu bestätigen, dass den Empfehlungen des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises im vorangegangenen Berichtszeitraum entsprochen wurde bzw. mit Begründung zu erläutern, in welchen Punkten hiervon abgewichen wurde („comply or explain“). Bei Erläuterung der Abweichung ist auch darüber zu informieren, ob künftig eine Änderung angestrebt wird. Eine begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung kann im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen.

Für den Inhalt der Entsprechenserklärungen sind die Beteiligungen allein verantwortlich.

Sofern alle Beteiligungen einer Empfehlung entsprochen haben, ist dies mit einem ✓ gekennzeichnet. Sofern nicht alle Beteiligungen einer Empfehlung entsprochen haben, ist dies mit (✓) gekennzeichnet und jede Abweichung wird nachstehend erläutert. Hinweis: Die Erläuterungen der Abweichungen sind nicht immer identisch mit dem Wortlaut der Beteiligungen, da sinngemäß gleiche Antworten zusammengefasst wurden.

Folgende Beteiligungen haben keine Entsprechenserklärung abgegeben, da die Kreisbeteiligung weniger als 50 % der Eigentumsanteile beträgt und die Beteiligungen den Beteiligungskodex des Odenwaldkreises daher nicht anwenden müssen:

- Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH
- ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
- Frankfurt RheinMain GmbH
- Geopark Bergstraße-Odenwald e.V.
- Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis
- HEAG Südhessische Energie AG (Entega)
- Hessischer Landkreistag e.V.
- Interessengemeinschaft Odenwald e.V.
- Klinikverbund Hessen e.V.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen
- Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH
- Rhein-Main-Verkehrsverbund e.V.
- Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwald
- TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V.
- Wasserverband Gersprenzgebiet
- Wasserverband Mümling
- Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V.
- Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd
- Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis

Folgende Beteiligungen haben eine Entsprechenserklärung abgegeben, wobei die Kreisbeteiligung weniger als 50 % der Eigentumsanteile beträgt:

- Kurgesellschaft Bad König GmbH
- Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG
- Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH

A. Aufsichtsgremien

A.1. Zusammensetzung

- A.1.a. Verfügen die Mitarbeiter des Aufsichtsgremiums über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten bzw. wurden diese durch Schulungen vertieft? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH
 Die Stellenbesetzung erfolgt durch politischen Beschluss.
Odenwälder Wasser- und Abwasserservice GmbH
 Es ist kein Aufsichtsgremium vorhanden.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.1.b. Gehören dem Aufsichtsgremium keine ehemaligen Mitarbeiter der Geschäftsleitung an? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Der Erste Kreisbeigeordnete wurde vom Landrat 2018 mit dem Vorsitz der Betriebskommission beauftragt.

- A.1.c. Haben Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme des Landrates und des 1. Kreisbeigeordneten) nicht mehr als 4 Mandate in unmittelbaren bzw. mittelbaren Beteiligungen des Odenwaldkreises? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Die Stellenbesetzung erfolgt durch politischen Beschluss.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR

A.2. Aufgaben und Zuständigkeiten

- A.2.a. Hat sich das Aufsichtsgremium eine Geschäftsordnung gegeben? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Eine gesonderte Geschäftsordnung gibt es nicht.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.b. Hat das Aufsichtsgremium der Geschäftsleitung eine Geschäftsordnung gegeben? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Eine gesonderte Geschäftsordnung gibt es nicht.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.c. Hat sich das Aufsichtsgremium Geschäfte, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich verändern, vorbehalten? (✓)
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.d. Ist der Zuständigkeitskatalog in der Geschäftsordnung der Geschäftsleitung festgelegt worden? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.e. Hat das Aufsichtsgremium die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsleitung eindeutig festgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR

- A.2.f. Hat das Aufsichtsgremium im Rahmen seiner Überwachungsfunktion darauf geachtet, dass die operativen Ziele, die das Unternehmen verfolgt, nicht den strategischen Zielen des Odenwaldkreises entgegenstehen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.g. Hat sich der Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten für die Umsetzung des Kodex eingesetzt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Keine Angaben machten:
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,
Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
- A.2.h. Wird im Bericht des Aufsichtsgremiums vermerkt, falls ein Mitglied an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnimmt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Anwesenheit wird durch die Sitzungsprotokolle dokumentiert.
InA gGmbH
Der Geschäftsführung liegen keine Informationen vor.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- A.3. Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums**
- A.3.a. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende mit der Geschäftsleitung und dem Beteiligungsmanagement regelmäßig Kontakt gehalten und die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage beraten? ✓
- A.3.b. Wurde der Aufsichtsgremiumsvorsitzende unverzüglich durch die Geschäftsleitung über wichtige Ereignisse informiert? Hat dieser ggf. dann eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen? ✓
- A.3.c. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende die Mitglieder seines Gremiums auf Ihre Verschwiegenheitsverpflichtung und deren Einhaltung hingewiesen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.

A.3.d. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende dafür Sorge getragen, dass es für die im Aufsichtsgremium beschlossenen und noch nicht durchgeführten Maßnahmen einmal jährlich einen Bericht zum Stand der Umsetzung gibt? Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Laufender Prozess, wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit mit stv. Aufsichtsratsvorsitzenden. (✓)

A.3.e. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende bei einem Wechsel des Aufsichtsgremiums das neue Gremium über gefasste und noch nicht durchgeführte Beschlüsse informiert? Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Laufender Prozess, wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit mit stv. Aufsichtsratsvorsitzenden.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Nicht erforderlich.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR (✓)

A.4. Interessenskonflikt

A.4.a. Haben Vertreter des Odenwaldkreises bei ihren Entscheidungen, soweit sie nicht sowieso weisungsgebunden sind, die Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses einbezogen? Keine Angaben machten:
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH (✓)

A.4.b. Haben die Aufsichtsgremiumsmitglieder keine Organfunktion oder Berateraufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausgeübt? Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR (✓)

- A.4.c. Haben Aufsichtsgremiumsmitglieder Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Vorsitzenden sowie den anderen Mitgliedern des Aufsichtsgremiums offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.4.d. Informiert der Vorsitzende bei Vorliegen eines Interessenskonflikts das Gremium? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.e. Stehen Aufsichtsgremiumsmitglieder in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Beteiligung oder deren Geschäftsleitung, welche einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt bedeuten würde? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.f. Führen wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsgremiumsmitgliedes zur Beendigung des Mandats? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor..
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
- A.4.g. Hat das Aufsichtsgremium in seinem Bericht an die Anteilseignerversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte informiert? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Entfällt für den Eigenbetrieb – keine Anteilseigner.
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH

- A.4.h Sind Berater- und sonstige Dienstleistungsverträge eines Mitglieds oder ihm nahestehenden Personen oder Unternehmen außerhalb der Kreisverwaltung mit der Beteiligung bzw. einem verbundenen Unternehmen nicht abgeschlossen oder fortgesetzt worden? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
Keine Angaben machten:
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
Wurden hiervon vom Aufsichtsgremium keine Ausnahmen entschieden? (✓)
Keine Angaben machten:
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH

A.5. Vergütung

- A.5.a. Wurde die Vergütung der Aufsichtsgremiumsmitglieder individualisiert im Jahresabschluss und Beteiligungsbericht ausgewiesen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH
Trifft nicht zu, da keine Vergütung erfolgt.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird künftig beachtet.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- A.5.b. Wurden etwaige Abführungspflichten gem. §§ 52 Abs. 1 HKO, 125 Abs. 1 Satz 7 HGO i.V.m. § 2 Hessische Nebentätigkeitsverordnung von den entsandten Mitgliedern beachtet? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH
Trifft nicht zu, da keine Vergütung erfolgt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH

B. Geschäftsleitung

B.1. Zusammensetzung

- B.1.a. Wurde die Erstbestellung auf 3 Jahre beschränkt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Langfristige/unbefristete Anstellungsverträge.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.1.b. Erfolgte die Verlängerung der Amtszeit von Geschäftsleitungsmitgliedern auf höchstens 5 Jahre? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Langfristige/unbefristete Anstellungsverträge.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.1.c. Erfolgte die Verlängerung frühestens ein Jahr und spätestens acht Monate vor Ablauf der Amtszeit? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein, mind. 1 Jahr vor Ablauf muss Entscheidung über Verlängerung erfolgen.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.1.d. Erfolgt Neuabschlüsse und Verlängerungen von Anstellungsverträgen nur, wenn das jeweilige Geschäftsleitungsmitglied der Veröffentlichung seiner Bezüge zustimmte und dies vertraglich fixiert wurde? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
InA gGmbH
Im Jahr 2019 erfolgt keine Veröffentlichung ab 2020 ist dies vorgesehen. Trifft nicht zu, da anderes Anstellungsverhältnis.
Seit 2006 erfolgten keine Neuabschlüsse für Geschäftsleitungsmitglieder. Die Prokuristen sind unbefristet bestellt. Bei der Verlängerung des

Geschäftsführervertrages wurde eine Veröffentlichung der Bezüge nicht vereinbart.

Keine Angaben machten:

Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH

B.2. Aufgaben und Zuständigkeiten

- B.2.a. Hat die Geschäftsleitung bei ihren Entscheidungen die Beschlüsse der jeweiligen Anteilseigner einbezogen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Keine weiteren Anteilseigner
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- B.2.b. Hat die Geschäftsleitung die Ziele der jeweils gültigen Strategien des Odenwaldkreises verfolgt? ✓
- B.2.c. Hat sich die Geschäftsleitung bei der Berichtspflicht im Inhalt und Turnus bei allen Rechtsformen nach §90 AktG gerichtet? (Diese umfasst Planung, Jahresabschluss, Quartalsbericht und Berichte über unterjährige Geschäfte von wesentlicher Bedeutung.) (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Betriebsleitung hat sich an die Vorgaben des Eigenbetriebsgesetzes und die Eigenbetriebssatzung zu halten. Die Wirtschaftsplanung ist Bestandteil des Haushaltsplanes des Kreises.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Teilweise.
- B.2.d. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement nach Verabschiedung in den Gremien ihre Fünfjahresplanung zur Verfügung gestellt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Betriebsleitung hat sich an die Vorgaben des Eigenbetriebsgesetzes und die Eigenbetriebssatzung zu halten. Die Wirtschaftsplanung ist Bestandteil des Haushaltsplanes des Kreises.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Es gibt keine 5-Jahresplanung.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.2.e. Wurde das erste Planjahr quartalsscharf unterteilt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, InA gGmbH, Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
 Nein, das erste Planjahr wurde nicht quartalsscharf unterteilt.
 Keine Angaben machten:
 Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.f. Hat die Geschäftsleitung für ein angemessenes Risikomanagement gesorgt (entsprechend AktG) und regelmäßig das Aufsichtsgremium darüber informiert? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Die Betriebskommission wird anlassbezogen informiert.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Ja, nach QM.
InA gGmbH
 Ein Risikofrüherkennungssystem ist derzeit nicht eingerichtet, einzelne Maßnahmen zur Überwachung sind implementiert. Siehe hierzu auch den Bericht des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2016
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.g. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement rechtzeitig vor Vollzug geplanter Veränderungen gem. §51 Ziffer 11 und 12 HGO (Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie Beteiligung an diesen, Umwandlung der Rechtsform) Informationen zur Prüfung vorgelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Dies regelt beim Eigenbetrieb die Betriebssatzung (§ 8 Genehmigung von Geschäften) die sich weitgehend am Eigenbetriebsgesetz (§ 3 Vertretung des Eigenbetriebs) orientiert, über die Änderung müssten die Kreisgremien (Kreisausschuss und Kreistag) entscheiden, da der Eigenbetrieb ein unselbständiges Sondervermögen darstellt.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, InA gGmbH
 Bis dato nicht relevant.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.h. Hat die Geschäftsleitung dafür Sorge getragen, dass die Vorgaben der HGO beachtet werden und die Beteiligungsrichtlinien des Odenwaldkreises Anwendung finden? (✓)
 Keine Angaben machten:
 Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.2.i. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement unverzüglich Änderungen oder Ergänzungen bei den Stammdaten, Organen, Beteiligungen, Finanzdaten, gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen oder Verträgen, steuerlichen Verhältnissen sowie Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz der drei letzten Geschäftsjahre mitgeteilt bzw. vorgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Sofern diese vorliegen, ja.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Bislang keine Änderungen oder Ergänzungen bei den genannten Punkten.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.j. Hat die Geschäftsleitung folgende Unterlagen / Informationen dem Beteiligungsmanagement zur Verfügung gestellt?
- B.2.j.1. Trendplanung bis Mitte Dezember für das Folgejahr, 5-Jahres-Planung zu Jahresergebnis und Bilanzsumme, (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Erfolgt im Rahmen der Wirtschaftsplanung.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Der Wirtschaftsplan sowie die Quartalsberichte werden vorgelegt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.j.2. einen aussagekräftigen Quartalsbericht, bis 6 Wochen nach Ablauf jedes Quartals, (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Eigenbetrieb legt die Berichte in Anpassung an die Sitzungstermine vor.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.j.3. den Jahresabschluss bis 30. Juni des Folgejahres. (Sollte kein testierter Jahresabschluss vorliegen, sind vorläufige Zahlen zu liefern.) (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Eigenbetrieb ist bestrebt, den gesetzlichen Vorgaben des EigBGes. Zu entsprechen.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH

- B.2.j.4. die vorläufigen Protokolle der Sitzung des Aufsichtsgremiums binnen drei Wochen nach Sitzungsdatum und (falls sich Änderungen ergeben haben) binnen zwei Wochen nach erfolgtem Beschluss über die jeweiligen Protokolle. (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Zeiten werden, wenn möglich, eingehalten, Protokolle werden i.d.R. spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung verschickt.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
- B.3. Interessenkonflikte**
- B.3.a. Haben Geschäftsleitungsmitglieder Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsgremium offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Das ist bisher noch nicht vorgekommen.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.3.b. Haben Geschäftsleitungsmitglieder entgeltliche Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsgremiums übernommen? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Das ist bisher noch nicht vorgekommen.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.3.c. Haben Geschäftsleitungsmitglieder die Wahrnehmung von Ehrenämtern oder sonstigen Nebentätigkeiten, die nicht vergütet werden, gegenüber dem Aufsichtsgremium offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Es gab bisher kein Handlungsbedarf.
 Keine Angaben machten:
 Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.3.d. Haben Geschäftsleitungsmitglieder (dergleichen auch nahestehende Personen oder Unternehmen des Geschäftsleitungsmitgliedes) keine Geschäfte mit der Beteiligung bzw. einem verbundenen Unternehmen abgeschlossen bzw. fortgesetzt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Es gab bisher kein Handlungsbedarf.
 Keine Angaben machten:
 PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

B.4. Vergütung

- B.4.a. Sind im Anstellungsvertrag die vom zuständigen Organ definierten Eckpunkte für die Entlohnung der Geschäftsleitung festgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Vergütung des Betriebsleiters richtet sich nach TVöD! Es gibt keine gesonderte Vergütungsvereinbarung
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.4.b. Hat die Vergütung der Geschäftsleitung neben fixen auch variable Vergütungsbestandteile mit einer entsprechenden schriftlichen Zielvereinbarung, die möglichst messbare Ziele enthält? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es gibt keine variablen Vergütungsbestandteile (TVöD).
InA gGmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Ist im Vertrag nicht vorgesehen.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.4.c. Enthalten diese Zielvereinbarungen auch Ziele im Sinne der Strategie des Odenwaldkreises? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Entfällt
InA gGmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Ist im Vertrag nicht vorgesehen.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird bei künftigen Verträgen berücksichtigt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.4.d. Sieht die Vergütungsvereinbarung vor, dass die Bezüge herabgesetzt werden können, wenn die Weitergewährung nach Lage der Gesellschaft unbillig wäre? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Entfällt
InA gGmbH
Nein, dies wäre bei den beiden Gehaltsstrukturen der GF auch nicht vertretbar.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein.
Keine Angaben machten:

Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.4.e. Sind Einzelbezüge der Mitglieder der Geschäftsleitung (Gesamtjahresbrutto aus Sicht der Gesellschaft) im Jahresabschluss und Beteiligungsbericht ausgewiesen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Entfällt
InA gGmbH
Wird ab 2019 beachtet.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.5. Führung**
- B.5.a. Hat die Geschäftsleitung jedem Beschäftigten die Unternehmensziele vermittelt? ✓
- B.5.b. Hat die Geschäftsleitung klare und messbare operative Zielvorgaben zur Umsetzung und Realisierung des Unternehmensgegenstandes für die Beschäftigten des Unternehmens und der Tochter- oder weiter nachgelagerten Beteiligungsgesellschaften definiert? (✓)
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.c. Hat die Geschäftsleitung die Zusammenarbeit mit den Beteiligungen des Odenwaldkreises gefördert, um gemeinsame Synergien zu nutzen? (✓)
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.d. Hat die Geschäftsleitung ein betriebliches Vorschlagwesen eingerichtet und über das Ergebnis im Aufsichtsgremium berichtet? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Geplant.
Keine Angaben machten:
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.e. Hat die Geschäftsleitung eine gute Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmervertretung zum Wohle des Unternehmens und der Beschäftigten praktiziert? (✓)
Keine Angaben machten:
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

Entsprechenserklärung

- B.5.f. Hat die Geschäftsleitung eine Antikorruptionsrichtlinie erstellt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Hier gibt es gesetzliche Vorgaben.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,
Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
 Wir wenden den gemeinsamen Standpunkt zwischen Industrie und Krankenhaus an.
 Keine Angaben machten:
 PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.g. Hat die Geschäftsleitung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch geeignete Maßnahmen wie Gleitzeitregelungen od. Teilzeitbeschäftigungen und geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten gefördert? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
- B.5.h. Hat die Geschäftsleitung darauf hingewirkt, dass bei allen Planungen und Projekten die Rechte von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden und der Behindertenbeauftragte als Träger öffentlicher Belange systematisch eingebunden wurde? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.i. Hat die Geschäftsleitung die Gesundheit der Beschäftigten gefördert und für einen gesunden Lebensstil sensibilisiert? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
- B.5.j. Trägt die Geschäftsleitung Sorge für einen effizienten und umweltgerechten Umgang mit natürlichen Ressourcen? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
- B.5.k. Trägt die Geschäftsleitung Sorge, dass das AGG umgesetzt wird? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.

B.6. Rechnungslegung und Abschlussprüfung

- B.6.a. Hat die Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erfolgt, oder liegt eine Ausnahmegenehmigung des RP Darmstadt vor? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Die Gesellschaft ist auch weiterhin nach § 267 Abs. 1 HGB als kleine Kapitalgesellschaft eingestuft und daher nicht prüfpflichtig gemäß §§ 316 ff HGB. Der Gesellschaftervertrag sieht jedoch eine Prüfung anhand der für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen vor.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Die PhysioZentrum Odenwaldkreis ist keine große Kapitalgesellschaft.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- B.6.b. Haben die Anteilseigner unabhängig vom Grad und Höhe der Beteiligung die Rechte nach §§ 53 und 54 HGRG zugunsten des Odenwaldkreises in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen verankert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Trifft nicht zu.
InA gGmbH
Es gibt neben dem Odenwaldkreis keine weiteren Anteilseigner.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.6.c. Nur für Personen- und Kapitalgesellschaften: (✓)
Erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb der ersten 8 Monate?
Nur für Eigenbetriebe und Zweckverbände:
Erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von 1 Jahr?
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte nicht in der gesetzlichen Frist.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.6.d. Hat das Aufsichtsgremium Schwerpunkte für die Abschlussprüfung festgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH
Nein, es wurden keine Schwerpunkte für die Abschlussprüfung festgelegt.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Der Aufsichtsratsvorsitzende hat mit dem Wirtschaftsprüfer Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt.
Keine Angaben machten:

Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.6.e. Erfolgt nach maximal 5 Jahren ein Wechsel der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (nicht nur des Prüfungsteams)? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein, kein Wechsel gemäß AR-Beschluss vom 05.10.2016.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Prüferwechsel analog GZO-Prüferwechsel.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- B.6.f. Werden bei einem Wechsel der Prüfungsgesellschaft zur Auswahl der neuen Prüfungsgesellschaft mindestens 5 geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Besondere Gegebenheiten als „Eigenbetrieb“ (teilweise Anwendung, kommunalrechtlicher Vorschriften, aber auch des HGB, etc.); es gibt u.E. deshalb nur wenige geeignete Unternehmen, die eine Wirtschaftsprüfung durchführen können.
InA gGmbH
Die GF wurde beauftragt Angebote einzuholen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein, kein Wechsel gemäß AR-Beschluss vom 05.10.2016.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR